Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröer

DAS SOZIAL-POLITISCHE PRINZIP

DIE EIGENE KRAFT DES SOZIALEN AN DEN GRENZEN DES WOHLFAHRTSSTAATS

[transcript] Gesellschaft der Unterschiede

Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröer
Das Sozialpolitische Prinzip

Gesellschaft der Unterschiede | Band 36



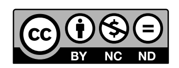
Lothar Böhnisch, geb. 1944, Prof. em. TU Dresden, lehrt Soziologie an der Freien Universität Bozen/Bolzano.
Wolfgang Schröer, geb. 1967, ist Professor für Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Universität Hildesheim.

Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröer

Das Sozialpolitische Prinzip

Die eigene Kraft des Sozialen an den Grenzen des Wohlfahrtsstaats

[transcript]



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Satz: Francisco Bragança, Bielefeld
Druck: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Print-ISBN 978-3-8376-3459-4
PDF-ISBN 978-3-8394-3459-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

Inhalt

Der Sozialstaat in Deutschland ist in den letzten drei Jahrzehnten ins Gerede gekommen. Von der zentralen Agentur des sozialen Ausgleichs wird er inzwischen sogar zum verlängerten Arm des neoliberalen Kapitalismus herabgestuft. Dies ungeachtet der Erfahrung, dass er in den globalen Stürmen der 2010er-Finanzkrisen als gesellschaftliche Barriere gehalten hat. Dabei zeigt sich, dass eine nur auf den Sozialstaat fixierte Kritik der Sozialpolitik nicht weiterhilft, eher in eine Sackgasse führt, wenn es um die Diskussion der Zukunft des Sozialen geht. Man muss vielmehr das hinter der institutionellen Fassade des Sozialstaats liegende *Sozialpolitische Prinzip* erkennen, von dem die eigentliche Wirkung und Kraft des Sozialen auch in der Gesellschaft der Zweiten Moderne ausgeht. Dabei wird die Hintergrundstruktur gegenseitiger Abhängigkeiten nicht nur im Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital, sondern umfassender im Verhältnis von Mensch, Ökonomie und Ökologie sichtbar, aus der heraus das Soziale immer wieder freigesetzt wird. Wenn wir dabei auf das Konzept und die Praxis der Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft besonders eingehen, ist das nicht nur dem Umstand geschuldet, dass sich das sozialpolitische Spannungsfeld inzwischen zivilgesellschaftlich erweitert hat. Vor allem lässt sich die Bedeutung des Sozialpolitischen Prinzips in diesem Spannungsfeld neu akzentuieren. Gleichzeitig wollen wir zeigen, dass das Sozialpolitische Prinzip auch andere Gesellschafts- und Lebensbereiche durchwirkt und deshalb der sozialpolitische Diskurs entsprechend breiter gefasst werden muss.

Teil I: Das Sozialpolitische Prinzip

Die Entwicklung des modernen Kapitalismus in Deutschland war und ist bis heute von ökonomischen Krisen und sozialen Konflikten durchsetzt, in denen er sich immer wieder sozial öffnen musste. Ausdruck dieser sozialen Öffnung des Kapitalismus – der dabei sein asoziales Wesen grundsätzlich nicht verändert hat – ist die moderne Sozialpolitik. Diese hat zwar im Sozialstaat westeuropäischer Prägung ihre institutionelle Form gefunden, ihre historische Substanz liegt aber im Spannungsfeld des Sozialpolitischen Prinzips. Je stärker heute der Sozialstaat dem Druck der Globalisierung ausgesetzt ist und in den Sog der Ökonomisierung gerät, desto dringlicher ist es unseres Erachtens, dieses Sozialpolitische Prinzip wieder aufzuschließen und in das Zentrum des sozialpolitischen Diskurses zu bringen. Dabei wird sich zeigen, dass damit nicht nur der nationalgesellschaftliche, sondern auch der transnationale Diskurs zur Sozialpolitik strukturiert werden kann.

Eduard Heimann: Die Verwirklichung der sozialen Idee im und gegen den Kapitalismus

»Sozialpolitik ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Idee im Kapitalismus [...] Sozialpolitik ist eine Summe von Maßregeln zum Schutz und zur Förderung des arbeitenden Menschen, den die Güterordnung als eine Sache unter Sachen behandelt. [...] Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. In der Doppelstellung der Sozialpolitik als Fremdkörper und zugleich als Bestandteil im kapitalistischen System liegt ihre eigentümliche Bedeutung; darin ihre Dynamik, darin ihre dialektische Paradoxie und theoretische Problematik, welche schon als solche für ein undialektisches Denken unerkennbar ist. Das undialektische Denken bricht hier, wie stets, das dialektisch Zusammengehörige auseinander und wirft von der einen Seite her der Sozialpolitik vor, sie zerstöre von innen her das kapitalistische System, das doch

erhalten bleiben müsste, sie sei ein Gift, welches ausgestoßen werden müsse; während von der anderen Seite her geklagt wird, dass die Sozialpolitik innerhalb des Kapitalismus, also unter Bewahrung des Kapitalismus, dasjenige kümmerlich zu leisten versuche, das nur auf seinen Trümmern voll geleistet werden könne.« (Heimann 1929: 118)

Dass das Ökonomische und das Soziale trotz ihrer unüberbrückbaren Widersprüchlichkeit historisch so zusammenspielen konnten und mussten, liegt nach Eduard Heimanns dialektischem Verständnis von Sozialpolitik vor allem darin begründet, dass der Kapitalismus auf den Einbau des Sozialen angewiesen war, wollte er historisch überleben, sein immanentes Ziel der Wachstums- und Profitsteigerung weiter verfolgen und sich zu diesem Zwecke modernisieren. Und umgekehrt konnte sich das Soziale über die Produktiv- und Wachstumskräfte des Kapitalismus in der gesellschaftlichen Gegenwart – ohne Vertröstung auf eine radikale Utopie – entfalten und zum gesellschaftlichen Strukturprinzip werden. In der Vergesellschaftung der sozialen Idee im entwickelten Kapitalismus wurden erst die materiellen Voraussetzungen für eine technisch-ökonomisch moderne und nach Demokratisierung drängende Industriegesellschaft geschaffen. Die Sozialpolitik ist zugleich Resultante und Antrieb dieses dialektischen Zusammenspiels. Sozialpolitik ist somit nicht nur eine institutionelle Form (›Teilpolitik‹), sondern Strukturprinzip der industriekapitalistischen Moderne. Diesen dialektischen Zusammenhang fassen wir in den Begriff des »Sozialpolitischen Prinzips«.

Wenn wir von diesem abstrahierenden Modell auf die historische Wirklichkeit der Industrialisierung und Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert in Deutschland rekurrieren – darauf bezieht sich ja Heimanns Modell –, können wir unschwer die Linienführung hin zu dieser Dialektik erkennen. Zentral an Heimanns Modell ist, dass er die Modernisierung des Kapitalismus hin zum sozial begrenzten Kapitalismus als strukturelle Gleichzeitigkeit von ökonomischer Notwendigkeit und sozialem Gestaltungswillen des Menschen erkannt hat. Mit der raschen und breiten Einführung technischer Neuerungen in der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts konnte die Produktivität nur wachsen, wenn auch die damit verbundenen qualitativ neuen Arbeitsanforderungen von den Arbeitern erfüllt wurden. Die neuen Produktionsabläufe und -strukturen erforderten eine entsprechend neue Arbeitsorganisation in den Fabriken, aber auch veränderte Lebensformen außerhalb der Betriebe: Ausbildung und Qualifikation, höhere Regenerationsanforderungen und damit kürzere Arbeitszeiten und verlässliche soziale Sicherung. Dies gab den Proletariern wieder Raum und Ressourcen, über die einfache Reproduktion der Arbeitskraft hinaus zu einer erweiterten Reproduktion zu kommen und als nun qualifizierte und sich mit ihrer Arbeit identifizierende ›Arbeiter‹ im sozial verbesserten Kapitalismus auch ihre Lebensgrundlage zu sehen: Betriebsidentitäten entstanden, und die Arbeiterbewegung – obwohl sie ja den Kapitalismus weiter be-

kämpfen musste – konnte sich in der Alltags- und Lebenspraxis in ihm einrichten und mit ihm entwickeln, da er sich ja nun sozial verändert hatte. Heimann fasst diese Zusammenhänge in ihrer strukturellen Logik wie folgt zusammen:

»Die soziale Idee entspringt aus dem wirtschaftlich-sozialen Boden des Kapitalismus [der Kapitalismus bringt den Arbeiter hervor, d. A.], sie nimmt in der sozialen Bewegung Gestalt an und setzt sich mit wirtschaftlich-sozialen Mitteln [Forderungen, in denen ökonomische Notwendigkeiten und soziale Ansprüche konvergieren, d. A.] im Kapitalismus und gegen den Kapitalismus durch. Weil sie auf dem Boden des Kapitalismus entspringt und wächst, weil sie also durch ihre bloße Existenz im Kapitalismus steht. Darum kann sie ihre wachsenden Forderungen in wachsendem Maße durchsetzen. [...] Was man auf diese Weise bewahrt, das ist nicht der Kapitalismus; es ist fortschreitend weniger Kapitalismus, je öfter der Vorgang sich wiederholt. Denn aus dem willkürlichen Herrschaftsbereich des freien Kapitals – und das ist doch der Kapitalismus – holt die Sozialpolitik die Menschen heraus und setzt sie in ihren eigenen Freiheits- und Machtbereich ein; da das aber nicht außerhalb der bisher vom Kapitalismus geordneten Wirtschafts- und Sozialwelt geschieht, so bestätigt sich die Sozialpolitik als ein Einbruch in den Kapitalismus.« (Heimann 1929: 121f.)

Die *soziale Idee* speist sich in diesem Zusammenhang aus zwei Quellen. Zum einen aus der gemeinschaftlichen Erfahrung der Ausbeutung der Arbeiter durch die kapitalistische Wirtschaft und aus der zunehmenden Erkenntnis der Angewiesenheit des Kapitalismus auf das Arbeitsvermögen der Menschen. Dies ist wiederum eine *gemeinschaftliche* Erkenntnis.

»Die soziale Idee geht in ihren grundlegenden Sätzen von der dem Kapitalismus eigentümlichen Erniedrigung des Arbeiters aus; sie ruft seine rechtliche Freiheit auf [...], damit er die volle und wirkliche Freiheit erkämpfe; die Freiheit zur Ordnung des Arbeitslebens nach den eigenen Wertvorstellungen und unter der eigenen Verantwortung des arbeitenden Menschen. Die soziale Idee lehrt den Arbeiter, daß niemand die Freiheit für ihn erkämpft, wenn er es nicht selbst tut.« (Ebd.: 111)

Die zweite Quelle der sozialen Idee, mit der ersten verbunden und diese strukturierend, ist zum anderen die zunehmende Bildung des Arbeiters im Prozess der Modernisierung der Wirtschaft. Der Kapitalismus ist ja – wie beschrieben – im Prozess seiner Modernisierung (im Sinne der Verbesserung der Verwertungsbedingung des Kapitals und damit der Profitsteigerung) auf die Entwicklung und Qualifizierung des Humankapitals angewiesen. Dies ist wiederum nur als soziale Erweiterung möglich: Es sind die Menschen und nicht nur ihre abrufbaren funktionalen Fähigkeiten, die sich entwickeln und erweitern müssen, um in die neuen Arbeitsanforderungen hineinwachsen zu können. Damit kommt das erweitert Humane über die soziale Idee notwendig in den Kapita-

lismus hinein und entfaltet – auch abseits der reinen ökonomischen Funktion – seine soziale und politische Eigenkraft im Resultat des Sozialpolitischen.

Heimann beschreibt dabei nur das dialektische Strukturprinzip der Sozialpolitik, hat aber keine eigene Staatstheorie. Er war genossenschaftlich orientiert, dachte das Sozialpolitische Prinzip von den sozialen und genossenschaftlichen Bewegungen her, aus der Selbsthilfe heraus verwirklicht, und billigte dem Staat nur Selbsthilfe fördernde und gewährleistende sozialpolitische Funktionen zu. Dass er dem Staat so distanziert gegenüberstand und das Sozialpolitische Prinzip vor allem im genossenschaftlichen Handeln verwirklicht wissen wollte, hängt mit seinem Menschenbild und mit dem sozialpolitischen Gestaltungswillen, der seiner Theorie implizit ist, zusammen. Der Staat – so sagt er an anderer Stelle – fragmentiert den ganzheitlichen Menschen, indem er ihm die Selbsthilfekräfte entzieht. Dies ist eine Kritik, die immer wieder aus ganz unterschiedlichen Interpretationsperspektiven bis heute in der Sozialstaatsdiskussion auftaucht. Das Sozialpolitische Prinzip ist für Heimann kein institutionelles Prinzip, sondern ein historisches Struktur- und Gestaltungsprinzip der wechselseitigen Einwirkung von Struktur und Handeln, aus dem die Menschen die Kraft für den Umbau der Gesellschaft schöpfen können. Daran kann heute durchaus wieder angeknüpft werden:

> »Auch in Deutschland gehen nicht alle sozialpolitischen Lösungen aus dem Staat [...] hervor, sondern Strukturen von Zünften, Arbeitervereinen, ländlichen Gemeinschaften und Familienbanden bilden noch heute die grundlegenden Schichten gesellschaftlicher Organisation. In weniger intensiv vom Kapitalismus transformierten Gesellschaften sind diese Strukturen noch präsenter. Sie beinhalten allesamt sozialpolitische Lösungen, von denen man etwas lernen kann. In der Zeit der Globalisierung muss die Vielfalt lokaler und nationaler Modelle von Sozialpolitik [...] zu den jeweiligen sozialen Strukturen erklärend in Relation gesetzt werden.« (Rehbein 2012: 115)

In Deutschland war und ist das Sozialpolitische Prinzip aber im Sozialstaat vermittelt: Der Staat schaffte nicht nur die verallgemeinerten Bedingungen für die Modernisierung des Kapitalismus (gesetzliche Verpflichtung der Einzelkapitalien auf allgemeine Wettbewerbs- und Arbeitsschutzregeln, Institutionalisierung von Bildung, Ausbildung und sozialer Sicherung, infrastrukturelle Ermöglichung von offenen Märkten und von Mobilität), sondern dominierte von Anfang an vor allem auch in seiner sozialintegrativen Funktion. Insofern war es gerade in Deutschland nicht verwunderlich, dass sich die sozialpolitische Dialektik auf den Staat zubewegte. Die Dominanz des Staates fiel mit der in der sozialpolitischen Dialektik freigesetzten Notwendigkeit gesellschaftlicher Regulation zusammen. Die in diesem sozialpolitischen Zusammenspiel wirkenden Gruppen – hier die Kapitalfraktionen, dort die Arbeiterbewegung – versuchten schon im Verlauf der Geschichte des deutschen Kaiserreichs

auch zunehmend Einfluss auf den Staat zu gewinnen und umgekehrt. Deshalb müssen wir die Heimannsche Dyade von Arbeit und Kapital zum Dreieck von Arbeit, Kapital und Staat erweitern. In diesem Dreieck waren es – eben unter dem Einfluss dieser zunehmenden staatlichen Regulation – nicht mehr die Einzelunternehmen und betrieblichen Arbeitergruppen, welche sich gegenüberstanden, sondern Parteien, Gewerkschaften, Industrieverbände, welche den Grundkonflikt mediatisierten und sich zunehmend als institutionelle und politische Konfliktgegner etablierten. Als dann mit der Weimarer Republik der Staat demokratisch und damit allgemein legitimationsabhängig wurde, richtete sich das sozialökonomische Kräftespiel noch mehr am Sozialstaat aus. Die Massenarbeitslosigkeit der ausgehenden 1920er Jahre wurde dann dem Staat und nicht so sehr dem Kapital angelastet – und dieses Phänomen können wir auch heute wieder beobachten. Insofern ist das Prinzip Sozialpolitik bei uns in besonderer Weise staatlich mediatisiert.

Theoretisch hat Heimann unseres Erachtens bis heute den Grundstein für eine Theorie des Sozialen im Kontext kapitalistischer Vergesellschaftung gelegt, die wir für die weitere Argumentation wie folgt strukturieren können: Der Grundwiderspruch zwischen menschlicher Arbeit und Kapital, zwischen der in diesem Widerspruch freigesetzten sozialen Idee und der kapitalistischen Ökonomie bringt gegenläufige Interessen und damit soziale Konflikte hervor, die aber nicht zu einem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems führen, sondern einen dialektischen Verlauf nehmen. Es kommt zu Sozialkompromissen, die sich aus der Hintergrundstruktur der gegenseitigen Angewiesenheit von Kapital und Arbeit im Prozess der Modernisierung erklären lassen. Diesen dialektischen Prozess und sein Resultat fassen wir in den Begriff des Sozialpolitischen Prinzips, die Erkenntnis des Aufeinander-Angewiesenseins von Ökonomischem und Sozialem gilt dabei als sozialpolitische Hypothese. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Kategorie des Konflikts (s. u.). Erst im sozialen Konflikt werden die Möglichkeiten der Menschen, aber auch die Grenzen der Ökonomie sichtbar. Das Sozialpolitische Prinzip wird damit zum Bewegungsmoment der industriegesellschaftlichen Entwicklung in der Moderne.

Vom Arbeiter zum Konsumenten

Der Grundkonflikt zwischen Kapitalismus und sozialer Idee sollte im Modell des fordistischen Industriekapitalismus gleichsam ausgehebelt werden. Der Arbeiter wird über die neue Rolle des Konsumenten in die Sphäre des Kapitals hineingezogen. Das gegenseitige Angewiesensein wird über den Markt definiert, der allein durch die innere kapitalistische Logik strukturiert ist. Somit ist dem Sozialen die Dialektik abhandengekommen, es verbleibt in der Dispositionsmacht der kapitalistischen Unternehmen.

Dass der Begriff des »Fordismus« in der Politökonomie zum Oberbegriff für die Kennzeichnung einer epochalen Gesellschaftsformation des 20. Jahrhunderts werden konnte, hängt wohl mit dem ganzheitlichen Anspruch und der vergesellschaftenden Wirkung der Fordschen Ideen und ihrer damals schon weltweiten Anwendung zusammen. In diesem Sinne wurden sie eben nicht nur als ökonomisch-technische Neuerungen, sondern als ›gesellschaftliche Revolution‹, als Überwindung der Klassengesellschaft – nun nicht mehr durch den Kommunismus, sondern durch einen erneuerten (Konsum-)Kapitalismus selbst – gepriesen. Diese ideologisch-epochale Wirkung verdankt das eher pragmatisch und rezepturhaft aufgebaute Gedankengebäude Henry Fords neben seiner demonstrativen praktischen Wirkung *drei Schlüsselideen*, welche die traditionelle antikapitalistische Kritik der sozialistischen Bewegungen auszuhebeln schienen:

- der Idee der Transformation der Arbeiteridentität in eine Konsumentenidentität;
- der Entdämonisierung des Kapitalismus durch die Trennung von ›gutem‹, gesellschaftsverantwortlichem Unternehmerkapital und ›schlechtem‹, profitzentriertem und international vagabundierendem Finanzkapital;
- dem Versuch der Exklusion der Gewerkschaften aus dem fordistischen Produktions- und Konsumtionsprozess mit der Begründung, dass sie nicht nur dessen ökonomische Rationalität, sondern vor allem auch seine kosumtive Effizienz gefährdeten und daher den Arbeitern nur schadeten.

Die Transformation des Arbeiters zum Konsumenten ist wohl das Kernstück des Fordschen Wirtschafts- und Wohlfahrtspragmatismus: »Der Arbeiter ist mehr Käufer als Verkäufer. Der Punkt, von dem aus man das Rad ins Rollen bringen muss, ist der Kauf. Macht es dem einfachen Volke leicht, sich Dinge zu kaufen. Das schafft Arbeit. Das schafft Löhne. Das schafft Überschuss für Ausdehnung und größere Dienstleistung.« (Ford 1926: 21)

Damit stellt das Fordsche Modell den Versuch dar, das Sozialpolitische Prinzip dadurch auszuhebeln, dass der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit geleugnet, das Verhältnis gleichsam in eine Interesseneinheit umgewandelt und die Struktur der gegenseitigen Angewiesenheit neu konstruiert, in die Kapitalseite eingebettet wird. Damit ist eine Interesseneinheit Produzent/Konsument behauptet und die gegenseitige Angewiesenheit nicht im sozialen Konfliktverhältnis, sondern als interne Marktkonstellation gedeutet.

Der Arbeiter wird nicht mehr durch die Überwindung des kapitalistischen Systems befreit wie in der marxistischen Variante oder über die soziale Durchdringung des Kapitalismus und seine schrittweise Veränderung wie im so-

zialdemokratischen Ansatz Heimanns, sondern über die konsumtive Öffnung des Kapitalismus aus sich selbst heraus. Er wird aus der proletarischen Enge in den Konsumentenstand ›gehoben‹. Die soziale Idee von der Befreiung des Menschen mutiert so zur Idee des Lebensstandards, der Freiheit im und zum Konsum. Das Produkt wird zur sozialen ›Dienstleistung‹ erklärt, weil es den Lebensstandard sichert. Lohn und Profit dienen danach gleichermaßen der ständigen technologischen Verbesserung der Konsumgüter. Der Widerspruch von Arbeit und Kapital soll sich in der Teilhabe am Konsum auflösen können. In der Teilhabe am Konsum symbolisiert sich auch die subjektive Teilhabe des Arbeiters am industriellen Prozess. Mit dieser Wendung zum Konsum ist die Balance des Heimannschen Modells grundlegend gefährdet. Die industrielle Entwicklung hat durch die technisch-rationale Innovationen eine neue historische Qualität erhalten: Das technologisch gegenüber der Arbeit unabhängiger und damit dominanter gewordene Kapital kann nicht nur die Arbeitsprozesse kontrollieren, sondern verspricht auch über das Konsumprodukt »allgemeine Konsumwohlfahrt« Sinn und individuelles Glück. Dieser strukturellen Entmachtung der Arbeit entspricht die politische Entmachtung der Gewerkschaften, welche die technisch-rationale und »konsumwohlfahrtliche Logik« und die gesellschaftliche Autorität des industriellen Prozesses – so Ford – nur noch störten.

Nun treffen wir aber im Deutschland der 1920er Jahre auf einen in Entwicklung begriffenen Sozialstaat und auf aus den historischen sozialen Bewegungen hervorgegangene Gewerkschaften als inkorporierte und institutionalisierte Träger der sozialen Idee. Beides war in dieser Stärke und Historizität in den USA nie vorhanden, und deshalb fand Ford dort für seinen Konsumkapitalismus auch ein denkbar offenes Terrain. Er selbst beklagt sich entsprechend über die deutschen Verhältnisse – vor allem die »industriefremden« Einflüsse der Gewerkschaften —, welche die Einrichtung eines Automobilwerkes nach Fordschem Muster in Deutschland in den 1920er Jahren verhindert hätten. Dennoch sind die Fordschen Ideen vermittelt in das europäische Industrie- und Sozialsystem eingedrungen. Das Faszinierende an dem Programm und seiner Praxis waren die bis dahin ungeahnten Möglichkeiten der Freisetzung der Produktivkräfte, was in Europa ein fast ungeteiltes positives Echo hervorrief. Der deutsche Ford-Übersetzer Theising schrieb im Vorwort zu Fords zweitem Buch (1926):

»Als im November 1923 die erste deutsche Ausgabe von Henry Ford ›Mein Leben und Werk‹ erschien, entfesselte dieses Buch in der gesamten Presse eine so erregte Diskussion, wie noch selten ein Werk. [...] Das Seltsame war, daß diese Verschiedenheit in der Beurteilung nicht der Verschiedenheit der Parteirichtungen entsprach. Man konnte gleich begeisterte Zustimmungen in der ganz rechtsstehenden wie in der ganz linken Presse lesen.« (Theising in Ford 1926: VI)

Dieser Enthusiasmus bezog sich aber vor allem auf das Prinzip und den Mythos Ford und weniger auf den real existierenden Fordismus, der bei zunehmender Konkurrenz in den 1920er Jahren vom Hochlohnprinzip abrückte, die Gewerkschaften zerschlug und die Arbeiter in eine immer roboterhaftere organisierte Fließbandarbeit zwang (vgl. dazu Fehl 1995). Wenn man allerdings bedenkt, dass die damalige Sowjetunion in der Fordschen Produktionsorganisation die Möglichkeit sah, die von Marx hervorgehobene schöpferische Kraft der technischen Produktivkräfte freizusetzen (und natürlich in einem nichtkapitalistischen Gesellschaftssystem sich entfalten zu lassen), dann wird einem die epochale Konvergenz des Phänomens Ford vor Augen geführt: Der Kapitalismus sah darin seinen Sieg über die soziale Idee. Für den Kommunismus war der Fordismus im Gegenteil das Mittel, um den Sozialismus ökonomisch und sozial zu beschleunigen.

Der Fordismus hat sich in den 1920er Jahren in Deutschland nur zögernd durchgesetzt. Bezeichnenderweise kam er erst im deutschen Faschismus stärker zum Tragen. Hier zeigte sich auch die Verfänglichkeit seiner ökonomischen Moral: Sie war offen für alle Definitionen der Wohlfahrt, solange sie Massenproduktion und Massenkonsum förderten. Sie ermangelte eben der Rückbindung an das Freiheits- und Demokratieverständnis der sozialen Idee und war somit politisch korrumpierbar. Der nationalsozialistische Staat verstand es zudem, zwei Instrumente, die sich nach der Fordschen Ideologie ausschlossen, miteinander zu verbinden: Einmal Massenproduktion/Massenkonsum, zum anderen eine aktive staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik, um die sozialen Ausgrenzungstendenzen, welche dem Fordschen Modell inhärent sind, im Interesse der ›nationalen Integration‹ zu mindern. Der totalitäre Staat fand in der Orientierung an der allgemeinen Hebung des Lebensstandards und des Konsumniveaus eine praktische Ideologie zur Demonstration seines »Gemeinwohlcharakters«.

So lassen sich die eigentlichen Auswirkungen des Fordismus für die deutsche Sozialpolitik erst in der Bundesrepublik der 1950er Jahre im nun erweiterten Kräfteverhältnis zwischen demokratischem Staat, Kapital und sozialer Idee/Gewerkschaften in ihrer historischen Tragweite ausmachen. Dabei sind folgende Aspekte von Bedeutung:

- Der Staat muss sowohl Sozialpolitik als auch Industriepolitik betreiben. Er muss als demokratischer Staat um seiner sozialen Integration und Legitimation willen sowohl den Massenkonsum fördern, als auch soziale Ausgrenzungen ständig durch aktive Sozial- und Beschäftigungspolitik zu verhindern versuchen. In der Bildungspolitik sind dabei die industrie- und sozialpolitischen Funktionen eigenartig und ambivalent verschränkt. Allgemeine und qualifizierende Bildung wird zur Reproduktion der Produktionsstrukturen gebraucht, zugleich können sich aber gerade über die

Bildungsprozesse weitergehende Bedürfnisse nach demokratischer Partizipation und sozialer Aktion entwickeln (soziale Bewegungen), welche die fordistisch gemeinte Reproduktionsfunktion des Staates deutlich übersteigen und so die soziale Idee gleichsam unverhofft von der sozialstaatlichen Seite her wieder ins politische Spiel bringen.

- Die soziale Idee und die sie verkörpernden Gewerkschaften sind ihres gesellschaftspolitischen Gehalts zunehmend entleert und auf Tarifpolitik als Funktion der fordistischen Lohnpolitik reduziert. In Deutschland bleibt ihre staatspolitische Macht eher durch die Bündnisse mit der Sozialdemokratie und den sozialen Gruppierungen innerhalb der anderen Parteien erhalten. Erst mit der drohenden Verdrängung der Arbeit in der postfordistischen Periode steigt das politische Ansehen der Gewerkschaften wieder.
- Die fordistische Gesellschaftsentwicklung fördert den ihrer Produktions- und Konsumlogik entsprechenden Prozess der *Individualisierung,* der im Heimannschen Modell noch nicht erkannt ist. Heimann geht (implizit) noch von einer relativ geschlossenen, milieugestützten Klassengesellschaft aus. Dieser gesellschaftliche Individualisierungsprozess, der mit zunehmender Intensivierung seit den 1980er und 1990er Jahren eine Individualisierung und Privatisierung der sozialen Chancen und Risiken mit sich bringt, stärkt die Hegemonialmacht des Kapitals weiter.

Integrationsbalance und Legitimationskrise – Der Sozialstaat

Die Individualisierung und Privatisierung der Lebensverhältnisse und damit auch der Beziehungen zu Arbeit und Staat, die zunehmende Entwertung der Massenarbeit durch ihre technologische Substitution und schließlich die diesen Prozess verschärfende Internationalisierung der Produktion und Auslagerung der Arbeit in Billiglohnländer führt am Ende des 20. Jahrhunderts schließlich zur Erosion des Kräftedreiecks Wohlfahrtsstaat – Kapital – soziale Idee, wie wir es aus Heimanns sozialer Theorie des Kapitalismus hergeleitet haben. Die postfordistische Szene der Sozialpolitik entwickelt sich national und international unübersichtlich. Die nationale Sozialpolitik wird zwar immer noch von einem beschäftigungspolitisch starken und für die soziale Sicherheit unentbehrlichen Sozialstaat getragen, ist aber durch das in seiner Internationalität der heimischen Kontrolle entzogene Finanzkapital nicht mehr national autonom. Eine Weltsozialpolitik, in der sich das sozialkapitalistische Dreieck nun wieder international neu konstituieren würde, ist nicht in Sicht.

Mit der endgültigen Etablierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates nach dem Zweiten Weltkrieg – prägnant in der Bundesrepublik Deutschland – rückt der Sozialstaats-

kompromiss in den Mittelpunkt der Sozialpolitik. Die sozialpolitische Dialektik verliert ihre Bewegungsdynamik und weicht dem institutionalisierten Komplex einer regulativen Staatstätigkeit, die beide Seiten des ökonomisch-gesellschaftlichen Konflikts bedienen und befrieden muss. Der nationale Interventionsstaat muss gleichzeitig die infrastrukturellen Bedingungen des ökonomischen Wachstums wie die der sozialen Sicherung und Wohlfahrt der Menschen schaffen können. Er ist nun Institution der Vermittlung im Spannungsfeld der gegenseitigen Abhängigkeit von Kapitalismus und sozialer Idee. Der sozialpolitische Grundkonflikt geht im Sozialstaatskompromiss auf, im Tarifkonflikt Gewerkschaften/Arbeitgeber scheint er noch durch. Die Hintergrundstruktur der gegenseitigen Angewiesenheit von Kapital und Arbeit ist nun in den Sozialstaat eingebettet, der auch die sozialen Konflikte anzieht.

Jürgen Habermas (1973) hat die Gesellschaftsformation, die mit dieser neuen Entwicklungsstufe der Staatstätigkeit verbunden und für die westdeutsche Bundesrepublik charakteristisch ist, mit dem Begriff des »staatlich geregelten Kapitalismus« umschrieben.

»Der Ausdruck ›organisierter‹ oder ›staatlich geregelter‹ Kapitalismus bezieht sich auf zwei Klassen von Phänomenen, die beide auf den fortgeschrittenen Stand des Akkumulationsprozesses zurückgeführt werden können: einerseits auf den Konzentrationsprozeß der Unternehmen […] und die Organisierung der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte; andererseits darauf, daß der interventionistische Staat in die wachsenden Funktionslücken des Marktes einspringt.« (Habermas 1973: 51)

Machtzuwachs und Krisenanfälligkeit gleichermaßen bestimmten nun diesen Interventionsstaat neuen Typs. Denn der Staat in Deutschland ist auch Sozialstaat. Damit ist die Spannung des Gegensatzes zwischen Ökonomie und Sozialem wie ihre gegenseitige Angewiesenheit in Deutschland besonders über den Staat definiert. Dieser ist in der Form des staatlich geregelten Kapitalismus zum einen mit der Wirtschaft verflochten, zum anderen aber über den Sozialstaatskompromiss verfassungsgemäß an das Soziale gebunden.

Im Kontrast zum Begriff des Wohlfahrtsstaats (»welfare state«), der zwar international gebräuchlich ist, sich aber eher auf die übergeordnete staatliche Organisation sozialer Dienste bezieht, meint »Sozialstaat« im deutschen Sinne ein Staatskonzept mit einem entsprechenden Staatsziel (vgl. Kaufmann 2003: 184). Dementsprechend ist in Deutschland der Sozialstaat im Grundgesetz verankert und steht damit über den jeweiligen Richtungen und Institutionen der Sozialpolitik. Kaufmann spricht in diesem Zusammenhang von einer deutschen Entwicklungstradition der »Dialektik von Staat und Gesellschaft« und hebt ihre Besonderheit heraus: »Die deutsche Tradition des sozialpolitischen Denkens unterscheidet sich von der angelsächsischen vor allem durch eine stärkere Betonung kollektiver Funktionen der Sozialpolitik, während angel-

sächsische Legitimationen sich vornehmlich durch Argumente individueller Wohlfahrt […] legitimieren.« (Ebd.: 182) Hier ist auch die immer wiederkehrende Forderung, dass der Sozialstaat »Teil einer sozialen Gesellschaft« werden müsse, einzuordnen (Badura/Gross 1976: 306). Sie verweist auf die lebensweltliche Einbettung wie die gesellschaftliche Integrationskraft eines Sozialstaats, der mehr als nur eine politisch-administrative Apparatur sein soll. Ähnlich gelagert ist die Perspektive einer »kollektiven Identität« (Evers/Novotny 1987), die über die Sozialstaatlichkeit vermittelt sei. Diese Einschätzungen stützen unsere Definition des Sozialpolitischen Prinzips als zentrales Vergesellschaftungsprinzip.

Wirtschafts- und Sozialbindung müssen in der sozialstaatlichen Politik in ein – freilich konflikthaftes und damit krisenanfälliges – Verhältnis zueinander gebracht werden. Im Ergebnis erscheint der deutsche Sozialstaat nun als Kristallisationspunkt und Adressat nahezu aller gesellschaftlichen Ansprüche und damit als Anziehungspunkt der zentralen sozialökonomischen Konflikte. Die immer wiederkehrende Krise des Kapitalismus ist so zur immer wiederkehrenden Sozialstaatskrise geworden. Man kann dies – angelehnt an Habermas (1973) – mit dem Begriff der »Legitimationskrise« umschreiben. Der spätkapitalistische Sozialstaat demokratischen Typs muss nicht nur das Funktionieren der gesellschaftlichen Ordnung gewährleisten und die Rahmenbedingungen der ökonomischen Entwicklung sichern (Systemintegration). Er muss zugleich dafür sorgen, dass für die Bürger soziale Sicherheit erreichbar und mehrheitliche Zustimmung zur staatlichen Politik als Massenloyalität erhaltbar ist (Sozialintegration). Er muss deshalb bemüht sein, eine »Integrationsbalance« herzustellen. Diese ist bedroht, wenn die systemintegrative und die sozialintegrative Perspektive auseinanderdriften, wie dies seit Ausgang des 20. Jahrhunderts angesichts der Dynamik der ökonomisch-technologischen Globalisierung und der damit verbundenen Krise der nationalen Arbeitsgesellschafen der Fall ist. In der Sprache des Heimannschen Modells scheint die gegenseitige Angewiesenheit von Ökonomie und Sozialem, die der Sozialstaat vermittelt, nicht mehr hinreichend gegeben, um das Sozialpolitische Prinzip wirkmächtig zu halten. Das technologisch vorangetriebene Wachstum einer in zentralen Bereichen globalisierten Ökonomie lässt zwar das Sozialprodukt steigen, gleichzeitig verstetigt aber auch Arbeitslosigkeit in den nationalen Gesellschaften. Es entstehen immer wieder neue Zonen prekärer Beschäftigung. Dies bedroht wiederum die soziale Integration. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr gebraucht, der Erfolg von Bildungs- und Qualifikationsanstrengungen ist für den Einzelnen ungewiss geworden, das Vertrauen in die aktuelle und vor allem zukünftige soziale Sicherheit schwindet. Noch hat der deutsche Sozialstaat einen epochalen, über Generationen weitergegebenen Vertrauensbonus, der die für die Integrationsbalance notwendige Massenloyalität nicht grundlegend gefährdet. Dennoch gibt es seit den 1990er Jahren bemerkenswerte Einbrüche, die sich

vor allem auch in antidemokratischen Manifestationen wachsender Minderheiten (Anstieg eines rechtspopulistischen bis rechtsextremen Wählerpotenzials, Verbreitung rassistischer Gruppendelikte) äußern.

Globalisierung und Entbettung – Die Entgrenzung der Sozialpolitik

Der Prozess der Globalisierung hat das vormals nationalstaatlich gebundene Modell der Sozialpolitik entgrenzt. Das Kapital hat sich dem System der gegenseitigen Abhängigkeit aus der sich die Dialektik des Sozialpolitischen Prinzips begründet, entzogen, ist gleichsam in eine eigene zweite Welt abgewandert. Sowohl die multiple Verfügbarkeit als ›vagabundierendes‹, überall einsetzbares Investitionskapital als auch eine eigene Zirkulations- und Spekulationslogik machen die Eigenständigkeit des internationalen Geldmarktes aus. Wertschöpfung und Gewinnmaximierung sind nicht mehr nur auf die realen Produktionsvorgänge, sondern genauso und zunehmend auf Anlage- und Renditespekulationen ausgerichtet. Diese entziehen sich nicht nur den Handlungsmöglichkeiten, sondern auch den Vorstellungswelten der Menschen. Der soziale Konflikt scheint nicht mehr greifbar, scheint abstrakt geworden zu sein. Dennoch lassen sich Strukturen des Aufeinander-Angewiesenseins erkennen. Spätestens bei den internationalen Finanzkrisen der 2000er Jahre, in denen sich die nationalen Sozialstaaten als Barrieren erwiesen haben, wurde deutlich, wie sehr auch der globalisierte Kapitalismus auf sozialstaatliche Strukturen angewiesen ist.

Die auf das Soziale zurückschlagende Problematik der Globalisierung lässt sich wie folgt charakterisieren: Mit seiner tendenziellen Verselbständigung gegenüber den Produktionsstrukturen führt nun das Geldkapital ein Eigenleben, es wird aus den Gesellschaften »entbunden« (Altvater/Mahnkopf 1998). Gleichzeitig richtet sich der Teil der Investitions- und Produktionstätigkeit, der international orientiert und verflochten ist, zunehmend nach den globalen Geldströmen und weniger nach den sozialen und kulturellen Traditionen und Bindungen. Angesichts dieser *sozialen Entbettung* der Ökonomie, der damit einhergehenden Abstraktion der Arbeit von sozialen Bindungen und der Ortlosigkeit einer globalen Kapitalzirkulation wird von einem *digitalen Kapitalismus* gesprochen. Der Begriff »digital« verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass durch die nahezu unendlichen Verbindungsmöglichkeiten von mikroelektronischer Technologie und weltweiten Kapitalbewegungen eine neue hegemoniale Struktur ständig wechselnder, sich aber letztlich weltweit vernetzender ökonomischer Machtpunkte entstanden ist, welche die nationalpolitischen Machtblöcke zunehmend durchdringt und entsprechend brüchig werden lässt. Insgesamt ist die Ökonomie im digitalen Kapitalismus durch abstrakte globale Vernetzungen charakterisiert. Grundlegend ist diese Vernet-

zungsstruktur durch die Öffnung und Ausdehnung des Welthandels (Freihandels), den Bedeutungszuwachs transnationaler Konzerne und internationaler Kapitalverflechtung, die fortschreitende Internationalisierung der Produktionsstätten sowie eine grenzenlose Mobilität des Kapitals geprägt. Die kapitalistische Wirtschaft hat zwar schon immer international agiert, die heutige Globalisierung stellt aber demgegenüber ein qualitativ neues Phänomen dar, da sich auf der informationstechnologischen Basis eine Internationalisierung des investiven und spekulativen Kapitaleinsatzes mit überstaatlichen Regulativen (›Börsenkapitalismus‹) entwickelt hat. Ökonomische Standortentscheidungen und ihre sozialen Folgen werden im weltweit inszenierten Wettbewerb der Unternehmen, Regionen und Kommunen ohne Rücksicht auf regionale Verhältnisse getroffen. Die Bedeutung des Sozialstaats bemisst sich in diesem globalen Spiel immer weniger an seiner Wohlfahrtsfunktion, als vielmehr an seiner Standort- und Wettbewerbsfähigkeit (›Wettbewerbsstaat‹).

Längst wird weltweit darüber diskutiert, wie man überhaupt noch eine Verbindung zu dieser entbetteten Welt herstellen kann, um Einfluss nehmen zu können. Denn es geht hier nicht mehr um neue technologische Modelle der Regulierung der globalen Ströme, sondern um Macht, um die eklatante Verschiebung eines Machtverhältnisses zu Lasten der sozialen Entwicklungen im weltweiten Maßstab. Der Sozialstaat, der den sozialen Zusammenhang, die *soziale Integration* einer Gesellschaft sichern wie gestalten soll, sieht sich mit Desintegrationsdynamiken konfrontiert, in sozialpolitische Zwangskonstellationen getrieben, in denen soziale Gestaltung kaum mehr möglich erscheint. Die prekäre Balance zwischen Kapital und sozialer Idee im Sozialpolitischen Prinzip, vor deren Hintergrund jahrzehntelang eine tendenziell gestaltungsorientierte Sozialpolitik möglich war und sich so etwas wie eine *kollektive Identität sozialstaatlichen Gesichertseins* in der Bevölkerung entwickeln konnte, ist kaum mehr gegeben. Das Kapital ist nicht länger auf die Ausschöpfung der im nationalgesellschaftlichen Rahmen verfügbaren Arbeitskraft angewiesen. Arbeit, auch qualifizierte Arbeit, kann weltweit ausgelagert werden. Der globalwirtschaftliche Verdrängungswettbewerb beschleunigt die Entwicklung neuer Produktionstechnologien, die Arbeit ersetzen, neue Arbeit aber nicht im alten – zumindest nicht im sozialstaatlich gesicherten – Umfang schaffen können. Die Produktivität der Volkswirtschaften steigt, die Arbeit – so das *Wachstumsparadox* – aber stagniert. Und: Die Menschen haben sich bedingungslos der Logik des Kapitals, das sich der Arbeit selbstmächtig entziehen kann, anzupassen.

Soziale Ungleichheit wird inzwischen ökonomisch so umgedeutet, dass sie als dynamischer Faktor der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung, als »Antriebskraft des ökonomischen Wettbewerbs« erscheint. Dies wird überhöht durch eine ›Shareholder-Mentalität‹, die in ihrer Wertehaltung quer zu dem liegt, worauf man sich im Sozialdiskurs beruft. Je mehr die Unterneh-

menslandschaft durch Aktionäre und Fonds geprägt ist, die keinen Bezug zu den Unternehmen und ihrem sozialen Umfeld haben, desto stärker rückt die abstrakte Gewinnorientierung in den Vordergrund. Wenn dann Unternehmen rationalisieren und Arbeit auslagern, Arbeitskräfte »freisetzen«, steigt ihre Gewinnerwartung und Bewertung an der Börse. In diesen Sog sind inzwischen auch die mittleren Betriebe ohne Börsennotierung geraten, wenn sie als Zulieferer oder Konsumbranchen im Abhängigkeitskreis der großen Unternehmen stehen. Arbeitnehmer werden so zu Kostenfaktoren, die permanent unter Kostendruck stehen und deren Freisetzung – Arbeitslosigkeit – ökonomisch entsprechend positiv bewertet wird. Dass sie dem Sozialstaat anheimfallen, interessiert den Markt nicht. Was sozialpolitisch als sozialer Skandal empfunden wird, wird im ökonomischen Diskurs als ebenso marktgerechter wie innovativer Vorgang gefeiert.

Mit dieser Spaltung der Werte geht eine soziale Spaltung einher, die in ihrer Struktur und ihrem Ausmaß eine historisch neue Qualität angenommen hat. Denn Armut und Reichtum differenzieren sich nicht mehr auf demselben Markt aus, sondern entwickeln sich in voneinander getrennten Marktwelten. Wenn sich der neue Reichtum über die global agierenden und verflochtenen Finanzmärkte scheinbar grenzenlos entwickelt, stehen die regionalen Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme so unter Druck, dass sie relative wie absolute Armut zwangsläufig mehr erzeugen, als sie sie zurückdrängen können. Da aber dieser Reichtum der Wenigen in einer Welt expandiert, die dem Alltagsverständnis der Durchschnittsbürger entzogen ist, muss er diesen gegenüber nicht legitimiert werden. Das bedeutet aber, dass er außerhalb des kritischen Kraftfeldes der sozialen Idee sich weiter entwickeln kann.

Die Dynamik dieser zwei Welten der Globalisierung scheint die Wirkmächtigkeit des Sozialpolitischen Prinzips auszuhöhlen. Nicht nur der sozialen Idee scheinen die Angriffspunkte entzogen. Die Grundstruktur der gegenseitigen Angewiesenheit, wie wir sie aus dem Heimannschen und später sozialstaatlichen Modell kennen, droht sich aufzulösen. Und zwar in dem Maße, in dem sich der globalisierte Kapitalismus die von ihm benötigte Arbeitskraft außerhalb der nationalstaatlichen Gesellschaft suchen und sich den sozialen Konfliktsphären entziehen kann. Die sozialpolitische Konfliktstruktur hat sich also wesentlich verändert. Der ökonomisch-soziale Grundkonflikt ist aber damit nicht aus der Welt, sondern nur verdeckt, entgrenzt, zersplittert oder verschoben.

Der epochale Charakter des sozialen Konflikts

Der soziale Konflikt ist Voraussetzung für das Wirken des Sozialpolitischen Prinzips. Über den Konflikt wird die integrative Hintergrundstruktur des Aufeinander-Angewiesenseins freigesetzt und damit sichtbar. Diese integrative Qualität erhält der Konflikt vor allem aus der ihm innewohnenden Dialektik, die das Sozialpolitische Prinzip speist. Schon Georg Simmel hat diese dialektische Spannung des Konflikts als »eine Synthese von Elementen [...], ein Gegeneinander, das mit dem Füreinander unter einen höheren Begriff gehört« (1908: 247) beschrieben. Integration durch Konflikt bedeutet aber nun nicht, dass – gleichsam als Resultat – gesellschaftliche Harmonie eingekehrt sein muss. Vielmehr ist hier unter Integration ein Zustand zu verstehen, der in der Regel dadurch gekennzeichnet ist, dass grundlegende Gemeinsamkeiten – wie in unserem Zusammenhang die gegenseitige Angewiesenheit – deutlich, Interessengegensätze aber nicht aus der Welt geschafft werden. Sie sind – eben im Sinne der Dialektik – weiter vorhanden, aber so in einem übergreifenden Zusammenhang eingebunden, dass nicht ihre Gegensätzlichkeit, sondern das Prinzip des Aufeinander-Angewiesenseins gesellschaftlich wirksam wird.

Wenn wir in unserem Zusammenhang den Begriff des sozialen Konflikts als Grundkonstellation des Sozialpolitischen Prinzips gebrauchen, so meinen wir nicht einfach situative Konflikte, sondern den epochalen Charakter des Konflikts. Arbeiter-, Frauen- und Ökologiebewegungen als Träger des Konflikts sind nicht über Nacht über die Gesellschaft gekommen, sondern haben sich in einem jahrzehntelangen Prozess entwickelt, sind so in den Modernisierungsprozess der demokratischen Gesellschaft eingegangen und haben die sozialstaatliche Kultur erweitert. Der soziale Konflikt stellt also eine epochale Strukturierung der demokratisch-sozialstaatlichen Gesellschaft dar, auf die die jeweiligen situativen sozialen Konflikte rückbeziehbar sind. Wir können den sozialen Konflikt in diesem Sinne auch als ein »principium medium« der (Ersten wie Zweiten) Moderne verstehen. Karl Mannheim hat diese Begrifflichkeit für die historisch-soziologische Analyse entwickelt. Mit ihr lassen sich historische Pfade und Magnetfelder der Entwicklung einer Gesellschaft bestimmen. ›Principia media‹ erfassen epochale Grundmuster, die so viel Ausstrahlungskraft haben, dass sie unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche – Ökonomie, Soziales, Politik, Kultur – durchdringen. In ihnen lassen sich Entwicklungen bündeln, Vergangenes und Gegenwärtiges aufeinander beziehen. Es sind also epochal spezifische, über einen entwicklungshistorisch kennzeichenbaren Zeitraum wirkende Strukturierungen, welche die Gesellschaftsentwicklung bis in die Sozialisation der Gesellschaftsmitglieder hinein beeinflussen (vgl. Mannheim 1935: 138 f.).

Der neoliberale Diskurs hat sowohl zur Abwertung des Konflikts in ökonomisch-politischen Diskussionen (»Bedenkenträger«) als auch in der Alltagswelt (»Mithaltenmüssen«) geführt. Konflikte gelten nun oft als »problemerzeugend«, werden gemieden oder verdrängt. In diesem Prozess der

Entgesellschaftung des sozialen Konflikts im digitalen Kapitalismus ist nun ein neues Medium aufgetaucht, gleichsam freigesetzt worden, in dem sich gesellschaftliche Konfliktaustragung – auch ohne entsprechenden gesellschaftlichen Raum – symbolisieren soll: die *ethischen Codes*. Sie werden über Experten ausgehandelt, es wird nicht mehr gefragt, wie sich Konflikte im Sozialen entwickeln, sondern es werden Grenzen jenseits des Sozialen gesetzt. Egal wie sich soziale Probleme entwickeln, wie asymmetrische Macht- und Durchsetzungsstrukturen entstehen, solange die »*correctness*« gewahrt wird, bestimmte Grenzen nicht überschritten werden, bedarf es keiner gesellschaftlichen Intervention. Werden aber *Codes* verletzt, dann kann man intervenieren, glaubt eindeutige Ansatzpunkte zu haben, die von Kommissionen gesetzt sind.

Ethische Codes gab es auch schon in der ständischen Gesellschaft. Der patrimoniale Zug, der sich immer wieder in die Praxis bürgergesellschaftlicher Stiftungen und Projekte einschleicht, und die *Codes* passen in dieser Hinsicht zusammen. In *ethischen Codes* wird meist versucht – ganz im Sinne der bürgergesellschaftlichen Ethik – Individualrechte und Menschenrechte miteinander zu verbinden. Der gesellschaftliche Zwischenraum, in dem sich die Bedingungen für die Wahrung der Menschenrechte und der Würde des Menschen konstituieren, wird übergangen. Die *ethischen Codes* sind dann die einzige Möglichkeit einer Gesellschaft, den Machtapparaten und Regulationsinstanzen Mindeststandards abzutrotzen. Es gilt das Argument, nun aber im konfliktfreien Raum. Damit ist das Politische – dem ja der Konflikt innewohnt – herausgenommen. Die Welt der Kommissionen droht die sozialpolitische Welt des Konflikts zu überformen.

Daneben erleben wir eine Tendenz zur *Verräumlichung sozialer Konflikte*. Es gab sicherlich noch nie eine so große Zahl lokaler und regionaler Initiativen und Kampagnen wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Globalisierung. Es hat sich eine eigenartige, aber typische Dialektik entwickelt: Die Globalisierung mit ihren Entgrenzungs- und Entbettungstendenzen setzt lokale und regionale Suchen nach Halt, Abgrenzung und sozial rückversichernder Identität frei. Dabei entstehen neue Mischungen von Anpassung und Widerstand, entziehen sich soziale Probleme nun als *Lebensthemen* ihrem vormals sozialstaatlichen Definitionsrahmen. Weil die Filter des nationalen Sozialstaats schwächer geworden sind und die Krisen ihre Strahlen ungefiltert aussenden, werden die Betroffenheiten und Befindlichkeiten der Menschen existenziell. Sie wollen sie auch existenziell behandelt wissen. Sozialstaatliche Versicherung und sozialpolitische Vermittlung erscheinen plötzlich vielen als Beschwichtigung, direkte Wege werden gesucht, auch populistische Kampagnen erscheinen nun attraktiv. Der lokale Raum, der Grenze und Gewissheit verspricht, wird zum Schauplatz von Identitätskämpfen wie von Rückzügen.

Die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Bewegungen haben diese Dialektik intuitiv erfasst, sie sind von ihr gleichsam hochgeschwemmt worden. Eine

neue Mischung ist entstanden. Zwei scheinbar unvereinbare Strömungen – die antikapitalistische und die rechtsextrem-rassistische – finden sich im Sog der Abwehr der Globalisierung zusammen. Im Aufkommen solcher neuen rechtsextremen Bewegungen kann man deshalb auch die strukturelle Dynamik der Dialektik von Globalität und Regionalität herausarbeiten. Dass es nicht nur der stärker regional orientierte Mittelstand der Handwerker, Händler und Kleinunternehmer ist, der in Deutschland, Österreich, Italien oder Frankreich rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien hinterherläuft, sondern dass auch die Arbeiter offensichtlich den Rechten zuströmen, ist eine dieser scheinbar paradoxen Globalisierungsfolgen. Der digitale Kapitalismus mit seinen sozialen Entbettungstendenzen, der Wegrationalisierung von Arbeit und der globalen Auslagerung der Produktion setzt politische und kulturelle Strömungen frei, die nur auf den ersten Blick als Paradoxien erscheinen mögen: Der abstrakte und undurchschaubare Prozess des scheinbaren Verschwindens der Arbeit vor Ort im Zuge von Rationalisierungsprozessen oder der Auslagerung in andere Länder und Kontinente bei gleichzeitig zunehmender Problematisierung Migration kann im Bild des »Ausländers, der uns die Arbeit wegnimmt«, heimisch verfügbar gemacht werden. Die anomische Konstellation, die viele an einer Gesellschaft und ihrem Staat zweifeln lässt, die Arbeit zum höchsten gesellschaftlichen Ziel und Gut erklärt, aber Millionen von Menschen, die arbeiten wollen, nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse verschaffen kann, kann so – zumindest mental – von den Betroffenen bewältigt werden. Die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Bewegungen und Parteien bieten in diesem Zusammenhang Orientierungssicherheit, mehr als eben nur Protestmöglichkeiten in einer unübersichtlichen Situation an. Sie bekämpfen die Globalisierung und bedienen sich ihrer gleichermaßen.

Der kritische Globalisierungsdiskurs bietet damit einen Rahmen, in dem alte rechtspopulistische und antidemokratische Muster neu verortet und plausibilisiert werden können. Indem die Globalisierung zu einer offenkundigen regulativen Schwächung des Nationalstaates geführt hat, kann auch der alte rechtsautoritäre und rechtspopulistische Hang zur Verhöhnung und Überwindung des »Systems«, das jenseits des »direkten Volkswillens« repräsentativ agiert, in einen Plausibilitätsrahmen gebracht werden. Systemkritik, antikapitalistische Programmatik und Fremdenfeindlichkeit gehen so ineinander über. Zugleich begünstigt die Dynamik der Entbettung, die mit ökonomisch-technologischen Rationalisierungs- und Globalisierungsprozessen verbunden ist, regional-kulturelle, aber eben auch ethnozentristisch-rassistische Strömungen. Die Suche nach sozialbiografischer Verankerung in einer »fassbaren« und unmittelbar identitätssichernden Gemeinschaft nimmt zu, wenn die mittelbare Identitätssicherung angesichts der Bedrohung des Arbeitsplatzes geschwächt ist. Ethnozentristische bis rassistische Zugehörigkeiten, die gerade nach ihrer Ideologisierung durch den Faschismus als archaisch und überwunden galten, werden nun als Muster der Zugehörigkeit neu freigesetzt. Ihr repressiver Cha-

rakter tritt zurück, und verunsicherte Menschen sehen in ihnen gleichsam eine fortschrittlich-kritische Qualität gegenüber linearen ökonomisch-technischen Modernisierungs- und Rationalisierungsprogrammen. Was Globalisierungskritiker auf internationaler Ebene an Reflexion und Gegensteuerung einfordern, verblasst für viele in der Bevölkerung, weil ihnen die rechtspopulistischen Kritikmuster fassbar, am eigenen Leibe nachvollziehbar und über die lokale Gemeinschaft kommunizierbar sind. Der lokale Raum erscheint auch hier als Abwehr gegen die Globalisierung.

Dabei ist ein Kampf um die Räume entbrannt, ohne dass es das Gros der Bevölkerung merkt. Denn die rechtsextremistischen Gruppen arbeiten verdeckt, im Milieu des Alltäglichen, in das hinein sie ihre Beziehungen verflechten: in Jugendhäuser, Stammtische, Vereinsaktivitäten. Hin und wieder Gewaltdemonstrationen, um die Region in Atem und damit auch – von ihnen aus gesehen – in Bewegung zu halten. Die Bürgerdemonstrationen, die als Reaktionen auf rechtsextremistische Anschläge oder Aufmärsche organisiert werden, agitieren zwar räumlich, aber eben nur akzidentiell. Zudem geben sie den Rechtsextremen die subjektive Genugtuung, durch ihre Provokation so viele Leute auf die Straße gebracht zu haben. Anerkennung durch Erregung von Aufmerksamkeit. Das funktioniert auch hier. Deshalb ist es wesentlich sinnvoller – wenn auch politisch nicht so spektakulär –, den Rechtsextremismus im Alltag durch infrastrukturell nachhaltige sozialräumliche Manifestationen zurückzudrängen. Jugendhäuser, regionale Entwicklungsprojekte, öffentlich sichtbare Netzwerke und gemeinwesenoffene Schulen können lokale Räume demokratisch besetzen und ein antirassistisches Magnetfeld schaffen.

Aber auch Formen des sozialen Rückzugs, der Verhäuslichung, gehören in diese Szenerie, vor allem dann, wenn sie verbunden sind mit diffusen Gefühlen der sozialen Ohnmacht und Hilflosigkeit. Wenn diese nicht thematisiert werden können, geraten sie unter Abspaltungsdruck – die eigene Hilflosigkeit wird auf Schwächere projiziert. Rassistische Programme werden dann gerne als willkommene Medien der Projektion angenommen. Es sind die Bürger hinter den Gardinen, auf die sich rechtsextreme Gruppen wie populistische Führungspersonen gerne berufen, wenn sie sich stellvertretend für eine »schweigende Mehrheit« präsentieren.

Wenn wir den Kampf um die lokalen Räume in der Sogwirkung der Globalisierung an den Extrempunkten des extremistischen Raumgewinns und der schwelenden Verhäuslichung dargestellt haben, so wollten wir damit zeigen, wie sich die sozialräumlichen Magnetfelder »unter der Hand« verändern und in neuen sozialen Mischungen aufladen können. Dabei ist zu beachten, dass die bisher sozialstaatlich regulierten Räume nun von mehreren Einflussströmen durchzogen sind, die selbst ihre Magnetfelder ausbilden, die einander überschneiden, anziehen oder abstoßen können. So haben sich neue Magnetströme – sowohl global induziert wie aus der lokalen Tradition gespeist – um die sozial-

ökologische Kernfrage des »Lebenswerts« und der Erhaltung des »gemeinen Eigenen« des lokalen Raumes gebildet. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die Globalisierung eine transnationale Kapitalisierung lokaler Räume in Gang gesetzt hat, sodass sich eine Scheidelinie zwischen ›produktiven‹ und ›unproduktiven‹ Zonen längst abzeichnet. Der regionale und internationale Standortwettbewerb treibt die Ökonomisierung des Raumes voran und greift auf das Soziale über. Dem muss ein regulativ geschwächter nationalen Sozialstaat folgen, der mitunter keine eigene soziale Gestaltungsperspektive mehr entwickeln kann und damit zwangsläufig in das Magnetfeld ökonomisch-technologischer Regulationslogik gerät.

Allerdings: Vor dem Hintergrund der empirisch rückbeziehbaren These der Dialektik von Globalem und Lokalem dürfte es kaum so weit kommen, dass der Globalisierungssog regionale Kulturen aufsaugt und überhaupt verschwinden lässt. Das Gegenteil ist ja immer wieder der Fall, denn es entwickeln sich lokale und regionale demokratische Gegenkulturen, die auch die sozialen Institutionen in ihr Magnetfeld ziehen können. Dabei können neue Aggregatsformen in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen räumlich gewandelten sozialen Problemen und darauf bezogenen sozialen Institutionen entstehen. »Alte« sozialstaatliche Regulationsmuster verschieben sich auf den Rahmen der Gewährleistung sozialer Hintergrundsicherheit, neue sozialräumliche Regulationskontexte entstehen von unten in lokalen »Spacings«, in denen sich Bindungen und Identitäten nun über sozialräumliche Bewusstwerdungsprozesse der Gemeinsamkeit formieren und die soziale Idee neu beleben. Eine solche Modellvorstellung hatte Richard Sennett bereits Ende der 1990er Jahre in seinem inzwischen zum Klassiker gewordenen Buch »Der flexible Mensch«, in dem er davon ausging, dass die lokale Gemeinde angesichts eines ortlosen Kapitalismus »die sozialen und persönlichen Dimensionen des Ortes« beschwören könne (1998: 189). Der Sozialstaat kann dabei weiter im Spiel bleiben. Richard Münch hat in seiner Arbeit »Globale Dynamik, lokale Lebenswelten« diesen Zusammenhang in den Vordergrund gestellt: »Sozialstaaten werden jetzt zu Mittlern zwischen globalen und regionalen Einheiten, müssen innere regionale und äußere globale Vielfalt bündeln. […] Einerseits müssen sie Spielraum für regionale Vielfalt geben, andererseits die globale Vielfalt in sich repräsentieren können.« (1998: 37) Darin steckt auch die Hypothese, dass der digitale Kapitalismus in seiner selbstläufigen Entgrenzungs- und Entbettungsdynamik auf Begrenzungen und Rebetting angewiesen ist, will er sich nicht selbst zerstören. Deshalb braucht er diese sozialstaatliche Vermittlung. Hier scheint das Sozialpolitische Prinzip in seiner Grundstruktur doch wieder durch.

Hier ergibt sich auch ein Ansatzpunkt, wie sich der Sozialstaat vor dem Hintergrund der Angewiesenheit des globalisierten Kapitals auf diese Mediationsfunktion neu formieren kann. Der Sozialstaat wird – über die Gewährleistung sozialpolitischer Hintergrundsicherheit nach innen hinaus – neue Gestaltungs-

perspektiven der sozioökonomischen und kulturellen Mediatisierung entwickeln können. Die internationalen Finanzkrisen des beginnenden 21. Jahrhunderts haben diese regulative Notwendigkeit im sozialökonomischen Bereich freigesetzt. In den Bereichen der sozialen und kulturellen Gestaltung wird vor allem die transnationale Migrationsdynamik den Sozialstaat in jene pluralistische Formation zwingen, die Münch prognostiziert hat. Das Lokale muss jetzt nicht mehr gleichsam als Gegenwelt, die dem digitalen Kapitalismus äußerlich entgegensteht, gesehen werden, sondern ist im Kontext des nun erweiterten Sozialpolitischen Prinzips in den Gesamtzusammenhang der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung neu eingebunden.

Teil II: Die Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips: Die Reproduktionssphäre

Heimanns Modell des Sozialpolitischen Prinzips im Spannungsverhältnis von Kapital und Arbeit/sozialer Idee bezieht sich auf die männlich konnotierte Erwerbsarbeit. Die Reproduktionsarbeit – Hausarbeit, Beziehungs- und Familienarbeit –, die damals ganz den Frauen zugeschrieben war und auch heute noch in der Tendenz weiblich konnotiert ist, wird übergangen. Sie ist als selbstverständlich vorausgesetzt, bleibt unsichtbar, obwohl sie zwingende Voraussetzung für die Reproduktion der Arbeitskraft ist. Sowohl das Kapital als auch die (Erwerbs-)Arbeit sind auf die Reproduktionssphäre angewiesen. Mit dieser doppelten Angewiesenheit erweitert sich die sozialpolitische Hypothese.

Zur feministischen Kritik der »männlichen Sozialpolitik«

Die feministische Kritik an der Sozialpolitik, wie sie sich in den 1990er Jahren in Deutschland breit artikulierte (vgl. Braun/Jung 1997), lässt sich auf die Grundformel bringen: Auch wenn sich die kapitalistische Ökonomie auf die (äußere) Produktionslogik zurückführt, wird sie doch immer wieder durch die (innere) Reproduktionstätigkeit, die in der Regel den Frauen zugewiesen ist, mit *hergestellt*. Der Aspekt der *Herstellung* wird dabei betont, denn dieser beinhaltet seinem Sinn nach mehr als nur die Vorstellung, der Industriekapitalismus funktioniere nur, weil diese Reproduktionstätigkeit selbstverständlich und alltäglich ausgeführt werde. Zum Reproduktionsbereich wird die biologische Reproduktion, die alltägliche Reproduktion der Arbeitskraft und die Versorgungs- und Fürsorgetätigkeit gerechnet (vgl. Young 2007).

Dieser reproduktive Bereich vornehmlich weiblich konnotierter Haus-, Erziehungs- und Beziehungsarbeit bleibt verdeckt, weil er in der industriegesellschaftlichen Logik entlang der Trennlinie öffentlich – privat *vorausgesetz*t ist. Die weibliche Reproduktionsarbeit wird nicht nur minderbewertet gegenüber

der Produktionsarbeit, selbst in der Erwerbssphäre wird die Arbeit von Frauen aufgrund dieses Sekundärstatus (nach der industriekapitalistischen Tradition ist das Produktionsprinzip männlich, dem entspricht die Tradition der männlichen Ernährerrolle im Haushalt) niedriger eingestuft, und zwar sowohl im Entlohnungs- als auch im Rentenbereich. Deshalb war es nur folgerichtig, dass Soziale Gerechtigkeit – angestoßen durch die Arbeiten von Nancy Fraser (1996) – als *Geschlechtergerechtigkeit* thematisiert wurde. Wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeit zeichnet sich demnach »durch die beiden Prinzipien soziale Gerechtigkeit/Umverteilung und eine symmetrische Anerkennungsordnung der Geschlechter aus.« (Klein 2009: 300)

Aus dieser Strukturkritik ergibt sich auch eine andere historische Sichtweise auf die Entstehung und Konstitution der modernen Sozialpolitik. Indem die Sozialpolitik in ihren Anfängen ›abstrakte‹ produktions- und erwerbszentrierte Arbeiterpolitik war, deren Solidarbegriff nur die Arbeiterbeziehungen einschloss, waren Familien und Kinder bloße Anhängsel dieser Solidargemeinschaft. Wenn wir uns Heimanns Modell des sozial begrenzten Kapitalismus vergegenwärtigen, so trat dieser kritisierte Ausgrenzungsmechanismus schon damals deutlich zutage. Heimann vermutet allein im Produktionsbereich und in der Arbeiterfrage, jene antikapitalistische Dialektik, welche die soziale Modernisierung des Kapitalismus voranzutreiben imstande war. Den reproduktiven Bereich und die daraus hervorgehenden sozialen Bewegungen (eben die Frauenbewegungen) konnte er nicht systematisch integrieren, auch wenn er sie historisch durchaus wahrnahm. Da nun der Sozialstaat *die* institutionalisierte Form der Sozialpolitik darstellt, sind auch bei diesem geschlechtstypische Ausgrenzungen zu beobachten. In der sozialstaatlichen Sozialpolitik spiegelt sich die geschlechtshierarchische Trennung zwischen öffentlich und privat wider, die sozialstaatlichen Zuständigkeiten enden meist oft dort, wo der private Reproduktionsbereich beginnt. Dadurch findet eine *Privatisierung* sozialpolitischer Bezüge statt.

Dabei geht es aber nicht nur um die sozialpolitischen Leistungen, sondern auch um die *kulturellen Definitionen*, die in die Sozialpolitik eingeschrieben sind. Denn der sozialpolitische Mechanismus von *Anspruch und Zumutbarkeit* wirkt sich entsprechend geschlechtstypisch aus: Frauen wird Arbeitslosigkeit, Rückzug in den Haushalt, niedrigere Lohneinstufung, verfügbares Teilzeitmanagement etc. eher zugemutet als Männern. Die Sozialpolitik definiert ständig geschlechtstypische Lebensentwürfe, die für Frauen (und auch zunehmend für Männer) *Vereinbarkeitsprobleme* aufwerfen, wobei diese von den Frauen selbst bewältigt werden müssen, während sich die Vereinbarkeitsfrage bei den Männern traditionell nicht (oder erst jetzt) in dieser Form stellt. Erst die Sensibilität mancher Männer gegenüber den Verwehrungen reproduktiver Rechte, denen sie unterliegen und die angesichts der Krise der Erwerbs-

arbeit hervortreten, lässt die Vereinbarkeitsthematik zunehmend auch zu einer männlichen werden.

Hatten die bisherigen Frauenbewegungen seit dem 19. Jahrhundert immer nur um einen gleichberechtigten Platz in dieser Männergesellschaft und um die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Reproduktionsarbeit gekämpft, so ging es seit den 1980er und 1990er Jahren um Systemkritik: Das männliche Konkurrenz-, Wachstums- und Rationalitätsdenken, das dem Industriekapitalismus als inhärent zugeschrieben wurde, wurde nun fundamental infrage gestellt; die Forderung nach einer ›weiblichen Ökonomie‹ kam auf den Tisch. Folgerichtig wurde Sozialpolitik als Geschlechterpolitik begriffen, die gegen die ökonomische Ausbeutung und soziale Ausgrenzung der Frauen gedreht und als Reproduktionspolitik neu gefasst werden müsse. Mit dieser Perspektive wurde ein breites Feld sozialpolitischer Themen feministisch besetzt: Bildungspolitik, Lohnpolitik, Mütterpolitik, Rentenpolitik, Familien- und Arbeitsrecht etc. Zwar wurde hier immer wieder auf die sozialhistorischen Vorbilder der Frauenbewegungen und ihre reproduktionspolitischen Forderungen zurückgegriffen, neu aber war jetzt das Frauen- und Weiblichkeitsbild, das die Konzepte feministischer Sozialpolitik leitete: Nicht länger die nur ›gleichgestellte Frau‹, die komplementär und ergänzend ihre reproduktionspolitischen Ziele durchsetzte, war das Leitbild. Jetzt wurde das Bild von Frauen propagiert, die mit einer Politik der weiblichen Ökonomie, und den ihr entsprechenden Reproduktionsprinzipien und sozialen wie ökologischen Implikationen das konkurrenzkapitalistische System durchdringen oder gar umpolen wollten. Emanzipatorisches Weiblichkeitsbild und Gesellschaftsbild gingen ineinander über. Vor allem machte die neue Frauenbewegung deutlich, dass die industriegesellschaftliche Ökonomie zwar arbeitsteilig, aber nicht notwendig patriarchalisch strukturiert sein müsse und dass die Verantwortung für den Reproduktionsbereich nicht einseitig den Frauen zudefiniert werden könne (vgl. auch Brückner 2011). Deshalb wurde statt des traditionellen männlichen Ernährermodells ein gleichberechtigtes »adult worker model« (Zwei-Erwerbstätigen-Modell) gefordert, in dem beide Geschlechter ihre eigene Option auf Berufsarbeit bei Gleichbelastung in der Familienarbeit realisieren können. Dies kann Frauen eher entsprechen, »allerdings nur, wenn dabei des Ziel der Geschlechtergleichheit und damit das Problem der Verteilung der Sorgearbeit umfassend berücksichtigt werden.« (Lewis 2004: 79)

Die reproduktionsorientierte Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips

Die feministische Kritik am Sozialstaat fordert in der Konsequenz auch eine reproduktionsorientierte Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips heraus. Schon in der Zeit der dritten Generation der deutschen Frauenbewegung in den 1920er Jahren wurde das Prinzip der weiblichen *Sorge* als gleichsam antikapitalistisches Prinzip formuliert, nach dem »die Frauen das Menschenleben hoch anschlagen, dass ihnen Menschen wichtiger als Sachgüter sind, das Leben heiliger als der Apparat ist, der ihm dient« (Salomon 1931: 312). Das ähnelt durchaus Heimanns Kritik, der Kapitalismus sehe den Menschen nur als Ware. Die Kraft der Sorge sollte aus der weiblich-familialen Privatwelt heraustreten, die kapitalistische Wirtschaft durchdringen und so die Humanisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Diese antikapitalistische Interpretation von Sorge wurde von der Frauenbewegung und Frauenforschung der 1990er und 2000er Jahre erneut aufgegriffen. Dem kapitalistischen System wird unterstellt, dass es die Reproduktionsarbeit, die es für seine Erhaltung alltäglich braucht, negiert, abspaltet:

> »Die Warenform als solche weist eine geschlechtliche Besetzung auf: Alles, was an sinnlicher Welt des Menschen in dieser Form nicht aufgehen kann, wird als weiblicher Lebenszusammenhang von der Form und den Prozessen abstrakter Ökonomisierung der Welt abgespalten, wodurch sich die Warenform gleichzeitig als männlich besetzt erweist. Mit anderen Worten: *Abgespalten* werden [...] die Reproduktionstätigkeiten vom Wert, von der abstrakten Arbeit und den damit zusammenhängenden Rationalitätsformen.« (Brensell/Habermann 2001: 256)

Ist Heimanns Modell des Sozialpolitischen Prinzips einseitig auf den Grundkonflikt von Arbeit/sozialer Idee und Kapital, also auf den allgemeinen Gegensatz von Mensch (historisch als arbeitender Mann) und kapitalistischer Ökonomie ausgelegt, so speist sich der antikapitalistische Sorgediskurs aus der Konfliktstruktur der *geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung*, nach der unsere Arbeitsgesellschaft bis heute aufgebaut ist. Die reproduktiven Rollen der Beziehungs- und Hausarbeit, aber auch der Erziehung und Fürsorge sind niedriger bewertet als die industriewirtschaftlichen, technischen und darauf bezogenen administrativen Rollen. Traditionell waren die reproduktiven Rollen den Frauen zugeordnet. Zwar stehen heute den Frauen auch alle gesellschaftlichen Rollen außerhalb des Reproduktionsbereiches offen, das geschlechtshierarchische Prinzip ist aber als Wertprinzip geblieben. Die Kluft zwischen externalisierter Ökonomie und sozial gebundener Reproduktionssphäre ist sogar eher noch gewachsen.

Wenn wir vor diesem Hintergrund das Sozialpolitische Prinzip in dieser neuen Dualität systematisch und darin weiter auch in der Heimannschen Dialektik und ihrer Sprache fassen, so können wir wie folgt formulieren: Sozialpolitik ist der Einbau eines doppelten Gegenprinzips in das System des Kapitalismus: sowohl des allgemeinen Prinzips der Humanisierung der Wirtschafts- und Arbeitsgesellschaft (die Wirtschaft soll dem Menschen dienen) als auch des besonderen Prinzips ihrer reproduktiven Durchdringung (Care (Sorge) als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip). Von diesen beiden Achsen des Sozialpolitischen Prinzips gehen unterschiedliche, aufeinander beziehbare und einander ergänzende Impulse aus. Zum einen der arbeitsgesellschaftlich-sozialstaatliche Impuls, der angesichts der globalen Entgrenzungstendenzen neu gesetzt werden muss. Zum anderen die reproduktiven Impulse, die sich vor allem in der Perspektive der Sorge (Care) und der sozialen Nachhaltigkeit (s.u.) bündeln.

Doch so ohne Weiteres lässt sich die Care-Perspektive in die sozialpolitischen Konfliktzonen des globalisierten Kapitalismus nicht einführen. Es ist wieder ein Hase-und-Igel-Spiel. Was der feministische Care-Diskurs programmatisch erstrebt, theoretisch und politisch aber nicht erreicht hat, scheint nun im fortgeschrittenen Kapitalismus seine – wenn auch verkehrte – Erfüllung zu finden. Sorge ist heute in einem Maße gesellschaftlich freigesetzt, diffundiert die Lebensbereiche, schwingt in nahezu allen Bewältigungskontexten mit und hat ihre eigenen Aneignungskulturen in einer Weise ausgebildet, dass man durchaus von einer Vergesellschaftungsform der Zweiten Moderne sprechen kann. Nur: Im Gegensatz zum feministisch geprägten Care-Diskurs der Ersten Moderne, der als Gestaltungsdiskurs geführt wurde, ist der gegenwärtige Sorgediskurs als Krisendiskurs freigesetzt. Zugleich stoßen wir hier wieder auf eine der bezeichnenden Paradoxien des fortgeschrittenen Kapitalismus: Sorge wird freigesetzt und gleichzeitig wieder vermarktet, kapitalisiert. Die neokapitalistischen Prozesse der sozialen Entbettung, gesellschaftlichen Entgrenzung und sozialstaatlichen Erosion, die den Hintergrund der Freisetzung von Sorge bilden, werden zu konsumtiven Bezügen transformiert. Sorge ist zur Ware geworden. Eine kommerzielle Aneignungskultur der Sorge bildet sich in Sprachsymbolik und wiederkehrenden Veranstaltungstypen aus. Eine Fülle von Wohltätigkeitsevents lässt kommerzielle und privatisierte Sorge zu einem gesellschaftlichen Netzwerk werden, das den Warencharakter der Sorge überformt. In der medialen Welt der Werbeindustrie wird Sorge allenthalben in Modulen angeboten, werden Bausätze offeriert, in denen Sorge- und Konsumelemente, so widersprüchlich sie auch in sich sein mögen, miteinander verbunden werden können. Die Auto-, Versicherungs- und Immobilienwerbung sind Protagonisten in diesem Bereich. Wolfgang Fritz Haug hat diesen Modularisierungsprozess in seiner »Entgrenzung der Warenästhetik« (2001) beschrieben: In der virtuellen Welt des neuen Kapitalismus wird das Produkt

nicht mehr in der Fabrik, sondern erst in den Kommunikationsmedien als konsumtives Gut produziert. Die Ware verschmilzt mit den Bildern und diese sprechen die Gefühle an. Sie wirken entlastend, Sorge kann somit warenästhetisch zur Sorglosigkeit mutieren.

Demgemäß scheint sich – der Globalisierungsdynamik des fortgeschrittenen Kapitalismus entsprechend – eine globalisierte Sorgekultur entwickelt zu haben. Ihr Motto: In der Welt sind alle aufeinander angewiesen. Klimadiskurse, Migrationsdiskurse, Armuts- und Reichtumsdiskurse bestimmen die Schlagzeilen. Beim näheren Hinsehen wird aber deutlich, dass diese Sorgediskurse eine bezeichnende Asymmetrie aufweisen: Es sind Diskurse einer Zitadellenkultur (Werckmeister 1990). Wir müssen uns um die Armen und Zurückgebliebenen dieser Welt kümmern, müssen uns um sie sorgen, damit sie uns nicht eines Tages bedrohen, nicht noch mehr als heute vor unseren Mauern stehen. Sozialökonomische und politische Konflikte werden in Sorgeverhältnisse umgedeutet. Die Milliardäre dieser Welt kümmern sich um die Probleme dieser Welt. Das US-amerikanische Modell, »success and benefits«, schlägt global durch: Wenn du ökonomischen Erfolg hattest, egal wie du dein Geld verdient hast (z.B. auf Kosten anderer), bist du moralisch verpflichtet, einen Teil davon an die Nichtreichen abzugeben. Natürlich kann dann von diesen erwartet werden, dass sie sich auch entsprechend verhalten und die Geber nicht enttäuschen. So können bestehende Machtverhältnisse in Sorgeverhältnisse umgedeutet und auf diese Weise weiter, aber legitimatorisch neu stabilisiert werden. Sorgekulturen werden so zu Verdeckungskulturen.

Externalisierung: Kapitalismus und Männlichkeit

Mit der reproduktionsorientierten Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips steht die Geschlechterfrage im Zentrum des sozialpolitischen Diskurses. Dabei geht es nicht so sehr um Frauen und Männer an sich, sondern um weiblich und männlich konnotierte Strukturen, die als Hintergrundstrukturen der Entwicklung der Sozialpolitik zu betrachten sind. Heimann dachte »männlich«, indem er wie selbstverständlich das Angewiesensein der kapitalistischen Ökonomie auf die im System der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung männlich konnotierte Erwerbsarbeit in den Mittelpunkt stellte. Damit erhielt die soziale Idee implizit nicht nur eine einseitige geschlechtliche Beschaffenheit, sondern auch eine folgenreiche Entsprechung zu inneren Konstitutionsprinzipien der kapitalistischen Ökonomie. Der Kapitalismus kommt in seiner Angewiesenheit auf die Erwerbsarbeit vor allem der männlichen Erwerbsbevölkerung entgegen, die weiblich konnotierte Reproduktionsarbeit bleibt weit-

gehend ausgeklammert. Dadurch bleibt eine wesentliche antikapitalistische Substanz der sozialen Idee, das Prinzip der Sorge, unthematisiert.

Die notwendige Einbeziehung der Geschlechterfrage in die Konstellation des Sozialpolitischen Prinzips modifiziert die sozialpolitische Konfliktkonstellation erheblich. Denn der Konflikt zwischen der kapitalistischen Ökonomie und dem Menschen erfährt eine problematische Spaltung: Vor dem Hintergrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung verbinden sich bis heute wirtschaftliche Macht und männliche Dominanz zu einem hegemonialen System, das Massen von Männern an sich bindet, ihnen eine »patriarchale Dividende« (Connell 1987) verspricht, während es Frauen auszugrenzen trachtet oder versucht, sie maskulinen Arbeits- und Konkurrenzformen zu unterwerfen. Dabei zeigt sich eine folgenreiche Entsprechung. Das Prinzip der *Externalisierung*, das für die wachstumsfixierte industriekapitalistische Gesellschaft charakteristisch ist, spiegelt sich in der männlichen Sozialisation. Sozialpolitisch problematisch daran ist nicht so sehr die Externalisierung, als vielmehr der Mechanismus der *Abspaltung*. So wie im Prozess der männlichen Sozialisation Jungen und Männer unter dem Druck stehen, ihre Gefühle abspalten zu müssen (vgl. Böhnisch 2013), steht die wachstumsfixierte Gesellschaft unter dem Zwang der Abspaltung der Reproduktionssphäre (s.o.). Hier wird deutlich, dass es wieder auf die Wirkungsstärke des Sozialpolitischen ankommt, ob und inwieweit es gelingt, den Abspaltungs- und Externalisierungsdruck des Kapitals abzufedern und eine Vereinbarungsperspektive für Frauen *und* Männer zu realisieren. Allerdings ist diese Perspektive für viele Männer, die von der kapitalistischen Wirtschaft genutzt werden, nur begrenzt realisierbar. Je mehr der digitale Kapitalismus die Sozialform des abstrakten Arbeiters intensivieren kann, weil der geschwächte Sozialstaat nicht mehr ausreichend sozial gegenhalten kann, desto stärker werden wieder vor allem Männer in den gesellschaftlichen Sog von Externalisierung und Abspaltung gezogen.

In die Sphäre der sozialen Idee ist somit ein besonderer Konflikt eingelassen, der nicht nur die soziale Idee schwächt, sondern auch von der Kapitalseite her zum Ausspielen genutzt werden kann. Dem feministisch forcierten antikapitalistischen Prinzip der Sorge steht gleichsam das »männliche Prinzip« des Kapitalismus entgegen: Die unbedingte Wachstumsorientierung der Externalisierung, die den menschlichen Fortschritt in der bedingungslosen Rationalität der *Überwindung der Natur* definiert und folglich *Innehalten* als Rückschritt denunzieren muss, existiert weiter und wirkt intensiver denn je. Nur: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, im Sog der Globalisierung, wirkt dies verdeckt, sozial entbettet, das heißt losgelöst von den Menschen und damit auch von den Männern. Der digitale Kapitalismus ist nicht mehr auf die massenhafte Inkorporation durch die Männer vor Ort angewiesen, ja viele von ihnen spüren längst ihr Leiden an diesem »männlichen« Prinzip das sich nun gegen sie selbst wendet. Die Ökonomie gibt sich zwar geschlechtspolitisch

exkulpiert, sie sucht ihren »*abstract worker*« geschlechtsneutral und begegnet dem Vorwurf, sie ziehe mit ihren Prinzipien der Externalisierung und Abspaltung doch wieder stärker Männer an und grenze Frauen und Care eher aus, mit dem Achselzucken des sozial entbetteten Sachzwangs. Unter der Hand bleibt also die männlich konnotierte Grundstruktur auch im digitalen Kapitalismus trotz seiner geschlechtsneutralen Fassade erhalten. Es wird sogar von einer verdeckten Reetablierung maskulin-dominanter und frauendiskriminierender Muster gesprochen, von der vor allem Mütter betroffen sind, die den Kinderwunsch nicht zugunsten einer sie vereinnahmenden Karriere aufgeben wollen (vgl. Sauer 2001). Gleichzeitig gilt es aber zu berücksichtigen, dass die im globalen Maßstab wieder augenscheinliche männliche Dominanz mit einer erweiterten männlichen Verfügbarkeit einhergeht, die die soziale Widerstandsfähigkeit erwerbstätiger Männer schwächt. Dies zeigt, dass wir auch heute trotz fortgeschrittener Geschlechternivellierung in den Alltagskulturen der Industriegesellschaften den verdeckten Geschlechterkonflikt als Strukturkonflikt weiter thematisieren müssen, wenn wir die Chancen der antikapitalistischen Belebung der sozialen Idee und damit des Sozialpolitischen Prinzips einschätzen wollen.

Zwischenbilanz: Die Dialektik der Angewiesenheit im gesellschaftlichen Wandel

Die zentrale Hypothese, nach der sich das Sozialpolitische Prinzip konstituiert, wurde von Heimann ja dahingehend formuliert, dass der Kapitalismus, obwohl er den Menschen nur als Ware betrachten kann, letztlich doch auf den Menschen angewiesen ist. Denn wenn sich die kapitalistische Ökonomie technologisch weiterentwickeln, modernisieren und damit ihren Profit steigern wolle, brauche sie qualifizierte Arbeiter, sei auf deren Humanvermögen angewiesen und müsse deshalb soziale Belange und Interessen aufnehmen. Das sei – so Heimann – der strukturell erzwungene Einbruch der sozialen Idee in das Gehäuse des Kapitalismus. Dieser werde historisch aber erst über soziale Konflikte und Kämpfe verwirklicht und deshalb gehöre der epochale soziale Konflikt zu den Konstitutionsbedingungen des Sozialpolitischen Prinzips.

Wir haben diese sozialpolitische Hypothese der Angewiesenheit erweitert, indem wir deutlich gemacht haben, dass die kapitalistische Ökonomie nicht nur auf die Qualifikation der Arbeitenden, sondern auch auf die Reproduktion dieser Arbeitskraft angewiesen ist. Vor dem Hintergrund des Modells der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung sprechen wir nun von einer doppelten Angewiesenheit der Ökonomie auf das Humanvermögen.

Im fordistischen Modell wurde nun versucht, diese Angewiesenheit auszuhebeln, indem – mit der Transformation des Arbeiters zum Konsumenten – der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital tabuisiert, ideologisch stillgestellt wurde. Der Sozialstaat hingegen, als institutionelle Form des Sozialpolitischen Prinzips, hat diesen Konflikt aufgenommen und mediatisiert. In ihm ist die Angewiesenheit der Ökonomie auf den Menschen – bei freilich fortdauernder ökonomischer Dominanz – in die sozialpolitische Formel von Anspruch und Zumutbarkeit von Fördern und Fordern gefasst (vgl. Lessenich 2013). Er sorgt nun für die technologisch-infrastrukturelle und soziale Reproduktion des Kapitals bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen. Das Sozialpolitische Prinzip geht gleichsam im Sozialstaat auf.

Mit der Globalisierung schließlich wird die sozialpolitische Hypothese der Angewiesenheit nicht nur brüchig, sie scheint geradezu obsolet geworden zu sein. Mit nun international vorangetriebener Arbeitsteilung und der Entwicklung eines sozial entbetteten globalisierten Finanzmarktes bleibt zwar die Angewiesenheit des Kapitalismus auf das Humanvermögen prinzipiell erhalten, kann aber von der Ökonomie über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus so gesteuert werden, dass sich diese Angewiesenheit nicht mehr antikapitalistisch formieren kann, so wie das im nationalstaatlichen Hoheitsbereich möglich war. Institutionell hat das zur Schwächung der Gestaltungskraft des Sozialstaats geführt, der aber zumindest als Barriere gegen einen überbordenden Kapitalismus seine epochale Bedeutung bewiesen hat und auf dessen Mediatisierungsfunktion auch der globalisierte Kapitalismus angewiesen ist.

Mit der Entwicklung der *Zivilgesellschaft* schiebt sich eine gesellschaftliche Formation zwischen die Blöcke von Staat und Ökonomie, in der eine neue Verwirklichung der sozialen Idee gesucht wird. In dem Maße, in dem der Kapitalismus nicht mehr auf die Masse der Arbeitenden angewiesen ist, sollen nur die Ausgeschlossenen über einen Bürgerstatus und Bürgerrechte einen eigenen sozialen Kosmos erhalten können. Das zivilgesellschaftliche Konzept soll eine eigene soziale Idee hervorbringen können. Ob ein entsprechendes Modell von Zivilgesellschaft gleichsam jenseits der Sozialpolitik sozialpolitisch substitutiv oder erweiternd tragfähig sein kann, wollen wir im nächsten Teil untersuchen.

Teil III: Das neue sozialpolitische Magnetfeld: Sozialstaat, Bürgergesellschaft und Neue Soziale Bewegungen

Die oben skizzierte Krise des Sozialstaats im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in Deutschland wurde vor allem auch als Krise der gesellschaftlichen Integration diskutiert. Die sozialpolitische Balance schien nicht mehr gegeben, der Sozialstaat war auf Integrationsimpulse aus der Gesellschaft heraus angewiesen. In diesem Zusammenhang gewann die Idee der Bürger- oder Zivilgesellschaft an Attraktivität. Sie sollte vor allem dort wirken, wo der Sozialstaat die sozialen und politischen Rechte seiner Bürger und Bürgerinnen nicht mehr umfassend garantieren konnte. Von der Bürgergesellschaft erwartete man sich in den entsprechenden Diskursen eine eigene Form der sozialen und politischen Vergesellschaftung gleichsam neben dem Sozialstaat. Die soziale Idee – um in der Heimannschen Sprache zu bleiben – sollte sich von den Bürgern und Bürgerinnen her im kommunitären Sinne neu formieren. Dies wurde aber nicht in einen Bezug zum Sozialpolitischen gesetzt. Vielmehr wandte man sich – auch in den Sozialwissenschaften – nicht nur vom Sozialstaat als gesellschaftlicher Regulationsinstanz ab, man kümmerte sich auch kaum mehr um seine epochale Bedeutung für die Durchsetzung und Vergesellschaftung des Sozialen im modernen Kapitalismus. In dem Maße, in dem der Sozialstaatspessimismus wuchs, verbreitete sich ein zivilgesellschaftlicher Optimismus. Der Mensch sollte sich als Bürger jenseits des Grundkonflikts von Arbeit und Kapital und damit auch jenseits des Sozialstaats emanzipieren. Das Sozialpolitische Prinzip geriet in Vergessenheit. Man muss allerdings dazu sagen, dass es bis dahin auch nie richtig in seiner historisch-strukturellen Bedeutung erkannt war. Dazu war der sozialpolitische Diskurs viel zu sehr auf die Institution des Sozialstaats fixiert. Zwar wurde Ende der 1980er Jahre Heimanns »Soziale Theorie des Kapitalismus« (1989) neu aufgelegt, aber in dem kommentierenden Vorwort von Bernhard Badura findet man wenig über die hier verhandelte Bedeutung des Sozialpolitischen Prinzips.

Wenn wir uns im Folgenden so ausführlich mit der Zivil- resp. Bürgergesellschaft beschäftigen, so ist dies mehr als ein methodischer Kniff, um die Bedeutung des Sozialpolitischen Prinzips kontrastiv herauszuheben. Denn in die Bürgergesellschaft

wurden und werden angesichts des ökonomisch-technologischen Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft große Hoffnungen für die gesellschaftliche Zukunft gesetzt (s. u.). Entsprechend anspruchsvoll ist die Definition der Zivilgesellschaft, wie sie gleichsam als Leitdefinition verbreitet wurde. Danach wird die Zivilgesellschaft als selbstorganisiertes Handlungssystem von Individuen und Gruppen betrachtet, das auf das Allgemeinwohl ausgerichtet ist. Es richtet sich gegen »den übermächtigen, gängelnden, einengenden Staat« sowie gegen die »Omnipräsenz und Übermächtigkeit der Märkte« und bietet ein »Gemeinsinn betonendes Gegenprogramm mit kommunitaristischen Elementen« an (Gosewinkel et al. 2003: 13). Das sozialstaatskritische und das kommunitäre Element finden sich – nicht nur in Deutschland (vgl. Keane 1998) – in den verschiedenen bürgergesellschaftlichen Diskursen wieder. Die Zivilgesellschaft gilt als Gegengewicht zum Staat. Mit dem antikapitalistischen Einschlag ist es dagegen nicht weit her. Wir werden sehen, dass das zivilgesellschaftliche Modell keine kritische Spannung zur Ökonomie herstellen kann. Vor allem aber richtet sich die Kritik gegen die zuweilen normative Überhöhung des Konzepts. Niklas Luhmann hat dies provokativ auf den Punkt gebracht: »Die heutige Wiederaufnahme dieses Begriffs aufgrund historischer Rekonstruktion hat so deutlich schwärmerische Züge, dass man, wenn man fragt, was dadurch ausgeschlossen wird, die Antwort erhalten wird: die Wirklichkeit.« (Luhmann 2000: 12) Die Wirklichkeit sieht dann oft so aus, dass die bürgerschaftlichen Projekte eher die sozialinfrastrukturellen Lücken füllen, als dass sie eine eigene sozialpolitische Perspektive entwickeln. Andererseits gibt es in den letzten zwanzig Jahren in Deutschland eine solche Vielfalt von lokalen und regionalen Bürgerinitiativen, dass man fast von einem unsichtbaren, wenn auch unverbundenen bürgerschaftlichem Netzwerk sprechen könnte. Davon sind wiederum Konzepte inspiriert, die die Zivilgesellschaft nicht gegen den Staat gerichtet sehen, sondern sie eher als Sphäre der kritischen Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat mit synergetischen Effekten begreifen (vgl. Schmals/Heinelt 1997; Fürstenberg 2011). Wir wollen – trotz Luhmann – sowohl die bürgergesellschaftliche Programmatik bezüglich ihres etwaigen sozialpolitischen Theorie-Gewinns, als auch die sozialpolitische Reichweite ihrer empirischen Ausdrucksformen analysieren. Schließlich richtet sich unser Blick auf das Entstehen neuer sozialer Bewegungen auch aus bürgergesellschaftlichen Milieus heraus, in denen die soziale Idee außerhalb der sozialstaatlichen Thematisierung sozialer Probleme politische Gestalt annehmen kann.

Bürgergesellschaft jenseits des Sozialstaats?

Bürgergesellschaftliche Argumentationen sind in Deutschland seit den 1980er Jahren populär geworden, als das Vertrauen in die Integrationskraft des Sozialstaates zu schwinden schien und neue Modelle der sozialen Verständigung und Verantwortung jenseits sozialstaatlicher Regulation gesucht wurden. Ge-

rechtigkeit, Freiheit und Gestaltung des Sozialen sollen demnach nicht mehr im Gebäude sozialstaatlicher Reglementierung und Bürokratisierung dressiert sein, sondern dem selbstbestimmten Zusammenspiel der bürgerlichen Kräfte aufgegeben werden. Denn das sozialstaatliche Sicherungsmodell, so die grundlegende Sozialstaatskritik dieser Jahre, stehe in einem Widerspruch zu den sozialen und emanzipatorischen Ansprüchen des Individuums am Ende des 20. Jahrhunderts. Mit seinen rationalisierenden Verfahrensweisen und Gleichheitsansprüchen werde der Sozialstaat nicht nur dem Eigensinn der Menschen nicht gerecht, sondern auch nicht den pluralisierten Lebensformen in der postindustriellen Gesellschaft. Er entfremde zudem den aus seinen überkommenen sozialen Bezügen und Lebensformen gelösten Menschen von der aktiven Verantwortungsübernahme für seine eigene Lebensführung, ja er verstaatliche, kollektiviere die Verantwortung für den individuellen Lebenslauf und das Gemeinwohl – zu einer Zeit, in der der Mensch gerade auf seine eigene Biografie als sein vorrangiges soziales Projekt verwiesen werde. Entsprechend wurden ein obrigkeitsstaatliches Regiertwerden als fürsorgliche Belagerung (Keupp 2003) und eine passive Konsumhaltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen an den Pranger gestellt. Das Spannungsverhältnis zwischen der sozialstaatlichen Sicherung und der Autonomie der Menschen schien zunehmend unüberbrückbar.

Hier setzt auch der eher sozialwissenschaftlich geführte europäische Diskurs um neue Formen des Regierens (*New Governance*) ein. Dieser Diskurs sucht nach intermediären Zonen zwischen den gesellschaftlichen Bereichen und der institutionellen Politik, in denen sich Partizipationsformen jenseits institutioneller Versäulungen entwickeln können: Er geht davon aus, dass die klassischen Regierungsinstitutionen weder Demokratisierung und Humanisierung noch die sozialen Errungenschaften angesichts fortschreitender Globalisierungs- und Rationalisierungsprozesse absichern können. Vor diesem Hintergrund wird seither eine bürgernahe Öffnung des Sozialstaates gefordert, der sich als Dienstleistungsstaat für die individualisierten Menschen begreifen soll, da der Einzelne das Gemeinwohl am effizientesten stärke, wenn er sein biografisches Lebensprojekt selbstverantwortlich übernehme. Denn der für sich verantwortliche Bürger fühle sich aus dieser Selbstverantwortlichkeit heraus auch für andere verantwortlich. Nach der Epoche der Regulation durch den Staat soll die Zeit der Entfaltung der bürgerlichen Individualkräfte aus sich heraus zu einem neuen, von den einzelnen Menschen selbst gespeisten Gemeinwohl beginnen. Die soziale Frage, die als sozialstaatlich verwaltet und deshalb als die Gesellschaft lähmend etikettiert wird, soll aus dem Käfig der Gewährung heraus in den Fluss der Teilhabe gebracht werden. Jenseits des Staates soll eine neue politische Verfasstheit der Gesellschaft geboren werden, in der die Bürger selbst das aktive, regulierende Element sind.

In diesem Kontext wird eine Rückbesinnung auf das antike Ideal des Aktivbürgers vorgeschlagen, das zwar »in der modernen, komplexen, vernetzten mobilen Gesellschaft nicht mehr trägt«, aber für den »überblickbaren, politischen Raum« (Thürer 2000: 206) durchaus als zukunftsfähig erachtet wird. Innerhalb dieser Perspektive der bürgergesellschaftlichen Praxis erleben wir eine Renaissance: Die Stadt oder die Region werden als politische Gestaltungsräume von Aktivbürgern (vgl. z. B. die städtischen Bürgerstiftungen seit den 1990er Jahren) neu entdeckt, nachdem die politischen Gestaltungsmodelle, die sich in den Diskussionen der 1970er Jahre vor allem auf gesellschaftliche Großgebilde – wie eben den Sozialstaat – bezogen, am Ende des 20. Jahrhunderts als nicht mehr gestaltungsfähig erschienen. Über das Konstrukt des Aktivbürgers sollen dabei einerseits soziale Gestaltung, Verantwortung und Gerechtigkeit im Gemeinwesen neu belebt und so in ein – nun nicht mehr sozialstaatliches – intermediäres Magnetfeld gebracht werden. Diese intermediären bürgerschaftlichen Strukturen – lokale Kampagnen, Runde Tische, periodische Interessenbündnisse sowie Organisationsformen des dritten Sektors – sollen andererseits wiederum das Handeln des sozial aktiven Bürgers gesellschaftlich transformieren. Als kommunikatives Kernstück der intermediären Bürgerformationen gilt dabei das unabhängige freie Argument, das nur jenseits institutioneller und bürokratischer Verregelungen seine Gestaltungskraft entwickeln kann. Im Mittelpunkt dieser bürgergesellschaftlichen Projekts steht der Bürgerstatus als Idealstatus. Damit ist der Einzelne aus dem sozialökonomischen Spannungsverhältnis von Produktion und Reproduktion herausgehoben. So nimmt es nicht Wunder, dass heute beim Streit um die innerbetriebliche Mitbestimmung in Deutschland niemand auf die Idee kommt, den Mitbestimmungsdiskurs mit dem Bürgerschaftsdiskurs in Verbindung zu bringen. Mitbestimmung gerät zum bloßen Kosten- und Organisationsfaktor der Betriebe. Der »*abstract worker*« geht im modernen Betrieb auf, seine politische und soziale Identität holt er sich woanders, eben im sozialen Nahraum der Gegenseitigkeit, wie ihn die bürgerschaftliche Community-Bewegung schaffen will.

Derartig ›freischwebende‹ intermediäre Sozialkulturen entwickelten sich aber – wenn überhaupt – nur in den Ausnahmezuständen des politischen Umbruchs. Nicht umsonst geben die Runden Tische der ostdeutschen Nachwendezeit ein entsprechendes Modell ab. So verweist Charles Taylor (1991) auch darauf, dass die »ersten Gebilde«, auf die man den wiederentdeckten Begriff der »*civil society*« anwandte der Begriff Bürgergesellschaft wird auch in Deutschland erst später eingeführt, »die Gemeinwesen in Osteuropa« waren:

»Ziel war die Begründung einer vom Parteienstaat unabhängigen öffentlichen Sphäre: die Zivilgesellschaft. Die erfolgreichen demokratischen Revolutionen der Jahre 1989 folgende in Ostmitteleuropa scheinen einer ganzen Reihe von westlichen Beobachtern

Ergebnis dieses gesellschaftlichen Drucks und damit Bestätigung der Theoriekonzeption einer Zivilgesellschaft.« (Kessl 2001: 2006)

Schließlich wurden unter dem Begriff »*civil society*« alle außerstaatlichen Einrichtungen zusammengefasst, die ein »Netz selbständiger, vom Staat unabhängiger Vereinigungen« darstellten und bereits »durch ihre bloße Existenz oder Aktivität Auswirkungen auf die Politik haben konnten« (Taylor 1991: 52). Im Mittelpunkt dieser Bewegungen stand das staatskritische und bürgernahe Gestaltungspoenzial und nicht – dies ist für unseren Zusammenhang von Bedeutung – eine sozialpolitische Gestaltungsherausforderung. Deshalb erscheint es uns für die Analyse des Zusammenhangs von *Bürgergesellschaft und Sozialpolitik* grundlegend, darauf zu verweisen, dass vor allem die amerikanischen Sozialmodelle auf dem überkommenen privatistischen Gesellschaftsmodell aufbauen und vom naturrechtlich freien und autonomen Individuum ausgehen. Die für Europa und Deutschland typische sozialpolitische Vergesellschaftungsthematik von Entfremdung und sozialer Gestaltung geht den amerikanischen Modellen ab. Nicht von ungefähr weisen komparative Betrachtungen darauf hin, dass Europa den »klassischen Katalog der Menschen- und Bürgerrechte um soziale Rechte erweitert« habe und dass »Europas politische Stärke im Vergleich zu den USA [...] zweifelsohne in der Sozialpolitik« liege (Henningsen 2000: 975f.).

Kaum erwähnt wird in der Diskussion um die Bürgergesellschaft, dass auch die sozialen Bewegungen und Reformströmungen des späten 19. und vor allem des frühen 20. Jahrhunderts, die um die soziale Zähmung des Kapitalismus und die Vermenschlichung der kapitalistischen Industriegesellschaft kämpften, den Menschen als Subjekt in den sozialen Gestaltungsprozessen von Gesellschaft stärken und der Gesellschaft so ein soziales Antlitz der Gerechtigkeit verleihen wollten. Auch damals finden wir Gerechtigkeits-, Teilhabe- und Gemeinwesendiskurse, die aber ein antikapitalistisches Profil und einen kollektiven Zuschnitt hatten. Dem Menschenbild des Kapitalismus – der Mensch als Ware und als Funktion – wurde die soziale Idee von der Menschenwürde und Ganzheitlichkeit des Menschen entgegengesetzt, der Macht des ökonomischen Prinzips der Konkurrenz und der Atomisierung der Menschen die neue Macht der Solidarität. Dem Kapitalismus abgetrotzte soziale Sicherheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum wurden als Grundbedingungen für die Freiheit der Menschen und die Demokratisierung von Gesellschaft betrachtet.

Diese antikapitalistische Perspektive ist in den heutigen bürgergesellschaftlichen Projekten nicht mehr zu erkennen. Die sozialen Folgeprobleme des digitalen Kapitalismus werden vielmehr in Stiftungen und Sponsorenprogramme ausgelagert und damit der ökonomisch-sozialen Konfliktsphäre entzogen. Man setzt auf einen persönlichen oder institutionellen Patrimonialismus, auf das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen als

»*corporate citizenship*«. Dieses Modell der »Verknüpfung von Wirtschaft und Gesellschaft« kommt maßgeblich aus den USA, »wo sich Unternehmen als good *local citizens* verstehen« (Schöffmann 2001: 9). Die sozialen Folgelasten werden nicht zur konflikthaften Herausforderung des Kapitalismus, zum antikapitalistischen Problem, sondern sind wieder in eine ständische Hierarchie patrimonialer Verantwortung gebracht, die aber außerhalb antikapitalistischer Diskurse liegt.

Die Kategorie der Verantwortung, wie sie sich auch in diesen Konzepten zur »*corporate citizenship*« der Konzerne ausdrückt, hat in den bürgergesellschaftlichen Konzepten einen sehr hohen Stellenwert, ist aber nicht entsprechend sozialpolitisch abgesichert. Im 19. Jahrhundert haben Unternehmer wie Krupp, Abbé oder Bosch in Deutschland versucht, die strukturelle Verantwortungslosigkeit des Kapitals durch private patrimoniale Verantwortlichkeit zu kompensieren. In der fordistischen Kapitalismuskonzeption war diese dann eingebaut in die Philosophie der Dienstleistung und des Massenkonsums. Beide Konzepte unternehmerischer Verantwortung tasten aber die antisoziale Grundstruktur des Konkurrenz- und Profitkapitalismus nicht an. Im sozialstaatlichen Modell war dagegen eine soziale Zähmung und Bindung des Kapitalismus selbst gefordert, die freilich nur so lange auf Dauer ist, wie die sozialpolitische Grundprämisse wirkt: die Angewiesenheit des Kapitals auf qualifizierte Massenarbeit, über die die Lebensbedingungen der Arbeitenden entwickelt und soziale und ökonomische Teilhabechancen ermöglicht werden. Mit dem Brüchigwerden dieser Formel am Ende des 20. Jahrhunderts – die hochrationalisierte Industrie ist nicht mehr sozialräumlich gebunden und auf hiesige Massenarbeit angewiesen – stellt sich die Frage nach der sozialen Zähmung des Kapitalismus neu. Lassen sich nun in den bürgergesellschaftlichen Ansätzen eigene Formen der sozialen Korrektur des Kapitalismus erkennen oder erleben wir eine Wiederkehr des industriellen Patrimoniats in modernem Gewand? Denn die bürgerschaftlichen Modelle in Deutschland entwickelten sich ja in einer sozialstaatlich substitutiven wohlfahrtspraktischen Diskussion. Es wird versucht, das Erbe des Sozialstaats bürgergesellschaftlich anzutreten. Dies kann aber nur teilweise gelingen, da die bürgergesellschaftliche Initiative eines ähnlich breiten und verbindlichen Konsens bedürfte, so wie er bisher im Sozialstaat immer noch institutionalisiert ist. Wie dieser Konsens aus dem bürgerlich-individualen Selbstverständnis heraus zustande kommen kann, darüber gibt uns weder die bürgergesellschaftliche Theorie noch die Praxis Auskunft. Ignoriert wird ohnehin die kapitalismuskritische Konfliktperspektive, die von Beginn an die Durchsetzung der »*community organisation*« auch in angelsächsischen Ländern begleitete – man erinnere sich nur der Kämpfe, die Jane Addams in Chicago geführt hat (vgl. Eberhart 1995). *Fund raising, social-sponsoring* und auch die Strategie der Unternehmensbürgschaft überdecken zwar die Interessengegensätze, bringen aber keine neue Befriedung zwischen ökonomischen und sozialen Interessen.

Zudem wird kaum über die soziokulturellen und sozialpolitischen Einbindungen, Traditionen und Bedingungen für das bürgerschaftliche Engagement in den entsprechenden Ländern gesprochen.

Die bürgergesellschaftliche Mitte

Sozialstaatliche Programme ließen sich in Deutschland vor allem dann durchsetzen, wenn die Mittelschichten eingebunden waren und davon profitieren konnten (vgl. dazu Gaußmann 2001). Auch der historische Rückblick auf das letzte Jahrhundert zeigt, dass der Diskurs um die bürgerliche Mittelschicht eine strategische Bedeutung für die Integrationsfrage der industriekapitalistischen Gesellschaft hatte und auch weiter für die Gesellschaftsdiskurse im digitalen Kapitalismus haben wird. Denn Krisenfurcht und Gestaltungswille, Abneigung gegenüber Konflikten und Sehnsucht nach sozialer Harmonie lagen und liegen in diesen Integrationsdiskursen eng beieinander. So zieht sich in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von der westdeutschen Ideologie der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« bis hin zum Programm der »Neuen Mitte« der 1990er Jahre eine Linie des Strebens nach sozialer Befriedung, der Sehnsucht nach Prosperität und der Abwesenheit von Konflikten, orientiert an den Traditionen der bürgerlichen Mittelschicht. Dieses Harmoniestreben bei modern rationalisierter Konfliktvermeidung (»Konflikte sind ineffizient«) wird nun in den Konzepten der bürgergesellschaftlichen Praxis in Gestalt einer Politik der »*corporate identity*« zum Programm erhoben. Es wird eine Mitte der Gesellschaft konstruiert, die für sich den Anspruch erhebt, gegenüber den Bedrohungen im Risiko- und Krisenszenario der segmentierten Arbeitsgesellschaft des digitalen Kapitalismus eine Abschottungsfunktion zu haben. Fragt man hingegen nach der sozialpolitischen Substanz, die sich in der bürgerlichen Mitte im Verlauf der letzten 150 Jahre in Deutschland hätte bilden können, so findet man wenig Entsprechendes. So war die Mitte nie mit einer politischen Tradition, wie z.B. dem Liberalismus verbunden, sondern immer vielschichtig und mehrdeutig (vgl. Koselleck/Schreiner 1994). Dies gilt in gleicher Form für den Bürgerbegriff, der, anders als in Frankreich, hierzulande keine politische Kraft entfalten konnte.

Koselleck und Schreiner weisen in diesem Zusammenhang weiter darauf hin, dass auch der deutsche Begriff Bürgertum uneindeutig ist.

»So gibt es […] für das deutsche ›Bürgertum‹ in den westlichen Sprachen kein exaktes Äquivalent. Es handelt sich bei uns um eine Kategorie der Beschreibung, aber auch der Selbstbestimmung, die auf eine sozial und kulturell und wirtschaftlich zu definierende Menge zielt, die sich nicht zur Gänze deckt mit der Summe aller Staatsbürger im politisch-rechtlichen Sinn. Infolgedessen rückt auch der deutsche Begriff einer ›bürgerli-

chen‹ Gesellschaft ins Zweideutige. Er wird streifenweise vom einschränkenden Begriff des Bürgertums imprägniert« (Koselleck/Schreiner 1994: 13),

allerdings schloss der wiederum die proletarischen Unterschichten aus. Der Begriff Bürgertum war in Deutschland also immer eine Kategorie, mit der eine soziale Gruppe beschrieben werden sollte, die sich mit diesem Begriff selbst von anderen Gruppen abhob.

Das 19. Jahrhundert wird nicht selten als das bürgerliche Jahrhundert bezeichnet. Denn in dieser Zeit wurden die fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung, die man je nach Definition dem Bürgertum zuordnete, zu einer bestimmenden Sozialform mit ihren typischen Untergliederungen und entsprechenden Zuschreibungen wie Kleinbürger, Großbürger, Bildungsbürger und Wirtschaftsbürger. Doch diese Begriffe sind ganz unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und kulturellen Kontexten geschuldet. Den Bürger selbst, als politischen Bürger, gab es in der deutschen Geschichte nur in diffuser politischer Gruppierung. Insgesamt bedeutete die Durchsetzung des Bürgertums im 19. Jahrhundert also nicht, dass sich in diesem Jahrhundert ein Begriff von bürgerlicher Gesellschaft und ein Bürgerbegriff etablieren und vom Bürgertum getragen werden konnte, der sich auf die Partizipationsmöglichkeiten aller Staatsbürger bezog oder eine gemeinsame politische Zielrichtung beinhaltete.

Die historischen Forschungen zu Bürgerbegriff und Bürgertum zeigen nun weiterhin, dass, soweit man von Demokratisierungsbestrebungen in der Gesellschaft sprechen kann, diese weniger aus dem Bürgertum selbst entstanden oder auf einen hier entwickelten Bürgerbegriff zurückzuführen sind, als vielmehr das Ergebnis sozialhistorischer Konflikte waren und der herrschenden Klasse abgetrotzt werden mussten. Der englische Historiker Eric Hobsbawm (1987) hält in diesem Zusammenhang fest, dass sich spätestens seit 1870 immer deutlicher abzeichnete, dass eine Demokratisierung der Politik schlichtweg nicht zu vermeiden war. Den Grund dafür sieht Hobsbawm nun aber weniger im demokratischen Bewusstsein der fünf bis zehn Prozent, die das Bürgertum ausmachte, sondern darin, dass die Masse der Arbeiter auf die politische Bühne drängte, ob dies nun den Herrschenden gefiel oder nicht. Die Ausgrenzung der Arbeiterschaft von sozialer und kultureller Teilhabe musste, aber nicht nur um des gesellschaftlichen Friedens willen, sondern – siehe Heimanns Modell – gerade auch unter dem Zwang zur Modernisierung des Kapitalismus, gemildert werden. Die herrschenden Klassen hatten eine Politik der Demokratisierung zu betreiben, da sie einerseits auf die Arbeiterschaft angewiesen waren und andererseits der Druck der sozialen Bewegungen zu groß wurde. Genau diese sozialen Konflikte führten am Ende des Jahrhunderts zu einer umfassenden sozialpolitischen und bürgerrechtlichen Diskussion:

»Mit ihren Forderungen nach Fortschritt und Gerechtigkeit, nach Rechtsstaatlichkeit und Rechtsgleichheit, nach Teilhabe und Demokratisierung, nach Freiheit und Bildung für alle wie nach Realisierung der dafür notwendigen Lebensbedingungen wurde die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zum wichtigsten Propagator des zivilgesellschaftlichen Programms (ohne dieses Wort zu verwenden) und in der Weimarer Republik zu seinem entschiedensten Verteidiger gegen seinen Rückbau und Abbruch durch alte Gegner und neue Feinde. Damit veränderte sich das zivilgesellschaftliche Programm allerdings. Es war in vordemokratischer Zeit entstanden, im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde es demokratisiert. Ursprünglich sozial unspezifisch, wurde es allmählich sozial explizit und sozialstaatlich ergänzt.« (Kocka 2002: 19)

Nicht zuletzt das Auftreten der Arbeiterbewegung und die soziokulturelle Durchsetzung der industriekapitalistischen Moderne setzte im gelehrten und/oder städtischen Bürgertum, z. B. in religiös gebundenen Bürgerkreisen soziale Reformbewegungen frei, die nunmehr auch »Bürgerrechte« für die Arbeiter forderten (vgl. Naumann 1907; Hübinger 1994). Doch konnten diese Kreise der bürgerlichen Sozialreform das Bürgertum in Deutschland nicht in einer demokratisch-sozialpolitischen Stoßrichtung formieren. Die damalige bürgerlich-liberale Sozialkritik aus dem liberalen Bürgertum verbiss sich im Staat und nahm den eigentlichen Klassenkonflikt nicht wahr. In Deutschland, werde bei der obrigkeitsstaatlichen Gestaltung des Sozialsystems und der Regulierung der Arbeitsverhältnisse insgesamt so getan, als wenn aus großzügiger ethischer Verpflichtung der Staat und die Unternehmer den Menschen soziale Sicherungen einräumte (so Platter 1888). Es werde nicht gesehen – so hieß es damals –, dass die soziale Sicherung und die politische Integration der Arbeiter eine notwendige Voraussetzung zur Befriedung der gesellschaftlichen Verhältnisse und zur Modernisierung des Kapitalismus seien.

Nicht von ungefähr richtete sich damals der Blick einiger Kritiker aus der Gruppe der Sozialreformer nach England, wo die Fabian Socialists, allen voran Sidney und Beatrice Webb, in ihren sozialpolitischen Beiträgen (ähnlich wie später Heimann) aufzeigten, dass der moderne Kapitalismus sich nur fortentwickeln kann, wenn der Arbeiter politisch und arbeitsrechtlich in die Gestaltungsprozesse von Gesellschaft integriert wird. Die Webbs legten in ihren Untersuchungen zur englischen Gewerkschaftsbewegung z. B. dar, dass mit der politischen Integration der Arbeiter und der Möglichkeit zur Mitbestimmung in den Betrieben das Interesse der Arbeiter für den Betrieb und die Entwicklung des Gemeinwesens wachse. Sie betonten die Integrationsfähigkeit der Arbeiterorganisationen und ihre sich mit der Integration verändernde Interessenlage von einer egoistischen hin zu einer kollektivistischen und damit das ganze gesellschaftliche Gefüge berücksichtigenden Politik. Zudem versuchten sie, den volkswirtschaftlichen Wert der englischen Arbeiterpolitik darzulegen. Überhaupt zeige sich, dass in den Betrieben gerade die moderne

Technik ein Mehr an qualifizierten Arbeitskräften erforderlich mache und der Kapitalismus und die moderne Industrie sich nur über eine selbsttätige Arbeiterschaft weiterentwickeln könnten (vgl. Webb/Webb 1895/1897). Die Arbeiten des Ehepaars Webb sollten beweisen, dass die Arbeiterbewegung sich selbst politisch und gesellschaftlich verorten könne, die Arbeiter sich eine neue Heimat und Identität schaffen können, wenn ihnen nur die entsprechenden Rechte gewährt würden. In diesem Sinne fasste der deutsche Nationalökonom Lujo Brentano (1895) diese Perspektive folgendermaßen zusammen: In England habe sich gezeigt, dass nicht die Niederlagen der Arbeiterbewegung Beruhigung brächten, sondern der Sieg der Arbeiterschaft. Brentanos Schüler Heinrich Herkner fügte hinzu: »Es gibt sogar Industrien«, und dies beziehe sich nicht nur auf England, »in denen die Arbeiter an den Schicksalen der Industrie einen viel innigeren Anteil nehmen als die Arbeitgeber.« (Herkner 1892: 245) Darum habe man Mitbestimmungsrechte auch in den Arbeitsverhältnissen durchzusetzen.

Kurzum, es ging den Sozialreformern schon damals darum, deutlich zu machen, dass wenn die Ökonomie eine Politik der Teilhabe unterstütze, sie dieses weniger aus Sorge um die Sozialmoral tue, als vielmehr weil die Modernisierung und die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitalismus davon abhänge. Die Sozialpolitik, schrieb Werner Sombart, könne sich darum nicht vornehmlich nach ethischen Gesichtspunkten ausrichten. Sie habe sich danach zu richten, welche Prinzipien das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem entscheidend prägen (vgl. Sombart 1897). Weil der moderne Kapitalismus am Ende des letzten Jahrhunderts vom Humankapital und der qualifizierten Massenarbeit abhängig war, der Druck der Arbeiterbewegung zudem größer wurde, mussten sich auch die Ökonomie und der Staat gegenüber der Arbeiterbewegung öffnen. Entsprechend lässt sich aus der historischen Analyse resümieren, dass der Bürgerbegriff oder die Idee der bürgerlichen Gesellschaft nicht von sich aus eine Demokratisierung von Gesellschaft hervorrufen kann oder ein Mehr an gesellschaftlicher Teilhabe bedeutet, sondern den sozialpolitischen Bezug braucht. Gleichzeitig gilt es, die sozialhistorische Situation zu analysieren und die sozialen und rechtlichen Bedingungen herauszuarbeiten, die es verhindern, dass ein Interesse an einer weiteren Demokratisierung von Gesellschaft besteht. Dies scheint gerade heute von besonderer Bedeutung, da nicht deutlich wird, welche sozialen Akteure die Gestaltung der Demokratie vorantreiben können und von welchem gesellschaftlichen Ort aus dies geschehen kann, wenn der Sozialstaat seiner Gestaltungsfähigkeit verlustig geht. Darauf ist die bürgergesellschaftliche Programmatik genauso zu befragen wie das mit ihr verbundene Konzept des Kommunitarismus, das den Bürgern »ihren« gesellschaftlichen Ort zuweisen will.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Eine zentrale Bezugsdimension des Diskurses um die Bürgergesellschaft – vor allem in Deutschland – ist die des *bürgerschaftlichen Engagements*. Wer trägt nun dieses Engagement? Welche Personengruppen stehen sozusagen Modell für die Figur des Aktivbürgers in diesem republikanischen Ordnungsrahmen? Im Bericht einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum bürgerschaftlichen Engagement (2002) werden in diesem Zusammenhang drei Personengruppen genannt: Engagierte im Umkreis von sozialen Hilfeprojekten, Engagierte im Umkreis lokaler Interessengemeinschaften und von Unternehmen (*coorporate citizenship*). Diese Aktivbürger sind – so die entsprechende Statistik im Bericht – meist beruflich und sozial abgesichert und können so in der Mehrzahl der mittleren Mittelschicht zugerechnet werden. Sie haben eigene bürgerschaftliche Kommunikations- und Projektkulturen entwickelt, was oft zur Folge haben kann, dass sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger (meist nicht intendiert) ausgeschlossen werden oder von vornherein den Projekten fernbleiben (vgl. Munsch 2005).

Zusammengehalten werden die drei Gruppen der Aktivbürgerschaft durch eine Grundorientierung der Übernahme *gemeinsamer Verantwortung* für die soziale Gestaltung des lokalen Umfeldes als Basis republikanischer Gesamtverantwortung. Es wird aber nicht thematisiert, wie diese Verantwortung ökonomisch-gesellschaftlich rückgebunden ist. Daran ändert auch der Verweis auf das bürgerschaftliche Engagement in intermediären Organisationen und die Notwendigkeit sozialstaatlich zu gewährender Infrastrukturen wenig. Denn die intermediären Organisationen sollen letztlich wohlfahrtspluralistisch allein zwischen der lokalen und der staatlichen Ebene vermitteln, es fehlt auch hier die Konfliktperspektive. Alle arbeiten scheinbar in einem republikanischen Eifer an einem gemeinsamen Interesse, das aber wiederum selbst noch nicht einmal konkret ausformuliert ist. Der Sozialstaat wird dabei stillschweigend als Ressourcenspender und Garant sozialer Infrastrukturen vorausgesetzt – ohne dass er selbst weiter thematisiert wird. Insgesamt bleibt die Sozialform des Aktivbürgers wieder auf das gesellschaftliche Mittelsegment beschränkt. Es wird zwar vom »ermöglichenden Sozialstaat« gesprochen, aber die Ermöglichung bezieht sich letztlich auf den vorausgesetzten Surplus des Aktivbürgers. Dagegen wird kein Modell der Ermöglichung bürgerschaftlicher Selbstbildungsprozesse bei Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen entworfen. Die soziale Asymmetrie, die dem bürgergesellschaftlichen Diskurs innewohnt, tritt auch hier hervor.

Insgesamt bleibt die bürgergesellschaftliche Perspektive des Berichts im Lokalen stecken. So entsteht kein Spannungsfeld zwischen bürgerschaftlichen Räumen und gesellschaftlichen Erreichbarkeiten. In dieser lokalen Begrenzung haben die bürgerschaftlichen Räume keine demokratische Konfliktpers-

pektive. Bürgerschaftliches Engagement verbleibt damit als Medium innerhalb der lokalen politischen Regulation und der Gestaltung der lokalen Lebensräume. Der Politikwissenschaftler Roland Roth, damals sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission, macht in seinem Sondervotum auf diese sozialpolitische Verkürzung aufmerksam:

»Sehr wohl geht es aber um die Erhaltung und Ausweitung politischer Räume, die bürgerschaftlicher Gestaltung zugänglich sind. Der in allen Politikbereichen spürbare, durch transnationale Institutionen von der Europäischen Union bis zur OECD verstärkte Druck in Richtung Privatisierung vormals öffentlicher Aufgaben und Leistungen lässt den politischen Gestaltungsraum schrumpfen. [...] Aus Bürgerinnen und Bürgern werden Kundinnen und Kunden. Die Rede von einer demokratischen Bürgergesellschaft macht aber nur Sinn, wenn auch in Richtung Markt Grenzen gezogen werden und wesentliche Lebensbereiche politisch gestaltbar bleiben.« (Enquete-Kommission 2002: 26)

Dieses Sondervotum öffnet die Tür für unsere sozialpolitisch motivierte Kritik. Zum einen setzt der hier zitierte Bericht das Lokale als allseitig gestaltbaren Raum voraus und übersieht die Privatisierungs- und Segmentierungstendenzen, die hier lebensweltlich wirken. Die bürgerschaftliche Ideologie von den »schnellen lokalen Lösungen« klammert sozialökonomische Konflikte aus und bestätigt soziale Segmentierungen. Zum anderen wird uns auch hier wieder deutlich, dass der »politische Raum« nicht die Verlängerung des Lokalen sein kann, dem ein aktivierender Staat Bahnen baut, sondern jene gesellschaftliche Zone des Sozialpolitischen meint, in der der Konflikt zwischen Mensch und Ökonomie als Gestaltungskonflikt von den Lebenslagen der Bürger her sich immer wieder neu entfalten kann. Das Sozialpolitische als gesellschaftlicher Motor der Bürgergesellschaft muss demnach das Magnetfeld des Engagements sein und nicht die Optimierungsperspektive der Konsumenten. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn im Verlaufe des Berichts – in dem der Sozialstaatsbezug genauso wie die republikanische Vision zusehends versickert – das Engagement des Einzelnen und seine Anerkennung und Stützung in den Mittelpunkt rückt. Ein einvernehmliches Ziel dieser bürgerschaftlichen Dienstleistungsapparatur ist die lokale Befriedung des Sozialen als Friedlichkeit des Miteinanderauskommens unter den gegebenen sozialökonomischen Bedingungen, die nicht länger von ihrer Konflikthaftigkeit her, sondern im Sinne der Befriedung lokal zu lösender Problemstellungen gesehen werden. Die Gleichung des bürgerschaftlichen Dienstleistungsmodells lautet dann: Biografische Erreichbarkeit und lokal-räumliche Begrenzung des Politischen entsprechen einander.

Dieses implizite bürgerschaftliche Dienstleistungsmodell passt in eine politische Landschaft, in der Gesellschaft fast nur noch lokal, und wenn überlokal, dann im Nationalen und Europäischen *gouvernemental* wahrgenommen

wird. Gesellschaftliche Bezüge, die quer dazu liegen – soziale Segmentierungen, neue soziale Ungleichheit, wachsende Kluft zwischen Ökonomischem und Sozialem –, werden immer weniger als für die eigenen sozialen und biografischen Bezüge relevant empfunden. Gleichzeitig inszenieren die Medien eine Arena der biografischen Erreichbarkeiten, die den Bürgern suggeriert, diese reichten ins Gesellschaftliche hinein, weil eben die Medien überlokal und überregional ins Haus kommen. Gesellschaftliches Oben und Unten vereinigt sich in der bunten Republik der Quiz-, Lotto- und Wohltätigkeitsmillionäre und der Masse derer, die wöchentlich hoffen können, auch einmal dabei sein zu können. Hier liegen der ›neue Mut zur sozialen Ungleichheit‹ und das ›Mitgefühl für die sozial Schwachen‹ auf einer Ebene.

Bürgergesellschaftliches Denken nimmt zwar für sich in Anspruch, dem Menschen eine neue sozial existenzielle und rechtliche Praxis unabhängig von der Arbeitsgesellschaft und ihren zunehmenden Ausschlusstendenzen zu geben, setzt aber dennoch nur an den Folgen der Krisen der Arbeitsgesellschaft und des nationalen Sozialstaats an. Damit verbleibt es neben der Struktur, in der sich die Exklusion des Menschen vollzieht. Sie wird damit gewollt oder ungewollt zum Instrument des neuen Kapitalismus, der sich für seine sozialen Folgen nicht verantwortlich fühlt, weil sie in seiner Sachlogik der Rationalisierung aufgehen. Da kommen Ideologien, die den Sinn des Menschseins außerhalb der ökonomischen Sphäre suchen – Gemeinschaftsideologien oder Religionen – gerade recht, weil sie die Würde des Menschen im Parasozialen suchen und damit die Problematik der zunehmenden Ökonomisierung des Menschseins zwangsläufig übergehen. Die Thematisierung der Vergesellschaftung des Menschen ist nicht teilbar in eine ökonomische und eine bürgerschaftliche. Die Trennung von Produktion und Reproduktion, von Öffentlichkeit und Privatheit, wie sie sich in der industriekapitalistischen Epoche entwickelt hat, wird im digitalen Kapitalismus entgrenzt. Damit scheint sich auch der Konflikt zwischen Mensch und Kapital aufgelöst zu haben. Zumindest ist er subtiler geworden, sperrt sich nun den herkömmlichen Verfahren kritischer Aufklärung gegenüber. Der digitale Kapitalismus sieht sich nicht im Widerspruch zum Menschen, weil er ihn in sich – im abstrakten Arbeiter und abstrakten Konsumenten – aufgehen lässt. Vor allem der abstrakte Konsument, der »Verbraucher« scheint zu jenem Sozialisationstyp des Bürgers zu mutieren, wie die Industrie sich ihn vorstellt. Der Verbraucher habe, so wird argumentiert, die Freiheit der Konsumentscheidung und könne damit ökonomische Trends unterstützen oder korrigieren. Damit könne sich eine Konfliktkultur in der ökonomischen Sphäre etablieren. Die Wirtschaft wird gleichsam zum Ort der Repolitisierung erkoren (vgl. Henkel 2004). In der Kritik dieser Ökonomisierung des Bürgerstatus als Verbraucherstatus wird entgegnet, dass die Konzerne längst gelernt haben, die Verbraucher für ihre Konkurrenz- und Verdrängungskulturen zu funktionalisieren, ihnen aber die Illusion der kon-

sumtiven Mitbestimmung zu lassen. Damit aber werde von den eigentlichen Konfliktstrukturen und den Machtverhältnissen abgelenkt. Der Verbraucher ersetze immer mehr den politischen Bürger, fühle sich politisch, wenn er sich an der konsumtiven Wahlkultur beteiligt, verhindere damit aber nicht die Entpolitisierung der Gesellschaft (vgl. dazu Reich 2002). Die Werbeindustrie stellt nun den kritischen Verbraucher neben den glücklichen Konsumenten, sodass Konflikt und Harmonie trotz ihrer Gegensätzlichkeit miteinander vereinbar scheinen. Wenn so Bürgerrechte jenseits der Arbeitsgesellschaft legitimiert werden sollen, geraten sie leicht in den Sog konsumkapitalistischer Vereinnahmung. Deshalb bedarf ihre Durchsetzung und Aktivierung im Sinne gesellschaftlicher und politischer Partizipation zumindest einer sozialpolitischen Hintergrundsicherung. Thomas Marshall spricht in seiner historischen Herleitung der Rechte in der Moderne (1992) von »social citizenship« und in diesem Zusammenhang davon, dass Bürgerrechte und soziale Rechte im Prozess historisch-politischer Evolution aufeinander zu beziehen sind. Auch hier zeigt sich wieder, dass Sozialpolitik und Bürgergesellschaft in ein Verhältnis zueinander gebracht werden müssen.

Die Mittelschicht und die neue Kultur der Kontrolle

Kommen wir noch einmal zurück zur Mittelschicht als tragende Gruppe zivilgesellschaftlicher Aktivierung und Integration. In diese Integrationsperspektive gehört auch, dass die Mehrheit der Bürger aus der Mittelschicht Verständnis dafür aufbringt, dass der Sozialstaat besondere Mittel der Resozialisierung und Reintegration für ›Problemgruppen‹ aufbringt. In den letzten Jahren wird von Anzeichen dafür gesprochen, dass die Bürger eher wieder von den sozialen Randgruppen abrücken und damit die für die sozialstaatliche Integration so notwendige bürgerliche Unterstützungsfunktion brüchig zu werden droht. An diesem Punkt entscheidet sich schließlich, ob die soziale Idee in der Praxis auch die sozialen Randgruppen mit einschließen kann.

Kriminologen in den USA warnen seit einiger Zeit vor einem Rollback in den Einstellungen und Haltungen von Teilen der vormals liberalen Mittelschicht gegenüber sozialen ›Problemgruppen‹ (vgl. Garland 2001). BürgerInnen, die bisher bereit waren, die Schuld für kriminelle Karrieren und soziales Scheitern nicht primär bei den Personen, sondern in den sozialen Bedingungen zu suchen, brächten immer weniger Verständnis für sozial abweichendes Verhalten auf. Nun werde den Betroffenen deren Handeln und Schicksal wieder selbst angelastet, und diese Personalisierung erlaube es, sich von ihnen und ihren Lebensverhältnissen zu distanzieren. Darin gingen sie auch auf Distanz zur wohlfahrtsstaatlichen Unterstützung (»*welfarism*«) dieser Gruppen.

Im Bereich der Kriminalität und des sozial abweichenden Verhaltens stellt sich das so dar:

> »Natürlich ist man in der Unterschicht von der Kriminalität und von anderen Problemen viel stärker belastet, aber entscheidend [...] sind eben Wandlungen in den Mittelschicht-Attitüden, weil die Mittelschicht Träger der wohlfahrtstaatlichen Strafrechtspflege gewesen war und erklärt werden muss, warum sie dieser ihre Unterstützung entzog.« (Hess 2007: 9)

Bürger und Bürgerinnen der Mittelschicht – so die auch hierzulande oft vertretene These – fühlen sich selbst sozial bedroht – aus Angst vor dem Verlust sozialer Sicherheit und vor sozialem Abstieg – und projizieren das auf soziale Randgruppen. So wie sich sozial Mittelschichtangehörige nicht mehr als gesellschaftliche Akteure sondern als Opfer begreifen, so sehen sie auch vielfach Normalität und Sicherheit als Anker ihrer Lebensführung bedroht. So scheint – nach dieser These – gerade jener Schicht das Verständnis für die abzugehen, die sich abweichend verhalten oder sich vom Sozialstaat versorgen lassen (müssen), die in der wohlfahrtsstaatlichen Epoche den Welfarism mitgetragen hat. Was ist aber nun mit den überraschenden Wellen der »Willkommenskultur«, die Hundertausende von Flüchtlingen auffingen und trugen, die 2015 aus Syrien und anderen Kriegsländern nach Deutschland kamen? Widerspricht dies nicht der Abgrenzungsthese? Wir denken eher nein, denn hier handelte es sich um die unverhoffte Gelegenheit, den sozialen überlegen Status der Mittelschicht zivilgeselschaftlich zu nutzen und sich gleichzeitig von den »hässlichen Deutschen« der Pegida-Bewegungen und rassistischen Kampagnen abzugrenzen, die man meist in der Unterschicht oder unteren Mittelschicht vermutet. Mit *deren* Abstiegsängsten wollte man sich erst recht nicht gemein machen.

Es sind also die Bürger und nicht so sehr der Staat, die die neue Kontrollkultur tragen. Dieses Phänomen kann nicht genug unterstrichen werden, gerade weil wir im sozialpolitischen Diskurs uns lange so hartnäckig auf die staatszentrierte Kontroll- und Disziplinierungsfigur des Leviathan kapriziert haben. Das muss letztlich auch die Euphorie bezüglich der Möglichkeiten bürgergesellschaftlicher Konzeptionen eindämmen. Dabei ist es nicht nur die Warnung, die bürgergesellschaftliche Perspektive dürfe nicht ohne ein System sozialpolitischer Hintergrundsicherheit gedacht werden, die wieder aktuell wird und ihre Bestätigung erfährt. Ebenso gravierend ist der Verdacht, dass der Bürger als Medium neokapitalistischer Elastizität zwischen neuer Freiheit und neuer Repression fungiert. Dabei entfaltet sich ein Zirkel, in den soziale Projekte mit ihren Adressatinnen und Adressaten schwer hineinkommen. Schon die bisherigen Erfahrungen mit bürgergesellschaftlichen Initiativen im kommunalen Raum zeigen, dass sich darin eine Dynamik sozialer Distan-

zierung entwickeln kann, die sozial benachteiligte Bürger und Bürgerinnen schnell ausschließt. In dieser – freilich verdeckten – »*culture of control*« können mit diesen Exklusionseffekten auch wieder soziale Stigmatisierungen aufbrechen. Nun ausgehend von einer Bürgerkultur, die vordem im Sozialstaat eine Liberalität zeigen konnte, in der sich eine Kultur der Entstigmatisierung und der sekundären Integration entfalten konnte.

Der ideologische Einklang zwischen einer sozialliberalen Mittelschicht, aus der heraus vor allem intellektuelle Bürger und Bürgerinnen das sozialstaatliche Programm kritisch begleiteten und darin immer wieder aktivierten, und den Professionellen der sozialen Dienste, von denen viele aus diesem Milieu stamm(t)en, ist heute schon fast Geschichte geworden. Die Professionellen wie die bürgerlichen Sympathisanten sind ins Rentenalter gekommen und trauern der sozialstaatlichen Modellpolitik nach, die auch in den Krisen der 2010er Jahre nicht mehr so wie früher reanimiert werden kann. Die jüngeren Generationen der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen haben ihre Lehre schon im Sternzeichen des Technoliberalismus absolviert, sie fragen nach Wirkungen, nicht nach Prozessen. Sie fühlen sich nicht mehr als Hofkünstler des Sozialstaats, wie die ältere Generation der Professionellen sich selbstbewusst inszenierte, sondern als Sozialmanager, die soziale Dienstleistungen vermitteln und ihre zumindest konzeptuelle Marktfähigkeit ausweisen und behaupten müssen. Das (bürger-)gesellschaftliche Koordinatensystem der sozialen Hilfen hat sich dramatisch verschoben und wird sich weiter verschieben. Damit wackelt auch das Kernkonzept der »sekundären Integration«, mit dem z. B. die Soziale Arbeit sich und ihre Klienten bisher gesellschaftlich anschlussfähig gehalten hat. Dieses Konzept der prinzipiellen Resozialisierbarkeit und Reintegrierbarkeit angesichts von sozialer Ausgrenzung hat ja nicht nur das komplementäre wohlfahrtspolitische Programm zur Voraussetzung, sondern forderte vor allem den Bürgerinnen und Bürgern zumindest tendenziell ein entsprechendes Verständnis ab, ein »Verstehen« der Hintergründe und Verursachungszusammenhänge von Kriminalität und abweichendem Verhalten, besonders bei jungen Menschen. Soziale Projekte bemühten sich dementsprechend, Rückhalt bei diesen Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, sie in die Projektarbeit dort einzubeziehen, wo es um deren öffentliche Legitimation und Absicherung ging. Kommunalpolitikerinnen und -politiker konnten lange Zeit vor allem auch deshalb als Unterstützer und Förderer gewonnen werden, weil sie einstmal in den Jugendzentrums-, den Lehrlings- und Schülerbewegungen aktiv waren und von daher ein eigenes biografisches Gefühl für soziale Projekte entwickeln konnten. Sie hatten erlebt, wie problematisch Prozesse sozialer Ausgrenzung und wie wichtig Bewegungen sozialer Emanzipation für die Formung demokratischer Kulturen sind, und verlangten nicht so umstandslos nach rechenbaren Ergebnissen, wie dies heute üblich geworden ist. Denn solche Ergebnisse können immer nur an Einzelnen verrechnet werden,

kollektive Entwicklungen, die Gesellschaftlichkeit befördern, bleiben in dieser Rechnung scheinbar ohne Wert. Deshalb bedarf es dringend neuer Sozialverträge im kommunalen Raum (s. u.).

Die Wiederbeschwörung der Familie

Der Niedergang der Familie ist das Schreckgespenst der amerikanischen Community-Protagonisten. Die Familie wird – so vor allem auch in der US-amerikanischen Etzioni-Bewegung – als Keim- und Schutzzelle der bürgerschaftlichen *community* gebraucht und verehrt. Der einflussreiche Sozialphilosoph Amitai Etzioni (1995) sieht in Wertgemeinschaften wie eben in der Familie den Kern von lokalen Gemeinschaften (»communities«), die das Fundament »guter Gesellschaften« bilden sollen. Gleichzeitig aber stellt die USA die Gesellschaft in den industriekapitalistischen Ländern dar, die mit die höchste Scheidungsrate hat und in der eine problematische Häufung von Frühehen auftritt. Die eine Zahl verweist auf die Instabilität, Überforderung vieler Familien, die andere auf die emotionale Erziehungsunfähigkeit mancher Eltern.

In Deutschland kommt der Ruf zur Stärkung der Familie nicht nur aus bürgerschaftlichen Kreisen, sondern auch aus der sozialpolitischen Diskussion um die Krise des Wohlfahrtsstaates. Nicht nur soziale Sicherheit und soziale Unterstützung sollen stärker aus der Familie kommen, da sie von einem bürokratisierten Sozialstaat nicht mehr zu organisieren sind. Man geht davon aus, dass die allgemeinen Bildungsaufgaben am besten in der Familie aufgehoben wären: die Familie als Ort der Bildung jener sozialen Schlüsselkompetenzen, die ermöglichen sollen, sich sozial zu behaupten, sozialen Anschluss zu finden, sich in der Gesellschaft sozial verträglich und erfolgreich zu bewegen. Die familienpolitische Devise in Deutschland heißt heute deshalb auch nicht mehr familialer Lastenausgleich, sondern Leistungsausgleich. Wer sonst als die Familien – so die Argumentation quer durch die Reihen – kann die in der flexibilisierten Arbeitsgesellschaft notwendigen sozialen Schlüsselkompetenzen vermitteln: Konfliktfähigkeit, Empathie, Erkennen von Differenzen, Verantwortung für andere etc. Die Familie als sozialpolitischer Deus ex Machina? Vergessen scheint das sozialpolitische Credo des 20. Jahrhunderts, wonach die Ungleichheit der sozialen Chancen vor allem aus den Herkunftsfamilien rühre und deshalb sozialstaatlich ausgeglichen werden müsse. So erleben wir heute bereits wieder massiv familienbedingte soziale Benachteiligungen: Angesichts der Unsicherheit der Berufsaussichten und der Sackgassengefahr der Übergänge erlauben und finanzieren viele Familien – die es sich leisten können – ihren Kindern biografische Umwege, Suchbewegungen, Aufschübe. »Du musst dich nicht gleich für die eine oder andere Ausbildung entscheiden,« hört man dann in solchen Familien, »entwickle dich weiter, gehe ein

Jahr ins Ausland, mache ein Praktikum, probiere dich da und dort aus.« Es soll Sackgassen und Enttäuschungen vorgebeugt werden. Es sind aber wieder die Familien der bürgerlichen Mitte, die das ihren Jugendlichen bieten können, die ihnen bis in die späten Zwanziger hinein den Rücken frei halten, bis sie sich sozial und beruflich auf eigene Füße gestellt haben. Sicher erwächst in diesen Jugendlichen aufgrund dieses familialen Surplus eher Verantwortung für andere als bei denen, die aus Familien kommen, die sie früh abstoßen und ins sozial Ungewisse entlassen müssen. Aber so gesehen ist eine familienzentrierte Bürgergesellschaft doch wieder zur Klassengesellschaft geworden.

Problematisch ist auch das Argument, gerade im Mikrokosmos der Familie könnten sich jene sozialen Schlüsselkompetenzen entwickeln, aus denen schließlich die bürgerschaftlichen Tugenden hervorgingen. In der Familie lerne man doch, wie Konflikte geschlichtet, auf andere eingegangen, Verantwortung für andere übernommen werden kann. Nicht umsonst spreche man von der Aushandlungsfamilie. Das Private habe sich demokratisiert und das könne sich doch in die Gesellschaft hinein verlängern. In dieser Argumentation steckt die These, dass die Familie der Mikrokosmos der Gesellschaft sei, eine These, die alle, die in der Sozialisationsforschung bewandert sind, stutzig macht. Hat die Familie nicht eine signifikant andere Qualität als die Gesellschaft? Ist sie doch eine meist blutsverwandte Intimgruppe, in der entsprechend emotionale Beziehungen vorherrschen, im Gegensatz zum rationalen Vertrags- und Institutionensystem der Gesellschaft, das auch unabhängig von den konkreten Personen weiter existiert. Wollen die Familienenthusiasten der Bürgerschaftsdiskussion alle Erkenntnisse und Erfahrungen der Psychoanalyse in den Wind schlagen, nach denen der Übergang von der intimen Familie in die Kultur der Arbeitsgesellschaft keine Fortsetzung des Familialen, sondern einen qualitativen Sprung bedeutet, der seine eigene psychische und soziale Logik hat?

Dem bürgergesellschaftlichen Familienoptimismus kann folgende kritische Argumentation – am Beispiel des Verhältnisses der Familie zur gesellschaftlichen Institution Schule – entgegengehalten werden. Als Institution ist die Schule an der Rationalität der arbeitsteiligen Gesellschaft orientiert, ihre Lehr- und Lernpläne sind entsprechend personenunabhängig gestaltet, ihre Selektionsfunktion gesellschaftlich abstrakt begründet. Schüler und Lehrer werden nur ausschnittweise in ihren Rollen gesehen, das Persönliche muss unter den Bänken bleiben. Konflikte – Schulschwierigkeiten und Schulversagen – sind entsprechend institutionell durch Verfahren geregelt, die die Schülerrolle betreffen, die Persönlichkeit, das Schülersein aber außer Acht lassen. Gleichzeitig aber steht die Schule, was die Lebenswelt der Schüler und Schülerinnen und ihrer Entwicklung anbelangt, im Zwischenfeld von personenzentrierter Familie und vertragsgeregelter Gesellschaft. Das heißt, die Schüler bringen ihre biografischen Entwicklungs- und Bewältigungskonflikte in die Schule, die sie aber von ihrer institutionellen Struktur her nicht aufnehmen

und integrieren kann. Diese Verstrickung der Schule in den sozialen Alltag der Schüler herein hat sich heute erweitert und kompliziert. Da die Schule von ihrer institutionellen Logik her die psychosozialen Probleme des Schülerseins nicht aufschließen kann, gleichzeitig aber unter dem alltäglichen Druck dieser psychosozialen Probleme steht, bedient sie sich – natürlich nicht thematisiert und den Lehrern nicht bewusst – der Familie. Anders ausgedrückt: Da aufgrund der besonderen Entwicklungskonstellation und -dynamik des Jugendalters ein Spannungsverhältnis von Familie und Schule besteht, das sich in der Person des Jugendlichen ausdrückt, gerät die Schule in den strukturellen Zwang, die nicht rational-organisatorisch integrierbaren persönlichen Probleme und ihre Folgen in der Schule der familialen Sphäre zu überlassen bzw. sich ihrer Muster zu bedienen. Familiale Konflikte werden aber kaum rational ausgetragen, sondern in intimer Betroffenheit und im psychodynamischen Spannungsverhältnis von Übertragung und Reübertragung bewältigt. In der Intimgruppe Familie überwiegen die Bewältigungsmodi von Abspaltung und Schuldübernahme genauso wie Beziehungs- und Verlassensängste, Bindungsenttäuschungen und Versagenstraumata. Damit hantiert nun auch die Schule und es ist kein Wunder, dass heute noch – oder wieder oder sogar mehr – ausgeprägte rationale Leistungsorientierung und unbewältigte Infantilität in der Schule Hand in Hand gehen. Deshalb muss das Feld, in dem Kinder und Jugendliche Gesellschaft lernen, ein gesellschaftliches sein. Die Familie begleitet die Entwicklung; aber es gilt immer noch, dass Kinder und Jugendliche soziale Kompetenzen und Tugenden nicht einfach aus ihren Familien ›abgreifen‹ können, sondern dass es darauf ankommt, wie sie selbst ihre Familien bewältigen und wie sie sich von ihnen – in eigenbestimmter Überwindung von Scham und Schuld – ablösen können. Nicht umsonst wissen wir aus der Sozialisationsforschung viel mehr daüber, was Familien bei Kindern zerstören können, und darüber, wie Jugendliche ihre eigene Identität finden müssen, als dass wir bestimmen könnten, was eine Familie an Sozialkompetenzen direkt vermittelt. Das, was Eltern wollen, ist oft gegenläufig zu dem, was die Jugendlichen möchten, und vieles von dem, was später der Familie zugeschrieben wird, ist aus dem Konflikt mit der Familie entstanden. Die Reibung an den Eltern macht genauso die Entwicklung aus wie die Übernahme eines familialen Habitus. Aber auch dieser formiert sich in der Regel erst in der Ablösung, im biografischen Rekurs des nun selbstständigen Individuums auf seine Familie. Das Gesellschaftliche am Menschen wird nicht in der Familie, sondern in der Auseinandersetzung mit der Familie im Kontext des Übergangs in die abstrakte Kultur der gesellschaftlichen Arbeit hergestellt.

Hier wird auch deutlich, warum der (praktische) bürgerschaftliche Diskurs die Kategorie des sozialen Konflikts nicht braucht. Der Harmonie nach außen entspricht die repressive Intimität des familialen innen. In dieser Logik ist auch das Problem der gesellschaftlichen Überforderung der Familie aus-

geklammert, es kann gar nicht aufscheinen, da sich das Gesellschaftliche der Familie im Funktionsbezug zur *Community* erschöpft. Letztlich »bedient« sich das kommunitäre bürgerschaftliche Konzept der Familie genauso wie sich ihrer die Ökonomie bedient: Jeder nimmt sich – in dem Maße, in dem die heutige Kernfamilie belastet ist – ideologisch das heraus, was er braucht, und projiziert dabei in sie etwas hinein, was so in die Familie gar nicht eingebettet werden kann.

Dabei entlarven sich die Familienideologien der bürgergesellschaftlichen Kampagnen selbst, wenn sie – z. B. in der *Family-first*-Bewegung – eben die Erosion der Familie und die Kontingenz der einstmals so festen Familienrollen beklagen. Dabei kann man sich des Verdachts nicht erwehren, dass die bürgerschaftlichen Familienbeschwörungen selbst in jene Modernisierungsfalle geraten sind, die in der Familiensoziologie in den Familien ausgemacht wird: Man klammert sich umso mehr an die Ideologie der heilen und selbstverständlich zusammenhaltenden Familie, je mehr diese zerrüttet ist. Führt das im innerfamilialen Leben nicht selten zu Formen familialer Gewalt, so schlägt es in bürgerschaftlichen Argumentationen als Hang zum fast fundamentalistischen Bekenntnis zu Buche. Gleichzeitig bekommt man den Eindruck, dass das sozialpolitisch längst ausgelotete Vereinbarkeitsproblem hinter die Frage der Rückgewinnung der familialen Einheit treten soll. Die Familie wird nicht nur als gesellschaftlich finaler Erziehungsort, sondern auch als zentraler Reproduktionsort der Bürgergesellschaft eingefordert. Damit ist die *neofamiliale Krise* der Bürgergesellschaft vorprogrammiert.

Der bürgerschaftliche Diskurs als Geschlechterdiskurs

Dass die Wiederbeschwörung der Familie in bürgerschaftlichen und kommunitären Diskussionen so offenkundig und unbesorgt propagiert wird, ist unseres Erachtens wohl auch darauf zurückzuführen, dass Männer in diesen Diskussionen das entscheidende Wort führen. In Bürgerstiftungen und kommunitären Projekten in Deutschland sind – wie in vielen Wohlfahrtsverbänden – in der Mehrzahl Männer die Manager, die »Macher« und Frauen eher die »*fronteers*«, die Ausführenden. Das System der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung ist in der bürgergesellschaftlichen und wohlfahrtsverbandlichen Projektpraxis weitgehend erhalten.

Das 20. Jahrhundert gilt als Epoche, in der sich die männlichen Machtverhältnisse entstrukturiert haben. Man spricht längst nicht mehr von Männerherrschaft im Sinne einer patriarchal-hierarchischen und entsprechend durchgängigen Gesellschaftsstruktur, sondern von einer »hegemonialen Männlichkeit« (Connell 1987), die zwar die industriekapitalistischen Gesellschaften immer noch prägt, aber genug Spielräume für unterschiedliche

männliche Lebensmuster und Gestaltungsoptionen zulässt. Das Patriarchat hat sich in den westlichen Industriegesellschaften modernisiert, das starre hierarchische, autoritäre Prinzip der direkten Männermacht ist längst zu sperrig geworden für eine Gesellschaft, die ihre Bildungs- und Flexibilitätspotenziale im globalen Wettbewerb mobilisieren soll. Dennoch ist das ›männliche Prinzip‹ der Externalisierung als ökonomisches Wachstumsprinzip geblieben, auch wenn zunehmend mehr Männer sich nicht mehr bedingungslos diesem Prinzip unterordnen, sondern zu sich kommen, innehalten wollen. Nur – es ist für seine Durchsetzung nicht mehr auf die Masse Mann angewiesen, kann sogar männliche Gegenbilder dulden, konsumtiv vermarkten und auf diese Weise integrieren. Es reicht, wenn ein männlicher Hegemonialtypus – der des *global player* in der Industrie- und Finanzwelt – das Kernsegment der Arbeitsgesellschaft prägt und so dann doch als Leitbild einer konsumtiven Erfolgskultur für die Masse der Männer fungiert.

Dennoch: Das Männerparadox des digitalisierten Kapitalismus schlägt durch: Die neue Arbeitsgesellschaft entmachtet die auf Arbeitsidentität angewiesenen Männer, obwohl sie das männliche Externalisierungsprinzip weiter treibt denn je eine Industriegesellschaft zuvor. Die Männerherrschaft scheint also immer noch dort zu funktionieren, wo sie in Positionen nahe der systemisch verselbständigten globalisierten Ökonomie angesiedelt ist. In den Aufsichtsräten der 200 größten deutschen Unternehmen sitzen nur 25 Prozent Frauen, wobei die Hälfte von den Arbeitnehmervertretungen entsandt ist. Die Macht der Männerbünde der »*old boys*« hat sich in der globalen Welt formiert. Die Macht der Frauen wächst dagegen im Lokalen, dort – so die Alltagsmeinung – liege ja auch ihre fürsorgende Stärke, die den Männern traditionell nicht zugänglich sei. Die Frauen seien es, die für den sozialen Kitt sorgten, wenngleich sie den externalisierten globalen Lauf nicht beeinträchtigen könnten. Über die Projekte der Bürgergesellschaft kommen nun aber auch hier wieder die Männer ins Spiel. Sie können als Manager der Bürgerstiftungen und Sponsoren der Bürgerprojekte und Community-Kampagnen an diesem Care-Kosmos teilhaben, zwischen Care und Ökonomie vermitteln, sie können nun Fürsorgeprojekte initiieren, Care funktionell anerkennen, ohne ihren externalisierten Habitus aufgeben zu können. Dadurch werden sie auch anschlussfähig für die Frauensache, ohne an männlicher Dominanz deutlich einzubüßen.

Dazu passt, wie der bürgergesellschaftliche Diskurs seit Anfang der 2000er Jahre von einem sozialphilosophischen Diskurs »Arbeit und Liebe« flankiert wird (vgl. Krebs 2002). Es geht um die Erweiterung des Arbeitsbegriffes und vor allem darum, dass die privat – vor allem von Frauen – erbrachten Fürsorge- und Beziehungstätigkeiten endlich auch als gesellschaftliche Arbeit anerkannt werden, da doch ohne sie ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung gar nicht möglich ist. Im Mittelpunkt dieses Diskurses um »Arbeit und Liebe« steht die Kategorie der Anerkennung. Die Erwerbsarbeit kann demnach

nicht mehr das Medium der Anerkennung sein, weil sie zu viele Menschen und ihre Leistungen ausschließt und selbst nicht mehr allgemein sinnstiftend und lebenserfüllend ist. Deshalb steht nicht mehr Arbeit im Mittelpunkt einer Sozialpolitik, sondern die Anerkennung des Menschen und seiner Leistung. Dazu bedürfe es einer allgemeinen Anerkennungsgrundlage, die im Konzept der Menschenrechte und der Menschenwürde formuliert wird: Jeder Mensch hat ein Recht auf Grundversorgung, damit er würdig leben und damit auch Anerkennungsraum gewinnen kann. Vor diesem Hintergrund einer rechtlichen und materiellen Grundsicherung solle dann Anerkennung – von den konkreten Tätigkeiten der Menschen ausgehend – die sozialen Beziehungen und mithin Gemeinschaft strukturieren können.

Dass die traditionelle Erwerbsarbeit nicht mehr als allgemeine gesellschaftliche Integrationsform ausreicht, dass es eines erweiterten Arbeitsbegriffs und einer Begründung sozialer Rechte außerhalb der Erwerbsarbeit bedarf, ist zweifellos die richtige Idee des bürgergesellschaftlichen Konzepts. Das Problem dabei ist immer wieder, dass sich diese Diskussion daran orientiert, dass das so ist, und nicht warum es so kommen musste. Wenn man nämlich nach den ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen fragt, die dazu geführt haben, dass menschliche Tätigkeiten unterschiedlich bewertet werden und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung entstanden ist, dann kann man das Problem der Anerkennung nicht so losgelöst verhandeln, sondern muss auf die weiterwirkenden Grundprobleme kapitalistischer Vergesellschaftung und mithin auf das Sozialpolitische als Medium der Anerkennung zurückgreifen. Es ist eine ähnliche Frage, wie sie sich auch bei der Diskussion um die Entgrenzung der Arbeit und die Tätigkeitsgesellschaft stellt: Die Suche nach neuen Formen der Arbeit, das Streben nach Anerkennung der Hausarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit entsteht nicht in der sozialphilosophischen Luft, sondern wird – freilich im Spannungsverhältnis von ökonomischer Entwicklung und sozialer Idee – gesellschaftlich freigesetzt. Es ist die Vergesellschaftungsform des digitalen Kapitalismus, welche die herkömmliche Erwerbsarbeit so dramatisch entgrenzt und damit die strukturelle Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung neuer Arbeit freisetzt. Damit ist aber noch nicht die neue Arbeit und ihre gesellschaftliche Anerkennung selbst, sondern erst einmal die gesellschaftliche Konfliktebene freigesetzt, das heißt die sozialpolitische Frage, wie solche Formen neuer Arbeit gegenüber der Verwertungslogik des Kapitals bestehen, sich ihr gegenüber durchsetzen und eine neue ökonomisch-gesellschaftliche Balance erreichen können. Angelika Krebs erkennt zwar die Diskrepanz zwischen der hohen Beschwörung von Liebestätigkeit und ihrer tatsächlichen geringen Anerkennung in unserer Gesellschaft und beklagt, dass dies gerade zu einer Nichtanerkennung der Liebestätigkeit in der Wirklichkeit führt, stellt aber die kapitalismuskritische und mithin sozialpolitische Frage nicht: Wir reden doch heute vor allem deshalb über Liebe,

Nähe und biografischen Halt, weil wir einer ökonomischen Entwicklung ausgesetzt sind, die auf soziale Entbettung, Abstraktion und Haltlosigkeit hinausläuft. Der bürgergesellschaftliche Anerkennungsdiskurs wird damit zum Versuch, in eine entgrenzte Welt Ordnungsvorstellungen einzuführen, die dann wieder nur von bestimmten sozialen Gruppen – Teilen der bürgerlichen Mitte mit ihren *communites* – realisiert werden können. Denn das Konzept »Arbeit und Liebe« übersieht nicht nur die Verwertungslogik, sondern auch die sozialstrukturellen Folgen – soziale Segmentation und soziale Spaltung – des digitalen Kapitalismus. Diese können aber nicht durch einen einfachen proklamativen Übersprung auf die Menschenrechte verändert, nicht allein durch nahräumlich begrenzte bis abgeschottete *communites*, sondern erst in einem sozialpolitischen, damit lokal übergreifenden, aber gesellschaftlich verbindlichen Spannungsfeld thematisiert und politisiert werden.

In der Praxis der Bürgerdiskussionen und Bürgerstiftungen wird hingegen meist weiter auf eine eingeschränkte feministische Care-Ethik im Sinne der zivilgesellschaftlichen Transformation der weiblichen Ehrenamtlichkeit rekurriert. Feministische Politikwissenschaftlerinnen sehen darin zwar eine »bedeutsame sozialstaatliche Ergänzung, aber keinen Ersatz für ein Rechtsgefüge, da nicht eine Moral des Versorgens, sondern allgemeine Rechte für einen demokratischen Sozialstaat unabdingbar sind« (Brückner 2001: 171f.). So finde aber die traditionelle Gleichsetzung von Arbeit und Liebe im sozialpolitisch indifferenten Bürgerdiskurs ihre Fortsetzung in der Vermischung von Liebe und zivilem Engagement. Die Frauen erlebten auch hier eine geschlechtstypische Transformation, indem sie von der Ressource des Arbeitsmarktes zur Ressource der Bürgergesellschaft würden.

Die Neuen Sozialen Bewegungen als Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips

Soziale Bewegungen neueren Typs sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie an Betroffenheiten der Menschen anknüpfen, rationalitätskritisch sind und universale Lebensthemen aufgreifen (vgl. Kern 2008). Damit sind wir an dem Punkt, an dem wir fragen müssen, ob die heutigen sozialen Bewegungen noch den traditionellen Bewegungen, vor allem der Arbeiterbewegung, die ja auch den historischen Hintergrund von Heimanns Modell bildete, gleichen. Die traditionellen Bewegungen waren ja mehr oder weniger in einer kollektiven Lage, ihrer Klassenlage, über die gesellschaftliche Arbeit organisiert und konnten entsprechende alternative Vorstellungen von Gesellschaft entwickeln. Viele der neuen sozialen Bewegungen sind eher Bewegungsgruppen, die sich durch unterschiedliche Grade der Betroffenheit und verschiedenartige Themen voneinander absetzen. »Insofern themenzentrierte Bewegungen sich auf

keine objektive Lage mehr berufen können, die zum Protesthandeln zwingt, ziehen sie ihre Konsequenz aus den neuartigen Identitätsformen, die in der modernen Gesellschaft entstanden sind.« Die Neuen sozialen Bewegungen initieren »Experimente neuer kollektiver Praktiken und bieten einen neuen interkulturellen Raum, in dem postnationale Identitäten erprobt werden können« (Eder 2000: 79f.).

Sie setzen institutionell nicht kalkulierbare Gegenprozesse in Gang. Hier werden die sozialen Bewegungen zu alternativen politischen Lernfeldern.

»Dass man dazu eine andere Lerntheorie braucht als die, die wir aus der Aufklärung [...] übernommen haben, ist eine theoretische, dennoch folgenreiche Schlussfolgerung [...]. Der Vorschlag, narrative Elemente [...] stärker ins Blickfeld zu rücken und [...] Lernen an die Logik narrativen Verstehens anzuschließen, ist ein mögliches Element einer weitergehenden Theorie kollektiven Lernens. Diese Theorie vermutet, dass Narratives dort Kommunikation fortzuführen erlaubt, wo Argumentation sich festläuft. Narrative Formen der Kommunikation können Grenzen rationaler Verständigung überbrücken.« (Eder 2000: 237f.)

Damit kann auch die transnationale Brücke geschlagen werden. Denn Betroffenheiten beziehen sich auf universale Lebensthemen und nicht auf nationalstaatlich definierte soziale Probleme. Armut in Europa und in anderen Teilen der Welt ist sozialpolitisch nicht vergleichbar, wohl aber von der Betroffenheit der Armen her. Die Angst vor der Enteignung der Lebensgrundlagen durch internationale Konzerne grassiert etwa in Europa genauso wie in Asien.

Manche der Neuen Sozialen Bewegungen agieren transnational und damit erst einmal außerhalb der nationalen sozialpolitischen Zonen. Sie verstehen sich nicht so sehr – wie die alten sozialen Bewegungen – als kollektive Gegenmacht innerhalb staatlicher Machtsysteme. »Die Entstehung [neuer] sozialer Bewegungen ist somit immer stärker durch die Identitätsbedürfnisse der Individuen bestimmt.« (Kern 2008: 59) Sie suchen »ein Wir-Gefühl, das nicht mehr auf soziale Vergemeinschaftung zurückgreift, sondern weltbürgerliche und postkoloniale Formen des Engagements praktiziert« (Leggewie 2003: 59). Dennoch: Auch wenn sie in ihrer Symbolik kulturell und identitätspolitisch agieren und persönliche Freiheitsrechte in den Vordergrund stellen, sind viele von ihnen im Kern am Grundkonflikt zwischen Mensch und Ökonomie orientiert. Der Widerstand gegen die Atomkraft ist immer auch Kampf gegen die Atomkonzerne, die grünen Bewegungen richten sich nicht nur gegen die Zerstörung, sondern darin vor allem gegen die profitkapitalistische Ausbeutung der Natur, und der Kampf gegen die Armut hat immer auch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich als Folge globalisierter Kapitalakkumulation im Blick. Insofern erweitern sie ein transnationales sozialpolitisches Magnetfeld über die Nationalstaaten hinaus, entwickeln sich zwar unabhängig von

deren Gesellschaften, wirken aber auf diese zurück. Klaus Eder sieht diese Rückwirkung vor allem darin, dass sie »Medium von gesellschaftlichen Lernprozessen« sein können (Eder 2000.: 21), denn »sie erzeugen ›Freiräume‹ für Denken und Handeln jenseits institutionell normierter sozialer Räume« (ebd.: 148). Sie können in ihren transnationalen Initiativen und Aktionen Lebensthemen in körperlich-sozialer Gemeinsamkeit spürbar und darin begreifbar machen.

In der Gruppendynamik der Neuen Sozialen Bewegungen sind es vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die sich diese Bewegungsräume aneignen und mit ihrer Symbolik von Freiheit und Gerechtigkeit markieren. Sie haben in den nationalen sozialstaatlichen Arenen, aber auch in der Bürgergesellschaft, die eigentlich nur den ›fertigen Bürger‹ kennt, wenig Platz. Hier aber können sie offene Diskurszonen schaffen, in denen die soziale Idee neu oder doch wieder ursprünglich formuliert werden kann, außerhalb der sozialstaatlichen Form, aber in dialektischer Spannung zu ihr. Diese Spannung entwickelt sich im Widerspruch zwischen sozialstaatlich befriedeten sozialen Problemen und weltweit offen aufbrechenden Lebensthemen und mündet oft in die radikale Forderung an die Regierungen, sich auf ihre demokratischen und sozialpolitischen Ausgangsbedingungen zurückzubesinnen, mithin sich des Sozialpolitischen Prinzips und des dahinterliegenden Grundkonflikts zwischen Mensch und Kapitalismus bewusst zu werden. In Heimanns Sprache können wir viele der Neuen Sozialen Bewegungen als Träger transnationaler sozialer Ideen bezeichnen, die im Konflikt mit einem globalen Kapitalismus stehen, der den Menschen als Ware sieht, sich ihm gegenüber gleichgültig verhält. Aus diesem Konflikt kann ein neues sozialpolitisches Denken hervorgehen, das die soziale Idee weniger aus der rational-abstrakten Kritik der Verhältnisse, als vielmehr aus der Betroffenheit der Betroffenen entfaltet. In Raum der Neuen Sozialen Bewegungen werden nicht Interessenpositionen verhandelt, sondern das Erleben von Betroffenheit und Ohnmacht erzählt und ausgesprochen, sodass sich daraus Neue Soziale Verständigungsformen als Ausgangspunkt von Milieubildung entwickeln können (vgl. Eder 2000: 237f.).

Wenn wir vor diesem Hintergrund diese besonderen Strukturmerkmale der Neuen Sozialen Bewegungen auf das Modell des Sozialpolitischen Prinzips beziehen, dann können wir von einer Neuformierung der sozialen Idee sprechen. Sie richtet sich zwar in ihrem Kern weiter auf den Grundkonflikt von Mensch und kapitalistischer Ökonomie, hat sich aber kulturell erweitert. Vor allem ist sie stärker auf den Menschen in seiner Subjekthaftigkeit und Betroffenheit rückbezogen. Das unterscheidet soziale Ideen der zweiten Moderne von denen der alten sozialen Bewegungen, wo sie als kollektive Identitätsrahmen in Milieus eingebettet waren, die von den Menschen qua Milieuzugehörigkeit übernommen wurden. Heute müssen sich kollektive Identitäten als gemeinsame soziale Ideen aus Wahrnehmungs- und Differenzierungs-

prozessen bei Einzelnen und Gruppen im Sinne einer von den Mitgliedern geteilten Selbstbeschreibung erst bilden. »Kollektive Identitäten erzeugen die ›Fiktion‹ […] eines gemeinsam geteilten sozialen Raumes, der auch in (oder: trotz) der Abwesenheit einzelner Gruppenmitglieder fortbesteht.« (Kern 2008: 120) In der heutigen digitalisierten Welt mit ihrer gesteigerten Komplexität ist die Vorstellung einer kollektiven Entsprechung zur individuellen Biografie von den Selbstbeschreibungen und Selbstdeutungen der Individuen abhängig. Dadurch ist die soziale Idee im Kontrast zu früher durch Pluralität und Differenzierungen gekennzeichnet. Das schwächt ihre Funktion als Gegenmacht zu einem Kapitalismus, der immer wieder versucht, Leitthemen Neuer Sozialer Bewegungen marktbezogen zu vereinnahmen. Auf der anderen Seite hat sich die soziale Idee kulturell erweitert, Themen wie soziale Nachhaltigkeit können integriert werden. Und vor allem: Dieser »*cultural turn*« zieht die Menschen konkret an, lässt die sozialen Ideen als erreichbare Praxis erscheinen.

Zwischenbilanz: Zivilgesellschaft, Sozialpolitik und gesellschaftlicher Raum

Wir haben uns in unserer Kritik bürgergesellschaftlicher Konzeptionen vor allem auf ihre sozialpolitische Relevanz konzentriert. Wir wollten dabei zeigen, dass der Sozialstaat bürgergesellschaftlich nicht substituiert werden kann. Vor allem die Abwesenheit des sozialen Konflikts in der bürgergesellschaftlichen Sphäre und die fragile Abhängigkeit von der Mittelschicht haben uns zu dieser Einschätzung gebracht. Spätestens aber im Kapitel zu den sozialen Bewegungen ist deutlich geworden, dass aus bürgergesellschaftlichen Kontexten heraus politische Räume eröffnet werden können, in denen sich die soziale Idee entfalten kann und neue sozialpolitische Dynamiken entstehen können. Darauf weisen auch die zivilgesellschaftlichen Interpretationen von Ansgar Klein und Jürgen Habermas hin, die die Bürgergesellschaft als Raum für gesellschaftliche Zusammenschlüsse (Klein 2001) und als öffentlichen Diskursraum (Habermas 1992) beschreiben. Solche Räume gelten als *sozialpolitische Räume,* wenn in ihnen der soziale Konflikt anerkannt ist und in gesellschaftlicher Perspektive ausgetragen werden kann (vgl. Teil VI).

Wir haben weiter gesehen, dass Zivilgesellschaft und Sozialpolitik weder als institutionelle Modelle noch als Handlungssysteme so einfach miteinander vermittelt werden können. Im sozialen Raum aber lassen sich bürgerschaftliche und sozialpolitische Elemente aufeinander beziehen. Bürgerschaftliche Initiativen z.B. entstehen nicht aus Institutionen heraus, sondern eher gegen sie, sind räumlich freigesetzt, agieren im Modus sozialräumlicher Aneignung und sind gleichzeitig auf sozialstaatliche Hintergrundsicherung angewiesen, wenn

sie die Konflikte, die sie provozieren, nicht nur durchstehen, sondern auch gestalten wollen. Im Raum wird die soziale Idee wieder frei, kann neu belebt, der soziale Konflikt in seiner Ursprünglichkeit erkannt und gemeinschaftlich erfahren werden. Der räumliche Zugang ermöglicht auch eine Sicht auf das Sozialpolitische Prinzip im Sog der Globalisierung. Der sozialpolitische Grundkonflikt bildet sich dabei im Gegensatz zwischen globaler Entbettung und sozial-territorialer Einbettung ab, die sozialpolitische Dialektik scheint als gleichsam räumliches Paradox auf. Einerseits forciert der globalisierte Kapitalismus eine Loslösung und Abstrahierung der Ökonomie und Teilen der Politik vom sozial-territorialen Raum, andererseits aber gehen von dieser globalökonomischen Entwicklung massive sozialräumliche Wirkungen aus. Dabei kommen aber nicht nur die sozialen Spaltungen in den urbanen Zonen und ökonomisch abgehängten Regionen in den Blick, sondern auch die neuen sozial-territorialen Bezugnahmen bürgergesellschaftlicher Initiativen und sozialer Bewegungen. Die Globalisierung hat ebenso regionale Bewegungen freigesetzt wie global orientierte Gegenbewegungen, die sich aber gerade in ihrer Globalisierungskritik auf ihre jeweiligen sozialräumlichen Bindungen berufen. Gegen die Privatisierung und Kapitalisierung öffentlicher Räume haben sich vielerorts gemeinwesenökonomische Gruppierungen gebildet. Der Raum zeigt sich – nach einer Epoche der Institutionen – als politische Kategorie.

Teil IV: Der Mensch im sozialpolitischen Magnetfeld

Zivilgesellschaftliche Konzepte stellen den Bürger, den in der Gesellschaft aktiven Menschen, in den Vordergrund. Wenn dagegen von Sozialpolitik die Rede ist, wird in der Regel von Apparaturen, Zuständigkeiten und Regelungen gesprochen, von den betroffenen Menschen ist wenig die Rede. Dass einmal, in den 1960er Jahren, ein westdeutscher Sozialminister (Herbert Ehrenberg) »das Glück des kleinen Mannes« zum Ziel sozialstaatlicher Sozialpolitik erklärte, wird heute eher milde belächelt. Dieses vermeintliche Manko an einer humanistischen Perspektive hat wohl mit dazu beigetragen, dass die Sozialpolitik so in Verruf geraten ist. Wenn wir dagegen das Sozialpolitische Prinzip in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion rücken, werden wir gleichsam dazu gedrängt, das Menschenbild der Sozialpolitik zu thematisieren. Denn das Sozialpolitische Prinzip verweist in seiner Grundhypothese auf die doppelte Angewiesenheit des Kapitalismus auf den Menschen, wenn sich seine Ökonomie in der Moderne technologisch innovativ und profitsteigernd weiterentwickeln will: zum einen auf den Menschen als Träger von Humankapital, zum anderen auf seine Reproduktions- und Sorgetätigkeit. Dabei geht es vor allem darum, wie der Mensch im prinzipiell menschenfeindlichen Kapitalismus (der Mensch als Ware) zur Geltung gebracht werden kann.

In der Sphäre der sozialen Idee des Soziapolitischen Prinzips im Entwurf von Heimann ist ein bestimmtes Menschenbild enthalten, ja vorausgesetzt. Aus dem Gesamttext schält sich die Figur des kollektiv orientierten, solidarischen Menschen heraus. In der neueren kritischen Sozialstaatsdiskussion, die den Sozialstaat meist auf seine Apparatur verkürzt, wird kaum von diesem sozialpolitischen Menschenbild gesprochen. Der Sozialstaat als die zentrale Form der Institutionalisierung des Sozialpolitischen Prinzips wird meist nur als gesellschaftliche Regulierungs- und Dienstleistungsagentur gehandelt; dass er auch Qualitäten einer kollektiven Identitäts- und Gemeinschaftsformation aufweist, wird meist übergangen. Dabei war es gerade diese »kollektive Identität« (vgl. Evers/Nowotny 1987), die der Sozialstaat

dank einer verlässlichen sozialstaatlichen Hintergrundsicherheit vermitteln konnte. Diese kollektive Identität ist gegenwärtig brüchig, die soziale Hintergrundsicherheit aber notwendiger denn je. Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft sind auf den Sozialstaat angewiesen. Unsere These ist in diesem Zusammenhang, dass die soziale Gestaltungskraft des Sozialstaats – über seine Sicherungs- und Versorgungsfunktion hinaus – auch heute davon abhängt, wie er sich identitätsbildend in den Alltag der Menschen einbringen kann. Einen Zugang zur Erschließung dieser Hypothese bietet die Frage nach dem Menschenbild der sozialpolitischen Diskurse im Kontrast zu dem bürgergesellschaftlichen, aber auch dem neoliberalen Menschenbild. Wir wollen deshalb in einem nächsten Schritt klären, wie denn dieser Mensch als gleichsam ›sozialpolitisches Wesen‹ gedacht sein kann und welche sozialpolitischen Gestaltungsaufforderungen sich daraus ergeben. Solche Gestaltungsaufforderungen lassen sich deshalb aus unserem sozialpolitischen Zugang aufschließen, weil dieser nicht normativ argumentiert, sondern nach den sozialen Bedingungen fragt, unter denen Menschen in unserer Gesellschaft ihr Leben selbstbestimmt wie sozial verantwortlich gestalten können.

Zu den methodologischen Vorteilen des dialektischen Ansatzes Heimannscher Prägung gehört in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die Entwicklung der Lebensverhältnisse von Menschen in modernen Industriegesellschaften hin zu einem jeweils besseren Leben historisch-empirisch zu bestimmen. Politisch ausgedrückt beinhaltet dies die Hypothese: Nur dort, wo das Sozialpolitische Prinzip wirkt, sind Verbesserungen der Lebensverhältnisse im humanen und emanzipatorischen Sinne zu erwarten. Diesen Zusammenhang können wir mit dem Konzept »Lebenslage« erfassen. Damit haben wir aber erst einmal die Entwicklungslogik der sozialpolitischen Rahmenbedingungen erfasst, in denen sich Menschen entfalten können. Auf welches Leben hin dies aber ermöglicht werden kann, ist die tiefere Frage, die auch an eine Sozialpolitik gestellt werden muss. Gerade weil heute wieder ein normativer Sozialdiskurs zur Frage der Ermöglichung eines »guten Lebens« (in Anlehnung an Martha Nussbaum [1999]) geführt wird, gilt es deutlich zu machen, dass sich mit dem Sozialstaat ein normativer Horizont, ein bestimmtes Menschenbild und ein Definitionskreis guten bzw. besseren Lebens verbindet, der nicht sozialphilosophisch gesetzt ist, sondern sich historisch-empirisch entwickelt hat. Es war die grundlegende Leistung der Sozialpolitik in den Sozialstaaten des 20. Jahrhunderts, dass nicht mehr ein »allgemein-moralisches ›Menschenrecht‹« eingeklagt werden musste, sondern dass »nun in den Begriffen des ›weniger von‹ und der geringeren/verweigerten ›Teilhabe an‹ historisch definierten sozialen und kulturellen Gütern, Werten, Rechten eine Fülle konkreter Dinge in aller Schärfe erst real verhandelbar und sichtbar« wurden (Evers/Nowotny 1987: 161).

Gesellschaftliche Entwicklung und menschliche Entfaltung – das Konzept »Lebenslage«

Mit dem Lebenslagenkonzept kann der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und der jeweiligen Ausformung von sozialen Spielräumen, in denen das Leben je biografisch unterschiedlich bewältigt wird, nach der Logik des Sozialpolitischen Prinzips aufgeschlossen werden. Der Begriff der Lebenslage ist in unserem Zusammenhang insofern zentral, als in ihm die Makroebene der gesellschaftsstrukturellen und sozialpolitischen Entwicklungsgesetzlichkeiten mit der Erfahrungs- und Handlungsebene der Menschen vermittelt ist. Lebenslagen sind »Produkt gesellschaftlicher Entwicklung (strukturiert), zugleich aber Bedingung und Ausgangssituation (strukturierend) der Entwicklung von einzelnen Menschen und Gruppen; Lebenslagen sind Ausgangsbedingungen menschlichen Handelns ebenso wie sie Produkt dieses Handelns sind« (Amman 1994: 324). Mit dem Lebenslagenansatz kann also der Kontext der von den Menschen verfügbaren materiellen, sozialen und kulturellen Bewältigungsressourcen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und in der Rückbindung zu diesen beschrieben werden.

Das Lebenslagenkonzept ist ein historisch-dialektisches Konzept. Dies muss besonders deutlich gemacht werden, denn in der Regel wird es undialektisch, eben nur deskriptiv verwendet. Nicht nur in den periodischen Armuts- und Reichtumsberichten, auch im analytischen Diskurs (wie z. B. bei Voges 2002, Chassé et al. 2003, Volkert 2005, Leßmann 2006). Dort bezieht man sich vor allem auf Gerhard Weisser (1956/1978), den Begründer des sozialwissenschaftlichen Lebenslagenkonzepts, der aufzeigte, wie die Sozialpolitik als Verteilungspolitik Lebenslagen konstituiert und sich in ihnen spiegelt. Es war die Weisser-Schülerin Ingeborg Nahnsen (1975), die die Dialektik in der Verbindung von Lebensverhältnissen und gesellschaftlicher Entwicklung erkannt und – nach dem historisch-theoretischen Muster Eduard Heimanns – lebenslagentheoretisch umgesetzt hat. Am Beispiel der Entwicklung des Arbeitsschutzes in Deutschland baut sie ihr Grundmodell auf: Die Modernisierung und Weiterentwicklung der industriekapitalistischen Ökonomie erfordert auch die Modernisierung der Lebensverhältnisse der Arbeitenden. In diesem Prozess erwachsen die Interessen der Subjekte an der individuellen und sozialen Gestaltung ihrer Lebensperspektive, die über den rein ökonomischen Aspekt der Reproduktion der Arbeitskraft hinausgeht. Die Menschen erkennen also mit der ökonomisch induzierten Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse weiterführende eigene Interessen. Deshalb können sie eine eigensinnige Praxis entwickeln, die prinzipiell in manifester oder latenter Spannung zu der ökonomisch gewünschten Sozialform steht. In diesem dialektischen Prozess werden soziale Ideen, die bisher freischwebend und eher utopisch sind, an die

realen gesellschaftlichen Verhältnisse gebunden und so zu Antrieben des gesellschaftlichen Wandels.

Gerhard Weisser hat die Lebenslage als »Spielraum« gefasst, den die gesellschaftlichen Bedingungen dem Menschen für die Erfüllung seiner Grundbedürfnisse und die Gestaltung seines Lebens ermöglichen, wobei sich diese Spielräume in einem Prozess formen, »den die Gesellschaft bewirkt« (Weisser 1956: 278). Ingeborg Nahnsen hat diese gesellschaftliche Formung als dialektischen Prozess am Modell der Entwicklung des Arbeitsschutzes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erkannt. Im Zuge der rasanten industriellen Modernisierung mussten die Arbeiter nicht nur qualifiziert werden, um die neuen Maschinen bedienen zu können (es gab in dieser Zeit sehr viele Betriebsunfälle, weil die Arbeiter nicht mit den neuen Maschinen und Arbeitsvorrichtungen zurechtkamen), sondern es mussten ihre gesamten Lebensbedingungen verbessert werden. Je mehr aber die industriekapitalistische Ökonomie unter dem Druck stand, im Zuge ihrer notwendigen Modernisierung Arbeiter und Angestellte zu qualifizieren und ihre Reproduktion (verbesserte Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, mehr Erholungszeiten) zu verbessern, desto mehr erweiterten sich die soziokulturellen und sozialen Spielräume, aber auch die Beteiligungswünsche der arbeitenden Menschen. Es entstanden also in diesem Modernisierungsprozess immer wieder Konstellationen, in denen

»sich die Interessen von Arbeit und Kapital einander nähern. Geht es Letzteren um die Erhaltung eines ausreichenden Reservoirs leistungsfähiger Arbeitskraft, so geht es Ersteren notwendigerweise darum, der eigenen Verelendung entgegenzuwirken. [...] Letztlich erfüllt der Arbeitsschutz damit eine wesentliche Funktion für die Umstellungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Da er aber zugleich die Lebenslage der Arbeiter in ihrem Muße- und Regenerationsspielraum schützt, werden diese kontinuierlich erweitert, fördert er auch ihre Chance, ihrer eigenen wichtigen Interessen innezuwerden.« (Nahnsen 1975: 165f.)

Die Dialektik der Erweiterung

Es handelt sich hier also um eine Dialektik der Erweiterung, die von ihrer Grundstruktur her überall dort wirkt, wo sich Industriegesellschaften entwickeln, das heißt an die Entwicklungsschwelle geraten, von der an sich diese produktive gegenseitige Abhängigkeit zwischen Arbeit und Kapital zwangsläufig einstellen muss. Bisher waren – in den Peripherien der globalen Welt – die Menschen außerhalb dieser Dialektik von Arbeit und Kapital, weil ihre Länder nur als Rohstofflieferanten und Anbieter billiger Arbeitskraft dienten. In der Struktur dieser exkludierten Existenz lagen und liegen keine weiterführenden Perspektiven, die Menschen hatten weder Wahl noch Antrieb, über das hinaus etwas

zu erreichen, mit dem sie zufrieden sein mussten. Dies wird sich in dem Maße ändern, in dem der globale Kapitalismus seine Kapitalakkumulation nicht mehr ungehindert betreiben kann und sich der Organisationsgrad der Arbeitnehmenden bis in die globalen Randzonen hinein stetig erhöht: Denn

»seit einigen Jahrzehnten sind die Zielregionen für mögliche Produktionsverlagerungen [...] im Begriff, knapp zu werden, während gleichzeitig der Organisationsgrad der Arbeiter/innen auch in der Peripherie allmählich zunimmt. [...]. In dem Maße, in dem das kapitalistische Weltsystem auf der Logik der fortwährenden Kapitalakkumulation beruht, werden ihm durch den Anstieg der Produktions- und [Sozial]Kosten die Grundlagen für genau diese Akkumulation entzogen.« (Herkenrath 2008: 76f.)

Das Sozialpolitische Prinzip mit seiner Dialektik der Erweiterung, das in den alten Industriestaaten erschöpft scheint, könnte also weltweit neuen Auftrieb erhalten. Und das heißt, dass sich die Erfahrung der Möglichkeit besserer Lebensbedingungen auch in den Peripherien entwickeln können.

Der Begriff der Erfahrung ist hier zentral und das meint auch Amman (1994), wenn er in Lebenslagen die »Bedingung und Ausgangssituation« der menschlichen Entwicklung im Sozialen sieht. Es wird also davon ausgegangen, dass Lebenslagen auch Spielräume der Ermöglichung von Erfahrungen der eigenen Lebenssituation darstellen. Dies können psychosozial verengende, regressive, wie psychosozial erweiternde, sozial öffnende Erfahrungen sein. Dies bedeutet, dass die Subjekte nicht einfach von ihrer Lebenslage »betroffen« sind, sondern sich mit ihr – bewusst reflexiv oder unbewusst agierend – auseinandersetzen. Wendt hat in seiner Rezeption des Lebenslagenkonzepts darauf aufmerksam gemacht, dass es beim Lebenslagenansatz vor allem darum geht aufzuschließen, wie die Subjekte ihre Lebensbedingungen »unter Nutzung eigener Potentiale und sozialökologischer und sozialkultureller Ressourcen bewältigen« Wendt (1984: 108). Dabei steht der Entwicklungsaspekt im Vordergrund (vgl. Voges 2002), das heißt eigene Potenziale bzw. Kompetenzen sind nicht einfach abrufbar, sondern müssen sich mit den Lebenslagen entwickeln können. Das meint die Kennzeichnung der Lebenslage als *Ermöglichungszusammenhang*. Diese ermöglichende und aktivierende Seite der Lebenslage wird im Lebenslagendiskurs auch in einen normativen Bezug gestellt, aus dem heraus sich die Handlungsantriebe über das existenzielle Grundniveau einfacher Handlungsfähigkeit hinaus orientieren und erweitern können. Schon Gerhard Weisser sprach vom »Lebenssinn«, der die Lebenslage durchzieht und überwölbt.

Die Kontroverse über die sozialpolitische Grundsatzfrage, ob und inwieweit man gesellschaftlich und individuell erstrebenswerte Lebenslagenniveaus als Zielvorgaben setzen sollte, ist nicht erst anlässlich der sozialwissenschaft-

lichen Rezeption des Capability-Approach (s.u.) entstanden. Schon im älteren Lebenslagendiskurs stand die Frage im Mittelpunkt, welche »Grundanliegen« oder »Interessen« (Weisser) sozialpolitisch befriedigt werden müssten, damit man von einem menschenwürdigen wie selbstbestimmten Leben sprechen kann. Unter Grundanliegen versteht Weisser voraussetzungslose Interessen, welche die physische Existenzfähigkeit des Menschen genauso gewährleisten können wie die Gestaltung seiner Persönlichkeit sowie seiner sozialen und kulturellen Teilhabe. Sie sind, ähnlich wie bei der Rangliste des »guten Lebens« von Martha Nussbaum (s.u.) – aber auch ähnlich wie bei der Charta der Menschenrechte – kulturübergreifend, ubiquitär, von nationalgesellschaftlichen Traditionen unabhängig gemeint. Ingeborg Nahnsen hat diese normativen Setzungen in der Rezeption wie Kritik des Weisserschen Ansatzes zum Angelpunkt ihrer gesellschaftlich rückgebundenen Reformulierung des Lebenslagenansatzes gemacht. Sie wirft Weisser vor, dass er Interessen setze, ja oktroyiere, statt ermittle. Sie fragt deshalb nach der »Ausprägung der Bedingungen, unter denen Interessen überhaupt ins Bewusstsein gehoben und befriedigt werden können.« (Nahnsen 1975: 150) Dabei übernimmt sie Weissers Begriff des »Spielraums«, mit dem er die Struktur und Handlungsdimension der Lebenslage miteinander verknüpft. Darunter versteht Weisser jenen Kontext gesellschaftlicher Bedingungen, die es dem Menschen ermöglichen, jene Interessen zu befriedigen, die die existenziellen Grundlagen und den Sinn seines Lebens sichern können. Diese »Spielräume« setzt Nahnsen nur nicht in eine Rangfolge der Bewertung, sondern in einen interdependenten und in der Bedeutung wechselnden Zusammenhang:

»Aus analytischen Gründen ist es zweckmäßig, die Vielzahl von Bedingungen und der an ihnen hängenden Hypothesen nach Komplexen zu ordnen oder anders ausgedrückt, zu mehreren (fiktiven) Einzelspielräumen der Lebenslage zusammenzufassen. So hängt zweifellos das Maß möglicher Interessenentfaltung und Interessenrealisierung unter anderem von einer Reihe gesellschaftlich bewirkter Umstände ab, die den Umfang möglicher Versorgung mit Gütern und Diensten bestimmen (Versorgungs- und Einkommensspielraum). Es hängt ferner von den Möglichkeiten ab, die die Pflege sozialer Kontakte und das Zusammenwirken mit anderen mehr oder weniger erlauben (Kontakt- und Kooperationsspielraum). Die Chancen zur Interessenentfaltung und -realisierung werden wesentlich beeinflusst von den Bedingungen der Sozialisation, von Form und Inhalt der Internalisierung sozialer Normen, vom Bildungs- und Ausbildungsschicksal, von den Erfahrungen in der Arbeitswelt, vom Grad möglicher beruflicher und räumlicher Mobilität usw. (Lern- und Erfahrungsspielraum). Eine weitere entscheidend wichtige Rolle spielen die psycho-physischen Belastungen, die dem Einzelnen in typischer Weise abgefordert werden durch Arbeitsbedingungen, Wohnmilieu, Umwelt, Existenzunsicherheit u.ä. (Muße- und Regenerationsspielraum). Schließlich werden Interessenentfaltung und Interessenrealisierung nicht zuletzt durch die Verhältnisse strukturiert, von denen es

abhängt, wie maßgeblich der Einzelne auf den verschiedenen Lebensgebieten mitentscheiden kann (Dispositionsspielraum).« (Ebd.: 150)

Dieses Spielraumkonzept versucht sie nun mit dem Ansatz der Dialektik der Erweiterung zu verbinden. Dies zeigt sie wiederum am bereits kurz skizzierten Beispiel der historischen Entwicklung des Arbeitsschutzes. Der Arbeitsschutz soll Gefährdungen des Arbeiters, die aus der Arbeitsorganisation resultieren, mindern und damit die Regenerationsfähigkeit des Arbeitnehmers schützen. Mit der Verbesserung des Arbeitsschutzes wird – so Ingeborg Nahnsen – ein wichtiger »Einzelspielraum« der Lebenslage der Arbeiter, der »Muße- und Regenerationsspielraum« verbessert. »So fördert er auch ihre Chance, ihrer eigenen wichtigen Interessen innezuwerden. Er bietet mithin ein hervorragendes Beispiel für die Ambivalenz aller Sozialpolitik.« (Nahnsen 1975: 165 f.) Man kann dieses historische Beispiel weitertreiben: Indem die Arbeiter spürten, dass die geweckten, weiterführenden Interessen im Verein mit anderen, »Gleichgesinnten« erfahren und aus dieser gemeinsamen Erfahrung heraus organisiert werden können, entwickelten sich Kontakt-, Kooperations- und Partizipationsspielräume. Gleichzeitig erwuchs das Interesse an außerbetrieblicher Bildung, um das Erfahrene kulturell zu erweitern und darin Lebenssinn zu entwickeln (Lern- und Erfahrungsspielraum). Diese Erweiterungen wirkten wieder zurück in Form von Ansprüchen auf mehr Freizeit, auf Verbesserung des Wohnmilieus (Ausdehnung des Muße- und Regenerationsspielraums). Mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus hin zur fordistischen Formation der Massenproduktion und des Massenkonsums, der eine entsprechend notwendige Erhöhung der Löhne erforderte, dehnte sich der Einkommens- und Versorgungsspielraum weiter aus und damit wuchs die Hintergrundsicherheit, aus der heraus man die Lebensverhältnisse sozial und kulturell gestalten konnte.

Diese Entwicklung in ihrem Zusammenspiel geschah nicht wildwüchsig von den Einzelnen her, sondern im staatlich-gesellschaftlichen Kontext sozialpolitischer Regulation, die die Lebenslagenentwicklung durch Ausbalancierung des Konfliktverhältnisses von Arbeit und Kapital weiter vorantrieb und in eine institutionelle Ordnung brachte. Dass dies in erster Linie eine sozialstaatliche Ordnung war, hat – vor allem in Westeuropa – etwas mit den nationalstaatlichen Traditionen zu tun. Das Sozialpolitische Prinzip muss aber nicht notwendig in eine national- und sozialstaatliche Form fließen, deswegen besteht es auch weiter, wenn sich Nationalstaaten und sozialstaatliche Konstellationen entgrenzen. Es funktioniert in dem Maße, in dem der Industriekapitalismus in seinem Streben nach ökonomischer und technologischer Weiterentwicklung zum Zwecke der Profitsteigerung auf qualifizierte Facharbeit größeren Ausmaßes auch im Inland angewiesen ist.

Die Dialektik der Erweiterung, die sich im Sozialpolitischen Prinzip ausdrückt, hat im Verlaufe des 20. Jahrhunderts – vor allem in Europa – ihre ins-

titutionelle Form im Sozialstaat gefunden. Dieser ist seitdem der Adressat und Mittler der widerstreitenden sozialen Ansprüche und ökonomischen Interessen, die er im rechtlich fundierten Modus von Anspruch und Zumutbarkeit zu regulieren versucht. Spätere soziale Bewegungen, wie die Frauen- und Ökologiebewegung haben von Beginn an diesen Vermittlungsprozess durchlaufen. Auch sie sind im Umkreis des Grundkonflikts zwischen Arbeit und Kapital, in der Spannung zwischen Mensch und Ökonomie entstanden. Solange der Sozialstaat vor dem Hintergrund entsprechender sozialökonomischer und gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen die Dialektik der Erweiterung als Modernisierungspolitik im Allgemeinen und speziell als Modellpolitik transformieren konnte, war eine durchschnittliche progressive Lebenslagenentwicklung entlang der Linie des Normalarbeitsverhältnisses gegeben. Mit der Erosion der sozialstaatlichen Gestaltungskraft und der damit einhergehenden Verlagerung der Modellpolitik von der Perspektive der Entwicklung hin zu sozialer Kontrolle und Prävention geht nun auch eine – ökonomisch vorangetriebene – Prekarisierung der Lebenslagen einher. Tendenzen der Verengung setzen sich durch. Dennoch bleibt – nationalgesellschaftlich betrachtet – der Sozialstaat als Moderator der Lebenslagenentwicklung erhalten. Allerdings geschieht das nun in einer gespaltenen Gesellschaft, in der sich die Lebenslagen der Vermögenden im Sog globalisierter Marktdynamiken entwickeln, während die größer gewordenen armutsbedrohten Gruppen der Bevölkerung in ihrer Lebenslagenentwicklung weiter vom Sozialstaat – nun restriktiv – gleichsam verwaltet werden.

Auch die *geschlechtsbezogene* Ausdifferenzierung der Entwicklung der Lebenslagen folgt der Dialektik der Erweiterung. So hat sich die weibliche Lebenslage, vor allem was die besonderen Spielräume der Selbstbestimmung und der optionalen Öffnung der Geschlechterrolle betrifft (vgl. dazu Enders-Dragässer/ Sellach 1999) im Zuge der gesellschaftlichen Angleichung der Bildungschancen, aber auch der Modernisierung der Familienhaushalte wesentlich verbessert. Die männliche Lebenslage wiederum hat, was den besonderen Spielraum patriarchale Macht anbelangt sowohl im Verhältnis zu dieser Entwicklung der weiblichen Lebenslage als auch im Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft – Erosion der Normalarbeitsverhältnisses – eine soziale Nivellierung erfahren. Die oben eingeführte reproduktionsorientierte Öffnung des Heimannschen Grundmodells ist also auch für das Lebenslagenkonzept weiterführend.

Das Modell der Dialektik der Erweiterung, in das die sozialpolitische Lebenslagendefinition eingebettet ist, konnte sich in den industriekapitalistischen Gesellschaften der ersten Moderne in dem Maße entfalten, in dem der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital und seine sozialstaatliche Transformation die nationale Gesellschaft in Bewegung hielt. In der Zweiten Moderne hat diese gesellschaftliche Spannung an Kraft eingebüßt. Das hängt mit den mikroelektronisch vorangetriebenen Prozessen der Rationalisierung und ökonomischen Globalisierung zusammen, die den nationalgesellschaftlichen Rahmen der Re-

gulation gesprengt haben. Das international flottierende Kapital hat sich aus der nationalgesellschaftlichen Abhängigkeit von der Arbeit und damit aus seiner sozialstaatlichen Zähmung inzwischen so weit gelöst, dass es seine Verwertungsinteressen dem Menschen gegenüber nahezu ungehemmt durchsetzen kann. Damit entsteht ein Druck auf die Lebenslagen, der sozialstaatlich nicht mehr hinreichend ausbalanciert werden kann. Der Grundkonflikt zwischen Mensch und Ökonomie, zwischen menschlichem Entfaltungs- und wirtschaftlichem Verwertungsinteresse, bleibt zwar weiter bestehen, er hat sich aber weitgehend in das Innere der Menschen verlagert. Der Mensch muss den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital nun mit sich selbst ausmachen, denn er ist ja weiter unmittelbar auf Arbeit verwiesen. Als »Unternehmer seiner selbst« ist er zugleich Subjekt wie Objekt seiner Verwertung. Der Grundkonflikt ist dabei aber nicht aufgehoben, sondern in ein persönliches Geschick transformiert. Der Mensch der Zweiten Moderne lebt nun selbstverantwortlich zwischen Chance und Risiko, Lebenslagen sind prinzipiell zu Risikolagen geworden.

Sozialstaat und Menschenbild

Hinter den sozialstaatlichen Definitionen und Interventionen stand und steht ein Menschenbild, das von einer kollektiven Identität ausgeht und Vorstellungen von Lebenschancen und vom gesellschaftlichen Zusammenleben enthält. Gerade diese kulturelle Seite des Sozialstaatlichen ist in den letzten Jahren eher negativ diskutiert worden: In der kritischen Sozialhilfediskussion wurde dem Sozialstaat immer wieder vorgeworfen, dass er bedürftige Menschen gleichsam in Abhängigkeit halte (vgl. das Lohnabstandsgebot in der Sozialhilfe) und für Sozialhilfeempfänger Lebensniveaus definiere, die meist nur regressive oder nicht sich ausgestaltende Lebensformen zulassen.

Dennoch haben sozialstaatliche Institutionen in der Vergangenheit immer wieder versucht, auch die humanistische Gestaltungsseite des Sozialstaates herauszustellen. Darin steckt nicht nur der Anspruch, Lebenschancen sozialpolitisch abzusichern, sondern auch auf einen wohlfahrtlich erreichbaren Horizont hin zu öffnen. Hierin liegt die Vorstellung, durch eine Gestaltung von Gesellschaft auch Bedingungen zu schaffen, in denen sich die Bürger hin zu einem besseren Leben sozial entfalten können. Dieser Gestaltungsanspruch des Sozialstaates ist aber nicht einfach normativ gesetzt, sondern liegt in seiner Struktur. Indem er die gesellschaftliche Instanz geworden ist, in der die Ansprüche der unterschiedlichsten sozialen Gruppen zusammenlaufen und mediatisiert werden müssen, sieht er sich zwangsläufig in die Lage versetzt, zu agieren und in diesem Zusammenhang Ansprüche und Zumutbarkeiten zu definieren und zu regulieren.

Der Sozialbürger

Der sozialstaatlich gerahmte Bürger ist in den sozialstaatskritischen Diskussionen oft zu einem Menschen gemacht worden, der inzwischen nur noch Bedürfnisse nach Sicherheit hat und in der diffusen Angst lebt, dass diese Sicherheit nicht mehr selbstverständlich, sondern gefährdet ist (was ihn noch immobiler machen würde). Dem wird nun das Menschenbild des eigenverantwortlichen Bürgers entgegengestellt, ohne allerdings dabei zu reflektieren, unter welchen ökonomischen und sozialen Bedingungen diese Eigenverantwortlichkeit zu realisieren ist; sie werden einfach vorausgesetzt. Diese Kritik am Sozialstaat kann deshalb auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass es in der Geschichte des modernen Sozialstaates auch eine sozialbürgerschaftliche Komponente gibt. Diese kommt aus der sozialen Idee der Arbeiterbewegung, deren sozialreformerische Gestaltungsperspektiven sowohl auf die Gesellschaft wie auf den Einzelnen abzielten und die sich damals gar nicht so sehr an den Staat, als vielmehr an Gemeinschaften und Genossenschaften als Orte gesellschaftlicher Gestaltung und gegenseitiger Verantwortung richteten. Es war die nationalstaatliche Entwicklung in Deutschland, in der sich die typische Staatszentriertheit der Sozialpolitik herausbildete und schließlich die sozialbürgerlichen Ansätze überformte und in Vergessenheit geraten ließ. Diese Idee des Sozialbürgers, die wir aus den sozialpolitischen Vergesellschaftungsvorstellungen im Gefolge der Arbeiterbewegung herauslesen, ist in den heutigen sozialökonomischen Perspektiven des bürgergesellschaftlichen Diskurses nicht mehr zu finden.

Unter dem Titel »Der Staat als Lebensform« erschien in den 1920er Jahren ein Buch des schwedischen Staatsrechtlers Rudolph Kjellén (1924), das in Deutschland eine hohe Auflage erlebte. Die große Publizität des Werkes war darauf zurückzuführen, dass zu Beginn und im Verlauf der Weimarer Zeit eine heftige Diskussion um die politische und soziale Ausgestaltung des Staates entbrannt war. Auf der einen Seite befanden sich die Verfechter eines demokratischen und sozialen Staatswesens als Bürgerstaat, wie er mit der Weimarer Verfassung geboren war, auf der anderen Seite wurde auf der Rolle des Staates als übergreifender Ordnungs- und Rechtsmacht beharrt. Man könnte diese Auseinandersetzung durchaus auf die Frage reduzieren, ob der Staat für die Menschen da sei oder ob sich die Menschen dem Staat unterzuordnen hätten.

Das Kjellén-Buch erschien vielen deshalb fremd, weil man im sozialphilosophischen Verständnis der Distanz des Staates zum Menschen groß geworden und an die ordnungsstaatliche Tradition gewohnt war. Staat und bürgerliche Gesellschaft wurden in einem natürlichen Gegensatz zueinander gesehen, der durch Kontrakte ausbalancierbar, nicht aber sozial aufhebbar war. Der Staatsbürger sollte dem Staat dienen, ihn respektieren, von ihm etwas fordern; sein individuelles und persönliches Glück mit dem Staat in Zusammenhang

bringen, war aber für viele geradezu undenkbar. Deswegen waren auch die Töne, die Kjellén anschlug, so ungewohnt, denn er stellte einen Zusammenhang zwischen der Gestaltung des persönlichen Glücks und der sozialstaatlichen Wohlfahrt her (Kjellén 1924: 199). Dieses gestaltungsorientierte Bild vom Staat setzte er deutlich ab von der liberalbürgerlichen Staatsidee, die nach seiner Auffassung den Staat nur als »Lieferanten« für Rechtsschutz sah. Dieser überlasse es den Individuen, Gesellschaft zu gestalten und sich in welcher Richtung auch immer sozial zu verständigen. Kein Wunder – so Kjellén weiter – dass die (damalige) Staatswissenschaft an den Universitäten nicht mehr sein konnte als eine bloße Rechtswissenschaft. Diese Auseinandersetzung ist heute – anfangs des 21. Jahrhunderts – angesichts der legitimatorischen Krise des Sozialstaats neu aufgebrochen. Wird der Sozialstaat nur als Dienstleistungsstaat betrachtet und damit Beurteilungsmustern wie Marktfähigkeit und Effizienz unterworfen oder ist er auch ein Makrogebilde kollektiver Identität, aus der heraus die Menschen gehalten sind, soziale Verantwortung zu entwickeln und in ihren Ansprüchen dementsprechend dem Sozialstaat nicht als zentralem Dienstleister, sondern als einem wichtigen Bezugsort der Gestaltung von Gesellschaft gegenüberzutreten.

Die Globalisierungs- und Entgrenzungsschübe im digitalen Kapitalismus und ihre Folgen scheinen dieser Diskussion wieder eine positive sozialstaatliche Wende zu bringen. Denn jetzt geht es nicht mehr länger nur um das Verhältnis von Individuum und Sozialstaat als Dienstleister, sondern um die Frage überhaupt, ob der nationale Sozialstaat in der Lage ist, die Grundprinzipien sozialer Sicherheit und sozialer Ordnung zu gewährleisten oder ob die Gesellschaft vom sozial destruktiven Sog der Globalisierung erfasst wird. Nun wird auch deutlich, dass alle Diskussionen um Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz des sozialstaatlichen Dienstapparates von der stillschweigenden Voraussetzung ausgehen, dass der Sozialstaat in seiner Grundfunktion der Sicherung der sozialen Integration zu erhalten ist. Wenn aber das historisch Grundlegende gefährdet ist, erscheinen auch die aktuellen Fragen in einem neuen Licht. Gerade unter dem Eindruck dieser externen Bedrohung des Sozialstaates ist die Frage Kjelléns nach der bürgerschaftlichen Qualität des Staates neu zu stellen, denn sozialstaatliche Grundfunktion und gesellschaftliche Gestaltungsfunktion sind nicht so ohne weiteres teilbar, geschweige denn gegeneinander auszuspielen. Damit könnte die Sozialstaatsdiskussion für den Bürgerdiskurs in einer Art und Weise geöffnet werden, die den Sozialstaat nicht vorab denunziert, sondern den sozialstaatlichen Diskurs zum Bürgerdiskurs konstruktiv in Beziehung setzen kann. Dies wollen wir versuchen, indem wir aufzeigen, dass der Sozialstaat in seinem industriegesellschaftlichen Werden nicht nur sozialvertragliche Bezugselemente auszuweisen hat, sondern dass er auch immer wieder Bezugspunkt sozialbürgerlicher Gestaltungsideen war und immer noch sein kann.

Deshalb ist es notwendig, wieder an die beiden epochalen Dimensionen der Vergesellschaftung zu erinnern, die den Sozialstaat bis heute konstituieren: Er ist zum einen Ergebnis des industriekapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, dem er als Regulationsprinzip immanent ist. Zum anderen steckt im Sozialstaat auch das historisch-gesellschaftliche Ergebnis strukturverändernder, von Menschen getragener sozialer Kämpfe und sozialer Übereinkünfte. Das bezieht sich nicht nur auf den traditionellen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch auf die Interessen und Konflikte sowie ihre gesellschaftliche Transformation, wie sie von den sozialen Bewegungen und Initiativen des Reproduktionsbereiches ausgingen. Gerade heute – angesichts der Entwertung des Faktors Erwerbsarbeit – werden diese Bezüge wieder relevant. Wenn wir den Sozialstaat so als Resultat von Vergesellschaftungsprozessen rekonstruieren, dann werden auch die Menschen sichtbar, wie sie sich in und über diesen Sozialstaat gesellschaftlich begreifen. Der Sozialstaat wird dann fassbar als kollektive Identität (Evers/Nowotny 1987), als Rückhalt und Hintergrundsicherheit sozialer Aktivierung und Teilhabe.

In Deutschland hat ein solches gesellschaftliches und lebensweltliches Verständnis des Sozialstaates nie richtig Fuß fassen können. Angesichts einer obrigkeitsstaatlichen und ordnungspolitischen Tradition, aber auch im Banne jenes sozialphilosophischen Denkens, das den Staat – im Hegelschen Verständnis – zur allgemeinen und übergesellschaftlichen Institution erklärt hat, sind die Dimensionen der sozialen Teilhabe und die darin enthaltenen sozialvertraglichen Elemente dort kaum zum Zuge gekommen. Das Verständnis, dass der Sozialstaat und die soziale Demokratie, die bürgerrechtliche Verfassung und die sozialstaatliche Vergesellschaftung und Lebensform eng miteinander verbunden sind, hat sich in Deutschland erst in den 1960er und 70er Jahren durchgesetzt. Der Sozialstaat steht eben nicht neben der Gesellschaft, sondern hat sich in historisch wechselnden Spannungsverhältnissen und deren Dialektik in sie hinein entwickelt. So muss er auch in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Spannungen und Konflikten und damit auch im aktuellen bürgergesellschaftlichen Diskurs neu verortet werden: Indem der Sozialstaat als Vergesellschaftungsprinzip und Hintergrund einer gesellschaftlichen Lebensform betrachtet wird, werden seine sozialvertraglichen und sozialbürgerlichen Strukturelemente als Resultate der für ihn konstitutiven sozialen Konflikt- und Konsensprozesse freigelegt.

Wenn wir den modernen Sozialstaat als institutionellen Ausdruck eines epochalen Vergesellschaftungsprinzips der industriekapitalistischen Moderne erkennen, dann können wir uns auch von seiner (gegenwärtig versäulten und verselbstständigten) institutionellen Form lösen und nach dem Wesen dieses Vergesellschaftungsprinzips fragen. Denn dann scheint das besondere Verhältnis von Bürger, Gesellschaft und Staat auf, das ihm innewohnt. Mit dem Bürger ist hier der ›Sozialbürger‹ der gesellschaftlich aufsteigenden Arbeiter-

bewegung gemeint, der nicht mehr an der Erwartung der Krise des kapitalistischen Systems, sondern an seiner sozialen Durchdringung und gesellschaftlichen Integration orientiert war. Zwei Strömungen waren es, auf die man diese Figur der Sozialbürgerschaft, die heute noch im sozialstaatlichen Prinzip enthalten ist, beziehen kann. Zum einen die Idee der Sozialisten und Sozialreformer, dass der Mensch zum Maß des ökonomischen Prozesses zu werden habe, zum anderen jene kulturellen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die zwar von Sozialisten Ende des 19. Jahrhunderts als »Verbürgerlichung« kritisiert wurden, die aber dazu führten, dass die bürgerlich-revolutionären Ideen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität mit den antikapitalistischen Zielen der Arbeiterbewegung der Sozialreform in einer »zweiten Kultur« (Kuczynski 1981) verschmolzen. Vielleicht war in dieser bürgerlichen Transformation der Arbeiterbewegung die Idee des politischen Bürgers, die sonst in Deutschland nie recht zum Zuge kam, am ehesten enthalten. Zentral aber ist bis heute in diesem Zusammenhang, dass in jenem Zusammenspiel die bürgerlich-politischen Ideen ihre ökonomische und soziale Bindung erfuhren. An diese Bindung zu erinnern, ist angesichts eines gegenwärtig »freischwebenden« bürgergesellschaftlichen Diskurses wichtig.

Dass der Sozialstaat in diesem Zusammenhang bürgerlich-politische Freiheiten *garantieren* kann, ist in der bürgerrechtlichen Sozialstaatskritik unserer Tage nahezu untergegangen. Zu tief sitzt inzwischen die Karikatur eines Staates, der die Menschen von sich abhängig macht, indem er sie versorgt und sorglos gleichermaßen lässt, sie also gewissermaßen ›entmündigt‹. Insgesamt ist aber die bürgergesellschaftliche Diskussion um den Freiheitsbegriff relativ diffus. Sie will sich zwar absetzen vom wirtschaftsliberalen Begriff der Freiheit über den Markt und geht von Freiheitsspielräumen der Einzelnen aus, die ihnen individuelle Entfaltung ermöglichen und die dort, wo sie auf andere angewiesen sind, nicht nur ihre Grenzen, sondern auch die Chancen sozialer Transformation haben. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung – so das klassische Modell Émile Durkheims (1893/1988) – befördert zwar die Individualisierung des Menschen, lässt ihn aber auch gleichzeitig das soziale Angewiesensein auf andere existenziell spüren. Dennoch hat Durkheim nicht auf einen sozialen Automatismus vertraut, denn er wusste um die Brüche und Diskrepanzen zwischen ökonomisch-technologischer und sozialer Integration und die Eigengesetzlichkeit der Vergesellschaftung. Deshalb kommt auch schon bei ihm der Staat als Moderator und Gewährleister vor, der die Balance von bürgerlicher Individualität, Vergesellschaftung und sozialer Integration halten soll. Dennoch bleibt auch in diesem Modell der Begriff der Freiheit individualistisch, denn er steht für individuelle Kalkül, das soziale Angewiesensein auf andere dem eigenen Nutzen näher ist als dem Willen zur sozialen Verantwortung. Weder im Marktmodell noch in dem der Arbeitsteilung ist die Machtfrage thematisiert noch die historische Tatsache berücksichtigt, dass Freiheit nicht nur

ein naturrechtlicher und ethischer Wert ist, sondern Resultat entsprechender konflikthafter Formen der Vergesellschaftung.

Eduard Heimann wollte deutlich machen, dass Freiheit im modernen Kapitalismus sozial gesichert sein muss, soll sie nicht nur die Freiheit der materiell Unabhängigen sein. Gleichzeitig geht aus seiner Analyse hervor, dass sozial gesicherte Freiheit nicht dadurch entstanden ist, dass sie von oben gewährt wurde, sondern dass sie sich über die Austragung sozialer Konflikte entwickelt hat. Und hierbei ist wiederum wichtig, dass diese Konflikte – im Spannungsdreieck Kapital, soziale Bewegungen, Staat – sich nicht in partikularen Interessenkonflikten erschöpfen, sondern sich immer auch auf gesellschaftliche Vorstellungen von Gerechtigkeit und von Freiheit beziehen. Dies ist wohl der entscheidende Punkt bei der Rekonstruktion des Verhältnisses von Freiheit und sozialer Sicherheit; indem deutlich wird, dass dieses Verhältnis – das heute, in dem Ausmaß, in dem es institutionalisiert ist, als gewährtes und statisches erscheint – historisch gesehen ein dynamisches, konfliktträchtiges und zur Gestaltung drängendes ist. Sozialstaatliche Sicherheit in ihrer historischen Entwicklungslogik ist deshalb nicht nur Sicherung der sozioökonomischen Existenz von Individuen, sondern genauso ein Vergesellschaftungsprinzip, in dem die Freiheit des Einzelnen sozial transformiert, auf die Mitgestaltung des Sozialen gerichtet ist.

Das Menschenbild zwischen Ökonomisierung und Humanisierung

Wie sich die soziale Idee in den Lebenswelten der Subjekte entwickeln kann, hängt vor allem davon ab, wie sie Konflikte erfahren können und inwieweit diese Konflikte sozial anerkannt sind. Das entscheidet sich im Verlauf des Sozialisationsprozesses. Folgt er einer eigenen Logik menschlicher Entwicklung vom Kindes- und Jugendalter an oder unterliegt er früh den Verwertungsbedingungen des Kapitals? Die Konfliktstruktur des Sozialpolitischen Prinzips bildet sich also auch im Sozialisationsprozess ab. Wir fassen dies in ein Grundmodell des Gegensatzes wie der Vermittlung zwischen Sozialisations- und Produktionslogik. In der Bildungswelt ist es der Gegensatz zwischen den Bildungszielen des autonomen und des ökonomisch verwertbaren Menschen. In der betrieblichen Welt stellt sich nicht nur das konfliktreiche Problem der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, sondern vor allem auch die Frage, inwieweit die Arbeitsorganisation den Menschen determiniert oder ihm auch selbstbestimmten Raum ermöglicht. Mit der digitalen Technik und ihren neuen Medien ist eine Welt hinzugekommen, in der die Bilder die Sprache und damit den Konflikt zu verdrängen drohen. Die Analyse dieser Welten als Lebens- und Konfliktwelten wird damit zum Bestandteil sozialpolitischer Analyse, wird zur Frage danach, unter welchen Bedingungen die soziale Idee unter den Subjekten wachsen und sich entfalten kann und ob bzw. wie soziale Konflikte als sozial notwendig erfahren und ausgetragen werden können.

Sozialisationslogik und Produktionslogik

Die Art und Weise, wie Sozialpolitik auf den Menschen einwirkt und welches implizite Menschenbild in das sozialstaatliche Modell eingelassen ist, lässt es unseres Erachtens durchaus zu, von einer *sozialstaatlichen Sozialisationsweise* zu sprechen. Schon die sozialstaatliche Rahmung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen rahmt die Familie als Sozialisationsinstanz und verleiht ihr die Rolle einer Institution der Basissozialisation. Vorgezeichnet wie vorherrschend ist dabei eine *sozialintegrative Sozialisationslogik,* nach der das Hidden Curriculum der Bildungsinstitutionen, aber auch die Statuspassagen im Lebenslauf strukturiert und in gewissem Sinne auch programmiert sind. So war mit dem Jugendmoratorium – in der sozialen Wirklichkeit zwar nicht allgemein erreicht, aber doch sozialstaatlich und bildungspolitisch institutionalisiert – ein Gestaltungs- und Experimentierraum geschaffen, in dem Jugendliche als Akteure sich lebensweltlich entfalten und erproben können, ohne besonders auf zukünftige soziale und berufliche Risiken achten zu müssen. Wir sprechen hier von einer *Entkoppelung von Sozialisations- und Produktionslogik*. Die Erwachsenensozialisation schließlich strukturiert sich um das Normalarbeitsverhältnis, von dem berufliche Identität im Besonderen und soziale Identität im Allgemeinen gespeist wird.

Diese durch das Spannungsverhältnis von Individualisierung und sozialer Integration gekennzeichnete Sozialisationsweise weist seit dem Ende des 20. Jahrhunderts im Übergang zur Zweiten Moderne deutliche Wandlungstendenzen auf. Der Individualisierungsprozess hat sich weiter intensiviert, gleichzeitig aber hat sich seine sozialintegrative Spannung abgeschwächt. Individualisierung entwickelt sich im Sog einer Risikogesellschaft, die mit der Erosion des sozialstaatlichen Rahmens den sozialintegrativen Sozialisationstyp in den Hintergrund drängt. Mit der Erosion des Jugendmoratoriums wie des Normalarbeitsverhältnisses hat der Lebenslauf an Struktur- und Perspektivstabilität eingebüßt. Mit der Entgrenzung der Jugend ist auch das Prinzip der Entkoppelung von Sozialisations- und Produktionslogik unterlaufen, die Risiken der neuen Arbeitsgesellschaft haben oft schon die Jugend erfasst. Im Prozess der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses gerät auch das System der Statuspassagen ins Wanken, offene Übergänge müssen je individuell bewältigt werden. Die Frage des Hineinwachsens in die Gesellschaft wird jetzt nicht mehr so sehr über den Fokus Sozialintegration, als vielmehr über das Prinzip *Selbstorganisation* gestellt: Es liegt an den Einzelnen, wie es ihnen gelingt, sozialen Anschluss zu finden und sich sozial zu behaupten; die weiterhin sozialstaatlich organisierte Gesellschaft gibt nicht mehr den Rahmen vor, sondern bietet nur noch Hilfestellungen an, für die sie Forderungen vorgibt. Es konturiert sich früh ein Sozialisationstyp, in dem Flexibilität, Selbstbehauptung und biografische Erfüllung spannungsreich ineinander übergehen.

In der Begrifflichkeit der *Sozialisationsweise* ist vor allem ausgedrückt, wie sich in Gesellschaften Sozialisationskontexte historisch herausbilden. Es geht um die Frage, inwieweit ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklungen auf einen bestimmten »Sozialisationstyp« drängen. In diesem Sinne ist der sozial entbundene »*abstract worker*« die vor dem Hintergrund von gesellschaftlicher Individualisierung und ökonomischer Flexibilisierung »gelungene« Figur des ganz in der kapitalistischen Produktionslogik aufgegangenen Menschen. Es wird das Bild des arbeitenden Menschen entfaltet, der nicht nur funktional und instrumentell, sondern vor allem auch emotional in der Arbeit so aufgeht, dass er – gemäß dem ökonomisch-technologischen Gebot der Flexibilität – sich auch jenseits seiner sozialen Bindungen als erfüllt erlebt. Natürlich bleibt auch der »*abstract worker*« ein natur- und sozial gebundenes Wesen, ist entsprechenden Entwicklungen und Zyklen unterworfen, muss deshalb diese seine Grenzen im lebensweltlichen Bereich »unterbringen«, da die digitale Ökonomie darauf keine Rücksicht nimmt, weil sie den Menschen immer »auf den Punkt« beansprucht. Der Markt sucht den »fertigen« Menschen, ohne Rücksicht auf Entwicklungs- und Reproduktionszeiten. Den Halt, den auch der »*abstract worker*« als entwicklungsabhängiger und sozial gebundener Mensch braucht, muss er sich also in den privaten Lebenswelten der Familie und der lokalen Gemeinschaft suchen. Je unübersichtlicher die digitalisierte Arbeitswelt wird, je kontingenter die Lebens- und Karriereperspektiven, desto wichtiger wird der lebensweltliche Halt, desto mehr steigt die Sehnsucht nach Verlässlichkeit und gleichzeitig die Angst, sie zu verlieren. Der Ruf nach der Familie, in der man Geborgenheit findet, nach der Gemeinschaft von Seinesgleichen und nach verstärkter Kontrolle und Bekämpfung all dessen, was diese Haltepunkte bedroht, begleitet den Prozess der Intensivierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Damit wird ein Streben nach Handlungsfähigkeit freigesetzt, das zwischen sozialer Entbettung und sozialem Halt lavieren muss. Aufgefangen wird dies in den modularisierten Angeboten des Massenkonsums, in denen die prinzipielle Aufhebbarkeit sozialer Widersprüche und Konflikte suggeriert wird. Es wird vom »neuen Narziss« (vgl. Altmeyer 2004) gesprochen. Die Menschen inszenieren sich so, dass sie sich in ihrer Umwelt laufend selbst spiegeln, ohne dabei verbindliche soziale Beziehungen eingehen zu müssen bzw. zu können. Die Suche nach sozialer Anerkennung, die in den entbetteten Arbeitsbeziehungen immer fragil gehalten wird, erfüllt sich in diesem neuen Narziss. Man ist sich selbst der Haltepunkt und erliegt dabei dem sozialen Schein der Bespiegelung als gesuchter Form der sozialen Integration und Zugehörigkeit. Dieser neue Narziss ist nicht triebgesteuert, wie dies die traditionelle Psychoanalyse annahm, sondern baut sich interaktiv auf und steht im Sog der arbeits- und konsumgesellschaftlichen Dynamik: Zu spüren und wahrzunehmen, *wie* man sich im anderen spiegelt, wird zum Motor der Entwicklung einer fragilen Identität, die immer neu um Anerkennung heischen muss. Trat dieser Narziss

typischerweise in biografischen Umbruch- und Krisensituationen (wie z.B. in der Pubertät oder der Midlife-Crisis) verstärkt als Medium der Orientierung und Bewältigung auf, so wird dieses Phänomen heute im gesamten Lebensverlauf wiederkehrend registriert.

Der von der marktförmigen Logik von Arbeit und Konsum vereinnahmte Mensch – »*abstract worker*« und »*abstract consumer*« – ist unter der Hand zur Leitfigur der Sozialisationsweise der Zweiten Moderne geworden. Mit ihrer Durchsetzung aber gerät ein gleichsam vorausgesetztes Grundprinzip der Sozialisation ins Abseits, die lange Zeit im Sozialisationsdiskurs – insbesondere bezogen auf die Sozialisation des Kindes- und Jugendalters – als konstitutiv für die Sozialisationsweise in modernen industriellen Gesellschaften galt: die Entgegensetzung von *Produktionslogik* und *Sozialisationslogik*. Diese Entgegensetzung war und ist nicht willkürlich. Sie rekurriert darauf, dass der menschliche *Entwicklungsprozess* Aneignungs- und Zeitlogiken unterworfen ist, die denen des ökonomischen Verwertungsprozesses gegenläufig sind.

In den gegenwärtigen Sozialisationsdiskursen – vor allem in Bezug auf das Jugendalter – scheint sich allerdings eine Tendenz abzuzeichnen, die Entgegensetzung von Produktions- und Sozialisationslogik aufzulösen. Diese Entwicklung ist insofern gravierend, als ja gerade die Annahme dieser Differenz und Entgegensetzung konstitutiv für die bisherige Jugend- und Bildungsforschung war. Mit der Absetzung einer Sozialisationslogik gegenüber der Produktionslogik kapitalistischer Gesellschaften wurde auf die eigenen Entwicklungs- und Aneignungsräume verwiesen, die Kinder und Jugendliche im Prozess des Aufwachsens brauchen. Nun wird dagegen argumentiert, dass es sich hier um ein theoretisches Konstrukt der Jugendforschung gehandelt habe, das höchstens bei der bürgerlichen Jugend, nie aber bei der gesamten Jugend empirisch nachweisbar gewesen sei. Vielmehr sähe man heute, dass schon im Alter von zehn Jahren Kinder Arbeit und Produktion positiv erleben, gerade Schülerfirmen die Schule attraktiv machten und viele Schülerinnen und Schüler ihre Anerkennung weniger über die Schule, als vielmehr über außerschulisches Engagement und Arbeit erführen. Das aus der Annahme einer eigenen Sozialisationslogik heraus entwickelte und gesellschaftlich sanktionierte Jugendmoratorium würden heutige Jugendliche eher als Nachteil denn als Vorteil erleben: Viele von ihnen fühlten sich nicht dadurch privilegiert und in ihrer Entwicklung gefördert, dass sie von der Arbeitsgesellschaft »freigestellt« würden, sondern eher ausgeschlossen. Deshalb suchten sie ihre Identität in Lebensmustern, die der Produktionslogik folgten, und nicht in gegenüber der Arbeitsgesellschaft freigestellten Räumen. Da zur Produktionslogik auch der Konsum gehört und der Konsumentenstatus die Kinder und Jugendlichen inzwischen früh prägt, sähen es Jugendliche eher als Entwertung an, wenn sie von diesem Status ausgeschlossen würden.

Einzuwenden ist, dass dieser Diskurs an der Oberfläche des Verhaltens argumentiert und nicht in die Ambivalenzen der Bewältigungsdynamiken geht, genauso wenig wie er die Verdeckungen in der Entwicklung der historischen Sozialisationsweise erkennt. In der heutigen Gesellschaft hat sich – analog zur Entwicklung der neuen Produktionstechnologien – eine Produktionslogik entwickelt, die auf der einen Seite dem Waren- und Verwertungsprinzip in Bezug auf den Menschen treu bleibt, auf der anderen aber dem Arbeitnehmer als interaktivem Produzenten wie Konsumenten neue Freiheiten und Teilhabe verheißt. Jugendliche spüren das in ihrer Gegenwartsorientierung und in ihrem unbefangenen Zugang zu den neuen Technologien besonders und suchen nun auch dort die Orte, wo sie Anerkennung finden können. Die Produktionslogik des neuen Kapitalismus hat also eine implizite Sozialisationslogik entwickelt, die sie auch entsprechend anbietet. Damit ist aber die dialektische Spannung im Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft herausgenommen, der »*abstract worker*« und »*abstract consumer*« als Sozialisationsfiguren des neuen Kapitalismus bieten ein allseitiges Aufgehen in Arbeit und Konsum an. Sozialisatorische Konflikte aus der weiter bestehenden Spannung zwischen Subjekt und Gesellschaft, Mensch und Ökonomie, sind nun ins Private verschoben, von der öffentlichen Verhaltensebene abgedrängt. Damit entwickelt sich eine »*hidden structure*« der Sozialisation, ein Verdeckungszusammenhang, der nicht mehr in der Verhaltensdimension, sondern in den ambivalenten Bewältigungsdimensionen neu erkennbar wird.

Norbert Elias (1976) hat mit seinem zivilisationstheoretischen Konzept der Informalisierung die These verbunden, dass sich im Prozess der Modernisierung traditionelle und darin versäulte institutionelle Muster und soziale Verkehrsformen auflösen oder zumindest flexibilisieren und die Menschen nun die Freiheit haben, sich selbst zu regulieren und dabei zu sich selbst zu kommen. Die Informalisierung ist für ihn also eine Form der Intensivierung des Zivilisationsprozesses. In der Kritik dieses Konzepts wird dem entgegengehalten, dass

> »die Informalisierung auch deswegen keine Intensivierung des Zivilisationsprozesses sein [kann], weil die partielle Entstrukturierung der äußeren Beziehungen mitnichten durch Strukturgewinne im Inneren der Subjekte kompensiert wird. [...] Weit davon entfernt, über die von den Zivilisationstheoretikern unterstellte Souveränität zu verfügen, [...] scheint das Subjekt eher zum Zerfall zu tendieren: Zur Spaltung in ein uneigentliches Selbst, dass sich den externen Funktionsimperativen der organisierten Sozialsysteme anpasst und in ein eigentliches Selbst, das sich in den Intermundien dieser Systeme entfaltet und überall dort, wo es auf keine Schranken mehr stößt, den Impulsen seiner jeweiligen emotionalen Befindlichkeit folgt.« (Breuer 1995: 41f)

Nicht das kritische, sondern das ›getriebene‹ Subjekt steht hier zur Diskussion, die Entgrenzungen der äußeren Welt spiegeln sich in der Tücke der Bewältigungsdynamiken, denen der Mensch nun ausgesetzt ist.

Mit der Entwicklung eines Sozialisationsparadigmas vor dem Hintergrund der Trennung von Sozialisations- und Produktionslogik war ja auch der Versuch enthalten, das Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft im Sozialisationsprozess zu bestimmen. Es sollte der Raum definierbar werden, den Menschen lebenszeitlich für ihre Entwicklung brauchen, eine Entwicklung, die in einer emanzipatorischen Spannung zur ökonomisch-technologischen Verwertungslogik gebracht werden sollte. Gerade das jugendtheoretische Paradigma, nach dem Jugendliche in der Zeit ihrer leibseelischen und sozialen Entwicklung und den damit zusammenhängenden Konflikten der Pubertät von der Gesellschaft separiert werden, um zu lernen und um auf späterer höherer Stufe wieder in die Gesellschaft integriert zu werden, hatte sich im 20. Jahrhundert im Modell des Bildungsmoratoriums empirisch niedergeschlagen. Mit den gesellschaftlichen Entgrenzungstendenzen zu Ende des 20. Jahrhunderts, von denen auch das Jugendmoratorium erfasst wurde, würde die Trennung von Sozialisations- und Produktionssphäre zwar nicht aufgehoben, aber zunehmend verwischt. Die Ökonomisierung des Bildungswesens im Kontext einer hoch individualisierten Wissensgesellschaft ließ es immer mehr zum Bewältigungsproblem der Einzelnen werden, die Balance zwischen Sozialisations- und Produktionslogik zu finden (vgl. Bröckling et al. 2000).

Die Subjektivierung der Arbeit

Während im Fordismus der Mensch vom entfremdeten Arbeiter zum zufriedenen Konsumenten transformiert werden sollte, erleben wir heute die nächste Stufe dieses Transformationsprozesses: die Transformation des Arbeiters zum selbstorganisierten »Arbeitskraftunternehmer«. Der Mensch, der qualifizierte Arbeit hat, soll nicht mehr nur zufriedener Konsument sein, er wird auch voll in die neuen technologischen Arbeitsvorgänge einbezogen. Nicht im Sinne der Mitbestimmung, sondern nach dem Prinzip der Selbstorganisation. Auch das Private wird nun entgrenzt, stärker in die Arbeitswelt hineingezogen, von ihr bestimmt, die »Durchkapitalisierung« der Lebenswelten, wie sie im Fordschen Konsumkapitalismus begonnen hatte (Familie als Konsumfamilie) wird weiter getrieben. Die nun entgrenzte Familie wird immer mehr Teil der neuen Arbeitsökonomie, kommt immer stärker in den Sog der Intensivierung der Arbeit. Die neue Flexibilisierung in der Figur des »*abstract worker*« hat zur Folge, dass die Arbeit für viele Menschen überhaupt nicht mehr aufhört. Damit ist auch eine Tendenz zur weiteren Entgrenzung der Familie in Gang gesetzt. Natürlich war die Familie in ihrer reproduktiven Funktion auch früher an den

ökonomischen Sektor gebunden, aber sie war lebensweltlich weitgehend von ihm abgetrennt, stellte eine eigene Welt dar. Im Fordismus wurde sie dann stärker eingebunden, aber es gab weiter die Aufteilung der Welten in Arbeit und Freizeit. Diese Aufteilung gibt es heute immer weniger. Arbeit und Freizeit gehen nicht nur ineinander über, das Verhältnis wird durch den neuen Prozess der sozialen Entbettung zunehmend raumzeitlich aufgelöst, denn die neuen Arbeitsvorgänge sind von Raum und Zeit weitgehend unabhängig. Arbeits- und lebensweltliche Räume vermischen sich.

Zwar wird die Erwerbsarbeitszeit kürzer, aber die außerbetriebliche »Bewältigungsarbeit« nimmt zu: Wie kommt man noch einigermaßen um die Runden, wie wird Schule begleitet, wie kann man der drohenden Verstetigung krisenhafter Lebensereignisse entgegensteuern? Die »außerbetriebliche Arbeit« hat in ihrem Charakter der funktionalen Beanspruchung des Bürgers eine ähnliche Qualität wie Erwerbsarbeit erhalten. Man kann nicht mehr so einfach machen, was man will, sondern man wird von diesen alltäglichen Beanspruchungen genauso in Trab und am Tätigkeitsband gehalten, wie dies beim Ablauf und Rhythmus der Erwerbsarbeit der Fall ist. Die Ökonomisierung der Privatbeziehungen schreitet in dem Maße voran, in dem auch die reproduktiven Bereiche in den Sog der Entgrenzung von Familie, Biografie und Lebenslauf geraten: Nachhilfe, Umschulung, Weiterbildung, Teilzeitmanagement, Freizeitkoordination. Dem »*abstract worker*« entspricht in gewisser Weise die »*abstract family*«, ihre Tätigkeiten und Beziehungen werden immer weniger privat, das heißt an den eigenen Raum und die eigene Zeit gebunden, sondern sie sind selbst in die Tendenz geraten, raumzeitlich entbettet zu werden. Leistung und biografische Erfüllung gehen beim »*abstract worker*« in eins. Es geht nicht mehr um Entfremdung, sondern um biografische Verschmelzung mit der leistungslibidinösen Erfolgskultur. Selbst das Scheitern ist in dieser Kultur für den Einzelnen rationalisierbar: Er muss seine biografische Erfüllung eben woanders suchen, er ist nicht gescheitert, der Job, so wie er ist, passt eben nicht auf ihn (vgl. Sennett 1998).

Dabei können sich längst nicht mehr alle Erwerbstätigen auf die Hintergrundsicherheit eines *Normalarbeitsverhältnisses* verlassen, aus dem heraus sie sich in diesen wechselnden Dynamiken der neuen Arbeitswelt behaupten können. Das Normalarbeitsverhältnis als Korsett des durchschnittlichen Lebenslaufs – tendenziell lebenslang ausgeübter Beruf mit entsprechender tariflicher und sozialer Absicherung – gilt in Deutschland immer noch für weit über die Hälfte der Erwerbstätigen; europaweit macht sich diese Tendenz zur Erosion der Normalarbeitsverhältnisse deutlicher bemerkbar. Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnisse, Niedriglohn- und Mehrfachjobs als »untypische Arbeitsverhältnisse« nehmen zu. Es sind Arbeitsbedingungen, die – glaubt man den Arbeitgeberorganisationen – dem Flexibiltätsdruck der nun globalisierten Marktkonkurrenz geschuldet sind. Sie sind eingebettet in eine neoliberale

Ideologie, nach der die Arbeitnehmenden als Marktsubjekte auftreten, dort ihre Arbeitskraft anbieten und in »Projekte« selbstverantwortlich einbringen. Arbeitsorganisation und Regulierung von Arbeit werden in die Initiative der Subjekte verlegt. Sie sollen nun zwischen den Anforderungen und Risiken im Arbeitsprozess und in der Balance zwischen Arbeit und Leben selbst vermitteln können. Dies steht vor allem im Zusammenhang damit, dass Produktions- und Arbeitsprozesse nicht langfristig geplant und damit für die Einzelnen nicht mehr biografisch stabil sind, sondern in zeitlich befristete Projekte gegliedert werden, damit eine immer stärker verlangte Marktflexibilität gewahrt bleiben kann. Die Einzelnen sind nun für »ihr« Projekt verantwortlich. Auf den ersten Blick hat sich hier eine überraschende Koinzidenz der Interessen von Arbeitenden und Unternehmen entwickelt: Qualifizierte Arbeitsnehmer entwickeln hohe Ansprüche an die Arbeit und die Unternehmen offerieren ihnen entsprechend anspruchsvolle und verantwortungshaltige Projekte.

Die Schattenseiten dieser Entwicklung zur »*Subjektivierung der Arbeit*« (vgl. Moldaschl/Voss 2003) sind aber nicht zu übersehen. Nicht nur, dass die Arbeitnehmer das Arbeitsplatzrisiko und die damit verbundene biografische Unsicherheit allein übernehmen, nachdem das Normalarbeitsverhältnis auch durch die Projektbefristungen tendenziell außer Kraft gesetzt ist. Es wird auch von ihnen verlangt, dass sie so in der Arbeit aufgehen können, dass ihre sozialen Bindungen vom Arbeitsverhältnis abgekoppelt bleiben. Der »*abstract worker*« ist gefragt. Zwar zeigen Untersuchungen, dass sich Bestrebungen der Subjekte aus dem Privaten heraus entwickeln, der Vereinnahmung durch die Arbeit Grenzen zu setzen. Doch sind diese Bestrebungen meist hoch individualisiert und biografisch begrenzt. Auch lassen sich hier geschlechtsdifferente Entwicklungen erkennen. Frauen sind von ihrer Reproduktionsorientierung her eher bestrebt, solche Grenzen zu setzen, während Männer sich oft noch stärker in ihre Verfügbarkeit ziehen lassen. Indizien dafür liefern Männerstudien, die zeigen, dass zwar der Wunsch vieler Männer, Familienarbeit kontinuierlich zu leisten und dafür von der Arbeit freigestellt zu sein, überproportional gestiegen ist, die Intensivierung der Arbeit bei hoher Gebundenheit der männlichen Identität an die Arbeitsrolle dies aber oft blockiert (vgl. Scholz 2010; Meuser 2009). Mit der Entgrenzung der Arbeit stellt sich die Frage nach den Möglichkeitsräumen im Alltag, die Grenzen zwischen Arbeit und Nichtarbeit zu definieren. In diesem Kontext wird davon ausgegangen, dass die traditionelle Erwerbsarbeit als solche zwar stetig abnehmen und technologisch substituiert werden wird, dass dieser Prozess aber nicht zwangsläufig zur entsprechend grassierenden Massenarbeitslosigkeit führen müsse. Vielmehr würden bisher übergangene oder neue Formen von Tätigkeit – Haus- und Eigenarbeit und Bürgerarbeit freigesetzt. Allerdings braucht es zur gesellschaftlichen Durchsetzung dieses Prozesses einer gesellschaftlichen Neubestimmung von Arbeit über die Erwerbsarbeit hinaus. Schon in den frühen 1980er Jahren favorisierte die alternativ-ökonomische Be-

wegung Lebenskonzepte, die auf eine selbstbestimmte Balance von Arbeit und Leben abhoben. Man suchte nach Möglichkeiten für Lebensarrangements, bei denen Arbeit einer anderen Rationalität als der industriekapitalistischen Verwertungslogik folgen sollte. Die in diesen Konzepten angestrebte Ermöglichung einer Lebensführung jenseits arbeitsgesellschaftlicher Normalitätsmuster erfordern jedoch gesellschaftliche Regulierungen im Sinne einer »Entkoppelung von Arbeiten und Essen« (Vobruba 1989) wie sie etwa in dem Konzept eines Grundeinkommens eingefordert wurden.

In der Welt der Betriebe kann die Subjektivierung der Arbeit zu Tendenzen sozialer Desintegration führen. Denn auch Anerkennungsverhältnisse werden subjektiviert und schaffen damit neue Konkurrenzkonstellationen vor allem zwischen jüngeren und älteren, zwischen belastbaren und weniger belastbaren Arbeitnehmern. Kollektive Arbeitsverhältnisse geraten aus dem Blick, das bekommen vor allem die Gewerkschaften durch Mitgliederschwund zu spüren. Man kommt nur noch über das Unternehmensprojekt sozial zusammen und nicht mehr über die geteilte Erfahrung der Arbeitsverhältnisse. Dieser organisatorische Prozess der Subjektivierung der Arbeit wird flankiert von der ideologischen Durchsetzung eines neoliberalen Vergesellschaftungsmodells von Arbeit, das die Bürger selbst nicht nur zu verantwortlichen Akteuren der Arbeitsprojekte erklärt, sondern vor allem auch zur Eigenverantwortung für die Chancen wie Risiken ihrer arbeitsgesellschaftlichen Integration verpflichtet. Er soll jenseits sozialstaatlicher Regulationspolitik in eigener Verantwortung agieren und wird so zum »Unternehmer seiner Arbeitskraft« erklärt:

»In der Humankapitaltheorie werden die Einzelnen als Teilnehmer des Arbeitsmarktes definiert. Sie spielen hier eine Doppelrolle. Sie sind zum einen Arbeitskraft und zum anderen Bürger, die die Arbeitskraft als Humankapital besitzen. Die Arbeitskraft gleicht dinglichem Kapital darin, dass über sie instrumentell verfügt werden kann. Der Humankapitaltheorie zufolge liegt die Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft bei den Bürgern selbst.« (Lehnhart 2001: 316)

Protagonisten des Humankapitalansatzes sehen darin eine Befreiung der Bürger aus der sozialstaatlichen Zuweisung ihrer Arbeitsmarktchancen. Sie wollen den Sozialstaat dagegen allein in die Pflicht nehmen, als Dienstleistungsstaat über das Bildungssystem den einzelnen Bürgern die Chance auf eine arbeitsgesellschaftliche Integration zu erhöhen. Kritiker sehen darin eher einen nationalgesellschaftlichen Niederschlag des global induzierten Wettbewerbs (vgl. Lauder et al. 2006). Die arbeitsgesellschaftlichen Erreichbarkeitsmodelle würden zu individuellen Akkumulationsentwürfen von Humankapital umdefiniert. In einer umfangreichen Fallstudie (Tiefeninterviews) mit Beschäftigten aus der IT-Industrie (Boes et al. 2012: 133) werden die psychosozialen

bis gesundheitlichen Belastungen sichtbar gemacht, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind. Die Subjektivierung der Arbeit beginnt hier vor allem damit,

»dass unter dem Druck des Wettbewerbs Unternehmensziele top-down auf die einzelnen Bereiche heruntergebrochen werden. Diese werden in einer Vielzahl zahlengestützter Informationssysteme dokumentiert, die schließlich im Sinne von Controlling zur anschließenden Prüfung der Zielerreichung dienen [...]. Zentraler Ausgangspunkt dieses Prozesses sind in der Regel die vermuteten Anforderungen und Benchmarks prinzipiell kontingenter Märkte.«

Die Kontingenz der Märkte vor dem Hintergrund verschärfter globaler Wettbewerbskonstellationen bringt immer wieder neue Unsicherheiten und Instabilitäten in die Arbeitsorganisation wie in die Beschäftigungsverhältnisse überhaupt und verstärken den Druck, sich ständig neu bewähren zu müssen. »Unter dem Eindruck des Systems permanenter Bewährung wird es für die Befragten immer schwieriger, eigenständig Grenzen zu ziehen.« (Ebd.: 137) Die Forschungsgruppe konstatiert in diesem Zusammenhang die Gefahr des »Verlust(s) des Kohärenzsinns«, das heißt des nach salutogenetischer Auffassung zentralen Gefühls des Vertrauens in die eigene Handlungsfähigkeit, das sonst gleichsam als »inneres Schutzschild« in kritischen Belastungssituationen fungiert (ebd.: 138f.). Betriebliche Anerkennung muss trotz längerer Betriebszugehörigkeit immer neu erworben werden, man muss sich jedes Mal wieder bewähren. Dadurch ausgelöste »Gratifkationskrisen« (vgl. Siegrist/Marmot 2008) schränken die Arbeits- und Lebenszufriedenheit ein.

Der Mensch als Träger von Humankapital

Vor dem Hintergrund der Subjektivierung der Arbeit hat die neokapitalistisch gepolte Gesellschaft nicht mehr die Bildbarkeit des Menschen, sondern seine Lernfähigkeit, Träger und Optimierer der Ressource Wissen zu sein, im Blickpunkt. Der »*abstract worker*«, der sich mit seinem Wissen sozial ungebunden anzubieten hat, schiebt sich als Leitbild in den Vordergrund: »Subjekttheoretisch wird hierbei der bildungstheoretische Topos der Selbstvervollkommnung des Subjekts als teleologischer Bezugspunkt des Bildungsbegriffs von der Figur des funktional unspezifischen, flexiblen Subjekts abgelöst, das auf Grund bestimmter Schlüsselkompetenzen in unterschiedlichen Kontexten agieren kann.« (Höhne 2003: 99)

In dieser Humankapital-Perspektive wird Sozialisation zum individuellen Akkumulationsentwurf von Humankapital definiert. Konfliktorientierte und lebensaltertypische Lern- und Bewältigungsmodelle haben hier keinen Platz mehr. Der britische Bildungswissenschaftler Brown sieht in dieser Program-

matik Bildung und Verwertung, Bildungswettbewerb und ökonomischen Wettbewerb zusammengeführt:

»Da die Qualität des Humankapitals einer Nation Gegenstand globaler Vergleiche ist, von denen Unternehmen wiederum ihre Investitionsentscheidungen abhängig machen, hat die Anhebung des Qualifikationsniveaus der gesamten Bevölkerung absolute Priorität gegenüber Debatten über Probleme der Angleichung von Lebenschancen.« (Brown 2004: 244)

Auf der anderen Seite verweisen die Protagonisten des Humankapitalansatzes darauf, dass die bloße Kritik der Verwertungsbezogenheit doch die darin auch gemeinte Perspektive der Kompetenzentwicklung übergehe, in der subjektive Bewältigungs- und berufliche und soziale Integrationsperspektive aufeinander bezogen werden können. Kompetenzen wie vernetztes Denken, Teamfähigkeit und Konfliktmanagement enthielten doch die Aufforderung, das individuelle Vermögen und die sozialen Kontexte der Erreichbarkeit immer wieder neu – über den gesamten Lebenslauf hinweg – aufeinander zu beziehen.

Dennoch bleibt es eine verwertungszentrierte Ausschöpfung des Humankapitals wie sie sich in jenem Bild der Verschmelzung von ökonomischer und pädagogischer Form darstellen lässt, wie es Thomas Höhne in seiner »Pädagogik der Wissensgesellschaft« (2003) gekennzeichnet hat:

»So scheint die neoliberale Formation sich durch eine Versöhnung von Markt und Individuum auszuzeichnen. Begriffe wie ›Kreativität, Verantwortungsbereitschaft, Loyalität, Kommunikativität, Begeisterungsfähigkeit, Leistungswille usw.‹ […] deuten auf eine neue Synthese bzw. ein Prinzip hin, das man als ›inneren Markt‹ beschreiben könnte. Nur auf dem Markt, so scheint es, kann das gesamte Spektrum an Möglichkeiten und Fähigkeiten der Individuen ausgeschöpft werden […]. Der Markt ist dabei nicht mehr länger das Außen der Gesellschaft, sondern wird zum zentralen Ort der Bildung sozialer Identitäten und Differenzen. […] Dabei geht es nicht nur um eine höhere Vernutzung von Arbeitskraft, sondern auch um ein neues Selbst-Ethos. Althergebrachte Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, Geldverdienen und Selbstverwirklichung, d.h. allgemein zwischen fremd- und selbstbestimmten Bereichen sollen aufgehoben werden.« (Ebd.: 236f.)

In dem Maße, in dem nun der technologisch vorangetriebene und globalisierte Kapitalismus nicht mehr auf massenhaftes wie nationalgesellschaftlich begrenztes Humankapital angewiesen ist, droht die bisher für den Bildungsprozess als konstitutiv betrachtete Spannung zwischen persönlichkeitsbezogener Bildung, verwertungsorientiertem Wissen und politisch-gesellschaftlicher Beteiligung sich aufzulösen. Es wird von einem »Bruch zwischen Bildung und Wissen« (Wimmer 2002) gesprochen.

Lernen wird damit stärker als Sozialisationskontext definiert, in dem sich die gesellschaftliche Entwicklung in die Person vermittelt, wobei die ökonomisch-technologische Aufforderung vor dem Selbstbezug des Subjekts steht. Dies kann an der Programmatik des »Lebenslangen Lernens« dargestellt werden, die seit einiger Zeit die bildungspolitische Szene beherrscht: »Konzepte Lebenslangen Lernens oder Vorstellungen von Kompetenz greifen auf die ›ganze Person‹ zu. Ein Effekt ist, dass sich die Grenzen von privat/öffentlich bzw. Lebenswelt/System verschieben, um nicht zu sagen: systematisch aufgelöst werden.« (Höhne 2003: 105) Sozialisations- und Produktionslogik gehen auch hier ineinander über. Der biografische Bewältigungsdruck, der diesen Prozessen innewohnt, bleibt dabei verdeckt (vgl. auch Hof 2013). Denn jedes Umlernen ist mehr oder weniger – je nachdem, ob ein Arbeitsplatz gehalten oder gewechselt werden muss – mit biografischen Integritätsproblemen verbunden: Kann ich auf dem aufbauen, was ich bisher gewusst und getan habe, oder ist dies – bin ich – nichts mehr wert? Entsprechende Erfahrungen aus der betrieblichen Sozialarbeit zeigen, dass der Bewältigungsdruck nicht erst mit dem kritischen Ereignis der Umsetzung oder Konfrontation mit neuen Arbeitsanforderungen beginnt, sondern schon lange vorher betriebs- und sozialklimatisch von den Menschen gespürt wird. Dies wirkt nicht nur als Stress, weil die verselbstständigte Logik von Rationalisierung und Digitalisierung, die hinter Personalabbau und Umsetzung steht, für die Einzelnen nicht mehr durchschaubar ist, sondern vor allem auch, weil es der Logik der sozial eingebetteten Arbeits- und Lebenserfahrung zuwiderläuft. Ein pädagogischer Diskurs zum lebenslangen Lernen, der diesen Bruch nicht kritisch thematisiert, sondern nur anpassungsorientiert geführt wird, wird sich deshalb genauso vom Menschen entfernen wie der ökonomisch-technologische Prozess selbst.

Der Mensch in der konfliktlosen Welt der Bilder

Im Technikdiskurs der Soziologie wird die Entgrenzung der Technik als Transformationsprozess und darin als qualitativer Sprung von Technik I zu Technik II beschrieben: In der

»Welt der Technik I, das ist die Welt der Maschinen, [geht] die Anwendung mit systematischen Regeln einher […]. Wir haben es also mit einer Welt zu tun, in der es um berechenbare Verhältnisse geht. Wenn wir heute von Fordismus und Taylorismus sprechen, so sind es gerade diese regelhaften Verhältnisse, die ins Auge springen. Absetzend dazu fällt für die von uns unterschiedene Technik II auf, die wir als ergebnisoffene Technik betrachten, dass es an klaren, eindeutigen Regeln der Benutzung fehlt. Sie wären auch gänzlich unangebracht, denn ergebnisoffene Technik agiert mit offenen Grenzen, ist nach vielen Seiten anschlussfähig, bietet ihre Dienste einem erweiterten Kreis poten-

zieller Benutzer an. Von daher versteht sich auch, dass klassische Grenzziehungen, wie die zwischen Arbeit und Nichtarbeit ebenso überholt sind, wie die zwischen den Konsumenten und den Produzenten einer Dienstleistung.« (Tully 2003: 97)

Zwar bestehen die herkömmlichen technologischen Strukturen weiter. Sie werden aber nicht nur durch die Möglichkeiten von Technik II erweitert. Vielmehr hat sich aus dieser heraus eine neue technologische Sphäre entwickelt, die nicht nur das Verhältnis der Menschen zur Ökonomie, sondern auch die Alltagswelt in ihren sozialen Beziehungen tangiert.

Technik II arbeitet nicht mehr mit der Sprache, sondern nur noch mit Bildern.

»Die Kraft der Bilder beruht darauf, dass sie wie Wirklichkeit und nicht wie verschlüsselte Zeichensysteme wahrgenommen werden. […] Eindeutige Zwecksetzungen geraten bei der Verwendung von Technik II aus dem Blick. An deren Stelle tritt erlebte Vielfältigkeit. Zu den Konsequenzen dieser Entwicklung zählt der Verlust von Bestimmtheit. Es wächst der Orientierungsbedarf. Das Leben in der Moderne ist eine Aufforderung zur fortlaufenden Selbstkontextualisierung. Technik wird ambivalent, sie ist innen und außen, Fakt und Ästhetik, Symbol und Zweck, Emotion und Kalkül. […] Statt Differenzen, die beständig erzeugt werden, gilt das Interesse […], Identitäten und Übereinstimmungen. Die nicht mehr wahrgenommene Akzentverschiebung vom Zweck hin zum Effekt lebt davon, dass scheinbar alle dasselbe wollen. Es gibt keine konkurrierenden Zwecke mehr, sondern Offerten, die interessant sind, und solche, die nicht von Interesse sind.« (Ebd.: 211)

Dabei darf man sich das nicht mehr wie im herkömmlichen kulturkritischen Verständnis von Technik vorstellen, dass die technologischen Effekte auf den Menschen einseitig »einwirken«; vielmehr baut sich in Technik II eine gleichsam parasoziale Form der Interaktion auf, die das Subjekt von vornherein einbindet. Die Emotionalität der Bilder, ihre Offenheit und funktionale Unbestimmtheit bilden ein Anziehungsfeld, in dem vor allem Jugendliche in ihrer Identitätssuche experimentieren können. Die neuen elektronischen Medien bieten Module an, die die Lücken und Brüche, die in den konkreten sozialen Beziehungen entstehen, parasozial füllen können und somit sozialen Anschluss und Anerkennung verheißen. Die Bilder werden affektiv zur Wirklichkeit in Bezug gesetzt und beeinflussen entsprechend die soziale Wahrnehmung und die Wahrnehmung von sich selbst. Durch die parasoziale Dynamik der Abstraktion, die vom digitalen Medium ausgeht, werden die Menschen in einen anderen Bezug zur Welt gebracht. Indem die Möglichkeiten der neuen Technologien heute »verwendungs- und ergebnisoffen« (Tully) sind, können sie sich mit den Menschen verbinden, in menschliches Handeln so eingehen, dass sie dieses in einer Weise formen, dass die Menschen glauben können,

dass sie selbst diese Formung in der Hand haben. Die traditionelle technische Orientierung war und ist funktionsorientiert, sie richtet sich an entsprechenden Bezügen aus. Die im Banne der neuen Technologien stehenden sozialen Orientierungen sind nicht mehr an vorgegebene Konzepte und Verhältnismäßigkeiten gebunden. Wechselnde Bilder setzen Emotionen frei. Es zählt, was dem Individuum situative oder biografische Erfüllung verspricht. So können sich Wahrnehmungsmuster entwickeln, die nicht mehr sozial distinktiv sind, sondern sich eben an dem orientieren, was gefällt und was nicht gefällt.

Damit eröffnet sich gerade für Jugendliche ein Bewältigungskosmos, der ihnen besonders zugänglich ist. Selbstwirksamkeit und Anerkennung scheinen sich zunehmend in dieser technisch-konsumtiven Offenheit und Erreichbarkeit zu erfüllen und orientieren sich weniger am Sozialen.

»Je mehr die Gesellschaft auf technische Innovationen setzt, desto weniger erscheint sie sozial formbar. Berufliche Sicherheit ist nur bedingt erreichbar; sich in technische Netze einzuklicken und technische Innovationen ins Haus zu holen, auf der Welle des Virtuellen im kommunikativen ›Chat‹ durch die immer globaleren Welten zu surfen hingegen ist einfach. Absehbar verschwimmt so ganz unbemerkt die Unterscheidung zwischen Sozialem und Kommunikationstechnologie. Die technische Welt bietet Optionen an und macht die Teilhabe wiederum von der Verfügbarkeit der Technik abhängig.« (Tully 2003: 112)

Die Ökonomie hat diesen Zusammenhang längst vermarktet. Produkte und Dienstleistungen werden offensichtlich weniger über ihre Funktionen, als vielmehr über ihre »Erlebnisfolgen« angeboten. Das Produkt wird zum Event, das von den Kommunikationsmedien – und eigentlich nicht in der Fabrik – erst endgültig »produziert« wird. Der »physische Marktplatz« verschwindet zugunsten des virtuellen, in dem die Ware mit ihrem Bild verschmilzt (vgl. Haug 2001: 183f.).

»Wenn Texte von Bildern verdrängt werden, dann erleben, erkennen und werten wir die Welt anders als vorher: nicht mehr eindimensional, linear, prozessual, historisch, sondern zweidimensional, als Fläche, als Kontext, als Szene. Und wir handeln auch anders als vorher: nicht mehr dramatisch, sondern in Beziehungsfelder eingebettet.« (Flusser 1992: 9)

Strukturelle Konflikte werden aufgelöst, in Beziehungskonflikte umgewandelt. Nicht von ungefähr hat sich die mediale Szene zu einer emotional gefühlten Welt der persönlichen Beziehungen entwickelt, die in interaktiv inszenierten Shows und Soaps in Bewegung gehalten werden kann.

Die Sozialform des flexiblen Menschen, des »*abstract worker*« und des »*abstract consumer*«, der der digitale Kapitalismus bedarf, kann nun in Modulen pa-

rasozialer Interaktion so angeboten werden, dass sie als Subjektform gestaltbar und lebbar erscheint. Dass die Interaktionen nicht in einem körperlich-sozial geteilten Raum stattfinden, sondern in digitalisierten Settings, erscheint als Bewältigungsvorteil: Ich muss mich nicht im Sinne einer konflikthaften Aneignung »auseinandersetzen«, sondern kann identitätshaltige Module »nach Belieben« konsumieren. Damit kann sich eine parasozial vermittelte biografische Gegenwelt zum sozialen Konflikt auftun, aus der heraus dieser nicht mehr als Medium der Entwicklung und Gestaltung der sozialen Welt erkannt werden kann. »Das Internet ermöglicht, soziale Ängste und ganze Konfliktgeschehen auf lange Zeit affektiv abzuspalten.« (Wenzel 2013: 86)

Jugend – Politische Generation und soziale Idee

Jugendliche und junge Erwachsene haben in den modernen industriellen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts bis heute immer wieder eine besondere Rolle gespielt, wenn es um die Belebung der sozialen Idee in ihrem antikapitalistischen Gehalt ging. Der soziale Aufstieg der Jugend begann in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Die kulturelle und soziale Modernisierung wurde in der Weimarer Gesellschaft vor allem von der Jugend getragen: Die Jugend lernte die neuen Berufe, sie strömte in das nach der Weimarer Verfassung offene Bildungs- und Ausbildungssystem und wuchs in einen modernen Rhythmus von Ausbildung, Arbeit und Freizeit hinein. Das äußerte sich unübersehbar und massenhaft in bislang nicht gekannten öffentlichen Verhaltens- und Konsumstilen. Es fiel damals schon der Begriff der »individualisierten« Jugend, einer Jugend, die aus ihrem traditionellen sozialen Herkunftsmilieu herausstrebt, gleichsam »freigesetzt« wurde. Die allgemeine Bildungs- und Berufsorientierung löste die Jugend aus ihren mittelschichtigen und proletarischen Herkunftsmilieus. Der Berufsstolz rangierte nun vor dem proletarischen Klassenstolz (vgl. Lazarsfeld 1931), Freizeit und Konsumorientierung vor der patriarchalischen Sittenautorität der bürgerlichen Mittelschichtfamilie. Diese Jugend fühlte sich nicht über jugendgemäße Ideale – so wie zu Zeiten der Jugendbewegung – selbstständig, sondern über eigenes Einkommen und eigene Verhaltens- und Gesellungsräume. Sie wandte sich nicht innerlich ab von der Moderne; im Gegenteil: Sie ging in ihr auf, nutzte sie, verstand sich über sie. Dies hat damals vor allem den Soziologen Karl Mannheim (1928) inspiriert, die »junge Generation« als eigenständige soziologische Kategorie zu fassen. Er sprach von der »spezifischen Vitalität« der Jugend: »Die Jugend ist ihrer Natur nach weder fortschrittlich noch konservativ, doch zufolge der in ihr schlummernden Kräfte zu allem Neuen bereit.« (Mannheim 1965: 62) Jugendliche sind nach diesem Bild noch nicht in den Status quo der herrschenden Ordnung verstrickt, sie treten gleichsam neu aus der Familie heraus in

die Kultur der Gesellschaft ein, sie haben noch keine festen gesellschaftlichen Interessenbindungen. In dieser Möglichkeit des jungen Menschen, in die Gesellschaft der festen Institutionen und Rollen einzutreten, ohne auf deren Geschichte Rücksicht nehmen zu müssen, in ihrem Noch-Nicht-Gewöhnt-Sein an den gesellschaftlichen Status quo ist die lebensaltertypische Bereitschaft Jugendlicher angelegt, mit allem zu sympathisieren, was im sozialen Sinne dynamisch und/oder unetabliert erscheint. Diese Sympathie überträgt sich dann oft auch auf Gruppen, die von ihren Lebensformen her eine wie auch immer gerichtete soziale Gegenordnung symbolisieren. Dieses optimistische Bild von der politisch sensiblen jungen Generation ist seit den 1990er Jahren verblasst. Nur: Im Gegensatz zur jungen Generation der 1968er und 1970er Jahre, die noch in die gesellschaftliche Absicherung und biografische Verlässlichkeit einer bildungsoptimistischen Jugendphase eingebettet war und aus dieser Hintergrundsicherheit heraus politisch werden konnte, haben die neueren Jugendgenerationen diese Hintergrundsicherheit nicht mehr. Eher spüren viele ein biografisches Ausgesetztsein angesichts einer Jugendzeit, in die immer wieder alltägliche Bedrohungen durch Bildungskonkurrenz und Statusangst latent hineinspielen.

Adoleszenzkrisen werden aber weiterhin Antriebe für kritisches Jugendverhalten sein. In welche Richtung sich nun aber dieses Verhalten bewegt, hängt von den jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Konstellationen ab, in denen sich Jugendliche und ihre soziale Umwelt entwickeln. Deshalb darf die Mystifizierung der »politischen Jugend« der 1968er nicht verdecken, dass auch in der »pragmatischen« Jugend der Jugendstudien der 1980er, 1990er und der 2000er Jahre immer wieder neue lebensaltertypische kritische Antriebe hervortreten. Die Chance der Vitalität der Jugend besteht eben darin, dass Jugendliche vom gesellschaftlichen Status quo noch unbefangen, aber auch von ihren physisch-psychischen Antrieben her noch unverbraucht gesellschaftlich Neues oder Abweichendes ohne Rücksicht auf das Althergebrachte risikoreich und experimentell ausleben können. Allerdings wird in der Jugendforschung seit einigen Jahren davon ausgegangen, dass der Jugend heute aufgrund ihrer hohen Individualisierung die gemeinsame identitätsstiftende Generationsorientierung abgeht, aus der frühere Jugendgenerationen ihre politische Antriebskraft geschöpft hätten (vgl. Kohli 2007). In den periodischen Jugendstudien gelänge es immer weniger, eine eigene gesellschaftliche Generationseinheit Jugend zu präsentieren. Die in der Individualisierungsdynamik auf sich gestellten Jugendlichen gerieten leicht in eine Selbstständigkeitsfalle: Einerseits sind sie im postmodernen Vergesellschaftungsprozess auf eine Art und Weise freigesetzt, in der sie früh soziokulturell selbstständig werden; andererseits spüren sie den gesellschaftlichen Druck, sich zurückzunehmen, die Dynamik der Adoleszenz zu unterdrücken. Die Jugend scheint nicht mehr neu in die Kultur einzutreten, sie reibt sich immer weniger an der Erwachsenengesell-

schaft, sondern sucht früh, sich in ihr zu verbergen, in ihr unterzukommen. Dies aber bringt sie unter Druck. Die Jugendlichen müssen einen eigenartigen Spagat versuchen: So lange wie möglich in der Familie bleiben, aus der man sich eigentlich ablösen soll, gleichzeitig jugendkulturell experimentieren können und sich dennoch so elastisch wie möglich in die Gesellschaft einfädeln, an der man sich nicht mehr richtig reiben kann. Viele übernehmen früh das Mithalte- und Flexibilisierungsmodell, das die Ökonomie der wachsenden Gesellschaft vorgibt. Die Bereitschaft zum Neuen und die jugendkulturelle Unbefangenheit spielen sie dann nicht mehr im Bereich des Politischen ab sondern in der Anwendung neuer Technologien, mit denen sie unbefangener und spektakulärer umgehen können als die Erwachsenen.

Die Mehrheit der Jugendlichen in der deutschen Gesellschaft der 2010er Jahre möchte einen guten, sinnvollen Beruf ausüben, aber nicht in einen Karrierestress geraten, sondern genug Zeit und Energie für Freizeit und Familie haben. Eigenes Wohlbefinden, der Wunsch nach einem guten Leben, steht an erster Stelle. Da sie Orientierung in einer konfliktreichen Welt suchen, ziehen sie in der Mehrheit für sich selbst ein angepasstes Leben ohne stressigen Generationenkonflikt vor (vgl. jugend 2015; sinus 2016). Die älteren haben sich an die neuen Formen der Arbeitsorganisation gewöhnt, an die befristeten Projektverträge und Zeiten prekärer Beschäftigung, und warten geduldig, aber durchsetzungsorientiert auf ihre Chance, sich in der Berufswelt einen Platz zu erobern. Eine pragmatische Generation, die »egotaktisch« denkt. Diese Einstellung bekommen schon die Schulen zu spüren. Schüler dieses neuen Sozialisationstyps der Generation Y (why?) hinterfragen den gesetzten Bildungsanspruch der Schule, sehen sie eher als pädagogische Dienstleistungsanstalt und huldigen einem Kosten-Nutzen-Denken. Im Vordergrund steht ein Bewältigungsmuster, in das junge Männer wie junge Frauen hineinwachsen: Ein verhohlener Typ des flexiblen »Sich-Durchsetzens«, auf den hin sich vor allem Teile der Gymnasialjugend bewegen. Es geht nicht mehr um Bildung, sondern um Strategie (vgl. Hurrelmann/Albrecht 2014).

Unternehmen und Verwaltungen wollen diesem Generationstyp entgegenkommen und ihm die Work-Life-Balance erleichtern. Die digitalen Techniken ermöglichen das teilweise Arbeiten zu Hause, Unternehmen versuchen, eine familiäre Atmosphäre in den Betrieb zu bringen, Arbeitszeiten zu flexibilisieren. Inwieweit sich die jungen Leute in dieser Haltung gegen den Externalisierungs- und Beschleunigungsdruck der Ökonomie ›auflehnen‹ und ob man deshalb diese Einstellung als ›politisch‹ bezeichnen kann, wird eher kontrovers bewertet. Wenn wir allerdings den Maßstab des Heimannschen Modells anlegen, dann finden wir die entsprechende Grundstruktur – wenn auch nur ansatzweise – wieder. Die nun wissensbasierte industriekapitalistische Gesellschaft ist auf wissensbasierte intelligente Arbeitskraft angewiesen und muss

sich deshalb gegenüber den Arbeitenden und ihren weitergehenden Interessen öffnen.

Dennoch bleibt die politische Potenzialität einer Jugend, die immer wieder aufbrechen kann und die aus einer Entwicklungsphase schöpft, die unter dem Zeichen der Ablösung steht und vom Neuen angezogen ist. Man braucht hier nur in andere europäische Länder zu schauen. Die Jugendforschung ist hier zwar geteilter Meinung und erinnert an Karl Mannheim, der ja davon gesprochen hat, dass die Jugend allem »Neuen« gegenüber aufgeschlossen ist und dass dies nicht unbedingt das Politische sein muss. Vielmehr sei doch bei vielen Jugendlichen die Technik an die Stelle der Politik getreten, verbinde sich für sie die Vorstellung von revolutionären Inhalten eher mit technischen Innovationen. Damit bewegten sie sich in einer konfliktlosen Welt. Gleichzeitig gibt es aber immer noch und immer wieder genügend Jugendliche und junge Erwachsene, die den aktiven Kern von sozialen Initiativen und Bewegungen bilden.

Die Biografisierung des Fortschritts

In Heimanns Konzept des Sozialpolitischen Prinzips steckt ein gesellschaftliches Fortschrittsmodell, das seine Antriebskraft aus der Spannung zwischen ökonomisch-technolgischer Innovation und sozialer Emanzipation des Menschen bezieht. Diese Spannung scheint der digitale Kapitalismus tendenziell außer Kraft zu setzen. Das soziale Fortschrittsdenken scheint sich inzwischen vom Gesellschaftlichen abgewandt und biografisiert zu haben. Die Ressourcen, die im Einzelnen stecken und die man selbst zur Entfaltung bringen muss, sind in den Vordergrund getreten. Gleichzeitig scheint die Perspektive des ökonomisch-technologischen Fortschritts vom Sozialen nicht nur abgetrennt, sondern diesem gegenüber geradezu konträr. Ökonomische Innovationen gelten als fortschrittlich, auch wenn sie sozial destruktiv sind und Arbeitslosigkeit und Überflüssigkeit von Menschen erzeugen. Dies verstärkt den Druck zur Biografisierung des Fortschritts: Am Fortschritt teilhaben heißt Mithalten um jeden Preis, da es keine selbstverständliche sozialintegrative Perspektive gibt. Bildung in der digitalisierten Industriegesellschaft wird so vom Gemeinschaftsgut zur Produktivkraft oder Industrieressource, die jederzeit aktivierbar und konkurrenzfähig gehalten werden muss. Die Ökonomie fragt Bildung nicht mehr gesellschaftlich, sondern individuell und selektiv nach.

Bürgerprojekte versuchen nun, den Einzelnen wieder in eine Ideologie des Gemeinsinns mit der These einzubinden, dass die Emanzipation des Menschen über die überkommene Arbeitsgesellschaft ob deren sozialen Ausgrenzungsdrucks nicht mehr möglich sei. Aus dieser kurzschlüssigen Plausibilität leitet sich die Faszination der zivilgesellschaftlichen Perspektive ab. Auch

in einigen Ländern, wo die Fortschrittsdialektik der industriellen Arbeitsgesellschaft nie greifen konnte, plädieren die Intellektuellen für das zivilgesellschaftliche Modell, weil sie sich darin einen geistig-politischen Ausweg aus der Stagnation der bisherigen industriegesellschaftlichen Entwicklungsmodelle und ihrer politischen Logik der Verschränkung von Partizipation und Arbeit versprechen. Dabei werden aber zwei Grundprobleme übersehen: Zum einen haben die bürgergesellschaftlichen Perspektiven keinen über das Lokale und Kommunitäre hinausreichenden Entwurf davon, wie sie gesellschaftliche Hintergrundsicherheit angesichts eines überregionalen Globalisierungssogs der Kapitalien schaffen wollen. Zum anderen nehmen sie nicht wahr, dass das Kapital zunehmend einem selbst nicht mehr steuerbaren Fortschrittszwang unterliegt, ja geradezu zur Prosperität »verdammt« ist, wenn es keiner sozialpolitischen Bindung unterliegt und – wie in den USA – soziale Integration und Problembefriedung durch ökonomische Überschüsse und nicht durch Umverteilung erreicht werden sollen. Dies können aber nur große Wirtschaftsgesellschaften, die – zu Lasten anderer – wirtschaftsimperialistisch auf den Weltmärkten auftreten und im eigenen Land die Armut im Bild der »relativen Armut« verstecken können.

Dieser Zwang zur Prosperität wird dem Einzelnen als Zwang zum unbedingten individuellen Erfolg – auch ohne sozialstaatliche Hintergrundsicherheit – angedient. Der Einzelne als ›Unternehmer seiner Arbeitskraft‹ ist aus dem Integrationsgebot und der sozialen Fortschrittsperspektive der traditionellen Sozialpolitik herausgenommen und muss nun selbst für sich den Fortschritt jeweils bearbeiten. Inwieweit er dazu in der Lage ist, entscheidet der Markt, der zur unsichtbaren, aber spürbaren Definitions- und Steuerungsgröße des Fortschritts geworden ist. Marktindividualismus und Entgrenzung und Modularisierung des Sozialen spielen zusammen. Mit der marktgängigen Biografisierung der Fortschrittsperspektive ist auch ihre zeitliche Einbettung aufgehoben. Der Markt kennt keine Vergangenheit und Zukunft, das je gegenwärtige Produkt ist das neueste, das vergangene ist entwertet, interessiert nicht mehr. Der Produktblick auf die Zukunft wiederum würde das jetzige Produkt, das verkauft werden muss, entwerten. Auch die Biografisierung der Lebenszusammenhänge – die Fixierung auf das ›eigene Leben‹ – zielt auf Gegenwart. Zukunft und Vergangenheit sind heute eher familiengebunden. Der Fortschritt ist immer dort, wo es einem am besten geht, wo man mit sich – und damit mit seiner Welt – zufrieden ist. Auf die Frage, was sie sich denn für die Zukunft wünsche, hätte sie denn einen solchen (Märchen-)Wunsch frei, sagt eine junge Frau in einem TV-Werbespot: »Ich wünsche mir, dass alles so bleibt, wie es jetzt ist.« Damit hat sie sich aus Raum und Zeit genommen, als der abstrakte Mensch, der seine Biografie heraushebt, dem Zeitschicksal entkommen will.

Markt und Biografie kommen heute in der Abstrahierung vom Sozialen zusammen. In dieser Szenerie interessieren die marktfähigen Einzelnen, die sich über ihre Marktindividualität und nicht mehr über soziales Aufeinander-Angewiesensein verständigen. Im »Entwurf des unternehmerischen Einzelnen« steht das Gelingen seines eigenen Projekts im Mittelpunkt, mit dessen Chancen und Risiken er experimentieren muss (vgl. Bude 2000: 133f.). Hat er Erfolg, kann er davon auch etwas an andere, an die Gemeinschaft, abgeben. Die medialen Wohltätigkeitsshows präsentieren täglich die prominenten Erfolgs- und Surplus-Protagonisten. Diese Amerikanisierung der öffentlichen Wohlfahrt – erst individueller Erfolg, egal ob mit sozial verträglichen oder sozial destruktiven Mitteln, und dann etwas vom Überschuss abgeben, aber dabei sich in Szene setzen können – bildet den wirklichen Humus dieser gemeinwohlideologischen Variante. Die Wohltätigkeitsstars aus Film, Sport und Business sind an Treuherzigkeit nicht zu überbieten, wenn sie sich stereotyp verweigern, über ihre Gagen, Einkommen oder Vermögen zu reden, sondern nur über das, was aus dem Surplus weitergeben wird.

Die Extensivierung der Konsumgesellschaft hat nachhaltig zur Privatisierung und Biografisierung des Fortschritts beigetragen. Dem Konsum wohnt eine eigene ›Fortschrittsdynamik‹ inne – er ist grenzenlos, das Neue ist das jeweils Beste. Das führt zur Tendenz der Abstraktion. Da damit aber auch die sozialen Entbettungs- und Abstrahierungstendenzen der Ökonomie befördert werden, wird der Konsum im Zeitalter des digitalen Kapitalismus direkt zum Motor sozialer Entbettung: Je mehr die Konsumangebote neben ihrer materiellen Warenqualität auch mit sozialen Qualitäten besetzt sind, desto stärker versuchen die Menschen, Lebensqualität und Lebenssinn im für alle erreichbaren, weil – im Gegensatz zur Arbeit – sozial nicht ausgrenzenden Konsum zu finden. In den heutigen Konsumgesellschaften hat man also teil am Fortschritt, indem man das immer wieder Neue immer wieder neu konsumiert. Der gängige Begriff ›neue Produktgenerationen‹ symbolisiert dabei die Art und Weise, wie der genealogisch gebundene Zukunftssinn des Menschen in der Ökonomie aufgehen kann. Der Konsum ist damit zum Bindeglied zwischen externalisierter Ökonomie und biografischer Erfüllungshoffnung des Menschen geworden. Damit ist aber das Frage der Sinnhaftigkeit verschwunden: Wichtig ist nicht mehr, welchen Sinn der ›Fortschritt‹ hat, sondern dass man *teilhat*, wenn es immer weitergeht und Altes durch Neues ersetzt wird, das seinen Wert dadurch erhält, dass es noch nicht verbraucht bzw. noch verbrauchbar ist.

Teil V: Transnationale Sozialdiskurse ohne sozialpolitischen Bezug?

Transnational haben wir es »mit einer neuen Form der Verletzlichkeit zu tun, die die tradierten Konzepte von Sozialpolitik hinter sich lässt. [...] Während soziale, ökonomische und politische Faktoren für den Grad der Verletzlichkeit nach wie vor eine zentrale Rolle spielen, treten nun klimatische oder ökologische hinzu, die bisher als sozialpolitisch irrelevant betrachtet wurden. (Rüb 2001: 39f.) Dennoch sind auch hier die Armen wieder viel stärker betroffen als die Reichen. Die gravierendsten sozialen Folgen sind Armut und erzwungene Migration. Diese wollen wir auch in den Mittelpunkt unserer transnationalen Analyse stellen. So geht der Transmigrations-Ansatz

»von neuen Formen der Grenzziehung aus, die quer zur Herkunfts- und Ankunftsregion liegen. Demzufolge entstehen durch transnationale Migration neue, dauerhafte Formen und Inhalte [...] von sozialen Positionierungen der Menschen. [...] Wesentlich für die hier behaupteten transnationalen Sozialräume ist, dass es sich keineswegs nur um vorübergehende Erscheinungen auf dem Weg zu vollständiger Integration/Assimilation oder Rückkehr handelt. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass Transmigration ein dauerhaftes, in der Vergangenheit wahrscheinlich marginales, in der Gegenwart aber immer bedeutsameres Phänomen ist. Ihm liegen spezifische historische, wirtschaftliche, technische und soziale Voraussetzungen zugrunde.« (Pries 2001: 17f.)

Die Globalisierung hat zwar einen transnationalen Ökonomie-Diskurs forciert, ein entsprechender transnationaler Sozialpolitik-Diskurs hat aber wenig politische Durchsetzungskraft. Gemäß der Logik des Sozialpolitischen Prinzips müsste sich die soziale Idee transnational neu formieren, denn das soziale Denken der westlichen Industriegesellschaften kann den marginalisierten Ländern nicht einfach übergestülpt werden. Diese postkoloniale Einstellung wird vor allem von dem Weltsozialforum vertreten, das die sozialen Erzählungen und das tradierte Wissen marginalisierter Gesellschaften aktiv einbeziehen will (vgl. Dübgen 2914: 279ff.). Das bedeutet, dass westeuropäische sozialstaatliche oder zivilgesellschaftliche Modelle

nicht hegemonial in ›Entwicklungs- und Schwellenländer‹ transferiert bzw. dort angemahnt werden können. Wir können aber das Wirken des Sozialpolitischen Prinzips auch in diesen Ländern thematisieren, die dortigen sozialen Konflikte ohne institutionelle und politische Vorgaben aufzeigen. Das Sozialpolitische Prinzip bietet in diesem Sinnen einen offenen Rahmen, in den die regionalen sozialen Ideen eingehen können.

Wir wollen uns im Folgenden darauf beschränken, dass wir Transnationalität dort thematisieren, wo sie den deutschen Sozialdiskurs tangiert. Zum einen natürlich im Migrationsdiskurs. Zum anderen im sozialwissenschaftlichen Diskurs zum Capability-Approach, der als vormals entwicklungspolitisches Konzept auch in Europa und eben bei uns eine sozialpolitische Rezeption erfahren hat. In beiden Diskursen wollen wir das Sozialpolitische Prinzip ins Spiel bringen. Schließlich wollen wir am Beispiel transnationaler Interventionspolitik und ihrer zivilgesellschaftlichen Legitimation zeigen, welche nachteiligen Folgen die Abwesenheit einer transnationalen Sozialpolitik für die von den Interventionen betroffenen Länder haben kann.

Der Migrationsdiskurs

In dem inzwischen klassischen Satz zur Arbeitsmigration der 1960er Jahre – »Wir haben Arbeitskräfte geholt und Menschen sind gekommen« – spiegelt sich die Grundspannung des Sozialpolitischen Prinzips bis heute wider: die Verwertungsinteressen das Kapitals auf der einen und die Würde und die sozialen Rechte des Menschen auf der anderen Seite. Zwar gibt es in der Einwanderungsdiskussion die Scheidung zwischen Nützlichkeit und Sorge. Diese Sorge bezieht sich aber auf die Einheimischen, nicht auf die Migranten und Migrantinnen. Zum einen muss – bei Zuspitzung der demografischen Situation im Altersaufbau der hiesigen Gesellschaft – die Sorge für die Zukunft der Einheimischen verstärkt und die Gesellschaft für die Zuwanderer geöffnet werden, zum anderen aber werden Migrantinnen und Migranten in Abspaltung des Sorgedrucks – nicht nur von der Ökonomie – nach ihrer Nützlichkeit befragt. Dem kann bildungs- und sozialpolitisch nur durch eine kulturelle Öffnung und ein diskursives Aufbrechen des Konstrukts des Einheimischen sowie durch die Entwicklung von entsprechenden sozialen Infrastrukturen entgegengearbeitet werden. Dazu bedarf es aber einer Bestimmung dessen, was transnationale Mobilität sozialpolitisch bedeutet. Also weg vom Einzelfall des Migranten hin zu einer sozialpolitisch fassbaren transnationalen Struktur der gegenseitigen Angewiesenheit, auf die sich alle Migranten und Migrantinnen in ihren Rechten und sozialen Chancen jenseits ihrer ökonomischen Nützlichkeit beziehen können. Man muss also vom Begriff der Ressource zu dem der gegenseitigen Angewiesenheit kommen. Nicht nur das Kapital ist mobil geworden, sondern auch die Arbeit. Wie sich darauf soziale

Rechte beziehen, ist bisher kaum diskutiert. Der Sozialstaat puffert zwar die sozialen Folgewirkungen der Migration ab, erkennt aber nicht eine der einheimischen Sozialpolitik vergleichbare sozialpolitische Relevanz an. Der soziale Schutz wird vielmehr auf einen individuellen Bürgerstatus der Migrantinnen und Migranten bezogen. Transnationale Mobilität bedeutet aber heute nicht mehr, dass man in ein sozialstaatliches System einwandert, sondern dass man sich in transnationalen Verflechtungen der Mobilität bewegt, die meist quer zu den sozialstaatlichen Regulationen liegen.

An den Migrationsbewegungen, die seit den 2000er Jahren weltweit angewachsen sind, wird deutlich, dass in den bisherigen sozialstaatlichen wie bürgergesellschaftlichen Diskursen nur das Modell von der »Bürgergesellschaft der Einheimischen« enthalten ist. Die Spaltungsprozesse, die jetzt drohen, hat T. C. Boyle (1995) in seinem Roman »Americá« gnadenlos satirisch für die US-amerikanische Gesellschaft beschrieben. Immer wieder begegnen sich in dem Roman der mexikanische Einwanderer, der um seine Existenz und um Zugehörigkeit kämpft, und der aufgeklärte amerikanische Mittelschichtbürger, der sich intellektuell dagegen sträubt, ein Rassist zu sein, sich aber mit jeder Begegnung mehr in seinem privaten Rückzugsraum, seiner privaten Sicherheit und Harmonie bedroht sieht, die er als Kraftquelle seiner vielfach gelobten kulturellen Aktivitäten braucht. Die Grenze der Abschottung wird so in die privaten Lebensverhältnisse verschoben. Die interkulturelle Realität wird als Bedrohung der einheimischen privaten Harmonie und Sicherheit wahrgenommen.

Nimmt man jedoch die bürgerschaftliche Idee von ihrem Anspruch und ihren Prinzipien her ernst, so bewegt sie sich jenseits von einheimisch und nicht einheimisch und zielt auf das Recht »der hier Lebenden«. Dieses Recht der hier Lebenden muss aber sozialpolitisch und infrastrukturell abgestützt sein, sollte sich sozial verträglich und sozial produktiv entfalten können. Auch hier wieder zeigt sich, dass das Bürgerschaftsmodell in ein Spannungsverhältnis zur Sozialpolitik gebracht werden muss. Erst in dieser sozialpolitischen Reflexivität erkennen wir, wie schwierig die soziale Absicherung und Aktivierung von Rechten gerade im Falle von Migrantinnen und Migranten ist. Denn die Entwicklung zur segmentierten Arbeitsgesellschaft hat auch zu einer Herausbildung einer segmentierten Aufnahmegesellschaft geführt. Migrantinnen und Migranten spüren am eigenen Leibe, dass die Arbeitsgesellschaft eine Kapitalgesellschaft des inneren Segments geworden ist, von dem aus auch die Entscheidung über die Aufnahme »nützlicher« und die Ablehnung »nutzloser« Migrantinnen und Migranten getroffen wird.

Es wächst die Tendenz, dass sich die Bürger des inneren, reichen Segments abschotten, während sich in den anderen Segmenten die familialen Sorgezusammenhänge verstärken, in denen männliche und weibliche Ausländerangst

und -feindlichkeit miteinander verschmelzen. Männlicher Rassismus erwächst dann aus der Angst, die die Bilder von der überlegenen Maskulinität ausländischer Männer erzeugen, sowie aus der Konkurrenzangst auf dem Arbeitsmarkt und aktiviert die nationalistische männliche Dividende »deutscher Mann«. Weibliche Ausländerangst entwickelt sich wiederum aus der Sorge um die Familie, die sich rassistisch umpolen kann, wenn die eigene Familie sozial bedroht und in ihren Beziehungen belastet ist, während der Zusammenhalt von Familien ausländischer Herkunft betont wird. Solche Ängste und Bilder werden nicht zuletzt durch eine öffentliche Migrationsdiskussion geschürt, die die Thematik der Familienzusammenführung, losgelöst von allen sozialpolitischen Bezügen, lediglich als Problem der befürchtet großen Zahlen in den Vordergrund stellt.

Die Arbeitsmigration ist ein historisch gewachsener, struktureller Bestandteil der industriekapitalistischen Moderne.

> »Die internationale und interregionale Arbeitsmigration (war) eine verbreitete und strategische Komponente in der Urbanisierungs- und Industrialisierungsgeschichte Europas der letzten 300 Jahre […]. Europa ist dem Schicksal nicht entgangen, das allen Regionen mit rapidem Wachstum bestimmt zu sein scheint: die Notwendigkeit, Arbeitskräfte von außerhalb zu importieren.« (Sassen 1996: 10)

So sind auch die Großstädte in der Entwicklung dieser Moderne empirisch nur als Orte interkulturellen Zusammenlebens beschreibbar. Kulturelle Homogenität und Konfliktlosigkeit hat es in den Großstädten nie gegeben. Heute haben die Computer und die Bankentürme die Schornsteine aus den Städten verdrängt, haben viele Migrantinnen und Migranten zu überflüssigen Arbeitskräften werden lassen. In diesem Kontext wird in Deutschland die Arbeitsmigration als eine Phase angesehen, die mit den 1970er Jahren ausklang und deren Folgen man nur noch zu bearbeiten hat. Seither wird fast jede Zuwanderung negativ stigmatisiert. Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die heute nach Deutschland kommen, werden illegalisiert oder zum Gegenstand einer ausländerabweisenden Zugehörigkeitspolitik.

Der Begriff der *Integration* wird immer noch vorwiegend über Defizitzuschreibungen formuliert und nicht über soziale Möglichkeits- und Chancenstrukturen. Integration ist zu einem Begriff geworden, der nicht mehr zur Diskussion über die soziale Chancenverteilung auffordert. Integration steht nicht mehr für das Öffnen von sozialen und politischen Gestaltungsräumen, sondern bezeichnet ein Bündel von problemgruppenbezogenen Bildungs- und Verhaltensdefiziten, die den Ausländer nicht selten als vormodernen, fundamentalistischen und sexistischen Menschen beschreiben, der nur mit einem hohen Kostenaufwand in die Moderne katapultiert werden kann. Der Pädagoge Franz Hamburger hat schon in den 1990er Jahren dahingehend argumen-

tiert, dass Migrantenjugendliche nicht einen Modernisierungsrückstand aufzuholen haben, sondern sich sogar – wenn man so will – durch ein modernes Persönlichkeitsprofil auszeichnen:

»Migrantenjugendliche entwickeln ein differenziertes Selbstbild multipler Zugehörigkeiten. Sie pflegen eine individualisierte biografische Reflexion, in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einen sinnhaften Zusammenhang gebracht werden. Sie entwickeln eine reflexiv distanzierbare Ethnizität, in der Zugehörigkeit kein blindes Schicksal mit fundamentalistischem Wiederholungszwang darstellt. Individuelle Selbstbestimmung, gemeinschaftliche Einbindung und gesellschaftliches Prinzipienbewusstsein können in eine spannungsreiche Balance gebracht werden. Sie haben ein differenziertes Gesellschaftsbild, können ethnische Segmentation ablehnen und konkrete Pluralismuskonzepte im Hinblick auf Religion und Lebensform befürworten. Demokratische Gleichheitspostulate und Diskriminierungskritik machen ihr politisches Bewusstsein aus. Sie sind Kinder einer modernen Gesellschaft, die nur unter Diskriminierung leiden, also unter den Verstößen gegen die Regeln der demokratischen Gesellschaft selbst.« (Hamburger 1999: 52f.; vgl. auch Boos-Nünning 2005)

Aus dieser Warte ist die Migrationsthematik keine Sonderthematik, sondern eingebettet in die nationale Gesellschaftspolitik. »In diesem Sinne ist Integration ein Thema für alle Menschen einer Gesellschaft, nicht nur für eine spezifische Gruppe.« (Pries 2015: 28) Aus dieser Erkenntnis heraus kann auch der Tendenz zur Ethnisierung im Sinne des impliziten oder expliziten Setzens einer Leitkultur entgegengewirkt und die Migrationsdiskussion nicht als Kulturdiskussion, sondern als sozialpolitischer Diskurs geführt werden. Das erfordert aber sozialinfrastrukturelle Projekte, Netzwerke, in denen gemeinsam anstehende soziale Probleme thematisiert und bewältigt werden können und den Einheimischen *ebenso wie* den Migrantinnen und Migranten die Angst genommen werden kann, dass ihr Lebensstil bedroht ist.

Trotz dieser nationalgesellschaftlichen Integrationsperspektive bleibt die Migration ein transnationales Phänomen, das in einem besonderen Verhältnis zu den nationalen Wohlfahrtsstaaten steht. »Migration in der modernen Gesellschaft kann man als eine Form der Mobilität auffassen, die auf die Inklusions- und Exklusionsverhältnisse dieser Gesellschaft reagiert.« (Bommes 1999: 28) Zugleich zeigt sie die »Grenzen des Wohlfahrtsstaates« auf (Eichenhofer 2015: 102). Transnationale Migration kann also als Prozess in der Spannung von Entgrenzung und Freisetzung des Sozialpolitischen beschrieben werden; Entgrenzung der wohlfahrtsstaatlichen Integrationsdimension und Freisetzung einer transnationalen Integrationsperspektive. »Integration darf […] nicht nationalstaatlich verengt gedacht werden. Sie kann deshalb auch überhaupt nur gelingen, wenn gleichzeitig soziale Teilhabe in unterschiedlichen nationalen Gesellschaften möglich ist.« (Ebd.: 107) Daraus konstituiert sich ein neues

System gegenseitiger Angewiesenheit. Für die Herkunftsländer ist es wichtig, dass ihre Bürgerinnen und Bürger im Aufnahmeland materielle Sicherheit und sozialen Status finden, der es ihnen z.B. erlaubt, Familienangehörige in der Heimat zu unterstützen. Die Aufnahmeländer wiederum hoffen auf stabile ökonomische und soziale Bedingungen in den Herkunftsländern, damit Einwanderung reguliert werden kann und einer unkontrollierbaren Flüchtlingsdynamik entgegengewirkt werden kann. Damit sind sie auch auf ein berechenbares Mobilitätsverhalten der Migrantinnen und Migranten angewiesen, die aber die Chance haben müssen, wiederum Migration als »Ermöglichung« (Pries 2015) erfahren zu können. Das Sozialpolitische Prinzip ist hier also in dem Sinne freigesetzt, dass sich die Notwendigkeit einer transnationalen sozialpolitischen Perspektive aus dieser multiplen gegenseitigen Angewiesenheit heraus entwickelt.

Nun bleibt das Problem, ob und inwieweit diese transnationale Perspektive gegenseitiger Angewiesenheit sozialpolitische Akzeptanz in der nationalstaatlichen Gesellschaft findet, zumal sie ja die Grenzen des nationalen Wohlfahrtsstaats infrage stellt und Konflikte im Inneren freisetzen kann, die einerseits quer zum tradierten sozialpolitischen Konflikt liegen, diesen andererseits aber doch eigenartig beeinflussen. Der soziale und kulturelle Druck, den vor allem die ungeplante Asylmigration in den wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaften erzeugt, ist vielfach beschrieben worden: »Migration verstärkt [...] soziale Exklusion nach kulturell definierten Mitgliedschaftskriterien« sowie »nach Klassenlagen« (Eder 1998: 68f.) Der transnationale Migrationsprozess setzt nicht nur nationale ethnische Abgrenzungen frei, er verschiebt auch in einer Vermischung von kultureller und sozialer Abwehr in der einheimischen Bevölkerung die Grundkonstellation des Sozialpolitischen Prinzips. Denn die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Gruppierungen und Parteien verstehen es, antikapitalistische und fremdenfeindliche Motive miteinander zu verschränken. Nun ist es das Bleibeinteresse der Migranten und nicht das kapitalistische Profit- und Rationalisierungsinteresse, das die heimischen Arbeitsplätze bedrohen soll. Der soziale Konflikt wird zum ethnischen Konflikt verschoben.

Der Armutsdiskurs

Was sind biografische Leiden in sozialstaatlich immer noch leidlich geschützten Zonen der Verwundbarkeit gemessen an den Leiden der Millionen Ausgeschlossenen, die nun – in der Zweiten Moderne – weltweit sichtbar werden? Armut ist – transnational gesehen – nicht länger ein sozialstaatlich befriedetes Problem, sondern bricht als Lebensthema in einer sozial gespalteten Welt vor allem dort auf, wo es an kollektiver sozialer Sicherung fehlt. Für diese Länder werden deshalb transnationale Programme des Sozialen gesucht, die jenseits der nationalstaatlich-hegemonialen

Entwicklungspolitiken des 20. Jahrhunderts organisiert werden können. Gerade für Gesellschaften ohne sozialpolitische Traditionen im asiatischen oder afrikanischen Raum muss auf Programme gesetzt werden, die sich nicht an kollektiven sozialstaatlichen Traditionen orientieren können und deshalb die Entwicklungs- und Verwirklichungschancen der Individuen in den Mittelpunkt stellen. Hier setzt der Capability-Diskurs an. Wir wollen im Folgenden aber nicht den entwicklungspolitischen Gehalt dieses Konzepts thematisieren, sondern der Frage nachgehen, inwieweit es in den europäischen und schließlich deutschen sozialpolitischen Diskurs eingebracht werden kann. Dieser Anspruch ist ja in der deutschen Rezeption des Capability-Approachs formuliert.

Der Capability-Approach, wie er von Amartya Sen in den 1980er Jahren entwickelt wurde, ist eigentlich ein Ansatz zur Bekämpfung der Armut in den sozialpolitisch nicht entwickelten Gesellschaften Asiens, Afrikas und Südamerikas. Man kann ihn allgemein dahingehend auf den Begriff bringen, dass mit diesem Zugang versucht wird, einen Bezug herzustellen zwischen den Ressourcen, die in Menschen stecken, und dem, was sie daraus machen könn(t)en. Er ist eingebettet in eine Programmatik eines »guten Lebens«, die sich an Grundbedürfnissen und Grundwerten in einem weltweit geteilten Verständnis von Humanität (analog etwa dem der Menschenrechtskonvention) orientiert. Dabei kommt es Sen darauf an, dass das Erreichen dieser »*primary goods*« nicht nur allgemein anvisiert wird, sondern dass es vielmehr notwendig ist, sie in individuellen Fähigkeiten und Chancen ihrer Erreichbarkeit aufzuschließen (vgl. Sen 2002). Im Mittelpunkt stehen dabei die Freiheitsgrade der Erreichbarkeit: Welche Optionen habe ich, aus dem, was in mir steckt, etwas zu machen? Wie kann ich die Optionen eines guten Lebens für mich entwickeln und umsetzen? Als exemplarisches Beispiel für dieses Denken gilt die Forderung einer Exit-Option für Frauen, die in in vielen Ländern immer noch verbaut ist: Können sie die Freiheit erreichen, prinzipiell für ein selbstständiges Leben außerhalb von familialer Partnerschaft zu optieren? Wenn wir dazu bemerken, dass dies eine Forderung ist, die von der dritten Frauenbewegung in Deutschland schon in den 1920er Jahren aufgestellt worden ist, so wollen wir nicht billig aufrechnen, sondern auf ein grundlegendes Problem der Rezeption hinweisen: Der Capability-Ansatz wird in Europa in eine Welt eingeführt, in der sich soziale Rechte und Freiheiten in einem historisch-dialektischen Prozess entwickelt haben, in dem unterschiedliche Entwicklungsstufen des Erlangens von Rechten (vgl. Marshall 1992) und gesellschaftlich basale Konfliktdynamiken zu jenem Sozialstaatskompromiss geführt haben, auf den sich Rechte und Freiheiten in unserer Gesellschaft beziehen. Von daher ist es wohl plausibel, dass der Capbility-Ansatz dazu in Beziehung gesetzt werden muss, will man seine Relevanz für die hiesige Gesellschaft beurteilen.

Dem Capability-Approach fehlt eine historisch-gesellschaftliche Theorie der Entwicklung von Lebensverhältnissen und Ermöglichung von Befähigungen, so wie dies über den historisch-dialektischen Lebenslagenansatz (s.o.) möglich ist. Gerade aber hier wird deutlich, woran die deutsche Rezeption des Konzeptes (vgl. Otto/Ziegler 2008/2014) krankt. Der Ansatz wird aus einem sozialhistorischen und entwicklungspolitischen Kontext, in dem er in den 1970er und 1980er Jahren angelegt wurde, in die wohlfahrtspolitischen Diskurse hierzulande versetzt. Gleichsam als Modul, das man nun mit sozialökonomischen Modulen ohne Rücksicht auf historisch-theoretische Anschlussfähigkeit glaubt kombinieren zu können. Sen hat das Konzept in einer sozialhistorischen und sozialpolitischen Landschaft entwickelt, in der – damals mehr als heute – eine sozialstaatliche Entwicklung europäisch-industriegesellschaftlicher Prägung überhaupt noch nicht absehbar war.

Der Capability-Ansatz ist deshalb sozialhistorisch und sozialstrukturell stumpf, auch wenn seine Vertreter darauf verweisen, dass Sen ja mit der Einführung des Begriffs der (gesellschaftlich bedingten) »instrumentellen Freiheiten« – politische Freiheiten, soziale Chancen, soziale Sicherheit usw. (vgl. Sen 2002) – auf den sozialökonomischen Bedingungskontext verweist. Dies bleibt aber programmatisch und ist nicht wie im Sozialpolitischen Prinzip historisch vermittelt. Damit bleibt das Konzept appellativ und es verwundert nicht, dass sich in manche Kritiken auch der Argwohn mischt, der neoliberale Kapitalismus westlicher Prägung könne gerade mit solchen Programmen, deren Gesellschaftskritik nur programmatisch ist, wunderbar umgehen, sie selbst adaptieren und entsprechend vermarkten. »Aus postkolonialer Perspektive wird [...] die Operationalisierung von Sens Ansatz als [...] machtkonform kritisiert.« (Dübgen 2014: 74)

Der Capability-Approach ist ein normatives Konzept. Er setzt Ziele eines »guten Lebens«, die sich aus sozialanthropologischen Grunderkenntnissen und Inhalten weltweit vereinbarter Menschenrechte zusammensetzen. Martha Nussbaum hat einen entsprechenden Katalog der Befähigungen zu einem »guten Leben« in aristotelischer Tradition entwickelt. Sen ist gegen Festlegungen, möchte prinzipiell offene, den Einzelnen überlassene oder im demokratischen Diskurs vereinbarte Ziele sehen. Es geht ja um die Freiheit des Handelnden und um seine Optionen. Hier zeigt sich, wie schwierig bis problematisch es ist, universal und kollektiv rückgebundene Ziele mit individuellen Vorstellungen von einem guten Leben zu verbinden. Sozialpolitisch gesehen haben wir es hier mit einer freischwebenden Programmatik zu tun, da die Ziele und die Möglichkeiten ihrer Erreichbarkeit nicht an die sozialhistorischen und sozialstrukturellen Bedingungen und sozialen Konflikte rückgebunden ist, unter denen sie sich entwickeln und in denen sie erfahren werden können. Deshalb bevorzugen wir auch den emanzipativ gemeinten Begriff des »besseren Lebens« gegenüber dem des »guten Lebens«, weil er den normativen Horizont

auf die sozialempirischen Bedingungen der Lebenslage in der Dialektik der Erweiterung (s.o.) rückbinden kann. Schließlich war und ist es in den west- und mitteleuropäischen Gesellschaften der sozialstaatliche Diskurs, in dem die empirischen und damit erfahrbaren Niveaus eines menschenwürdigen Lebens entwickelt und immer wieder – vor dem historischen Hintergrund sozialer Konflikte – neu bestimmt werden.

Vielleicht sollte man sich die Zeit vor Augen halten, in der der Capability-Approach entwickelt und als entwicklungspolitisches Paradigma verbreitet wurde. Die 1980er Jahre waren ein Jahrzehnt der Menschenrechtsproklamation, aber genauso ein Jahrzehnt (wie heute auch) der vielfachen weltweiten Unterdrückung der Menschenrechte. Mit in Konventionen gefasster Menschenrechtspolitik war zumindest der Schritt gemacht, sich über einen normativen Maßstab für ein gutes und gerechtes Leben in allen Gesellschaften der Welt zu verständigen. Der Glaube an eine weltweit durchsetzbare Sozialpolitik war längst geschwunden, schlagkräftige internationale Gewerkschaftsbewegungen waren nicht in Sicht und das Ausmaß der Globalisierung war noch nicht abzusehen. Man konnte noch nicht ahnen, was uns zehn Jahre später der digitale Kapitalismus bescheren sollte, dessen Dynamik der sozialökonomischen Polarisierung inzwischen alle bisherigen Vorstellungen einer politischen und sozialen Weltordnung übersteigt. Die Entwicklungspolitik war angesichts der permanenten Destabilisierungen und politischen Krisen, der dauernden Erfahrung von Umstürzen und Bürgerkriegen, zermürbt. Der Glaube an kollektive Entwicklungen, an auch bescheidene Ansätze sozialstaatlicher Modernisierung in den Ländern Asiens und Afrikas war geschwunden. Da war es fast zwangsläufig, dass man die entwicklungspolitischen Energien ins Lokale, in die direkte Aktivierung der Individuen stecken musste. Entsprechende Projekte – berühmt wurden die Mikrokredite in Bangladesch – wurden initiiert und oft gegen die politischen und ökonomischen Machtträger durchgesetzt. Die Hoffnung wuchs, über die individuellen Lebensumstände auch die kollektiven Lebensumstände verbessern zu können.

Von daher weisen Lebenslagenansatz und Capability-Approach ähnliche Dimensionen auf. Der entscheidende und eben nicht einfach programmatisch zu überwindende Unterschied liegt aber darin, dass der Capability-Approach sich normativ, der Lebenslagenansatz sich aber sozialstrukturell begründet. Individuelle Lebenschancen können bezüglich ihrer Entwicklungs- und Verwirklichungsbedingungen nicht losgelöst von ihrer sozialhistorischen und sozialstrukturellen Einbettung betrachtet werden, sonst erhält man wieder ein deklamatorisches Programm, das vielleicht einen legitimatorischen Schirm für partielle Entwicklungshilfeprojekte abgeben, nicht aber als Grundlage für historisch-empirische Analysen von Lebenschancen in modernen Industriegesellschaften – und solche die auf dem Weg dazu sind – dienen kann. Die individuellen Lebensbedingungen der Menschen verbessern sich, ihre sozia-

len Teilhabechancen steigen, wenn sie im Sinne des Sozialpolitischen Prinzips gebraucht werden, wenn nicht nur die individuelle Verwirklichung, sondern auch die Angewiesenheit einer demokratischen Gesellschaft auf den Menschen thematisiert wird. Das verweist auf eine Gesellschaft, deren Bestreben es ist, die ökonomisch-technologische Entwicklung immer in eine Balance zum Menschen zu bringen, in der also die entsprechenden gesellschaftlichen Konflikte anerkannt und ausgetragen werden können. Die individuelle Erfahrung des Gebrauchtwerdens wiederum muss sich in sozialen Aneignungs- und Anerkennungsmöglichkeiten entwickeln können, die Menschen müssen spüren können, dass sie sozial wirksam sind. Diese Grundtatsache gilt nicht nur für die Menschen in industriell-technologisch entwickelten Gesellschaften, sondern genauso dort, wo man sich an der Schwelle der ökonomisch-technologischen Entwicklung befindet.

Der Interventionsdiskurs

Warum interessieren sich die Medien bei einer Abstimmung im Bundestag über einen militärischen Einsatz im Ausland mehrheitlich nur dafür, wie wohl der Fraktionsfriede angesichts der abweichenden Positionen wiederhergestellt wird, anstatt nach den Argumenten einer Gruppe von Abgeordneten zu fragen, die gegen den Einsatz der Bundeswehr in ausländischen Krisengebieten stimmen? Es scheint so sein, dass sich das öffentliche Verständnis von militärischen Interventionen heute so gewandelt hat, dass sie eine politische Selbstverständlichkeit und somit ein probates Mittel der transnationalen Politik geworden sind. In diesem Kontext hat sich nicht nur das Bild der Armee grundsätzlich geändert, auch der militärische Auftrag wird nicht mehr als kriegerisch, sondern selbst als friedenstiftend wahrgenommen.

Der Politikwissenschaftler Wilfried von Bredow hat schon früher, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. August 2001, das Profil der neuen Streitkräfte als *multikulturelle Sozialarbeiter mit Spezialbewaffnung* charakterisiert. Von Bredow argumentiert im Rahmen der allgemeinen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen. So werde die Distanz zwischen ziviler Gesellschaft und den Streitkräften sukzessive abgebaut. Der Horizont der Streitkräfte bewege sich nicht mehr zwischen der Bedrohung des eigenen Landes und einer entsprechenden militärischen Abwehr, sondern es gehe nun um »die Bedrohung der Zivilbevölkerung« in anderen Ländern, dort wo eine »präventive oder akute Deeskalation von Konflikten lokalen oder regionalen Ursprungs« gefragt sei. Die Streitkräfte müssten heute auf »*peace support operations*« oder »*military operations other than war*« vorbereitet werden.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang die Verbindung von militärischem Interventionismus und zivilgesellschaftlicher Legitimation. Die militärische

Intervention rückt so in die Rolle einer anerkannten Konfliktlösungsstrategie. Wir finden in diesem Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und militärischer Ordnungsmacht eine Grundstruktur wieder, die der sozialpolitischen Indifferenz des zivilgesellschaftlichen Diskurses gleicht: Wenn Konflikte allein vor dem Hintergrund einer allgemeinen zivilgesellschaftlichen Nomenklatur gelesen werden, jenseits der sozialen und kulturellen Komplexität und Dynamik der jeweiligen Situation, dann können die Interventionsvorstellungen in gleicher Weise unkontextualisiert und allgemein bleiben. Wenn also allgemeine zivilgesellschaftliche Maßstäbe die einzige Richtschnur für Interventionen darstellen, dann wird diese Interventionsform politikfähig und ihr Einsatz plausibel.

So kommen die Soldaten als »Sozialarbeiter mit Spezialbewaffnung« in die Einsatzorte und werden dort – wie Sozialarbeiter in ihrem Berufsleben häufig auch – mit kulturellen und sozialen »Dynamiken« konfrontiert, die sie aber nicht wie professionelle Sozialarbeiter verstehen können, da schon ihre Spezialbewaffnung massiv anzeigt, dass ihnen die kommunikativen Aushandlungsspielräume und psychosozialen Reflexionsformen der Sozialarbeit fremd bleiben müssen. Dieser zivilgesellschaftlich legitimierte Interventionismus wirkt aber auch auf den politischen Diskurs in unserer Gesellschaft zurück. Wer zivilgesellschaftlich interveniert, muss zwangsläufig auch zivilgesellschaftliches Vorbild sein. Kritische Anfragen, die auf Unregelmäßigkeiten bei der Einhaltung von Bürgerrechten in den westlichen Zivilgesellschaften verweisen, sind dann zwangsläufig tabu (vgl. Cyrus 1999). Hinzu kommt, dass die Nationalstaaten in Bezug auf die transnationalen Bürgerrechte ihren Souveränitätsanspruch über transnationale Vereinbarungen und Realitäten setzen. Es wird deutlich, dass die bürgergesellschaftlichen Überlegungen in den westlichen Ländern von den transnationalen Bürgerrechten getrennt und damit gar nicht den globalen Herausforderungen der Bürgerrechtsfrage und den neuen Formen der Migration gerecht werden sollen. Entsprechend ist auch das Europa der Bürger zu einem »Gehäuse der Zugehörigkeit« (vgl. Nassehi 1997) geworden, das sich (immer noch) von der Komplexität transnationaler Bürgerrechte und von Migrationsrealitäten abschottet. Dies wird durch das neue Profil der Streitkräfte im transnationalen Legitimationskontext verdeckt. Es wird das Bild erzeugt, dass es einerseits notwendig sei, die westlichen Länder oder Zivilgesellschaften gegenüber Menschen aus Ländern abzuschirmen, in denen Konflikte nur mit militärischen Mitteln gelöst werden können und keine bürgerrechtlichen Standards vorherrschend sind, und andererseits wird der Eindruck erweckt, man könne damit den Menschen in ihrer Heimat helfen, damit sie auch dort bleiben könnten. Dabei wird auf die flankierenden sozialen Hilfen verwiesen, die aber so lange militärisch überlagert sind, wie sie keine sozialpolitische und sozialinfrastrukturelle Rückbindung aufweisen.

Vor diesem Hintergrund wird erst verständlich, warum kritische Beiträge zur sozialen Entwicklung in der Weltgesellschaft den Anspruch einer weltweiten Bürgerrechtsentwicklung erst einmal auf die Frage zurückschrauben, wie das enge Gehäuse der Zugehörigkeit und Abschottung sowie die große Inszenierung militärischer Interventionen zumindest so weit durchbrochen werden kann, dass eine Sensibilisierung für die Biografien und alltäglichen Lebenssituationen der Menschen in anderen Ländern überhaupt erreichbar ist. In Südamerika – so der vielfach kolportierte und bei weitem nicht zynisch gemeinte Ausspruch eines Kirchenvertreters – wären viele Menschen froh, »wenn sie wenigstens ausgebeutet würden«, sprich: wenn sie wenigstens in ein Beziehungsverhältnis zu Arbeit treten könnten, und nicht mehr nur als überflüssige Opfer angesehen würden. In diesem Sinne ist – dies zeigen gerade die medial inszenierten Repräsentationen im Vorfeld militärischer Interventionen – kritisch zu hinterfragen, warum z. B. »die Menschen in der Regel als Opfer, nicht als Handelnde« dargestellt werden (ebd.: 254). In die gleiche Richtung zielt das »Konzept des Protagonismus« ausgehend von der Kinderbewegung in Lateinamerika, indem es darauf verweist, dass die Kinder selbst als Protagonisten und damit als Akteure in ihren Lebenssituationen durch neue Beteiligungs- und Unterstützungsformen in ihren eigenen Rechten gestärkt werden sollten, anstatt sie als unmündige Opfer ohne Schulbildung abzuwerten (vgl. Liebel et al. 1999).

Die Perspektive, die Menschen selbst als Akteure und nicht als Opfer zu begreifen und sich für die Umsetzung transnationaler Bürgerrechte im Lebensalltag einzusetzen, führt unweigerlich zu der Frage nach den Lebenslagen und alltäglichen Lebensformen der Menschen im weltweit sich durchsetzenden digitalen Kapitalismus. Diese Perspektive wird aber immer mehr dadurch verstellt, »dass Gesellschaften sich unter dem enormen Druck des globalen ökonomischen Wettbewerbs in ›Wettbewerbsstaaten‹ verwandeln müssen, in denen das gesamte politische Zielsystem auf wirtschaftliche Effizienz ausgerichtet wird« (Messner 2000: 125).

So scheint die transnationale Sozialpolitik zurückversetzt in die Zeiten der endgültigen Durchsetzung der industriekapitalistischen Moderne am Ende des 19. Jahrhunderts. Auch damals wurde schon gefordert, dass die Einzelnen nicht als Opfer eines bedürftigen Lebens dargestellt werden sollen. Vielmehr seien demokratische sowie sozial gesicherte Aushandlungsspielräume im Gegendruck zu den kapitalistischen Vergesellschaftungsformen zu fördern, die es möglich machen, dass Menschen ihre Rechte ausüben können. Auch die Etablierung von transnationalen Bürgerrechten ist gebunden an eine transnationale Sozialpolitik. Denn der weltweite Kapitalismus und die transnationalen Konzerne werden die Entbettung des digitalen Kapitalismus weiter forcieren und damit demokratische Aushandlungsspielräume, die sozialräumlich gebunden sein müssen, untergraben:

»Letztlich haben alle TNKs (transnationale Konzerne) dieselben Interessen, auch wenn sie in einigen grundlegenden Bereichen miteinander in Konkurrenz stehen. Die transnationale Klasse ist auf sich selbst fixiert, dabei aber in einer grenzübergreifenden Bewegung aggressiv nach außen gerichtet. Gewerkschaften, von denen man Unterstützung für die arbeitenden Menschen erwarten könnte, agieren jedoch immer noch innerhalb nationaler Wirtschaftsstrukturen.« (Miyoshi 1997: 198)

Entsprechend wird es in Zukunft notwendig sein, die Diskussionen um transnationale Bürgerrechte aus dem Legitimationszusammenhang des militärischen Interventionismus herauszulösen und als grundlegenden Faktor einer transnationalen Sozialpolitik zu thematisieren. Doch angesichts der aktuellen politischen Konstellation, die auf militärischer Ebene Kooperationen und Allianzen vielfältig zu knüpfen, aber die ersten Schritte einer transnationalen Sozialpolitik kaum zu unterstützen vermag und diese gerne auf die Organisationen des dritten Sektors abschiebt, wird es schwer sein, ein globales sozialpolitisches Gegengewicht und entsprechende sozialpolitische Aushandlungsspielräume zu schaffen.

So ist die obige These nicht überzogen, dass sich die nationalgesellschaftlichen Konfliktverhältnisse des 19. Jahrhunderts in Westeuropa im Weltmaßstab heute zu wiederholen scheinen: Kapital und Arbeit, ökonomisches und humanistisches Prinzip stehen sich wie damals ›unvereinbar‹ gegenüber. Die Dringlichkeit einer transnationalen Sozialpolitik ist offensichtlich, soll die Welt einigermaßen im sozialen Gleichgewicht bleiben. Auch der globale Kapitalismus kann sich auf Dauer keine Ketten von sozialen Krisen in seiner Peripherie leisten. Und der international operierende Terrorismus, der die Finanzierungskreisläufe direkt bedrohen kann, findet seine soziale Basis in den Zonen von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Eigentlich hätte der medial entsprechend begleitete New Yorker Schock von Nine Eleven die Industriestaaten dazu bringen müssen, eine konzertierte Aktion für eine transnationale Sozialpolitik in Gang zu setzen. Die Reaktion ist und das Mittel der Wahl heißt aber wieder allein – und nun verschärft und weltweit auf vermehrte lokale Bezirke ausgedehnt – militärische Intervention. Legt man das Heimannsche Modell der historisch notwendigen Entwicklung zur Sozialpolitik im Kapitalismus an, so drängt sich der Schluss auf, dass sich das Sozialpolitische auf internationaler Ebene deshalb nicht entwickeln kann, weil die sozialstaatlich verfassten Nationalgesellschaften zu wenig Einfluss auf die Weltwirtschaft haben und schließlich auch die sozialen Voraussetzungen für eine starke internationale Arbeiterbewegung fehlen. Das Problem liegt aber tiefer. Denn der global agierende digitale Kapitalismus hat die Weltbühne so verändert, dass die alten sozialpolitischen Regiepläne nicht mehr greifen. In der Argumentation Jeremy Rifkins wird uns dieser dramatische Wandel plausibel: Danach kann sich das Heer der »Entwicklungsländer« nicht mehr aus

eigener Kraft »entwickeln«, da – im Übergang vom Markt zum Internet – die Welt gleichsam mit einem digitalen Schlag ökonomisch neu geordnet und verteilt ist. Die »Entwicklungsländer« können sich nur noch um »Zugänge« (Rifkin 2000) bemühen und sind dabei von der für sie abstrakt gewordenen Weltökonomie und den im Gegenzug umso konkreter gewordenen (und deshalb stärker als zuvor als imperialistisch empfundenen) »Geberländern« abhängig.

Mit der Digitalisierung der internationalen Ökonomie- und Machtstrukturen über das Netz ist die alte Entwicklungspolitik der »nachholenden Entwicklung« obsolet geworden. Die »Entwicklungsländer« müssen um Zugänge anstehen und Kriterienkataloge des zivilgesellschaftlichen Wohlverhaltens zur Kenntnis nehmen – all dies im Schatten möglicher international legitimierter militärischer Interventionen. Dabei wird argumentiert: Was Entwicklungsprojekte jahrzehntelang nicht erreicht hätten, sei nun möglich: Teilhabe aller an der Weltökonomie, auch wenn es nur ein kleiner Türspalt am Bedienstetengang ist. Und schließlich sei die Globalisierung auch weltordnungsbildend: Das Netz transportiert nicht nur Finanz-, sondern auch Zivilisationskreisläufe. Die Botschaft von der globalen Teilhabe sei so an die Botschaft von der Zivilgesellschaft gebunden. In der Tat gibt es keinen Asien-, Afrika- oder Südamerikakongress mehr, an dem nicht über die Perspektiven der Zivilgesellschaft in diesen Ländern geredet würde – und dies häufig getrennt von der Ökonomie. Dass gleichzeitig in einigen kapitalistischen Ländern Wohlstand herrscht, wird dann »folgerichtig« kaum mehr auf die dortige Sozialpolitik, sondern nur auf die demokratisch-zivilgesellschaftliche Form hin assoziiert. Also lautet die (meist ausgesprochene) Formel: Im Innern muss eine demokratisch-zivilgesellschaftliche Kultur aufgebaut werden, dann ist die Teilhabe an der globalen Ökonomie und damit auch Entwicklung gesichert.

Dass diese Rechnung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht aufgeht, sich ethnische Konflikte eher noch verschärfen, weist darauf hin, dass die Globalisierung auch weltweit einen »Sog von unten« erzeugt und der zivilgesellschaftliche Appell von vielen als etwas empfunden wird, was er letztlich – siehe die neueren Legitimationen des militärischen Interventionismus – auch ist: ein Regulations- und Befriedungsmittel, das von außen ohne die Abstützung einer transnationalen und regionalen Sozialpolitik eingesetzt wird. Hier tritt der Irrtum bürgergesellschaftlicher Diskurse, man könne Bürgergesellschaft und Ökonomie auch international auseinanderhalten, wesentlich krasser als in den sozialstaatlich abgesicherten Gesellschaften hervor. Insofern gehen nationale und internationale Diskurse zum Verhältnis von Bürgergesellschaft und Sozialpolitik wieder ineinander über.

Teil VI: Die Erweiterung der sozialpolitischen Hypothese und die neue Rahmung der Angewiesenheit – Sozialpolitische Möglichkeitsräume

Der neoliberale Kapitalismus hat sich weltweit verbreitet und durchgesetzt. Dem kann ein Diskursmodell entgegengesetzt werden, das vom Sozialpolitischen Prinzip und der damit verbundenen sozialpolitischen Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit ausgeht. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen der letzten beiden Jahrzehnte haben die Dringlichkeit eines solchen Gegenmodells bestätigt, aber auch deutlich gemacht, dass die sozialpolitische Hypothese – vor dem Hintergrund der bisherigen Argumentationen – einer mehrdimensionalen Erweiterung bedarf. Die Struktur der Angewiesenheit – so haben wir gesehen – ist komplexer geworden. Denn die Grenzen des Kapitalismus sind inzwischen nicht nur am Menschen zu diskutieren, sondern am Kapitalismus selbst. Die ökonomischen Krisen der 2000er Jahre haben gezeigt, dass die kapitalistische Wirtschaft auf stabile Gesellschaftsordnungen angewiesen ist, dass das Wachstum nicht unbegrenzt vorangetrieben werden kann und dass die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich die ökonomisch-soziale Balance bedroht. Das Sozialpolitische bricht auch im Ökonomischen wieder auf. Das hat auch den Diskurs um ein anderes Kapitalismusmodell, das nicht nur auf Profitmaximierung fixiert ist, wiederbelebt. Unter dem Begriff des Stakeholder-Kapitalismus (im Gegensatz zum entbetteten Shareholder-Kapitalismus) werden seit einiger Zeit Alternativen diskutiert, die auf eine Wiedereinbettung der Ökonomie in Strukturen der sozialen Verpflichtung und Mitbestimmung am Produktionsprozess abzielen. Hier findet das Prinzip der gegenseitigen Angewiesenheit auch im Ökonomischen seinen Ausdruck.

Gleichzeitig hat sich auch die soziale Idee im Vergleich zum Heimannschen Modell erweitert. Es sind heute nicht mehr nur die Arbeiter- resp. Gewerkschaftsbewegungen, die dem Kapitalismus Zugeständnisse für die Menschen abzwingen, sondern auch Ökologiebewegungen, die zu verhindern versuchen, dass der Kapitalismus seine Umweltkosten einfach externalisiert, sowie Demokratiebewegungen,

die den Kapitalismus auch unter sozialen Legitimationszwang setzen. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Wachstums- und Nachhaltigkeitsdiskurs zum sozialpolitischen Diskurs. Dabei bricht der sozialpolitische Konflikt neu auf. Das kann an der Problematik des auswüchsigen Reichtums thematisiert werden. Damit hat sich national wie transnational ein sozialpolitisches Magnetfeld gebildet, das durch das erweiterte Sozialpolitische Prinzip aufgeladen ist und in dem auch der Sozialstaat neu verortet werden kann. Entscheidend ist dabei, dass sich die Interdependenzen innerhalb des erweiterten sozialpolitischen Magnetfeldes verdichtet haben. Spätestens der dramatische Klimawandel hat deutlich gemacht, dass Ökonomie, Natur und Mensch/Soziales in eine wechselseitige Angewiesenheit gedrängt sind, die ökonomische Reformen – wie eben eine andere Wachstumsformel – unausweichlich macht. Das fordert dazu auf, nicht länger in einlinigen Sachzwängen, sondern in alternativen sozialpolitischen Möglichkeitsräumen zu denken. Diese erschließen sich in einer neuen Rahmung, in der die Dialektik der gegenseitigen Angewiesenheit sich nicht mehr an dem traditionalen Kapitalismus des Heimannschen Modells ausrichtet, sondern an einem Wirtschaftssystem, das durch Nachhaltigkeit und soziale Einbettung gekennzeichnet ist. Gegenseitige Angewiesenheit im Sinne der sozialpolitischen Hypothese im Blick auf die ökonomisch-technologische Zukunft wird dann auch in ihrer historischen Notwendigkeit sichtbar.

Der sozialpolitische Möglichkeitsraum

»Wenn man gut durch geöffnete Türen kommen will, muß man die Tatsache achten, daß sie einen festen Rahmen haben; dieser Grundsatz [...] ist einfach eine Forderung des Wirklichkeitssinns. Wenn es aber Wirklichkeitssinn gibt, und niemand wird bezweifeln, daß er seine Daseinsberechtigung hat, dann muß es auch etwas geben, das man Möglichkeitssinn nennen kann. Wer ihn besitzt, sagt beispielsweise nicht: Hier ist dies oder das geschehen, wird geschehen, muß geschehen; sondern er erfindet: Hier könnte, sollte oder müßte geschehn; und wenn man ihm von irgend etwas erklärt, daß es so sei, wie es sei, dann denkt er: Nun es könnte wahrscheinlich auch anders sein. So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles, was ebensogut sein könnte, zu denken und das was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.« (Musil 1952: 16)

Diese Überlegung aus Robert Musils berühmten Roman »Der Mann ohne Eigenschaften« aus den beginnenden 1930er Jahren hat seitdem etliche Sozialwissenschaftler und -wissentschaftlerinnen dazu inspiriert, von *Möglichkeitsräumen* zu sprechen, auf die hin und in denen alternativ oder kombinatorisch neu sozial gedacht werden kann. Oft aber wird dieser Möglichkeitsraum als offener, vom Denken her unbegrenzter Raum gemeint. Damit setzt er sich von der Wirklichkeit ab, wird leicht zur Illusion. Die Metapher des Türrahmens,

wie sie Musil gebraucht, sieht aber den offenen Möglichkeitssinn in der Spannung zum begrenzenden Wirklichkeitssinn, und wenn wir diese Spannung dialektisch denken, so ergeben sich die »anderen« Möglichkeiten erst aus dieser Dialektik heraus.

Überträgt man diese theoretische Struktur auf das sozialpolitische Denken, so können wir aus unserer bisherigen Argumentation heraus unschwer erkennen, dass sich aus der Dialektik des Sozialpolitischen Prinzips ein *sozialpolitischer Möglichkeitsraum* ergibt und entsprechend gestalten lässt. Die soziale Idee kann historisch nicht der Illusion verfallen, dass sie den Kapitalismus vom Menschen her überwinden kann; dem tendenziell grenzenlosen Profitstreben des Kapitalismus wiederum sind Grenzen darin gesetzt, dass er auf den Menschen angewiesen ist, will er seine eigene Modernisierung vorantreiben. Das dialektische Ergebnis ist das Sozialpolitische Prinzip, das einen sozial erweiterbaren Möglichkeitsraum in der Wirklichkeit eines nun auch begrenzbaren Kapitalismus darstellt. Darin ist der Sozialstaat weiter eine der Möglichkeiten.

Wir haben bereits ansatzweise versucht, Zugänge zu diesem sozialpolitischen Möglichkeitsraum zu eröffnen, indem wir das sozialpolitische Potenzial der Bürgergesellschaft und der sozialen Bewegungen in der Spannung zum Sozialstaat thematisiert haben. Im Folgenden wollen wir weitere Zugänge diskutieren, um die diese Dialektik von utopischer Offenheit und wirklichkeitsmächtiger Begrenzung sozialpolitisch zu wenden. Da ist zum einen der Diskurs zur sozialen Nachhaltigkeit, dem diese Dialektik innewohnt, zum anderen die Bedeutung des Sozialen als Produktivkraft, über die die sozialpolitische Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit erweitert werden kann. Weiterhin wollen wir zeigen, wie regionale soziale Dynamiken in ihrem Zusammenspiel sozialpolitische Möglichkeitsräume öffnen können. Dass der Klimadiskurs seine sozialpolitische Seite hat, erweitert die neue Rahmung der gegenseitigen Angewiesenheit grundlegend. Schließlich wenden wir uns der sozialen Idee als Agens des Sozialpolitischen Prinzips zu und begreifen sie als sozialpolitischen Möglichkeitssinn, der über exemplarisches Lernen und einen gelingenden Umgang mit Ängsten auch heute wachgehalten werden kann. Wir versuchen also, neue Rahmungen der gegenseitigen Angewiesenheit zu finden und entsprechend zu thematisieren.

Soziale Nachhaltigkeit als Möglichkeitsraum

Der Nachhaltigkeitsdiskurs bietet uns einen ersten Einstieg in die Eröffnung weiterer sozialpolitischer Möglichkeitsräume. Dabei kommt es uns vor allem darauf an zu zeigen, dass und wie ein solcher Möglichkeitsraum durch die Anwendung des Sozialpolitischen Prinzips strukturiert werden kann. Wir wollen im Folgenden zuerst den Diskurs zur sozialen Nachhaltigkeit skizzieren und

dann das Sozialpolitische Prinzip entsprechend einführen und ihm eine neue Rahmung geben.

Zum Wesen des digitalen Kapitalismus gehört, dass er einen entsprechend digitalen Begriff der *Innovation* enthält. Dieser ist auf die jeweils aktuelle Marktfähigkeit eines Produktes zentriert. In dieser ökonomischen Logik ist aber zwangsläufig das Problem des Verbrauchs und der Entwertung früherer »innovativer« Güter enthalten. Dies ist aus Marktgesichtspunkten notwendig, um auf der einen Seite das Konsumenteninteresse freisetzen, auf der anderen die Spirale technischer Neuerungen und damit den Markt auf Zukunft öffnen zu können. Dahinter liegt eine lineare Fortschritts- und Wachstumsideologie, die bewegungsfixiert ist und das Fortbestehen bisheriger Zustände prinzipiell in den Bereich der Nichtentwicklung verschiebt.

Die Dauerkrise als ein Bewegungsmoment des modernen Industriekapitalismus setzt zwar die Frage nach dem Ungleichgewicht von Mensch, Natur und Ökonomie immer wieder frei, verstellt sie aber gleichzeitig wieder dadurch, dass die Frage des Überlebens der Menschen weitgehend individualisiert und kaum kollektiv thematisiert wird. Die ökologisch-politische Generationenperspektive des Überlebens wird damit auf die Frage des privaten Überlebens, der Sicherung der eigenen Nachkommen reduziert. Die Frage des Überlebens der Menschen hat sich im Kontext des digitalen Kapitalismus immer mehr zur punktuellen und marktförmigen Frage der Überlebenskonkurrenz von Einzelnen und Gruppen verformt. Hier werden regressive Bewältigungskonstellationen erzeugt. Diese können wiederum vom Konsummarkt aufgefangen werden.

Wenn wir aber Nachhaltigkeit nicht aus der Markt-, sondern aus der sozialpolitischen Perspektive betrachten, dann kann argumentiert werden: In sozialstaatlich verfassten Gesellschaften war es – und ist es immer noch – das Sozialpolitische Prinzip, welches den Geist der Nachhaltigkeit wachhielt und hält, indem es Bedingungen ermöglicht, unter denen der Mensch über seine ökonomische Verfügbarkeit und Verwertbarkeit hinaus die übergreifenden Grundlagen seiner Existenz zu thematisieren imstande ist. Institutionalisiert im Sozialstaat entwickelte sich jene Hintergrundsicherheit, vor der die Sorge um das eigene Überleben mit der Sorge um die Menschheit verbunden werden konnte. Mit der Schwächung des nationalen Sozialstaates ist diese Hintergrundsicherheit nicht nur brüchig geworden, die digitalen Gesellschaften vermitteln ihren Bürgern auch den radikal konstruktivistischen Wahn, sie könnten jeden Tag sich und ihre neue Welt erschaffen. Damit scheint ein Nachhaltigkeitsdiskurs strukturell überflüssig. Da es im Prinzip des Konsums liegt, dass etwas verbraucht werden muss, damit etwas Neues entsteht, wirkt auch hier der neue Konsumkapitalismus Nachhaltigkeitsoptionen entgegen.

Biografien werden unter dem Bewältigungszwang ökonomischer Beschleunigung immer weniger gesellschaftlich verortbar. Das ständige Getriebensein

und Mithaltenmüssen verunmöglichen das Sicheinlassen auf langjährige Projekte sozialen Engagements und das Nachdenken über existenzielle Grundlagen des Zusammenlebens und Überlebens. Zudem wird Wissen schnell wieder aufgebraucht, indem es unter stetigem technologischem Wandel der Produktions- und Arbeitsformen steht. Die damit verbundenen Entwertungserfahrungen müssen alltäglich durchgestanden werden. Hinter der neuen Bildungsformel des lebenslangen Lernens steht für viele das Problem, dass sie nicht auf biografische Nachhaltigkeit bauen können, dass sie ihre Energien immer wieder aufbrauchen, ohne sich eine biografische Plattform schaffen zu können. Wird der Mensch wiederholt bis ständig in Bewältigungsstress getrieben, gerät er unter den Druck der Abspaltung und wird anfällig für die Ideologie der Machbarkeit, die er dann nicht mehr als Zwang empfindet. Die Kurzfristigkeit des ökonomisch-technologischen Machbarkeitszwangs durchdringt die sozialen Beziehungen genauso wie die politische Kultur. Machbarkeitszwang und Bewältigungsdruck gehen dann ineinander über und können so die Aufarbeitung vergangener Erfahrungen wie das Hineinfühlen in zukünftige Entwicklungen blockieren.

Die sozialpolitische Zukunft des Kapitalismus wird davon abhängen, wie das Spannungsverhältnis zwischen Grenzenlosigkeit und Begrenzung ausbalanciert werden kann. Dass die kapitalistische Wirtschaft den endgültigen Spannungspunkt immer wieder krisenreich verschieben kann, macht diesbezügliche Prognosen nahezu unmöglich. Gleichzeitig können wir aber in der Kenntnis des erweiterten Sozialpolitischen Prinzips darauf insistieren, dass der fortgeschrittene Kapitalismus auf Begrenzung angewiesen ist, will er überleben und sich weiterentwickeln. Deshalb ist es für den sozialen Nachhaltigkeitsdiskurs interessant, wie sich im ökonomischen Diskurs selbst nachhaltigkeitsorientierte Ansätze finden lassen, die soziale Bezugsgrößen ausweisen. Solche Konzepte wenden sich gegen die Fortschreibung der marktzentrierten Wachstumsformel, die das Marktversagen im Hinblick auf die sozialen Kosten der herrschenden Wirtschaftsweise ausblendet. Die herkömmliche Wachstumsfixierung gilt als Barriere gegen soziale Gerechtigkeit, weil sie über die Dynamik der globalen Kapitalzirkulation die Arm-Reich-Spaltung fördere und mit ihrer gegenwarts- und profitzentrierten Ausbeutung der Ressourcen Nachhaltigkeit verhindere (vgl. Diefenbacher/Zieschank 2011).

Wann die Grenzen des digitalen Kapitalismus auch für eine Mehrheit fühlbar werden, ist angesichts der Verdeckungsökonomie des Konsums nicht absehbar. Anzeichen gibt es heute schon dort, wo die sozialstaatlichen Definitionen sozialer Probleme nicht mehr wirken, durch global ausgelöste Strömungen unterspült werden. So galt Armut in den westeuropäischen Staaten als sozialstaatlich regulier- und begrenzbar. Nun grassiert die Angst vor Armut sogar in ausgemachten europäischen Wohlstandsregionen und man sieht sich plötzlich einem globalen Sog ausgesetzt. Aus sozialen Problemen werden so *existen-*

zielle Lebensthemen, die biografisch nicht mehr so ohne Weiteres abgewehrt werden können. Gleichzeitig werden die Folgen der Enteignungsökonomie am eigenen Leibe gespürt: Die Privatisierung öffentlicher Güter *(»commons«)*, vor allem von Basisgütern wie Wasser und Energie, setzen das Bewusstwerden kollektiver Abhängigkeiten und darin Widerstand frei.

Im Kern ist das alte Konfliktthema der industriellen Moderne wieder neu freigesetzt: Welches Ziel soll die Ökonomie haben, für wen ist sie eigentlich da, woran bemisst man ihren Wert und muss nicht dieser Wert über dem Markt stehen? In diesem Zusammenhang ist gegenwärtig ein wirtschaftstheoretisches und inzwischen endlich auch in den politischen Diskurs transformiertes Projekt interessant, das dabei ist, zu einem weltweiten Diskurs mit politischem Support zu werden: die Suche nach einer humanen Wachstumsformel. Der Konflikt zwischen Kapital und sozialer Idee bricht im Diskurs um die Humanisierung des Wachstums neu auf. Der aktuelle Ansatzpunkt dafür ist der Diskurs um die Bewertung der sozialökonomischen Entwicklung, um die Indikatoren, nach denen Entwicklung, Wachstum und Wohlstand bemessen werden sollen. Ein Diskurs, der sich wissenschaftlich in den Arbeiten zum »Nationalen Wohlfahrtsindex« abbildet (vgl. Diefenbacher/Zieschank 2008). So ist das Bruttoinlandsprodukt als bisherige Leitgröße für die Messung des Wohlstands einer modernen Gesellschaft angesichts der steigenden sozialen und ökologischen Kosten eines einlinig ökonomisch definierten Wachstums vor allem auch deshalb in die Kritik geraten, weil offenkundig wurde, dass fortschreitendes und beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum das Leben der Menschen nicht automatisch verbessert. Ab einem bestimmten Wohlfahrtsniveau führe die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens nicht mehr selbstverständlich zur Steigerung des Wohlbefindens der Menschen. Denn es beziehe sich nur auf die Menge der Güter und Dienstleistungen und ihre Maximierung, so wie sie auf den Märkten erscheinen. Nicht berücksichtigt seien neben den ökologischen Kosten des Ressourcenverbrauchs vor allem auch die sozialen Kosten wie Armuts-, Gesundheits- und Kriminalitätsrisiken. Vernachlässigt werden neben den Leistungen, die im familial-häuslichen Bereich der Erziehungs- und Sorgearbeit erbracht werden, auch die infrastrukturellen Effekte sozialer Integration, wie sie von der Bürgerarbeit und der Sozialen Arbeit ausgehen. Insgesamt geht es also nicht mehr dominant um das Marktniveau von Lebensqualität, sondern um ihre soziale und kulturelle Einbettung. Damit wird das ökonomische Prinzip Wachstum in ein Spannungsverhältnis zur sozialen Entwicklung gebracht.

Dieses Spannungsverhältnis verweist wieder auf das Sozialpolitische Prinzip, das wir – historisch gesellschaftlich – als soziales Entwicklungsprinzip begreifen, das sich aus der Dialektik des Gegensatzes von Mensch und kapitalistischer Ökonomie speist. An diesem strukturellen Konflikt wird sich auch der *gesellschaftliche* Nachhaltigkeitsdiskurs orientieren müssen. Michael

Opielka unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einem »internalen« und einem »weiten« Verständnis sozialer Nachhaltigkeit. Während sich Ersteres auf die Sicherung von Generationengerechtigkeit, aber auch von Gemeingütern und auf die langfristige Stabilität sozialer Institutionen bezieht, wird mit dem zweiten Begriff »das Gesellschaftliche einer Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft betont, [...] wird markiert, dass eine primär technologische oder ökonomische [einseitige, d. A.] Strategie den systemischen Charakter der sozialökologischen Problemstellung verfehlt« (Opielka 2015: 7).

Um diese Zusammenhänge sozialpolitisch operationalisieren zu können, müssen wir die Struktur des Sozialpolitischen Prinzips in die Sprache der Nachhaltigkeit übersetzen können. Der sozialpolitisch folgenreiche Grundkonflikt zwischen Mensch und kapitalistischer Ökonomie spiegelt sich u. E. in zwei Konfliktsphären der Nachhaltigkeit wider: zum einen im *Konflikt zwischen Grenzenlosigkeit und Begrenzung* – wie schon in Bezug auf den Wachstumsdiskurs angesprochen –, zum anderen im *Konflikt zwischen sozialer Entbettung und sozialer Bindung*.

Der Konflikt zwischen Grenzenlosigkeit und Begrenzung lässt sich nicht nur über den Wachstumsdiskurs, sondern vor allem auch über die Entwicklung des *Reichtums* in unserer Gesellschaft thematisieren. Die sich längst abzeichnenden Polarisierungstendenzen zwischen Armut und Reichtum deuten vor allem auf eine neue Qualität der Reichtumsentwicklung hin, die mit den Möglichkeiten der Kapitalzirkulation und Kapitalakkumulation im globalisierten Kapitalismus die Grenzen nationaler Geld- und Steuerpolitik gesprengt hat. Die Eigendynamik des Geldes tritt nun hervor:

»Geld ist weit mehr als ein bloßes Medium zur Kommunikation güterwirtschaftlicher Dispositionen. Es ist nicht nur Tauschmittel, sondern Vermögen und Kapital. Als solches verleiht es Macht und Einfluss, ist Objekt der Begierde, es ist nicht nur Mittel, sondern Zweck des Handelns. Eine kapitalistische Wirtschaft folgt nicht nur der Logik eines geldvermittelten Gütertausches, sondern der Gütertausch ist seinerseits lediglich ein funktionales Zwischenspiel in einem selbstreferenziellen Prozess der Geldvermehrung.« (Deutschmann 2002: 57)

»Unendlich viel« Geld ist in der Mentalität der neuen Ökonomie zum Medium von Konkurrenz und Durchsetzung und zum Maßstab des Erfolgs geworden. Indem diese so freigesetzte Gier nach Geld nicht mehr sozial rückgebunden ist, vielmehr einer verselbstständigten digitalen Akkumulationslogik folgt, muss eine sozial motivierte Kritik an dieser Grenzenlosigkeit des neuen Reichtums und seiner Verdichtung stumpf bleiben. Reichtum suggeriert Nichtangewiesenheit auf das Soziale, denunziert das Sozialpolitische Prinzip als Ideologie.

Schon Werner Sombart stellte Anfang des 20. Jahrhunderts fest: »Sicher ist zwischen den Ärmsten und den Reichsten heute ein größerer Abstand als

damals, nicht etwa weil die Ärmsten ärmer geworden wären, sie sind vielmehr weniger arm, sondern weil die Reichsten um so viel rascher an Reichtum gewachsen sind.« (Sombart 1902: 503) Später ging man in Deutschland eher davon aus, dass die sozialpolitisch-sozialstaatliche Zähmung des Kapitalismus die Reichtumsfrage und damit einen eigenen Reichtumsdiskurs erledigt habe. Zumal die Unternehmer selbst sich in der öffentlichen Präsentation entsprechend »vornehm« zurückhielten und später – in den 1950er und 1960er Jahren – höchstens die »Neureichen« als Emporkömmlinge ohne Stil eine öffentliche Rolle spielten. Diese aber waren weniger in den Reichtums- und Machtkartellen des Kapitals verankert, sondern stellten sich als »Konsummillionäre« dar, deren Aufstieg in den bunten Blättern der damaligen Zeit begleitet wurde. Sie waren im Gegenteil eher ein Indiz für die bei uns herrschende »Gewissheit« von der gesellschaftspolitischen Zähmung des Reichtums, und entsprechend schrill war die Art und Weise, wie mit diesen »aus der Art geschlagenen« Reichen, den Müßiggängern des Kapitals, öffentlich umgegangen wurde. Ebenso die »unproduktiven Erben«: Prototypen dafür waren zum Beispiel die Millionenerben Arndt von Bohlen und Hallbach (Krupp) und Gunter Sachs, die als Playboys meist an der Riviera und dort in den sie umgebenden »Schmarotzerszenen« ihre öffentliche Zurschaustellung betrieben. Sie waren die Projektionsmagneten der breiten Massen. Man konnte sie gleichermaßen bewundern wie verachten. Bewundern, wie sie die geheimen Sehnsüchte der Massen jenseits materieller und monetärer Grenzen ausleben konnten, verachten, weil es eben »unproduktive Reiche« waren, die ein entsprechendes Stigma trugen. Der Mittelstand ergötzte sich an ihnen, weil sie ihn gleichsam moralisch erhöhten, vielleicht sogar weil man – aus sicher geglaubter Wohlstandswarte – es gerade als einen Ausdruck für Stabilität ansah, dass sich die Wirtschaftswundergesellschaft solche Orchideen leisten konnte, ohne in die soziale Schieflage zu geraten. Die Existenz dieser »unproduktiven Reichen« der damaligen Zeit hat deshalb auch nie zu einem antikapitalistischen bzw. sozialkritischen Reichtumsdiskurs geführt.

Im heutigen digitalen Kapitalismus aber ist eine qualitativ neue sozialökonomische Konstellation entstanden. Das spekulative Finanzkapital hat in der Dynamik der Globalisierung seine Eigenkraft und Eigenmacht erhalten und entfaltet. Es hat seinen eigenen globalen Markt, entwickelt eine entsprechende ökonomische Macht im nun weltweiten Investitionsspiel und lenkt die Ströme der multinationalen Kapital- und Unternehmenskonzentrationen. Dabei entfaltet es seine spezifische Akkumulationslogik, die sich gegenüber den konkreten Wirtschaftsprozessen längst verselbstständigt hat. »Plötzlich« tritt Reichtum als weltweit operierender ökonomischer und politischer Machtfaktor hervor, löst sich aus seinen sozialstaatlichen und normativ-kulturellen Fesseln und beansprucht in der »Sachlogik« des neuen Kapitalismus – zirkulierendes und grenzenlos verfügbares Kapital als die die Arbeit übertrumpfende Produk-

tivkraft – seine uneingeschränkte Geltung. Dabei entwickelt sich eine sozialpolitische und psychologische Brisanz, die das sozialstaatliche Gleichgewicht, in das Reichtum bisher eingebunden war, dramatisch zu gefährden droht. Die Sombartsche Formel, wonach der Reichtum – auch wenn er mit der industriekapitalistischen Modernisierung überproportional wächst – sich letztlich darin legitimiere, dass er im Kontext der Vermehrung der Produktivität und der damit einhergehenden Hebung des Wohlstands aller doch eine sozialintegrative Funktion habe, ist brüchig geworden. Indem die Kapitalakkumulation die technologischen Rationalisierungsprozesse beschleunigt und Produktivität auf Kosten der Arbeit erhöht, wachsen die Kapitalgewinne, ohne dass eine entsprechende gleichgewichtige Vermehrung und Hebung der Arbeit damit einhergeht. Die »Shareholder-Mentalität« zeigt dann auch ihre entsprechenden Züge: Rationalisierungsmeldungen, die in den betreffenden Unternehmen Arbeitsplätze freisetzen und – sozialstaatlich gesehen – strukturelle Massenarbeitslosigkeit verstetigen, werden in der Welt der Aktionäre und Börsianer nicht als Problem, sondern im Gegenteil als Erfolgsbotschaften gehandelt. Gleichzeitig wächst die reine Geldakkumulation zum zentralen Spiel dieses weltweiten digitalen Marktes und legitimiert sich aus einer eigenen Sachlogik. Geldgewinn ist vielerorts zum absoluten Ziel des Wirtschaftens geworden. Egal was produziert wird, wie und für wen, Hauptsache, es bringt Gewinn. Schon Georg Simmel hatte in seiner »Philosophie des Geldes« (1904) die These aufgestellt, dass das Geld – neben der Macht und so auch mit ihr verbunden – *das* Medium ist, das vor allem dann keinen Sättigungsgrenzen unterworfen ist, wenn es abstrakt wird, wenn es schließlich sozial entbettet ist. Dieser Zustand ist heute über den zweiten weltweiten Markt, den digitalen Kapitalmarkt, erreicht. »Unendlich viel« Geld verdienen ist in der Mentalität der neuen Ökonomie zum Medium von Konkurrenz und Durchsetzung und zum Endzweck der biografischen Erfüllung geworden. Indem diese strukturell freigesetzte Gier nach Geld nicht mehr sozial rückgebunden ist, sondern einer digitalen Akkumulationslogik folgt, muss eine sozial eingebettete Kritik an der Grenzenlosigkeit dieses Reichtums und seiner Verdichtung zu unüberschaubaren Machtkonstellationen stumpf bleiben. Sie scheint nicht mehr sozial transformierbar, wird eher als »Sozialneid« psychologisiert und ist damit dem sozialen Konflikt entzogen.

Auch wenn Superreiche Stiftungen finanzieren und Wohltätigkeitsfonds organisieren, so agieren sie nicht sozialpolitisch, sondern im privaten Belieben, auch wenn sie es sozialethisch legitimieren. Ihr Status der Nichtangewiesenheit nimmt sie aus der sozialpolitischen Dialektik heraus, sie stehen nicht unter dem Druck, an den kapitalistischen Strukturen etwas zu ändern, ihre Wohltätigkeit generiert keine sozialen Rechte für die mit Wohltätigkeit Bedachten. Die Akkumulationslogik ihres Reichtums ist gegenüber Nachhaltigkeit indifferent, mit allem kann spekuliert werden, ob das nun Nahrungs-

mittel, Güter des »gemeinen Eigenen« oder soziale Infrastrukturgüter sind. Deshalb ist die Begrenzung des Reichtums nicht nur eine Verteilungsfrage, sondern auch eine Frage sozialer Nachhaltigkeit.

Die zweite Konfliktsphäre der Nachhaltigkeit, der Konflikt zwischen Entbettung und sozialer Bindung, kann in den Bezügen »soziale Verantwortung« und »soziale Verantwortungslosigkeit« thematisiert werden. Im globalen Eigenleben des Geldkapitals hat sich eine strukturelle Verantwortungslosigkeit des digitalen Kapitalismus entwickelt. Hans Jonas hat in seinem »Prinzip Verantwortung« (1979) darauf insistiert, dass sich das Gebot globaler Verantwortung auf die »Pflicht der Menschheit zur Existenz« und ihrer Wahrung beziehen müsse. Damit konstituiert er einen moralischen Metabezug globaler gegenseitiger Angewiesenheit, in den alle ethnischen und sozialen Gruppierungen eingeschlossen sind und der damit die traditionelle Konflikt- und Angewiesenheits-Konstellation des Sozialpolitischen Prinzips zugleich bestätigt wie übersteigt.

Empirisch finden wir diesen Bezug in zahlreichen, meist unverbindlichen Programmatiken aus Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Deshalb müssen wir eine Analyseebene tiefer gehen und fragen, wie es mit der sozialen Verantwortungsbereitschaft von Unternehmen und Konzernen in Bezug auf regionale, nationale, aber auch internationale soziale Probleme wirklich steht. In ihrer empirisch rückgebundenen Analyse zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wirtschaftseliten haben Peter Imbusch und Dieter Rucht (2007) gezeigt, dass die Führungskräfte kleiner und mittlerer Unternehmen sich mehr als Großunternehmen und Konzerne verbindlich zu einer solchen sozialen Verantwortung bekennen und entsprechende Projekte fördern. Das verweist darauf, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen regionaler Bindung und sozialer Verantwortung und zwischen globaler Entbettung und Verantwortungslosigkeit gibt. Eliten aus den global agierenden Konzernen neigen danach eher dazu, soziale Verantwortung auf freiwillige und private Basis zu stellen. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn sich viel von ihnen nichts dabei denken, wenn sie einerseits vollmundige Bekenntnisse zur Corporate Social Responsibility abgeben und andererseits in ihren Konzernen Massenentlassungen ökonomisch rechtfertigen. Es sind ja für sie zwei voneinander getrennte Welten. So lassen sich neoliberale und wohlfahrtliche Haltung durchaus – gleichsam als Module – miteinander verbinden.

Hier macht sich wieder – so auch Imbusch und Rucht – jenes privatistische Verantwortungsmodell breit, wie wir es aus dem US-amerikanischen Kapitalismus kennen: »*success and benefits*«. Jene, die es geschafft haben, haben traditionell eine gewisse Verantwortung für die anderen, müssen freiwillig etwas für sie abgeben. Und jene, die »*havenots*«, die etwas davon bekommen sollen, haben sich dieser Gewährung dankbar zu erweisen. Es sind die global agierenden sozialen Bewegungen, die diese Privatisierung der sozialen (und öko-

logischen) Verantwortung aufbrechen und die Verbindung zur menschlichen Existenz- und Überlebensfrage im Sinne von Jonas herstellen. Durch die sozialen Bewegungen erhält die moralische Figur »Verantwortung« ihre soziale Gestalt, über sie wird die zugrunde liegende sozialpolitische Konfliktstruktur sichtbar und thematisierbar.

Das Soziale als eigenwirksame Produktivkraft

Dass gerade die »Sozialbindung der Wirtschaftsordnung [...] Wachstumsperspektiven eröffnet« hat (Lutz 1982: 342), war in den 1960er und 1970er Jahren im westdeutschen Gesellschaftsdiskurs überwiegend Konsens. Noch in den 1990er Jahren, als das Sozialstaatsmodell im Krisendiskurs zu versinken drohte, insistierte der ehemalige Sozialminister Herbert Ehrenberg (1995) darauf, dass »ohne den Produktionsfaktor Sozialstaat keine stabile Wirtschaft« möglich sei. In einer sozialstatistischen Beweisführung zeigte er auf, dass die Durchsetzung sozialer Forderungen gegen die Profitinteressen der Unternehmen nicht nur zu sozialintegrativen Effekten, sondern auch zu ökonomischen Wachstumseffekten geführt habe. Wenn wir nun in unserem Zusammenhang den Begriff des »Sozialen als Produktivkraft« in einem erweiternden gesellschaftlichen Sinne gebrauchen, so meinen wir wieder die dialektische Kraft des Sozialpolitischen Prinzips, die eine ökonomisch-sozial ausbalancierte gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht.

Inzwischen scheint der Sozialpolitik-Diskurs nicht nur in Deutschland den Pfad einer solchermaßen eigenwirksamen Sozialpolitik verlassen zu haben. Man sieht die neuere Sozialpolitik eingebunden in die Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik im Spannungsfeld der Globalisierung (vgl. Evers/Heinze 2008). Die damit verbundenen Marktprinzipien des Wettbewerbs und der Effizienz sollen auch die sozialpolitische Sphäre durchdringen und haben inzwischen auch die Schwelle zur Sozialpolitik überschritten. Nur eine in diesem Sinne *investive* Sozialpolitik könnte den Anschluss an die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im Zeitalter der Globalisierung sichern und den Sozialstaat von dem Ruch des »Standortrisikos« im internationalen Wettbewerb befreien. Nun hatte auch schon der Diskurs um die sozialstaatliche Sozialpolitik der 1970er Jahre in Deutschland das Leitbild einer Politik der Sozialinvestitionen, sah die Gestaltung des Sozialen gleichsam als Produktivkraft einer modernen demokratischen Industriegesellschaft. Damals sollten die entsprechenden Gestaltungsprinzipien vom sozialen Sektor selbst ausgehen, heute werden sie zunehmend von der Ökonomie bestimmt, »Tendenzen der Vermarktlichung« haben längst Einzug gehalten (Trampusch 2008: 172). Die diesbezüglichen Befürchtungen lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: Eine so verstandene »investive« Sozialpolitik könne zur »Handlangerin

der Wirtschaftspolitik werden, die in ihrer liberalen Ideologie sich nicht für soziale Fragen öffnet; damit nur einseitig auf Investitionen in Humankapital ausgerichtet ist und psychosoziale Risiken der Selbstverantwortlichkeit der Betroffenen überlässt.« (Evers 2008: 230)

Eine so *einseitig* ökonomisch orientierte investive Sozialpolitik blendet die Probleme sozialer Integration weitgehend aus. Diese Kritik wird so auch im angelsächsischen Sozialdiskurs forciert (vgl. Jordan 2006). Gerade deshalb ist es wichtig, historisch und aktuell zu zeigen, dass die moderne sozialstaatliche Sozialpolitik aus diesem Spannungsverhältnis zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen entstanden ist und sich in diesem Spannungsverhältnis auch weiterentwickeln wird. Deshalb ist es auch oberflächlich, einfach von der »Ökonomisierung der Sozialpolitik« zu sprechen, da damit nicht deutlich wird, dass es sich hierbei um eine massive Störung der sozalpolitischen Balance handelt. Es gehört zu den historischen Erfahrungen in der Sozialpolitik, dass es den Ökonomisierungsdruck immer wieder – unterschiedlich stark je nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – gab, obwohl er heute angesichts einer globalisierten Ökonomie übermächtig erscheint. Aber die internationalen Finanzkrisen der 2010er Jahre zeigen doch, dass eine integrationsorientiere Sozialpolitik als Barriere und Gegenwehr gebraucht wird: »Mit der Globalisierung steigt […] die Nachfrage nach der Ordnungsleistung von Gesellschaft wieder an – sowohl was die Arbeitsteilung als auch Sozialstruktur und Soziokultur betrifft.« (Schwengel 2011: 334)

Dem Ökonomisierungsdruck war die Sozialpolitik in ihrer Entwicklung – eben vor dem Hintergrund des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit, Kapitalismus und sozialer Idee – also schon immer ausgesetzt, die sozialpolitische Balance war nie richtig gesichert. Heute scheint sie fast aus den Fugen geraten zu sein. Die Parole »Wirtschaftspolitik schlägt Sozialpolitik« (Wasner 2008) hat längst die Runde gemacht. Dennoch haben gerade die letzten Jahre gezeigt, wie gesellschaftlich existenziell die sozialstaatliche Sozialpolitik als Barriere und Ausgleichsmechanismus ist. Sie kann aber angesichts der gegenwärtigen Dominanz einer international getriebenen Wirtschaftspolitik nur reaktiv und nicht sozial gestaltend wirken. Deshalb ist es aber umso notwendiger, im Sinne eines dialektischen Verständnis des Sozialpolitischen auf jene – wenn auch zur Zeit verschütteten – sozialen Entwicklungsmöglichkeiten zu setzen, die auch in Zukunft aus der Logik des Sozialpolitischen Prinzips heraus freigesetzt werden. Aber auch von den Menschen wird es Druck geben. Es ist in der sozialstaatskritischen Literatur häufig übergangen worden, dass – vor allem in Deutschland – das wohlfahrtsstaatliche Sicherungssystem eine hohe Akzeptanz aufweist, auch wenn die Akzeptanz der Sozialhilfe niedriger ist als die der Kranken- und Altersversicherung (vgl. dazu Ullrich 2005).

Wenn wir dem Konzept der investiven Sozialpolitik den Ansatz des Sozialen als eigenwirksame Produktivkraft diskursiv entgegenhalten, so lautet die Hypo-

these: Stabiles und darin sozial ausgeglichenes Wachstum braucht soziale Stabilität. Soziale Integration gehört damit weiter zu den ökonomisch relevanten Produktionsfaktoren, aber eben in der kritischen Spannung zur Ökonomie. Als Argumentationshilfe für diesen Anspruch scheint uns das »Kondratieff-Modell« immer noch am geeignetsten: Lang anhaltende Konjunkturzyklen und Wachstumswellen werden in den Begriff der »Kondratieff-Wellen« gefasst. Solche gleichsam epochalen gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklungsphasen entstehen aus jenem konfliktreichen Zusammenspiel ökonomischer, sozialer und politischer Faktoren, aus dem heraus sich auch die Sozialpolitik entwickelt hat. Wenn sich die jeweils alte Wachstumskonstellation erschöpft hat und eine neue Welle noch nicht sichtbar ist, müssen vor allem auch die staatlichen Regulationssysteme Bedingungen für neue Wachstumsschübe schaffen und diese entsprechend industriepolitisch wie sozialpolitisch flankieren (vgl. dazu Nefiodow 1996). Seit einiger Zeit befinden wir uns wohl bereits hinter dem Scheitelpunkt der fünften Kondratieff-Welle, deren Entwicklung durch die mikroelektronische Informations- und Biotechnik, durch Rationalisierung und Globalisierung, aber auch durch massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften und wachsende weltweite soziale Ungleichheit bestimmt ist. Die wohlfahrtsstaatlichen Regulationssysteme haben sich dabei zunehmend auf die Standortattraktivität und internationale Konkurrenzfähigkeit ihrer Ökonomien konzentriert und die Regulationsaufgabe sozialer Integration auf Grundsicherungen beschränkt. Das soziale Gleichgewicht, das Voraussetzung für eine störungsfreie gesellschaftliche Transformation des technologisch-ökonomischen Wachstums ist, scheint längst – wenn man es europäisch und darüber hinaus betrachtet – gefährdet. Die weltweiten Probleme sozialer Desintegration, Ausgrenzung, sozialer Ungleichheit und Migration und die Verschärfung des Arm-Reich-Gegensatzes lassen schon mitten im fünften Kondratieff erkennen, dass der sechste Kondratieff einer der *sozialen* Investitionen werden muss, damit die soziale Balance zur ökonomisch-technologischen Globalisierung hergestellt werden kann, will der globalisierte Kapitalismus nicht seine sozialen Grundlagen und damit sich selbst gefährden. Massenhafte soziale Desintegration ist auf Dauer ein wachstumsgefährdender Faktor.

»Für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft fehlt es vor allem an psychosozialer Gesundheit. Die größte Wachstumsbarriere am Ende des fünften Kondratieff sind die hohen Kosten der sozialen Entropie – Angst, Mobbing, Aggressionen, Frust, Drogen, Kriminalität – also seelische und soziale Störungen und Erkrankungen und ihre Folgen. Das Volumen, das durch psychosoziale Informationen und Innovationen mobilisiert werden kann, ist um ein Mehrfaches größer als das der anderen Kandidaten.« (Nefiodow 1996: 136)

Mit den »anderen Kandidaten« sind dabei die Biotechnologie, der Umweltschutz, aber auch die erneuerbaren Energien gemeint. Dabei ist die angestrebte Verbindung zwischen Biotechnologie und sozialer Verhaltensregulation brisant. An ihr entscheidet sich, ob die erwähnten psychosozialen Risikobereiche ökonomisch oder sozial definiert werden. Im Juni 2000 sollte der sechste Kondratieff – mit der Verschmelzung von Bio- und Informationstechnologie – als Basisinnovation vorab medial eingeläutet werden. Nicht umsonst stand in diesem denkwürdigen Fernsehauftritt neben dem US-Präsidenten auch der kommerziell orientierte Investor der Genomforschung. Denn nach der Logik des Kondratieff wird diese Basisinnovation in alle Bereiche des Technologischen, Ökonomischen, Sozialen und Kulturellen ausstrahlen, also gesellschaftlich umfassend wirksam sein. An diesem Szenario der totalen Ökonomisierung des biotechnologisch Machbaren ist die Tragweite dieser ›genetischen Revolution‹ zu thematisieren. Angesichts der Zwangsläufigkeit der ökonomischen Logik erscheinen die naheliegend positiven Effekte des Genomprojektes, die Aussichten auf die Heilung von bisher als unheilbar geltenden Krankheiten, auf die Möglichkeit des Nachbaus von Organen und die deutliche Verlängerung der Lebenszeit des Menschen nahezu als Feigenblätter. Auch nicht die alchimistischen Träume von einer genetischen Veredelung des Menschen, denen nun abrupt der Charme der Science-Fiction genommen ist, werden die Diskurse um den Menschen im sechsten Kondratieff steuern. Denn nicht das Machbare allein ist in diesem Zusammenhang das Maß aller Dinge, sondern die unbegrenzten Möglichkeiten der Ökonomisierung des Machbaren. Die entsprechende ökonomische Verwertungsperspektive kann man sich in diesem Zusammenhang zweistufig vorstellen. In der ersten Stufe des sechsten Kondratieff werden die psychosozialen Belastungen und sozialen Desintegrationserscheinungen nicht länger als soziale Probleme definiert und nach entsprechenden sozialen und sozialpolitischen Interventionsmodellen gesucht, sondern sie können nun – weil gentechnologisch fundierte Gegenstrategien in Aussicht stehen – zu technologisch handhabaren Störungen des ökonomischen Wachstumsprozesses umdefiniert werden.

Die »Technologielücke Mensch« (vgl. Luhmann/Schorr 1982), die aus dem Eigensinn des Menschen entspringt und die den ökonomischen Wachstumsprozess seit Beginn der industriekapitalistischen Modernisierung ›stört‹, soll nun endlich geschlossen werden. Die zweite Stufe des biotechnologisch gespeisten Ökonomisierungsprozesses könnte sich dann dahingehend ausbilden, dass der Mensch selbst und direkt ökonomisch verwertet wird. Dies beinhaltet mehr, als es der Marxsche Entfremdungsbegriff ausgesagt und die Fordsche Vorstellung vom allseitigen Konsumenten beinhaltet hat: Die höchste Stufe des kapitalistischen Verwertungsdrangs, die Einheit von Produkt und Mensch, die Materialisierung des Menschen als Ware, scheint erreicht. Das ›Eigensinnige‹ des Menschen, das – in seiner ganzen Ambivalenz von bedrohlichen Risiken

und Gestaltungschancen – die Entwicklung des sozialen Zusammenlebens bisher bestimmt hat, scheint nun aufgehoben, weil biotechnologisch steuerbar zu sein: »Die Sonderung von Menschen nach ihrer genetischen Ausstattung stellt eine fundamentale Gewichtsverlagerung in der gesellschaftlichen und politischen Machtausübung dar. In einer Gesellschaft, in der die Menschen nach ihrem Genotyp stereotypisiert werden können, nimmt institutionelle Macht jeder Art unweigerlich zu. Gleichzeitig wird auch [...] die wachsende Polarisierung der Gesellschaft in genetisch ›höherwertige‹ und genetisch ›belastete‹, wenn nicht genminderwertige Individuen und Gruppen, eine neue starke soziale Dynamik auslösen.« (Rifkin in: Süddeutsche Zeitung 147/2000: 17; vgl. auch Rifkin 2000)

Dabei ist die genetische Prognose noch gar nicht gesichert, da ihre praktische Umsetzbarkeit und Reichweite nicht geklärt ist. Dennoch sind inzwischen weltweite und medial spekulative Anwendungsdiskussionen um das Genom entstanden, die sich längst zum Diskurs verselbstständigt haben. Damit ist gemeint – wenn man den Foucaultschen Begriff des »Kontrolldiskurses« heranzieht –, dass inzwischen eine rhetorische Fassade aufklärerischer Rationalität und Plausibilität errichtet worden ist (›der Mensch enthüllt die letzten Geheimnisse der Schöpfung‹), mit der Interessen der ökonomisch-technologischen Steuerbarkeit durchgesetzt werden können, ohne dass sie thematisiert werden müssen. Nicolas Rose (2000) hat in diesem Zusammenhang von einem Plausibiltätszwang des Gen-Diskurse gesprochen. Dies war schon in der Art und Weise angelegt, in der sich seit den 1990er Jahren der Anlage-Umwelt-Diskurs, in den seit über 100 Jahren die Humanwissenschaften eingebettet sind, von der eindeutig sozialwissenschaftlichen Umweltorientierung hin zum – nun genetischen – Anlageargument gedreht hat. Dieser Drive kommt nicht allein aus dem Machbarkeits- und Erfüllungsfanatismus der Biogenetik und -technologie. Die Problematik des genetischen Diskurses liegt vor allem darin, wie er ökonomisch vorangetrieben wird; nicht so sehr der neue Mensch, als vielmehr der Startschuss für den sechsten Kondratieff wird ausgerufen. Mit machbarkeitsideologischen genomischen Prognosen werden die sozialen Grenzen der Ökonomisierung nicht nur noch weiter herausgeschoben, sondern – und dies stellt die neue Qualität der *genökonomischen* Perspektive dar – die Grenzüberschreitung wird über den und im Menschen selbst vollzogen. Der scheinbar unaufhebbare Gegensatz von Mensch und Ökonomie, von Human- und Warencharakter, welcher die gesellschaftliche Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts in Spannung gehalten hat und im Sozialpolitischen Prinzip gestalterisch vorangetrieben worden ist, droht aufgehoben zu werden. Der biotechnologisch versierte digitale Kapitalismus treibt die soziale Entbettung nicht nur technologisch voran – so das Menetekel –, sondern wird nun auch versuchen können, den Menschen immer weiter nach seinen Gesetzen

zu ›gestalten‹. Dagegen richten sich seit jener Zeit Kampagnen, die diese finale Ökonomisierung des Menschen anprangern:

»Eine Patentierung genetisch veränderter Zellen ist unrechtens, weil sie eine Ökonomisierung des Lebens und ein Eigentumsdenken von Lebendigen fördert. […] Zukunftsfähige Ethik stört den rasanten Prozess der Beschleunigung und plädiert bei Bedarf auch für Moratorien. […] Das ›Innehalten‹ und die Selbstbesinnung wie -vergewisserung historischer und transzendenter Voraussetzungen ethischer Entscheidungen müssen den Charakter des Mit-Wissens (con-scientia) in unseren Entscheidungen erhalten. Solches ›Mit-Wissen‹ heißt seit der Antike ›das Gewissen‹.« (Iserlohner Aufruf 2000)

Die Konfliktstruktur des Sozialpolitischen Prinzips scheint neu auf. Nur: Die Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit verkehrt sich. Die Menschen sind zur Erhaltung ihrer Humanität auf ein Wirtschaftssystem angewiesen, das sich durch Begrenzung modernisiert. Eine solche reflexive Ökonomie wiederum braucht den kritischen Menschen. Diese aus dem Impuls des Sozialen entspringende Kritik wird somit zum Produktionsfaktor einer *integrativen, das heißt lebensdienlichen* Wirtschaftsweise (vgl. Ulrich 2008).

Komplementär zu dieser Diskussion sehen wir die Auseinandersetzung um eine andere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in der eine neue Balance zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen gesucht wird. Es geht dabei darum aufzuzeigen, dass ökonomisches Wachstum nur deshalb möglich ist, weil es durch Sorgearbeit sozial reproduziert, also erst durch sie ermöglicht wird (s.o.). In dieser Interdependenz sind Familienarbeit und Sozialarbeit nicht nur bloße Voraussetzung der Produktion, sondern selbst Produktivkraft. Zwar ist das globalisierte wie rationalisierungsintensive Kapital nicht mehr auf qualifizierte Massenarbeit angewiesen. Damit ist auch die Reproduktionsarbeit weiter abgewertet, eher wieder privatisiert – genauso wie die Bildungsanstrengungen. Virulent geworden aber ist das wirtschafts- wie gesellschaftsgefährdende Problem der sozialen Desintegration. Und dessen kritische Reflexion und öffentliche Thematisierung kann wiederum das Tor zur Diskussion der produktiven Bedeutung des Reproduktionsbereichs und seiner sozialpolitischen Transformation öffnen.

Inzwischen, seit den 2010er Jahren, ist eine neue Zukunftsdiskussion um den technologischen Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft entbrannt, die zwar nicht explizit sozialpolitisch geführt wird, aber deutliche sozialpolitische Impulse enthält. Danach wird prognostiziert, dass die Menschen in den Industriegesellschaften der 2050er Jahre »zunehmend soziales Kapital erarbeiten […], während intelligente Technologien in der gewerblichen Arena den großen Teil – nicht alle[r] menschlicher Arbeit ersetzen werden« (Rifkin 2011: 281). Diesem massenhaften Verlust an herkömmlicher Erwerbsarbeit wird man mit einem gewandelten Verständnis von Arbeit und Beschäftigung begegnen und

die Menschen mit einem allgemeinen Grundeinkommen versehen müssen, wenn der ökonomisch notwendige Konsum und die soziale Integration für die ökonomische und soziale Stabilität erhalten bleiben solle. Von neuen sozialen Tätigkeitsfeldern wird gesprochen und damit – gemäß dem Lebenslagenansatz – von neuen kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Nicht oder wenig gesprochen wird davon, dass auch in 50 Jahren der Kapitalismus – eben seinem Wesen nach – profitorientiert sein wird, egal ob er nun in seiner dann digitalisierten Struktur monopolartig oder dezentral organisiert sein wird. Grundeinkommen und neue, kulturell und sozial eigenwertige Tätigkeitsformen werden auch weiter gegen das Kapitalinteresse durchgesetzt werden müssen. Die Grundstruktur des sozialpolitischen Konflikts bleibt erhalten.

Der regionale sozialpolitische Raum

Der Sozialstaat ist nur eine Form der Institutionalisierung des Sozialpolitischen Prinzips, aber er ist nicht das Sozialpolitische selbst. Mit diesem Rückbezug auf Heimann muss u. E. die Argumentationskette zur Zukunft des Sozialen aufgebaut werden. Indem sich das Sozialpolitische Prinzip im Koordinatensystem von Sozialstaat, Bürgergesellschaft und Neuen Sozialen Bewegungen wesentlich erweitert hat und der Sozialstaat im Globalisierungsprozess entgrenzt worden ist, muss der Ort des Sozialpolitischen Prinzips neu definiert werden. Nicht außerhalb des Sozialstaats, sondern in diesem Koordinatensystem, in dem der Sozialstaat weiter eine – wenn auch mehr vermittelnde, begleitende und darin ermöglichende – Rolle für die Konstitution des Sozialen spielt. Wir müssen also weniger institutionell-staatlich, als vielmehr stärker räumlich und darin *regional* denken. Von der sozialpolitischen Hypothese der Angewiesenheit ausgehend, wollen wir diesen regionalen sozialpolitischen Raum als wechselseitiges Geflecht von Angewiesenheiten begreifen, aus dem heraus sich die Kraft des Sozialen heute und in Zukunft thematisieren lässt.

Wir beginnen dennoch mit dem Sozialstaat. Der Kapitalismus ist auch im Zeitalter der Globalisierung auf den Sozialstaat angewiesen, weil er letztlich soziale Stabilität in den Gesellschaften braucht, um nicht selbst instabil oder gar destruiert zu werden. Was vom Sozialstaat bei allem Abbau für die Gesellschaft bleibt, ist die kollektive Hintergrundsicherheit, die er immer noch garantiert. Auf diese Hintergrundsicherheit sind alle sozialen Bewegungskoordinaten angewiesen, auch wenn sie sich gegen den Sozialstaat wenden. Wir haben gezeigt, dass sich die Bürgergesellschaft nicht ohne diese sozialpolitische Hintergrundsicherheit entfalten kann und die sozialen Bewegungen diesen Rückhalt brauchen, wenn erweiterte und anhaltende soziale Energien frei werden sollen. Auch neuere sozialpolitische Reformvorschläge, die weni-

ger auf die Staatstätigkeit, sondern ähnlich wie wir auf die Entwicklung und Belebung einer regionalen sozialen Infrastruktur setzen, bestehen auf dieser Hintergrundsicherheit, die etwa ein allgemeines, von der Erwerbsarbeit unabhängiges Grundeinkommen gewährleisten soll (vgl. Hirsch et al. 2013; Butterwege 2014).

Nun ist weiter zu fragen, wie dieses neue sozialpolitische Magnetfeld sozial erfahren werden kann und wie sich in dieser Erfahrung jene kollektive Identität und entsprechende Akteursperspektive ausbilden kann, wie sie neueren Sozialstaatskritikern vorschwebt (vgl. z.B. Lessenich 2013). Wir führen hier den Begriff des *regionalen sozialpolitischen Raums* ein, das heißt wir versuchen, das Spannungsfeld Ökonomie – Sozialstaat – Bürgergesellschaft – soziale Bewegungen zu verräumlichen, gleichsam in einen Aneignungs-Zusammenhang zu bringen und damit erfahrbar und darin politisch aktivierbar zu machen. Wir gehen dabei davon aus, dass sich soziale Konflikte umso mehr in lokale und regionale Räume verlagern und dort befriedet werden sollen, je schwächer die politische Gestaltungsmacht des Sozialstaates ist. In dem von uns gemeinten regionalen sozialpolitischen Raum hingegen sollen soziale Konflikte in dem Sinne sozial produktiv ausgetragen werden können, dass sich aus ihnen heraus Initiativen und Projekte bilden, die das Soziale in seiner Eigenkraft neu beleben und zu kollektive Identitäten führen, die sich auch gegenüber dem Sozialstaat sozialpolitisch verständigen können. Der Sozialstaat fördert die Entwicklung solcher regionaler sozialpolitischer Räume durch eine entsprechende Modellpolitik. Damit begibt er sich selbst in politische Risikozonen.

Wir wollen im Folgenden einmal einen solchen regionalen sozialpolitischen Raum als Möglichkeitsraum am Beispiel der Entwicklungen der 1970er Jahre in Westdeutschland beschreiben. Nicht, weil wir glauben, wir könnten diese Zeit zurückholen. Es ist aber die Zeit, aus der man immer noch die Struktur- und Bewegungsmuster, wie sie sich in sozialpolitischen Räumen entwickeln können, herausarbeiten kann. Was davon heute noch oder wieder geht, gilt es anschließend zu diskutieren. Es war die Zeit, in der der Sozialstaat aus seinem institutionellen Gehäuse hervorkam und das politische Risiko einging, aus seinem eingefahrenen gesellschaftlich-ökonomischen Befriedungsmanagement herauszutreten. Natürlich wurde er durch die Menschen – vor allem durch die Protestgenerationen der 1968er und Nach-68er-Bewegungen – herausgelockt, gleichzeitig aber musste sich der Sozialstaat in Richtung des gesellschaftlichen Experiments und Konflikts öffnen, da dem Druck zur gesellschaftlichen Modernisierung nicht mehr auszuweichen war. Die durchaus bürgergesellschaftlichen Bewegungen der damaligen Zeit, die zuvor in die Sozialstaatskompromisse eingeschlossen waren, brachen auf und entfalteten sich in der sozialstaatlichen Sphäre – aber eben nicht gegen den Sozialstaat, sondern ihn auffordernd: zuerst die neuen Jugendbewegungen, später die neue Frauenbewegung. Beide wurden

und werden bezeichnenderweise auch als politische Selbstbildungsprozesse gehandelt.

Die Studenten-, Schüler-, Jugendzentrums- und Lehrlingsbewegungen der späten 1960er und 1970er Jahre hatten alle Züge eines bürgerschaftlichen Projektes. Im Mittelpunkt ihrer Programmatiken und ihrer Praxis stand immer die Idee, die Erlangung der eigenen Autonomie mit der Verantwortung für andere – sei es in der eigenen Gesellschaft oder in der Dritten Welt – zu verbinden. Sie bevölkerten, wie in anderen westeuropäischen Ländern der damaligen Zeit auch, zuerst die Straße, später aber – und hier kommt wieder die deutsche Besonderheit ins Spiel – die Orte der sozialstaatlich geförderten Modellprojekte. Exemplarische Beispiele waren die zentralen und regionalen Bildungsstätten, von denen aus Kampagnen und Aktionen gestartet wurden, die demokratische Gemeinsamkeit in der Vertretung der Interessen von Jugendlichen und sozial Benachteiligten erzeugen, die Politik aus ihren institutionellen Gehäusen herauslocken und den Konflikt als gesellschaftliche Bewegungsform austesten sollten. Diese Aktionen und Kampagnen wurden immer wieder gebündelt, strukturiert, reflektiert, bekamen Bildungscharakter. Die aktivistischen Gruppen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen versuchten, eigene Bildungsprozesse einzuleiten. Schon die kämpferische Programmatik der Studentenbewegung – die Rede vom Marsch durch die Institutionen – hatte diese Bildungsperspektive angedeutet. Dieser Bildungscharakter machte es dem Sozialstaat auch möglich, diese Bewegungen zu transformieren und letztlich zu Akteuren sozialstaatlicher Modernisierung werden zu lassen. Die »Umbildung«, Erweiterung und Demokratisierung des Sozialstaates waren dann auch Ziele, die Ende der 1970er Jahre in zahlreichen Modellprojekten in sozialstaatlicher Regie avisiert wurden.

Auch die neue Frauenbewegung der auslaufenden 1970er und der 1980er Jahre mündete in eine Vielzahl sozialstaatlich geförderter Aktions- und Bildungsprojekte. Hier können wir ebenfalls jene Grundstruktur der Spannung von Autonomie und Verantwortung für andere aufschließen, die für die bürgergesellschaftliche Perspektive konstitutiv ist. Die sozialstaatliche Kontextualisierung der feministischen Bildungs- und Selbstbildungsaktivitäten war aber genauso offensichtlich: Der weitere ökonomisch-technologische Modernisierungsschub des Kapitalismus verlangte mehr qualifiziertes Humankapital, das vom Sozialstaat mobilisiert werden musste. Der Sozialstaat wurde so auf der einen Seite offen für die Ansprüche der Frauenbewegung, er musste sich dem Geschlechterkompromiss öffnen und diesen dynamisieren und konnte dies tun, weil die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die entsprechende Beteiligung der Frauen verlangte. Die Frauenbewegung und ihre sozialstaatliche Kontextualisierung wirkten so strukturell zusammen. Die für den Fordismus typische Trennung von Produktion und Reproduktion und die damit verbundene geschlechtshierarchische Arbeitsteilung wurden nivelliert,

wenn auch strukturell nicht aufgehoben. Mit der Transformation der feministischen Bewegung in die Gleichstellungspolitik des Sozialstaates erhielt die Frauenbewegung gleichsam den Charakter einer sozialstaatlichen Bürgerinnenbewegung. Die in den 1980er Jahren entwickelten und öffentlich geförderten stadtteil- und bürgernahen Modelle der Mütterzentren, der Frauenberatung und der Mädchenarbeit wurden in der Regel von Feministinnen getragen, die dort hauptamtlich arbeiteten, sich aber auch ehrenamtlich engagierten.

Soziale Initiativen und Aktivitäten sozialstaatlich-bürgergesellschaftlichen Charakters entstanden in den 1980er Jahren auch im Rahmen der und in Spannung zur sozialstaatlichen Regional- und Stadtentwicklung. Die soziale Modernisierung der 1980er Jahre zielte nicht nur auf die Bildungsmobilisierung bisher übergangener oder benachteiligter Gruppen ab, sondern vor allem auch auf die regionale Angleichung der Lebensverhältnisse im Gesamtrahmen einer sozial und regional gleichgewichtigen Infrastrukturpolitik als Bedingung sozialökonomischen Wachstums. Diese bezog sich vor allem auf den Ausgleich des Stadt-Land-Gefälles und die Entflechtung und soziale Neustrukturierung der großstädtischen Ballungsgebiete. Gerade im kleinstädtisch-ländlichen Bereich konnte man beobachten, wie sich die Bevölkerung im Zuge innerer Migrationsbewegungen demografisch-territorial umschlug und neu zusammensetzte. Es gehört bis heute zur Typik der Regionalentwicklung im west-ostdeutschen Vergleich, dass in den westdeutschen Regionen des kleinstädtisch-ländlichen Raums nahezu die Hälfte der Bevölkerung aus Neusiedlern besteht, die in den 1980er Jahren im Zuge der Regionalentwicklungsprogramme in diese ökonomisch und sozial neu entwickelten Räume einzogen. Die traditionelle Dichotomie zwischen Stadt und Dorf löste sich entsprechend auf, die Regionen – gemeindeübergreifende sozialräumliche Gebilde zwischen Dorf und Stadt – wurden zu sozialen und kulturellen Orientierungs- und Bezugsgrößen einer zunehmend enttraditionalisierten ländlich-kleinstädtischen Bevölkerung. Es entstanden Räume für bürgerschaftliche Initiativen und Aktionen, die sich deutlich von den klassischen Formen des dörflichen ehrenamtlichen Engagements unterschieden. Während dieses in feste Traditionsformen dörflicher Kontrolle eingebunden war, pochten die Mitglieder regionaler Initiativen auf ihre Autonomie als Regionalbürgerinnen und -bürger und richteten ihr Augenmerk auf die Entwicklung gemeinsamer regionaler Interessen, welche jenseits der dörflichen Begrenzung lagen, wiewohl sie in die dörflichen Bereiche zurückwirkten. Ein Spezifikum dieser Regionalinitiativen im ländlichen Bereich mit ihren typischen sozialen und kulturellen Aktivitäten (regionale Fraueninitiativen, Kulturprojekte, Kampagnen für sozial Benachteiligte) war, dass sie regionale Öffentlichkeiten schufen, in denen Gruppen und Argumente zum Zuge kamen, die sich in den bornierten Dorföffentlichkeiten nicht entwickeln konnten. Auch diese Aktivitäten und Initiativen wurden in sozialstaatlich geförderten Bildungsprozesse transformiert. Die ländlichen

Heimvolkshochschulen und andere Bildungsstätten erlebten einen unerhörten Aufschwung, sie wurden zu Magnetpunkten regionalen bürgerlichen Engagements.

Auch im großstädtischen Bereich lassen sich in Westdeutschland in den 1970er und 1980er Jahren eine Vielzahl von stadtteilbezogenen Initiativen ausmachen, die von ihrer Grundstruktur her bürgergesellschaftlich ausgerichtet waren und es auch heute (wie im ländlich-kleinstädtischen Raum, wenn auch meist auf Interessengruppen begrenzt) noch sind. In den Großstädten waren es vor allem die Initiativen, die sich um eine sozial ausgewogene Sanierung der Altstadtviertel bemühten, die als Mieter- und Gemeinweseninitiativen in den großen Trabantenstädten versuchten, ein gemeinsames Bewohnerbewusstsein auszubilden und die psychosozialen Folgen der Heimatlosigkeit und isolierenden Verhäuslichung in den wuchernden Satellitenstädten zu durchbrechen. Die überall auftauchenden Stadtteilzeitungen und Stadtteilradios schufen Öffentlichkeiten, in denen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein Forum für eigene Gruppeninteressen fanden, sondern auch in ein Netzwerk kommunalen Engagements eingebunden wurden. Die städtischen Volkshochschulen waren zu dieser Zeit nicht nur Umschlagplätze für solche Initiativen und Aktivitäten, sondern vor allem auch Orte, in denen die Themen- und Aktionsformen aufgenommen und in eine lebensweltlich und sozialräumlich orientierte politische Bildung umgesetzt wurden. Gerade in diesen Initiativen des städtischen Bereichs – vor allem wenn sie sich gegen bürokratisierte Planungen und profitorientierte Kapitalinteressen in der Stadtsanierung richteten – zeigte sich, welche sozial aktivierende und integrierende Rolle der Konflikt als Gesellungsform spielte und dass sich in den so erzeugten Spannungsfeldern Autonomie- und Gemeinschaftsstreben gleichermaßen herausbilden konnten.

In gewissem Sinne kann man auch die Bildungsbewegungen, wie sie sich im Rahmen der sozialstaatlich geförderten Programme zur Humanisierung der Arbeitswelt und zur Mitbestimmung bildeten und um die gewerkschaftlichen Bildungsstätten kristallisierten, zu den sozialstaatlich rückgebundenen und transformierten bürgerschaftlichen Initiativformen rechnen. Denn ihr Engagement bezog sich ja nicht nur auf die betrieblichen Binnenstrukturen, sondern reichte auch in andere gesellschaftliche Sphären hinein. Auch in den Mitbestimmungskampagnen ging es ja darum, die Emanzipation des Arbeiters und Angestellten im Betrieb mit der Verantwortung für den Gesamtbetrieb, seiner regionalen Integration und sozialen Verantwortung im regionalen Umfeld zu verbinden.

Grundlegend für und rückführbar auf unseren gesamten Argumentationszusammenhang aber bleibt das Problem, dass diese sozialpolitisch-bürgergesellschaftlichen Perspektiven in dem Maße zurückgedrängt worden sind, in dem das sozialstaatliche Spannungsverhältnis in seiner früheren sozialpolitischen Dialektik nicht mehr wirkt. So wie der digitale Kapitalismus auf den Sozialstaat

einwirkt, sich ihm entzieht und gleichzeitig nutzt, sind aus den demokratischen Konflikten, welchen die neuen Jugend-, Frauen- und Regionalbewegungen den bürgerschaftlichen Antrieb gegeben haben, funktionale Module geworden, die auf jene sozialen Schlüsselkompetenzen abzielen, die die neue Ökonomie verlangt: Konfliktfähigkeit ist nun auf Flexibilisierung, Verantwortung für andere und Empathie auf Steuerung bezogen. Die Entgrenzungsprozesse haben ihr Übriges getan. Die Jugendphase ist inzwischen so sozial belastet und in der Generationenkonkurrenz, dass sie sich nicht mehr in einem gesellschaftlichen Generationenkonflikt politisieren kann. Die Frauenbewegung erscheint in der Steuerungsperspektive des Gender-Mainstreaming, die Geschlechtergleichstellung ohne Konflikt verlangt, aufzugehen. Das neue Magnetfeld der Globalisierung hat die Regionen in einen Wettbewerb treten lassen, sie sind von lokalen Gestaltungswelten zu gespaltenen Standorten geworden, die Frage, ob eine Region ökonomisch abgehängt ist oder nicht, steht vor dem inneren Gestaltungsdiskurs.

Dennoch kann man heute die damalige Entwicklung als Diskursmodell gebrauchen, ohne dass man vergangene Zeiten wieder heraufbeschwören will. Denn Initiativen und Projekte sind ja weiterhin da, aber sie sind partikular geworden, unverbunden, oft in Projektkonkurrenz zueinander. Hier macht sich die effizienzorientierte Aktivierungspolitik des Sozialstaats bemerkbar, die diese Entwicklung fördert und dadurch die Entwicklung sozialpolitischer Räume blockiert. Die europäische Förderungsinitiative »Netzwerke statt Maßnahmen« ist angesichts der nationalen Ökonomisierung des Förderungswesens verpufft. Eine Sozialpolitik, die sich sozial gestaltend und nicht nur ökonomisch investiv (s.o.) versteht, könnte sich also die Neuentwicklung sozialpolitischer Räume zum Ziel machen.

Würde das bürgergesellschaftliche Programm den Anspruch haben, sein Ziel der Stärkung von Autonomie gegen kapitalistische Verwertungslogiken durchzusetzen, dann bräuchte die Sozialpolitik soziale Konflikt- und Aushandlungsräume, die im Prozess der Vergesellschaftung des Sozialpolitischen geschaffen wurden. Denn die Menschen sollen ja nicht nur als partikulare Interessengruppen auftreten, sondern die Möglichkeit erhalten, soziales Miteinander und sozialen Konflikt in der bestehenden gesellschaftlichen Spannung zu erfahren. Es sollen also nicht nur bürgerschaftliche Ersatzleistungen für den Sozialstaat erbracht, sondern die sozialpolitische Spannung in der Gesellschaft soll – nun im Verhältnis von Bürgern, Ökonomie und Sozialstaat – neu aufgeladen werden.

Dahinter steht die Überlegung, dass es einer grundsätzlichen Neubelebung der Sozialpolitik bedarf, um eine soziale Gegenwelt und damit ein soziales Spannungsverhältnis zur Entwicklung des digitalen Kapitalismus aufzubauen. Unser Ausgangspunkt dabei ist, dass die sozialen Spannungen, wenn sie politisch nicht übergangen werden, umso intensiver im Lebensalltag der

Menschen bewältigt werden müssen, da öffentliche Räume der sozialpolitischen Thematisierung immer rarer werden. Gerade die lokalen Initiativen zur Verbesserung und Veränderung der sozialen Infrastruktur sind angesichts der gegenwärtigen sozialen Spannungen nicht von der politischen Klärung eines gemeinsamen Begriffes von Bürgergesellschaft abhängig, sondern davon, wie durch eine neue Sozialpolitisierung der Probleme der Privatisierungsdruck vom Bewältigungshandeln der Menschen genommen werden kann.

Die Versorgungsstruktur des Sozialstaats hat sich inzwischen so entwickelt, dass sie kaum mehr als Hintergrundsicherung für soziale Aktivitäten, sondern zunehmend als individuelle Endsicherung begriffen wird. Damit löst der Sozialstaat keine Gestaltungsaufforderung in der Bevölkerung mehr aus, wie das noch in den sozialstaatlichen Modellbewegungen der 1970er Jahre der Fall war. Damals stand der Sozialstaat mitten in einem Spannungsverhältnis, das der Modernisierungsdruck auf die Ökonomie *und* die soziale Sphäre der Gesellschaft auslöste. In diesem Spannungsverhältnis steht der Sozialstaat heute nicht mehr. Gleichzeitig konnten wir im Kapitel zur sozialen Nachhaltigkeit aber sehen, dass die Angewiesenheit auf die natürlichen Lebensgrundlagen eine wechselseitige ist. Deshalb ist es notwendig, den Diskurs um die Wiederbelebung des Sozialpolitischen Prinzips zu forcieren, anstatt in der einseitigen Sozialstaatskritik stecken zu bleiben. Dieser Diskurs, der die erweiterte sozialpolitische Hypothese in den Mittelpunkt stellt, sucht seine Verbündeten in allen Bereichen des sozialpolitischen Magnetfelds einschließlich der Ökologie.

Mit der qualitativen Verbindung von Bürgergesellschaft und Sozialstaat im Sinne der Aufladung eines neuen sozialpolitischen Spannungsverhältnisses rücken die Prozesse der inneren Transformation und die damit verbundene Perspektive einer *Politik der Bewältigung* in den Vordergrund der bürgerschaftlichen Neubelebung des Sozialen im digitalen Kapitalismus. Bewältigung meint Streben nach Handlungsfähigkeit in kritischen Lebenskonstellationen (vgl. Böhnisch 2016). Das kommt Anthony Giddens' Konzept einer »Politik der Lebensführung« (1997) nahe, in dem er den Versuch unternommen hat, angesichts der gesellschaftlichen Entgrenzungen und Risiken, die solche kritischen Betroffenheiten freisetzen, Politik als lebensweltliche Gestaltungspolitik neu zu denken. In dem Maße, in dem die Menschen diese Entgrenzungen selbst spüren und sich nicht mehr auf tradierte Sicherheiten verlassen können, brauche es – so Giddens – eine Politik, welche konkrete Lebensthemen direkt aufnehmen kann und sich nicht länger nur auf institutionalisierte Verfahren beruft. Er meinte damit also eine Politik, die den Menschen Entscheidungen in einer unübersichtlichen Risikogesellschaft und damit Orientierungssicherheit ermöglichen kann. Für ihn ist das »keine Politik des persönlichen Bereichs« (Giddens ebd.: 132), sondern er sieht darin die Aufforderung, eine Politik zu schaffen, die »im Kontext der gesellschaftlichen Belange und Ziele« für die In-

dividuen und Gruppen, die nun aus traditionellen Strukturen freigesetzt sind, Chancen eröffnet, an einer »Veranlassung des Geschehens« mitzuwirken, »anstatt dass ihnen die Dinge widerfahren.« (Ebd.: 36) Das Persönliche soll mit dem Gesellschaftlichen, Kollektiven neu vermittelt werden (vgl. auch Kahlert 2006). Der Begriff *Bewältigungspolitik* scheint u. E. diese Intention besser zu treffen als der Begriff »Politik der Lebensführung«, der das Kritische und Konflikthafte der Betroffenheiten im Gegensatz zum Bewältigungsbegriff nicht ausdrücken kann.

Das bedeutet vor allem, dass auch die gesellschaftlichen Bildungssysteme kollektive Strukturen ausbilden müssen und nicht weiter nur Selektionsstrukturen sein dürfen. Die Menschen sollen schon als Jugendliche erfahren, dass es sich lohnt, an sozialer Gemeinsamkeit orientiert zu sein sowie sich auf soziale Konflikte einzulassen und dass dies nachhaltigere sozialbiografische Verankerungen schafft, als der dauernde Zwang zur individuellen Positionierung im Wettbewerb um Leistungen und Erreichbarkeit. Für die Schule bedeutet diese Aufforderung, selbst auch den Gestaltungsauftrag wiederzuentdecken, eine radikale Neuverortung. Zurzeit gerät sie in Gefahr, zum nackten Selektionsapparat mit ordnungsstaatlicher Hintergrundlegitimation zu werden. Denn sie ermöglicht kaum kritische Erfahrungen im Umgang mit den Bildungs- und Verhaltensaufforderungen des digitalen Kapitalismus und der Bewältigung seiner sozialen Folgeprobleme.

Das bedeutet aber auch, dass die Schule lokal in eine »civic culture« eingebettet sein muss, die die alten Sozialverträge in der Kommune ablösen kann. Diese waren eingebettet in traditionelle Selbstverständlichkeiten, die heute zu Ideologien einer individualisierten Bürgerschaft geworden sind: Bürgersinn, Zusammenhalt, Gemeinwohl. Sie werden umso mehr beschworen, je weniger sie eingelöst sind. In der Wirklichkeit ist die kommunale Sozialwelt meist ein Apparat fachlicher Zuständigkeiten ohne bürgergetragene Sozialkultur. Jeder schaut, wie er zurechtkommt, und stellt soziale Ansprüche aus seinem Egobezirk heraus. Bildungs- und Jugendpolitik interessiert nur, wenn es um die eigenen Kinder geht, soziale Probleme sind dazu da, dass sie einem vom Leibe gehalten werden.

Ein Diskurs um neue Sozialverträge muss deshalb von der sozialpolitischen Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit ausgehen. Es geht nicht mehr darum, Bürgerinnen und Bürger für (sonst fachlich abgeschirmte) soziale Projekte »zu gewinnen« und ihnen dabei das Gefühl zu geben, sie hätten Dingen zuzustimmen, die ihnen selbst nichts bringen und Menschen zugutekommen, die sie eigentlich nichts angehen. Deshalb muss – wie dies aus der langen Geschichte von Gesellschafts- und Sozialverträgen bekannt ist – an den Integrationsperspektiven der Einzelnen angeknüpft werden: Du und deine Familie werden sich in dieser Stadt nur wohlfühlen und sozial eingebunden sein können, wenn ihr begreift, dass es euren Kindern in Kindergarten und Schule

nur dann gut geht, wenn auch etwas für die anderen Kinder und Jugendlichen getan wird. Ihr müsst begreifen, dass gleichberechtigte Lebensräume für alle die kulturelle Qualität und das soziale Wohlbefinden in der Gemeinde eher steigern als eine Ghettoisierung, die Abgrenzung, Abwehr und Angst erzeugt und in diesem Sinne regressiv auf das kommunale Klima zurückwirkt, und schließlich auch: Wenn du in unserer Stadt alt werden willst, musst du dich auch um die kommunalen Generationenbeziehungen und soziale Öffentlichkeit für alte Leute kümmern und dich auch mit anderen Bürgerinnen und Bürgern darüber verständigen können. Die kommunalen Institutionen sind in diesem diskursiven Modell nicht mehr die ersten (und bisher meist einzigen) Ansprechpartner, sondern sie erhalten nun die Funktion, solche Diskurse um neue Sozialverträge anzustoßen und Raum dafür zu geben. Ein strategischer Ort, durchaus als sozialpolitischer Möglichkeitsraum, könnte hier die Schule sein.

Wenn aber die Schule in die Civic Culture der Gemeinde eingebettet werden soll, dann muss sie auch in ihrem institutionellen Inneren eine Civic Culture, eine entsprechende Konflikt- und Vertragskultur, entwickeln können. Wir haben dargestellt, wie sich die Grundstruktur des Sozialpolitischen Prinzips im Konflikt zwischen Ökonomisierung und Humanisierung der Bildungswelt spiegelt. Dieser Konflikt bestimmt die Bildungsdiskussion schon seit längerer Zeit und spielt bei den periodisch aufbrechenden Diskursen zur Schulreform eine inzwischen wohlbekannte Rolle. Soll die Schule eher zur Anpassungsfähigkeit oder zur Konfliktfähigkeit erziehen?

»Schulen sind Lerngemeinschaften und weniger eine Polis. Schulen haben ihr eigenes Leben, aber sie sind nicht das Leben selbst; sie haben nicht wie dieses den gleichen Ernstcharakter […] und sind nicht den gleichen Macht- und Spannungsverhältnissen ausgesetzt, wie sie in den politisch-gesellschaftlichen Handlungsbereichen bestehen. Deshalb können Schulen auch keine Polis sein, aber sie sollten anstreben, demokratisch ausgerichtete Lerngemeinschaften in Richtung des Ideals der Polis zu sein.« (Aurin 1999: 175f.)

In dieser auf die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns in der Schule gemünzten schulpädagogischen Bilanz kommt die Komplexität wie die Verlegenheit in der Einstufung der Schule als politischem Ort zum Ausdruck. Zum einen versuchen die Jugendlichen, die Schule zunehmend als sozialen Raum zu betrachten und beanspruchen, ihr Leben mit seinen sozialen Problemen in die Schule hineinzutragen; ein Leben, das dem schulischen Jugendbild von Moratorium und Bedürfnisaufschub nicht mehr entspricht. Zum anderen ist die Schule ihrem Anspruch nach immer noch ein gesellschaftlich separierter Bildungsraum, der Lernen ohne direkten arbeitsgesellschaftlichen Verwertungszwang ermöglichen soll. Dennoch wirkt der bildungspolitische

Ökonomisierungsdruck (s.o.) in die Schule hinein. Die schulische Welt ist so gesehen eine politische Welt, auch wenn sie sich sträubt, eine zu sein. Die Spannung zwischen diesen beiden Wirklichkeiten macht die politische Verlegenheit der Schule aus.

Die Schulentwicklungsforschung geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass eine Demokratisierung der Schule vor allem erst einmal um der Schule willen angestrebt werden müsse. Partizipation wird in der modernen Schule vor allem auch dazu gebraucht, dass die »Akteure vor Ort« – Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern – mehr Eigenverantwortung übernehmen und damit die Steuerung schulischer Prozesse verbessern helfen. Auch herrscht darüber Konsens, dass Partizipation die Integration in und die Identifikation mit der Schule fördert. Das alles unterscheidet die Frage der Partizipation in der Schule nicht von der inzwischen geläufigen Erkenntnis der Funktionalität von Partizipation in modernen Industriebetrieben. Schwieriger wird es schon, wenn es um die Schule als Raum der Interessenartikulation und Mitbestimmung geht. Bezieht sich die Mitbestimmung nun auf die Schülerrolle oder auf die Anerkennung der Schülerinnen und Schüler als Bürgerinnen und Bürger? Auch die Frage, wie weit die Schule sich ins Gemeinwesen hinein mit Projekten öffnen kann, in denen die Schülerinnen und Schüler als Bürgerinnen und Bürger auftreten können, ist in den schulpolitischen Diskussionen durchaus kontrovers.

Bleibt die politisch-pädagogische Frage, inwieweit Schulen in der Lage sein können, den demokratischen Konflikt zum Medium ihres Erziehungsalltags zu machen. Dies bietet sich unter verschiedenen Aspekten an. Zum einen gehören Konfliktfähigkeit und Konfliktmanagement zu den Schlüsselkompetenzen, die später in Arbeit und Biografie gebraucht und in einer unübersichtlichen Sozialwelt zunehmend verlangt werden. Zum anderen ist der Konflikt ein Element der Jugendkultur, und mit dieser kommen auch Konflikte der Schule ins Haus. Deshalb müsste – wenn wir uns an den funktionalen Zusammenhang von Konflikt und Integration erinnern – der Schule daran gelegen sein, Räume zu öffnen und Verfahren zu schaffen, in denen Konflikte ausgetragen und einer demokratischen Integrationsperspektive zugeführt werden können. Dass dies auch dem Unterricht zugutekommt – z. B. in der Förderung innerschulischer kooperativer Lernformen –, soll hier nicht weiter vertieft werden. Wichtig an solchen Konfliktmodellen ist vor allem ihre sozialisierende Funktion. Das heißt, sie erzeugen nicht nur Integrationseffekte im Sinne von Identifikationen mit der Schule und Ansätze sinnstiftender Schulkultur, sondern lassen auch den Schülern bewusst werden, dass sie hier eine soziale Kompetenz über die Schule hinaus erwerben können. Für die Schule als Ort politischer Sozialisation ergibt sich deshalb erst recht die Aufforderung, den Monolith Unterricht aufzubrechen, produktiv zu entgrenzen. So wie sich in das Jugendalter der Ernstfall des Lebens vielfältig eingeschlichen hat, muss

die Schule diesem Ernstcharakter Rechnung tragen und die Jugendlichen als junge Bürgerinnen und Bürger anerkennen: Es geht längst nicht mehr nur um ein Moratorium, in dem Jugendliche von arbeitsgesellschaftlichen und bürgergesellschaftlichen Verpflichtungen entbunden und separiert sind, auch genauso um soziale Teilhabe im Sinne von zumindest schulintern kodifizierten Bürgerrechten. Dieser Ambivalenz kann sich die Schule nicht entziehen.

Von daher ist es nicht abwegig, vom »Arbeitsplatz Schule« zu sprechen und in diesem Kontext Überlegungen zur »Humanisierung der Schule« (vgl. Schirp 1993) anzustellen. Hier sind wir bei der sozialpolitischen Rahmung der Schule. In diesem Sinne wurde in den 1980er Diskursen zur Schulreform auch versucht, die Schulreformdiskussion an die Diskussion um die »Humanisierung der Arbeitswelt« anzubinden, um damit das Prinzip der institutionalisierten Gegenseitigkeit und Vertraglichkeit einbringen zu können, in das Beteiligungsrechte eingebunden sind. Ein zugleich humaner wie entwicklungsfördernder Arbeitsplatz Schule kann für die Verfechter der Humanisierung von Schule aber wiederum nur dort entstehen, wo sich die Leistungsdefinition nicht nur auf stofflich-curriculare Leistungen, sondern auch auf soziale und sozialräumliche Kompetenzen bezieht, Raum für sozialemotionale Auseinandersetzungen wie soziale Konflikte gleichermaßen gegeben ist. So kann die Schule vor allem in der Sekundarstufe II zum Forum der Entwicklung sozialer Ideen werden, die in das lokale Umfeld ausstrahlen können. Natürlich ist die Schule in ihrer institutionellen und biografischen Stellung kein Arbeitsplatz wie der Erwerbsarbeitsplatz. Ein neues institutionelles Verständnis vom Arbeitsplatz Schule und vom Schüler als Bürger erkennt aber die soziokulturelle Selbstständigkeit der Jugendlichen trotz ihres ökonomischen Abhängigkeitsstatus an und schafft somit erst die Voraussetzung dafür, dass Schülerinnen und Schüler sich als Bürgerinnen und Bürger verstehen können, indem nun ihr Leben mit der Schule so produktiv verwoben sein kann, dass sie nicht mehr zwanghaft die schulische und außerschulische Sphäre auseinanderhalten müssen.

Das neue Alter in seinen sozialpolitischen Möglichkeiten

In den letzten Jahren machen soziale Aktivitäten älterer Menschen – Seniorengenossenschaften, intergenerationale und gemeinwesenökonomische Projekte – auf sich aufmerksam. Sie demonstrieren Möglichkeiten, wie man ohne ökonomischen Druck, von dem das Alter für viele entlastet ist, soziale Räume eröffnen und darin sozialpolitische Kraft entfalten kann. Das Alter spielt in der Sozialpolitik dort eine herausragende Rolle, wo es um den großen Versorgungsbereich der Rentenpolitik geht. Das Alter in seiner sozialen Struktur und Qualität wird rentenpolitisch allerdings nur thematisiert, wo Veränderungen

für die Leistungsberechtigung und -bemessung relevant sind. So schlägt sich die Tatsache der zeitlichen Ausdehnung des Alters und die Verbesserung der Altersgesundheit in der Reform des Renteneintrittsalters nieder. Über die gesellschaftliche Rolle eines gewandelten Alters wird aber wenig diskutiert. Die Rente ist an die vorgängige Erwerbsarbeit gebunden und so steht auch diese wieder – indirekt – im Mittelpunkt. Das Alter gilt immer noch als sozialpolitische Last, aber nicht als sozialpolitische Kraft.

Schon Eduard Heimann hat einzig den Werktätigen eine aktive Rolle in der sozialpolitischen Bewegung zugebilligt. »Die Arbeiter sind es doch, die die Arbeitswelt tragen; die Sozialpolitik ist ihnen der Weg, die Arbeitswelt aus der Arbeitsidee neu zu gestalten.« (Heimann 1929: 125) Das Alter lag außerhalb der sozialpolitischen Dynamik. Es galt bis weit in das 20. Jahrhundert hinein als nichtproduktiven Restzeit des Lebens. Für die Mehrzahl der älteren Leute gab es – ausgenommen von den familialen Großelternrollen – keine sozialen Rollen mehr. Auch der bürgergesellschaftliche Diskurs misst dem Alter keine aktive Bedeutung zu.

Mit der Entgrenzung der Arbeit und der Individualisierung der Lebensverhältnisse ist nun das Alter vom Stigma der Nichtproduktivität zumindest teilweise befreit. Deshalb bietet es sich doch an, darüber nachzudenken, ob und wie man das neue Alter in das Spannungsfeld des Sozialpolitischen Prinzips einbringen kann. Wir möchten nicht gleich von einer altersbezogenen Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips sprechen, doch aber versuchen, den argumentativen Weg zu einem sozialpolitischen Möglichkeitsraum Alter zu finden. Wir stützen uns hier auf die gegenwärtige und zukünftige demografische Entwicklung in Deutschland und der EU, nach der der Anteil der älteren Bevölkerung in einer so dramatischen Weise zunehmen wird, dass die Sozialstaaten gezwungen sein werden, die gesellschaftliche Rolle des Alters verbindlich zu thematisieren. Wir sehen darin einen neuen Kontext der gegenseitigen Angewiesenheit, der erst einmal in einem vermittelten Bezug zum Sozialpolitischen Prinzip steht, da er ja nicht direkt im Konfliktfeld kapitalistische Ökonomie/soziale Idee verortet werden kann. Sozialpolitisch relevant wird es aber dann, wenn sich aus der gesellschaftlichen Rolle des Alters heraus Impulse für die soziale Idee und sozialpolitische Möglichkeitsräume entwickeln können. Dies kann unseres Erachtens deshalb geschehen, weil das Alter Struktureigenarten aufweist, die der ökonomischen Logik gegenüber konträr sind, und ältere Menschen die altersgegebene Chance haben, sich der kapitalistischen Verwertungsdynamik zu entziehen.

Biografische Erfüllung suchen und finden heute viele Menschen angesichts beruflicher Brüche und des breiten Risikos der Arbeitslosigkeit nicht mehr allein in der Arbeit, sondern in konsumtiven Lebensstilen und biografischen Projekten, die man hofft, auch noch im Alter realisieren zu können. Wenn man dazu bedenkt, dass sich in Deutschland eine breite Vorruhestands-

praxis eingependelt hat und zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr nicht einmal die Hälfte der Erwerbstätigen mehr arbeitet, kann man sich vorstellen, dass das jüngere und mittlere Alter (von 65 bis 75) zunehmend durch eine eigene Entwicklungs- und Entfaltungsdynamik gekennzeichnet ist. Das traditionelle Konzept der »Lebenszufriedenheit« (vgl. Havighurst 1963) als hingenommenes, schicksalhaftes Gleichgewicht zwischen den biologischen, psychischen und sozialen Altersumständen und der daran geknüpften Befindlichkeit reicht also für eine Bestimmung des modernen Alters längst nicht mehr aus. Natürlich gehört zum Alter weiterhin das Privileg, verlangen zu können, vom arbeitsgesellschaftlichen Stress verschont zu bleiben und sich auch sozial zurückziehen zu können. Gleichzeitig macht sich aber auch eine Tendenz zur mentalen Verjüngung bei älteren Menschen breit (vgl. Thieme 2008). Wir brauchen also ein Konzept von Lebenszufriedenheit, das die Balance von s*elbst gewähltem* Rückzug und *selbstbestimmter* Aktivität im Blick hat.

Mit dieser Argumentationsführung befinden wir uns immer noch auf der Subjektseite der Sicht auf das Alter. In der gesellschaftlich-öffentlichen Diskussion aber ist das Bild von der sozialen Rollenlosigkeit des Alters noch immer definitionsleitend, auch wenn die Altersgrenzen sozialer Rollen flexibler, die Spielräume der Lebenslage Alter offener und die Altersnormen nicht mehr so verbindlich wie früher sind (vgl. dazu Faltermaier 2014). Mit dem demografischen Wandel ist die Gesellschaft zudem gezwungen, den Diskurs über gesellschaftliche Altersrollen außerhalb der Familie – vor allem im Spektrum einer erweiterten Arbeits- und Tätigkeitsgesellschaft – zu führen.

In der modernen Gesellschaft hat es bisher an Altersbildern gefehlt, mit denen sich die alternden Menschen aktiv auseinandersetzen konnten (vgl. Schröter 2008). So war und ist es auch nicht verwunderlich, wenn alte Menschen – über ihr habituelles Rückzugsverhalten hinaus – in besonderer Weise auf sich bezogen leben und sozial oft schwer erreichbar sind. Was in der Altersliteratur als Rollenlosigkeit des Alters beklagt wird, verweist somit auf eine historische Sozialisationsweise, in der das Alter im Gegensatz zur Jugend so gut wie entwicklungslos, gleichsam stillgestellt erscheint. Inzwischen ist aber eine Kluft zwischen der kulturellen und politischen Definition und Akzeptanz des Alters und der realen Entwicklung der Lebensverhältnisse alternder Menschen in der Zweiten Moderne sichtbar geworden (vgl. Backes 2007).

Das Lebenslagenkonzept erweist sich für die sozialisationstheoretische Analyse von Altersprozessen als besonders fruchtbar (vgl. auch Backes/Clemens 2000). In seiner dynamischen Perspektive kann man zeigen, dass die gesellschaftliche Entwicklung – Entgrenzung der Arbeit, Zwang zum lebenslangen Lernen, Relativierung der Generationenverhältnisse – im Alter Bewältigungsspielräume freisetzt, in denen älter werdende Menschen wesentlich erweiterte Lebensformen entfalten können, als dies in den sozial vielfach isolierten Alterskontexten der Ersten Moderne möglich war. Voraussetzung für diese Ent-

wicklung ist, dass der gesellschaftliche Wandel des Alters eine entsprechende sozialpolitische Akzeptanz erhält. Dazu müsste Alter zu einer »gesellschaftlichen Basiskategorie« werden,

> »in ähnlich fundamentaler Bedeutung […] wie Arbeit, oder sozialer Raum oder Kommunikation oder Macht etc. Es geht hier wohlverstanden nicht nur um die empirische Variationen erzeugende Variable Lebensalter, sondern um die Fundierung der Theorie durch die Kategorie Alter überhaupt. Alter muss daher […] als soziale Dimension der Gesellschaftsstruktur und zugleich als normative und symbolische Dimension verstanden werden.« (Amann 2000: 435)

Damit könnte nicht mehr von einer alternden Gesellschaft gesprochen werden, sondern von einer Gesellschaft der Zweiten Moderne, in der das Alter in seinem demografischen Bezug als eigene Vergesellschaftungskategorie anerkannt ist und entsprechend – jenseits der Erwerbsarbeit – zum Faktor der Gestaltung von Gesellschaft wird.

Mit der gesellschaftspolitischen Anerkennung des Alters als gesellschaftsstrukturierender Kategorie wäre die Voraussetzung für einen positiven Gesellschaftsdiskurs Alter(n) geschaffen. Denn dann wäre der *Vermittlungsbezug* hin zur Gesellschaft, der im Altersdiskurs der Ersten Moderne mit der Definition des Alters als »Restzeit« weitgehend fehlte, gegeben. Mit dieser gesellschaftspolitischen Öffnung würde sich auch der Bewältigungshorizont älterer Menschen wesentlich erweitern. Die biografische Perspektive würde für viele nicht mehr nur durch die Fixierung auf die eigene lebenszeitliche Endlichkeit und die körperliche Gebrechlichkeit bestimmt sein, sondern könnte durch eine gesellschaftliche Handlungs- und Sinnperspektive entlastet und biografisch neu besetzt werden. Angesichts der Entkörperlichung der Arbeitsprozesse und der stetigen Verbesserung der Gesundheitsversorgung werden sich aber die Krankheitsbilder des Alters mehr und mehr auf den psycho-physischen Bereich der Demenzkrankheiten verschieben. Schon von daher braucht es gesellschaftliche Anerkennungs- und soziale Entfaltungsräume – auch für hochaltrige Menschen – um diesem Gefährdungstrend entgegenwirken zu können (vgl. Schröter 2008).

Das könnte auch bedeuten, dass die Kategorie der *Sorge* zur Vergesellschaftungskategorie werden und die altersspezifische Hilflosigkeit gesellschaftspolitisch und kulturell als humane Grundtatsache anerkannt werden kann. Und: Indem das starre Lebenslaufmuster von Erwerbsarbeit/Entberuflichung – als Modell einer Normalbiografie – in den Hintergrund getreten ist, steht das Alter nicht mehr so wie früher unter dem Diktat der Entberuflichung und es verbreitert sich der Kreis derer, die jenseits der Erwerbsarbeitsgesellschaft ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital und damit eigene Lebensformen entwickeln können.

Im Alter wandelt sich das Zeiterleben: Im Gegensatz zum linearen Zeitverständnis, das an das stetige und beschleunigte Wachstum und die fortschreitende Differenzierung von Produktion und Konsum gebunden ist, steht nun die zyklische Zeiterfahrung, die an der inneren Natur des Menschen, seiner Naturgebundenheit orientiert ist. Der menschliche Körper, seine psychophysischen Energien, die ihn umgebende Natur im Wechsel von Tag und Nacht und die Jahreszeiten sind zyklisch strukturiert. Der Mensch braucht die zyklische Zeiterfahrung als Zugang zur Regeneration und zur Rückbesinnung auf sich selbst. Diese zyklische Zeiterfahrung hat in der vorindustriellen Epoche den Lebensrhythmus und das Verhältnis der Lebensalter zueinander beherrscht. Die lineare Moderne hat das Zyklische entwertet, in ihrem technologischen Drang zur Naturbeherrschung überformt. Der Mensch aber ist weiter angewiesen auf diesen zyklischen Naturbezug, nicht nur um sich im Hinblick auf den Arbeitsprozess wieder fit zu machen, sondern auch, um zu sich selbst zu finden. So entsteht das verbreitete Paradox, dass wir auf zyklische Lebensgehalte von unserer menschlichen Natur her angewiesen sind, dass sich aber angesichts der kapitalistischen Ökonomie in ihrer Fixierung auf das lineare Wachstum und seine Beschleunigung eine Mentalität herausbildet, die dieses Angewiesensein auf die Natur entwertet und entöffentlicht.

Angesichts der zukünftigen demografischen Entwicklung wird dem Sozialstaat nichts anderes übrigbleiben, als eine der ökonomischen Logik gegenläufige Kultur des Alters anzuerkennen und zu fördern. Diese kann die regionalen sozialpolitischen Möglichkeitsräume beleben und erweitern. Das bedeutet aber auch, dass hier eine Konfliktzone gesellschaftlich anerkannt werden muss, in der das Sozialpolitische Prinzip und die Hypothese der gegenseitigen Angewiesenheit in ein neues Licht gerückt sind. Eine alternde Gesellschaft ist um ihrer sozialintegrativen Balance willen auf die Emanzipation und widerständige Kraft des Alters angewiesen.

Commons – die öko-soziale Seite der sozialen Idee

Wir haben an früherer Stelle argumentiert, dass die Entgrenzung der nationalen Sozialpolitik dazu geführt hat, dass die Menschen sich wieder mit existenziellen Lebensthemen konfrontiert sehen, die nicht länger in der sozialstaatliche Zone der Befriedung sozialer Probleme gehalten werden können. In dieser Erfahrung des Betroffenseins wird das Gemeinsame, das Aufeinander-Angewiesensein erkannt. Das »Gemeine Eigene« wird damit zur Schlüsselkategorie für die Formierung sozialer Interessen und die Gestaltung einer Kultur der gegenseitigen Angewiesenheit als Basis der Suche nach einer Balance zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen. Während sich im Heimannschen Modell die soziale Idee vor allem auf die Arbeit bezog, ist sie in der Di-

mension der Commons, des Gemeinen Eigenen also, so allseitig – ökologisch, sozial und kulturell – erweitert, dass sie in ihren Initiativ- und Organisationsformen regionale sozialpolitische Räume strukturieren kann.

»Commons sind das gemeinsame und kulturelle Erbe einer Gemeinschaft. Zu ihm zählen nicht nur die Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft [...] Landschaften, Artenvielfalt, sondern auch soziale Organisationsformen wie öffentliche Räume [...] Zu den kulturellen Gemeingütern zählen Bildungs-, Wissens- und Kommunikationsformen, Sprache, Riten, Traditionen etc. Gemeingüter (das ›gemeine Eigene‹) sind die materielle und immaterielle Basis des Gemeinwesens. Sie bilden die Grundlage produktiver, reproduktiver und kreativer Prozesse. Die materiellen Rahmenbedingungen der Natur wie auch deren Regenerationszyklen bestimmen wesentlich die Gemeingüter.« (Elsen 2015: 179)

Auf den ersten Blick wiederholt sich hier die Konfliktkonstellation des Heimannschen Modells: Eine kapitalistische Ökonomie, die ihr Verwertungs- und Profitinteresse auf die unmittelbaren und existenziellen Lebensgrundlagen der Menschen richtet, auf der einen, und die Menschen, die sich dagegen wehren, auf der anderen Seite. Hier ein lineares, wachstumsfixiertes, dort ein zyklisches Zeitverständnis. Nur: Die Relation der Angewiesenheit ist eine andere und damit ist auch die sozialpolitische Hypothese verschoben. Die kapitalistische Ökonomie ist erst einmal nicht – um in der Heimannschen Sprache zu bleiben – auf die gemeinwesenökonomischen Aktivitäten angewiesen. Dann aber wieder mittelbar doch, so paradox das klingen mag, denn sie kann auch von dieser sozialen Kreativität in den Regionen, in denen sie investieren, deren soziale Ressourcen sie nutzen will, profitieren. Bis dahin, dass sie hofft, diese als Ressourcen selbst vereinnahmen, kapitalisieren zu können. Das bedeutet, dass sie Zonen tolerieren muss, sozialpolitische Möglichkeitsräume, in denen auch andere Prinzipien des Wirtschaftens gelten können als die des Markt- und Profitkapitalismus. Das Sozialpolitische Prinzip wirkt hier öffnend, kollektive Spielräume freisetzend für Projekte, die den Nischencharakter früherer antikapitalistischer Initiativen überwinden und in die Region ausstrahlen können.

Dass in diesem Zusammenhang die Genossenschaftsidee wieder Fuß gefasst hat, erinnert durchaus auch an Heimanns Vorstellung von den Genossenschaften als Trägern nichtstaatlicher Sozialpolitik. Neu ist nun, das sich die soziale Idee der lokalen und regionalen gemeinwesenökonomischen Initiativen nicht im antikapitalistischen Widerstand erschöpft, sondern selbst Prinzipien des solidarischen Wirtschaftens entwickelt, die nicht nur im Kontrast zur herrschenden Ökonomie gestaltet werden, sondern auch für sich beanspruchen, für die Reform der kapitalistischen Ökonomie insgesamt Modell zu stehen; als sozial gebundene Stakeholder-Ökonomie, in der, im Gegensatz zum sozial entbetteten neoliberalen Shareholder-Modell, alle am Wirtschaftsprozess von der

Produktion bis zur Distribution Beteiligten genossenschaftliche Rechte und Pflichten übernehmen. Es entstehen gemeinwesenpolitisch formierte Gruppen, um für die kollektive Bewahrung des »Gemeinen Eigenen« zu kämpfen und lokale Beteiligungs- und Sicherungsmodelle als Schutz vor industriellen Übernahmen zu entwickeln. Im Kontrast zu den klassischen Genossenschaften, die sich aus dem Solidaritätsgehalt der Milieus herausgebildet haben, sind es heute Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht nur das gemeinsame Interesse um die Erhaltung der basalen Lebensgrundlagen zusammenführt, sondern die auch den biografischen Eigenwert genossenschaftlicher Selbsttätigkeit für sich entdecken: Dies läuft darauf hinaus,

> »dass in Genossenschaften Konsumenten eigene Lieferanten, Mieter eigene Vermieter, Kreditnehmer eigene Kreditgeber, Arbeitnehmer eigene Arbeitgeber sind. Das Identitätsprinzip ermöglicht die Ausschaltung von Marktinteressen, unmittelbare Kontrolle, selbstaktives Kundenverhalten und ein höchstes Maß an Berücksichtigung der Mitgliederinteressen. Es bietet darüber hinaus einen hervorragenden Ausgangspunkt für politische Bemühungen zur Einleitung von Selbstorganisationsprozessen in sozialpolitischen Feldern, sowohl hinsichtlich der Treffsicherheit staatlicher Mittel (keine Mitnahmeeffekte) als auch hinsichtlich der Mobilisierung von Selbsthilfebereitschaft, wodurch die staatlichen Mittel verstärkt werden.« (Elsen 2007: 44)

Solche lokalen genossenschaftlichen Kreislaufmodelle können die Spannung von bürgerschaftlicher und sozialpolitischer Perspektive lokal aktivieren und werden damit zu selbstständigen Korrelaten eines Sozialstaates, der nicht nur Anschubmittel verteilt, sondern – in soziale Anspruchsdiskurse verwickelt – wieder an seine sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten erinnert wird. Vor allem auch benachteiligte soziale Gruppen können hier ihre Zugänge und Beteiligungschancen erhalten.

Bei all diesen gemeinwesenökonomischen Konzepten fällt auf, dass sie explizit auf die Zivilgesellschaft rückbezogen werden, die Rolle des (Sozial-)Staates in diesem Zusammenhang aber oft vernachlässigen oder übergehen. Dabei sind viele dieser Projekte in der Wirklichkeit Beispiele für eine synergetische Verbindung von Gemeinwesenökonomie, Zivilgesellschaft und Staat. Wir haben im ersten Teil dieses Buches, im Kapitel zum staatlich geregelten Kapitalismus, die zentrale Rolle des Staates im Spannungsfeld der ökonomischen und sozialen Entwicklung beschrieben. Der regulierende Staat muss eine Sowohl-als-auch-Politik betreiben. Er muss sowohl die Ökonomie investiv vorantreiben als auch die soziale Integration und Partizipation der Bevölkerung fördern. So kommt er immer wieder in die strukturelle Verlegenheit, dass er einerseits die kapitalistische Ökonomie fördern, andererseits aber auch soziale Integrations- und Teilhabeprojekte unterstützen muss, auch wenn sie antikapitalistischen Zuschnitts (wie manche gemeinwesenökonomischen Initiativen) sind.

In dieser Konflikt- und Risikozone – wenn er den Konflikt annimmt – liegt die Gestaltungskraft des Staates, von der auch die Gemeinwesenökonomie profitiert. Letztlich ist es die sozialstaatliche Hintergrundsicherheit, auf die sich Bürgerinnen und Bürger verlassen können, wenn sie sich in gesellschaftlichen Konflikt- und Risikozonen engagieren. Mariana Mazuccato hat in ihrem Buch »Das Kapital des Staates« (2014) an vielen Beispielen aus der Technologieentwicklung gezeigt, wie der Staat als eigenständiger Investor auftritt, wenn es darum geht, technologische Entwicklungen in Gang zu setzen, deren Ertrag nicht abseh- und kalkulierbar ist, weshalb Markt und Unternehmen nicht in diese Risikoinvestitionen einsteigen. Ohne diese staatlichen Risikoinvestitionen wären – so Mazzucato – viele der neueren technologischen Entwicklungen (vom Internet bis zur Nanotechnologie) gar nicht denkbar.

Wenn wir diese Argumentation in ihrem logischen Gehalt auf den sozialen Bereich und die gemeinwesenökonomische Szene übertragen, dann bedeutet das, dass sich der Staat investiv in der Absicherung von Risikoprojekten engagiert, deren Risiko vor allem darin besteht, dass sie auch antikapitalistisch ausgerichtete gesellschaftliche Konflikte provozieren können. Das ist eine andere sozialinvestive Sozialpolitik als jene, die wir oben (vgl. S. 125f.) beschrieben haben. Denn sie ist nicht am Markt, sondern am Fortgang des demokratischen Prozesses und am Rebetting des Wirtschaftens orientiert. Gemeinwesenökonomische Projekte können somit als exemplarische Beispiele für die Aneignung und Strukturierung sozialpolitischer Möglichkeitsräume im Spannungsfeld von aktiver Zivilgesellschaft, ermöglichendem Sozialstaat und konfliktstarken sozialen Bewegungen gelten.

Zur sozialpolitischen Zukunft der Geschlechterfrage

Wir haben den Reproduktionsbereich und damit die Geschlechterfrage als zentral für die Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips erachtet. Inzwischen haben die erreichten Resultate der weiblichen Emanzipationsbewegungen und die Gleichstellungspolitik des Sozialstaates scheinbar zu einer »Entdramatisierung« der Geschlechterfrage geführt, so zumindest der öffentliche und mediale Tenor. Damit scheint auch die sozialpolitische Kraft des Sorgeprinzips, die schon die kapitalistische Ökonomie unterlaufen hat (s.o.), weiter geschwächt. Ob die Geschlechterfrage in Zukunft zumindest in Deutschland ihre sozialpolitische Bedeutung einbüßen oder behalten wird, wollen wir deshalb im Folgenden zu klären versuchen.

Karl Lenz und Marina Adler haben in ihrem Grundlagenwerk »Geschlechterverhältnisse/Geschlechterbeziehungen« (2010/2011) vier Szenarien zur »Geschlechterordnung der Zukunft« für unseren Kulturkreis aufgemacht (2011: 229f.). Zuerst fragen sie, was denn zu erwarten sei, wenn es mit der

Entwicklung der Gleichstellung der Geschlechter so weiterginge wie bisher. In diesem Falle, so bilanzieren sie entsprechende Prognosen, wird es noch einige Generationen dauern, bis die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen erreicht sein würde. Dabei müsse es gar nicht zu »nennenswerten konservativen Gegenströmungen« kommen. Sie gehen vielmehr davon aus, dass die gegenwärtigen ökonomischen Parameter des Wachstums und der Arbeitsplatzsicherung weiter gelten und Gleichstellungsentwicklungen immer wieder bremsen werden. Geschlechterpolitik wird sich danach also auch in Zukunft im Rahmen einer »investiven Sozialpolitik« entwickeln, in der das Soziale ökonomisch interpretiert, Familien- und Geschlechterverhältnisse unter der Perspektive der Humankapitalbildung thematisiert und die Arbeitsteilung der Geschlechter im Dreieck von Ökonomie, Staat und Familie variabel gehalten wird. In diesem Falle kann man weiterhin zwar von einer Modernisierung der Geschlechterverhältnisse, nicht aber von der Auflösung des Geschlechterkonflikts sprechen.

In einem zweiten Szenario gehen sie von derzeitigen Entwicklungen im Geschlechterdiskurs der westlichen Industriegesellschaften aus, die durchaus auf einen zukünftigen »*backlash*«, ein »Zurück zur Geschlechterpolarisierung« hindeuten würden. Vor allem unter den gebildeten erwerbstätigen Frauen und den neuen Mädchengenerationen nehme die Einstellung zu, dass die Vereinbarkeitsproblematik in den inzwischen verbreiteten Zwei-Verdiener-Familien immer komplizierter geworden, die Doppelbelastung der Frau gestiegen und die Integration des Mannes in die Familienarbeit angesichts zunehmender Intensivierung der Erwerbsarbeit nicht zu erhoffen sei. Dies steigere die Attraktivität familientraditionaler Argumente wie die der naturgegebenen Mütterlichkeit, des nötigen Anstiegs der Geburtenzahlen und der besonderen Erziehungsqualität der Familie. »Die Anzahl der Frauen, die mit ihren Kindern zuhause bleiben, ist in den letzten Jahren angestiegen; am stärksten ist dieser Anstieg unter gebildeten Frauen mit hohem Einkommenspotential.« (Lenz/Adler 2011: 232) Wieder erstarkende Tendenzen zur Geschlechterpolarisierung machen die Autoren auch im offensichtlichen Sexismus mancher männlicher Jugendkulturen aus. Aber auch in Erziehungsratgebern scheine als »Gebrauchsanweisung« durch, »die Unterschiede zwischen Männern und Frauen als zentrales Faktum in allen persönlichen Beziehungen wieder zu akzeptieren.« (Ebd.: 234)

Ein drittes Szenario stellt den Sozialstaat und seine zukünftigen geschlechterpolitischen Möglichkeiten hin zu einer Geschlechtergerechtigkeit in den Mittelpunkt. Dabei wird erkannt, dass unter den gegenwärtigen und mittelfristig zukünftigen ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen eine wie bisher nur frauenorientierte Gleichstellungspolitik zu kurz greifen wird, um Geschlechtergerechtigkeit für beide Geschlechter in allen Lebensbereichen zu erreichen.

»Das bisherige Emanzipationsmodell, das von der Benachteiligung und Diskriminierung einer Gruppe, wie z. B. Frauen oder Minderheiten ausgeht, kann nicht unmodifiziert auf historisch privilegierte Gruppen wie die Männer angewandt werden. Die Unterdrückung der Männer durch Männlichkeitsnormen ist qualitativ anders als die Unterdrückung der Frauen durch männlich konnotierte Herrschaftsstrukturen und den damit verbundenen Machtverhältnissen.« (Ebd.: 235)

Außerdem sei zu thematisieren, dass auch Frauen, wenn sie Gleichstellung wie im gegenwärtigen System erreichen können, selbst wieder unter »Maskulinitätsdruck« geraten können, männliche Leistungs- und Erfolgsnormen übernehmen müssen (ebd.: 235). Nachdem für dieses Szenario mögliche Erweiterungen des sozialstaatlichen Instrumentariums der Familien-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Quotenpolitik durchdiskutiert worden sind, kommen Lenz und Adler zu dem ernüchternden Schluss, dass ein gesellschaftspolitischer »Paradigmenwechsel« erfolgen muss. »Eine solche Politik kann weder durch eine exklusive Frauenpolitik noch durch eine Männerpolitik erreicht werden.« (Ebd.: 237)

Wenn man diese Argumentation in unserem Sinne aufschließt, wird als Erkenntnis deutlich, dass es das (männlich konnotierte) ökonomische Antriebssystem der Externalisierung ist, dass im Kapitalismus der Zweiten Moderne intensiviert wurde, Männer (und zunehmend Frauen) erfasst und in beidseitige neuartige Bewältigungsprobleme der Vereinbarkeit treibt. Insofern verwundert der Optimismus, der in den Diskursen zum Degendering in die Perspektive einer zukünftig »geschlechtsneutralen« Gesellschaft zutage tritt. Diese Perspektive steht im Mittelpunkt des vierten Szenarios: Auch das neokapitalistische System gibt in seiner Programmatik vor, jenseits sozialer und ethnischer Bindungen und jenseits von Geschlechterunterschieden zu agieren, während es in der sozialen Wirklichkeit diese aber ins Private verschiebt. Das Konzept des Degendering denkt systemisch und geht davon aus, dass soziale Systeme in der weiteren Entwicklung der Zweigeschlechtlichkeit als Ordnungsstruktur nicht mehr bedürften. Allerdings wird eingeräumt, »dass immer dann, wenn soziale Systeme ihre Mitglieder als Personen […] auffassen, ein nach Geschlechtern differenzierendes Verständnis das System ›indizieren‹ kann.« (Weinbach/Stichweh 2001: 49) Lenz/Adler kommen in der Bilanzierung dieses Ansatzes entsprechend zum Schluss, dass dieser »auf der Ebene der Geschlechterverhältnisse mit einer fortschreitenden Dethematisierung von Geschlecht« rechnet, »nicht jedoch auf der Ebene der Geschlechterbeziehungen« (Lenz/Adler 2011:. 239f.). Dass aber die Struktur der Zweigeschlechtlichkeit als demografischer und sozialer Reproduktionsform in die Familien verschoben wird und damit strukturrelevant wie bewältigungsintensiv weiter und immer neu sich ausbildet, werde in diesem historisch-methodologisch fragwürdigen Konzept unterschlagen. Es handelt sich also nicht um

eine Aufhebung der Struktur der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, sondern um eine verdeckte Strukturverschiebung. In dieser Form arbeitet das Konzept dem digitalen Kapitalismus mehr in die Hände, als es Perspektiven der Emanzipation entwickeln kann. Das Strukturproblem der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung bleibt.

Diese Szenarien beziehen sich vornehmlich auf sozial gebundene gesellschaftliche Zusammenhänge. In den sozial entbetteten Sphären des digitalen Kapitalismus herrscht weiter das Prinzip der Externalisierung, das wir oben auch als »männliches Prinzip« gekennzeichnet haben. Im Genderdiskurs wird dementsprechend die Prognose kolportiert, die Männer würden in Zukunft die sozial entbettete globalisierte Sphäre, die Frauen die sozial gebundenen Terrains dominieren. Dahinter steht die These, dass die in der Globalisierung sich verselbstständigenden transnationalen Korporationsstrukturen ein sozial entbettetes Gender-Regime aufgebaut haben, das jenseits von Rasse und Nationalität durch einen männlichen Code zusammengehalten wird. Indem der neue Männerbund der *global player* die Kultur der internationalen Beziehungen in Wirtschaft und Politik okkupiert, nistet sich hegemoniale Männlichkeit in fast allen transnationalen Organisationen ein. Männliche Hegemonie scheint sich zunehmend in die Sphären sozial entbetteter Technologie und Ökonomie zu verlagern, die sich sozialen Bindungen und gesellschaftlicher Verantwortung entziehen, sozialpolitische Angewiesenheit leugnen. Verkörpert wird diese neue hegemoniale Männlichkeit durch entsprechende Leitfiguren in den weltweit operierenden transnationalen Konzernen, Technologie- und Finanzzentren (vgl. dazu Boltanski/Chiapello 2006; Connell 2010). Damit ist aber nicht nur vordergründig gemeint, dass Frauen den Part der Nachhaltigkeit und sozialen Verantwortung spielen, Männer diese aber wieder verspielen, wenngleich damit auch geschlechterpolitische und geschlechterpädagogische Aufforderungen verbunden sind. Vielmehr tritt im Nachhaltigkeitsdiskurs die reproduktive Dimension des Sozialpolitischen neu hervor. Sorge (Care) ist nicht mehr nur auf die Reproduktion der Arbeit bezogen, sondern erhält eine weitere sozialpolitische Rahmung als Gegenkultur im Kosmos globaler Verantwortung für die Sicherung der menschlichen Existenz.

Der Eintritt der Klimafrage in den sozialpolitischen Diskurs – Die naturbezogene Erweiterung der Hypothese von der gegenseitigen Angewiesenheit

»Ausgebeutete Arbeiterinnen und Arbeiter und ein ausgebeuteter Planet gehen offensichtlich Hand in Hand. Ein destabilisiertes Klima ist, mit anderen Worten, […] der Preis des liberalisierten Kapitalismus, seine unbeabsichtigte, aber unvermeidliche Konsequenz.« (Klein 2015: 106) So wie der Kapitalismus in der Heimannschen Definition den

Menschen als Ware betrachtet und seinem Profitstreben unterordnet, so muss er dieser Logik folgend auch die Natur als Ware betrachten und ihre profitable Ausbeutung betreiben. Diesen Zusammenhang, der in seiner Konsequenz für die soziale Frage im 21. Jahrhundert noch viel zu wenig diskutiert ist, hat vor allem die US-amerikanische Sozialwissenschaftlerin Naomi Klein herausgearbeitet. Für sie hat der spät erkannte Grundkonflikt zwischen liberalkapitalistischen Marktgesetzen und Naturgesetzen eine genuin sozialpolitische Relevanz, indem die Lebensgrundlagen und -sicherheiten der Menschen auf dem Spiel stehen und sich die soziale Kluft zwischen Arm und Reich weltweit vergrößert. Allerdings ist das Problem der gegenseitigen Angewiesenheit in diesem Dreieck Ökonomie – Mensch – Natur wesentlich komplexer als im ›einfachen‹ Heimannschen Modell, in dem dieser Naturbezug noch nicht vorkommt. Denn die soziale Idee, getragen von den Menschen, ist hinsichtlich des Naturbezugs in sich gespalten, da die antikapitalistische Kraft des Klimadiskurses in dem Maße gebrochen ist, in dem sich die Leugner eines menschengemachten Klimawandels und die Warner vor der Klimakatastrophe die Waage halten.

Zudem behauptet die Kapitalfraktion, die Klimafrage über den Markt lösen zu können. Ähnlich wie damals der Fordsche Konsumkapitalismus, der den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit über die Transformation des Arbeiters zum Konsumenten aushebeln wollte, versuchen heute die Apologeten eines »grünen Kapitalismus«, den Widerspruch zwischen Markt und Ökologie zu entkräften, Ökonomie- und Umweltfrage gleichsam zu entkoppeln. Eine innovative Ökotechnik mit steigenden Energiespareffekten wirke doch so substitutiv, dass das überkommene Wachstumsmodell beibehalten, weil ökologisch modernisiert werden könne.

Die Klimakritiker bezweifeln die weltweite Machbarkeit dieser technologisch-ökonomischen Prognose innerhalb des Zeitraums, in dem die Erderwärmung ihre kritische Grenze erreichen wird. Sie weisen darauf hin, dass sich damit nichts an der kapitalistischen Profitlogik verändere, denn diese bestimme dann weiter die energiepolitischen Strategien. Deshalb fordern sie ein anderes, eben nachhaltiges und sozial ausgeglichenes Wachstum (s.o.), eine Regionalisierung der Nahrungsmittelproduktion und -distribution, eine Kapital- und Vermögensbesteuerung zur Finanzierung eines allgemeinen Grundeinkommens und die Wiederbelebung und Stärkung des öffentlichen Sektors als Sphäre des »Gemeinen Eigenen« (s.o.). Damit ist ein sozialpolitisches Bündel geschnürt, das über die Klimafrage ein neues Gewicht erhält. Im Mittelpunkt dieser sozialökologischen Vision steht der nun vom marktkapitalistischen Wachstumsstress entlastete Mensch, der dann Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfindet, unter denen er einen neuen, achtsamen Bezug zur Natur aufbauen kann.

Wenn wir von dieser Vision wieder zur politischen Wirklichkeit zurückkehren, so stoßen wir neben der Spaltung der sozialen Idee auf eine weitere

Barriere, die der Wende in der Klimapolitik entgegensteht. Es ist wieder die ökonomische Globalisierung, die die weltweite Durchsetzung des Sozialpolitischen Prinzips unterläuft. In der Argumentation Naomi Kleins spiegelt sich dementsprechend auch unsere Argumentation wider, mit der wir darauf hingewiesen haben, dass die gegenseitige Angewiesenheit von Kapital und sozialer Idee im Heimannschen Modell zwar nationalgesellschaftlich funktioniert, global aber in dem Maße gleichsam aufgelöst wird, in dem das Kapital sich seine Arbeitskraft nach seiner Profitlogik international je neu und je andernorts suchen kann:

»Dass zwischen Umweltverschmutzung und Ausbeutung der Arbeitskraft eine Verbindung besteht, war schon seit den Anfängen der industriellen Revolution klar. Aber wenn sich die Arbeiter in der Vergangenheit organisierten und höhere Löhne forderten, und wenn sich die Stadtbewohner zusammentaten und bessere Luft verlangten, waren die Unternehmen weitestgehend gezwungen, die Arbeits- und Umweltbedingungen zu verbessern. Das änderte sich mit dem Aufkommen des Freihandels: Weil buchstäblich alle Barrieren für den Kapitalfluss beseitigt wurden, konnten die Konzerne ihre Koffer packen und weiterziehen, sobald die Arbeitskosten zu steigen begannen. Aus diesem Grund verließen sie Ende der 1990er Jahre Südkorea und gingen nach China, und deshalb verabschieden sich jetzt viele aus China, wo die Löhne steigen und lassen sich in Bangladesh nieder, wo die Bezahlung erheblich schlechter ist.« (Klein 2015: 106)

Solange die Anerkennung der globalen gegenseitigen Abhängigkeit von Ökonomie, Mensch und Natur von den Nationalstaaten aus nicht international durchgesetzt werden kann, sind die global agierenden sozialen und ökologischen Bewegungen als öffentliche Foren für die internationale Thematisierung dieser Angewiesenheit so wichtig. Dennoch bleiben die nationalen Sozialstaaten im Spiel. Wir erinnern an die Mittlerfunktion des Sozialstaats zwischen Globalem und Regionalem, wie sie Richard Münch (1998) eingeführt hat. Auf die Klimathematik bezogen bedeutet das, dass der Sozialstaat die Vermittlung zwischen eigengesellschaftlicher und internationaler klimapolitischer Verantwortung zum Politikziel macht. Das heißt aber nicht nur, dass er energiepolitisch agiert, sondern auch die damit zusammenhängenden sozialpolitischen Bedingungen anerkennt und ihre Realisierung zumindest in seinem Hoheitsbereich fördert. Energiewende und sozialpolitische Wende sind nach diesem Verständnis miteinander verknüpft. Nach innen wird dem Sozialstaat gemäß Münchs Ansatz abverlangt, dass er die entsprechenden regionalen sozialpolitischen Impulse aufnimmt und fördert. Voraussetzung ist auch hier, dass die Regionen als *sozialpolitische Räume* wahrgenommen und die dort in diesem Zusammenhang auftretenden sozialen Konflikte sozialstaatlich anerkannt werden.

Entfremdung und Gestaltung – Der innere Gehalt der sozialen Idee

Die soziale Idee ist seit der Arbeiterbewegung in ihrer argumentativen Grundstruktur durch die Spannung zwischen *Entfremdung* und *Gestaltung* in der Dimension der Arbeit strukturiert. Die Aneignung von Gesellschaft und damit die Teilhabe an ihr werden demnach – in der Marxschen Grundlegung – über die Arbeit hergestellt. In dem Maße, in dem die Arbeitenden nicht in den Genuss des Wertes der Arbeit kamen, ihre Arbeitsvollzüge zudem nicht mehr für sie im Bezug zum Ganzen des Produktionsprozesses durchschaubar waren (wodurch das, was sie produzierten, von ihnen nicht bestimmt oder geändert werden konnte), wurde von der Tendenz der Entfremdung gesprochen; einer Tendenz, die der Industriekapitalismus in der Konsequenz seiner Eigentumsverfassung und dem Ausschluss der Arbeiter vom Besitz der Produktionsmittel strukturell in sich trage. Entfremdung war und ist in diesem Sinne keine individuale, sondern eine soziale, kollektiv ausgerichtete Kategorie. Nicht der Einzelne ist entfremdet, er muss ja alltäglich handlungsfähig bleiben. Entfremdung ist nur in sozialen Bezügen aufschließbar und erst so auch vom Einzelnen thematisierbar (vgl. Jaeggi 2005).

Im Marxschen Entfremdungsbegriff steht der männliche Arbeiter im Mittelpunkt. In der früheren Arbeiterbildung wurde in der Regel davon ausgegangen, dass die Frau aufgrund ihrer von der Erwerbstätigkeit des Mannes abgeleiteten Familienstellung automatisch auch in diesen Entfremdungskontext falle. Dieser umspannte als kollektiver Kontext ja nicht den Einzelstatus des Mannes, sondern seinen Sozialstatus und damit auch den Familienstatus. Erst die Frauenbewegung mit ihrer Kritik am inhumanen Charakter industriekapitalistisch verfasster Arbeit und ihren Forderungen nach gesellschaftlicher Anerkennung der Hausarbeit und der Transformation der Fürsorgeperspektive (Care) in den Zusammenhang gesellschaftlicher Arbeit hat den »alten« Entfremdungsbegriff komplexer gemacht. Die Frage nach dem *Sinn der Arbeit für den Menschen* kam so in die Entfremdungsdiskussion. Die ökologischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts schließlich sahen die Abwendung des Menschen von der Natur durch schrankenlose Ausbeutung und die Missachtung des Nachhaltigkeitsgebots als Form der Entfremdung des Menschen an. All diese drei »klassischen« unmittelbaren oder mittelbaren Zugänge zum Entfremdungsbegriff haben eine direkte oder zumindest indirekte antikapitalistische Stoßrichtung.

Historisch später als der Entfremdungsbegriff wurde von Emile Durkheim (1897) der Begriff der Anomie geprägt. Er bezieht sich auf die strukturellen Probleme der sozialen Integration und Desintegration im Gefolge der industriellen Arbeitsteilung. Mit Anomie ist ein subjektiv als regellos empfundener gesellschaftlicher Zustand gemeint, der eintreten kann, wenn die gesellschaft-

lich als erreichbar propagierten Ziele und die verfügbaren (legitimen) Mittel der Individuen, diese zu erreichen, auseinanderklaffen. Solche anomischen Konstellationen führen aber – besonders heute – nicht so ohne Weiteres zu Entfremdung. Die Konsumgesellschaft bietet genug warenästhetische Bezüge, in denen soziale Diskrepanzerfahrungen kompensiert und individuelle Teilhabe an der gesellschaftlichen Erfolgskultur in der Konsumentenrolle möglich ist.

Erich Fromm war wohl einer der Ersten, der die gesellschaftspolitische Tragweite des Konsumismus erkannte, indem er beklagte, dass der Konsum eine Suggestion der Freiheit erzeuge, über die der Mensch vergesse, was Freiheit wirklich ist:

»Die Entfremdung, wie wir sie in der modernen Gesellschaft finden, ist beinahe total. Sie durchdringt die Beziehung des Menschen zu seiner Arbeit, zu den Dingen, die er verbraucht, zu seinen Mitmenschen und sich selbst [...] Verbrauch wird zum Selbstzweck, wovon insbesondere die moderne Freizeitindustrie und Eventkultur profitiert. Er ›verschlingt‹ Sportereignisse, Filme, Zeitungen, Bücher, Vorträge, Landschaften, alles in der gleichen entfremdeten und abstrahierten Art, wie er die Waren konsumiert, die er eingekauft hat [...]. Der passive und entfremdete Mensch unterwirft sich den Angeboten der Vergnügungsindustrie und ist nicht mehr in der Lage, sich produktiv und kreativ zu verhalten. Die Folge dieser ausschließlichen Fixierung auf seine ökonomische Rolle und gesellschaftliche Funktion ist Beziehungslosigkeit und Gleichgültigkeit.« (Fromm 1960: 113ff.)

Entfremdung wird also nun als im subjektiven Empfinden des Menschen nicht mehr aktivierbarer gesellschaftlicher Zustand beschrieben, der sich im Menschen abbildet, den er aber so nicht »erkennt«. In ähnlichem Sinne entwarf Herbert Marcuse (1981) das Bild vom eindimensionalen Menschen, der seine Bedürfnisse und gesellschaftlichen Interessen nicht mehr aus der Spannung von Entfremdung und Gestaltung heraus aktiviert, sondern sich den Interessen von Produktion und Konsumtion anpasst und deren Prinzipien als eigene Bedürfnisse übernimmt.

Oskar Negt (1968/1978) hat versucht, durch die Einführung des exemplarischen Prinzips in das politische Lernen aus dieser Kosumismusfalle herauszukommen und einen Möglichkeitsraum konflikorientierten Lernens zu eröffnen. Dies sei erreichbar, wenn man politische Bildungsprozesse aus dem Individualismus der bürgerlichen Bildungsideologie herauslöse und in einem sozialen Erfahrungsraum wirken lasse, in dem das Existenzielle des eigenen sozialen Erlebens beispielhaft freigelegt und gemeinschaftlich thematisiert werden kann. Daraus können sich kollektive Lernprozesse entwickeln, in denen sich eine gemeinsame und darin gesellschaftliche Erfahrung der Spannung von Entfremdung und Gestaltung an bislang verdeckten, aber nun sozial greifbaren Bezügen aufbauen kann. Man könnte darin durchaus ein Beispiel

für einen modernen Konstruktionsprozess der sozialen Idee sehen. Negts viel diskutierter, weit über die Arbeiterbildung hinaus wirksamer Versuch, politische Bildung aus einem Spannungsverhältnis von alltäglichem Erleben und darauf beziehbarer gesellschaftlicher Thematisierung zu entwickeln, war sicher ein Produkt seiner Zeit. Der Geist der Aufklärung der 1960er Jahre, die in ihm sich formierenden sozialen Bewegungen und die sich durchsetzende kritische Theoriebildung in den universitären Erziehungs- und Sozialwissenschaften haben gleichsam nach einer Anwendung und Zusammenfügung in der pädagogischen Praxis gedrängt. »In der Interpretation von Negt tritt das exemplarische Prinzip aus zwei Schatten hervor: dem eines traditionellen bürgerlichen Bildungsideals und dem eines modernen, instrumentellen Verständnisses von Lernen.« (Nielsen 1999: 474) Es soll gelingen »die grundlegenden, oft verdrängten oder verzerrt wahrgenommenen Konflikte des Individuums als strukturelle Widersprüche der Gesellschaft zu erklären und von bloßen Symptomen zu unterscheiden.« (Negt 1968: 31) Es muss dabei aber beachtet werden, dass die sozialen Konfliktstrukturen im Erlebnis und in der tiefenpsychischen Bewältigungsdynamik des Individuums sich oft anders abbilden – verdrängt, rationalisiert, abgespalten werden –, als sie sich in der Gesellschaft objektiv entwickeln. Deshalb ist es so wichtig, dass die eigenen Erfahrungen mit den Erfahrungen, aber auch Ängsten anderer sich verbinden lassen und so soziale Gestalt annehmen können. Das Exemplarische zeigt sich also in der »Eröffnung einer Wechselseitigkeit in der Begegnung, wo wir die (potenzielle) Sozialität und Allgemeinheit unserer Alltagserfahrungen über die verschiedenen pragmatisch bestimmten Alltagssituationen und Interessen hinaus wahrnehmen und bewusster und freier entfalten und uns aneignen können.« (Nielsen 1999: 474f.) Exemplarisches Lernen ist damit soziales Lernen und bedarf deshalb eines eigenen Raums und einer eigenen Zeit der Selbstregulation und wirkt – so Negt – schon von daher antihierarchisch und mithin demokratisch; sowohl was den Lernprozess, die Wissensvermittlung, als auch die Wissensverwendung betrifft. Denn das über die gegenseitige Erfahrung nun sozial weiterentwickelte Wissen soll ja nicht im Sinne einer Leistungsbewertung qualifiziert werden, sondern sich der soziologischen Phantasie öffnen. Ein Hoffnungs- und Möglichkeitshorizont soll sich auftun können, der aus den verdeckten Wünschen des alltäglichen Lebenszusammenhanges erreichbar ist, sodass sich »antizipierte Erlebnisqualität« (ebd.: 479) bilden kann.

Negt hat sein Konzept zu einer Zeit entwickelt, in der die Arbeiterbildung sich mit der sozialpolitischen Rückendeckung gesellschaftspolitischer Programme zur Humanisierung der Arbeitswelt und im Aufwind gewerkschaftlicher Initiativen und betrieblicher Basisgruppen profilieren konnte. Der Kapitalismus schien sozial zähmbar, der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und damit die Grundspannung zwischen Entfremdung und Gestaltung wieder erfahrbar. Mit der späteren Entwicklung hin zum zunehmenden Ungleichge-

wicht zwischen Arbeit und Kapital im Zuge der Rationalisierungswellen und Globalisierungsdynamiken wurden aber die betrieblichen und außerbetrieblichen Bildungsräume enger oder ganz aufgelöst. Arbeit war und ist damit immer weniger zum erlebbaren sozialen Konflikt- und Gestaltungsraum, sondern immer mehr zum regressiven Bewältigungsraum (»Mithaltenmüssen«) geworden. In dieser »Erniedrigung der Arbeit«, die darin besteht, dass Arbeit immer verwertungsintensiver und damit ihrer »kulturschaffenden Potenz« beraubt wird (ebd: 479), ist das exemplarische Prinzip in seinen Möglichkeiten zur sozial phantasievollen Öffnung destruiert. Denn seine Qualität besteht ja gerade darin, dass es Arbeit und Kultur zusammenführt, das Vermögen der Individuen ins Gesellschaftliche hinein entwickeln und formen hilft.

Diese Wendung hin zur Entgesellschaftung und Dekulturalisierung von Arbeit hat wohl Negt letztlich veranlasst, den Adressatenkreis seines Konzeptes zu erweitern und auf »alle Abhängigen« und alle Gesellschaftsbereiche auszudehnen (Negt 1989). In diesem Sinne hat er versucht, sich in den neueren Kompetenzdiskurs einzufädeln und dabei den produktiven Umgang mit der Erfahrung von Abhängigkeit und Enteignung als Grunddimension eines nun kompetenzorientierten exemplarischen Lernens einzuführen. Darin liegt für ihn der spezifisch politische Gehalt seiner Kompetenzperspektive. Aus dieser Grunddimension heraus sollen sich ökologische Kompetenzen in der Nachhaltigkeitsperspektive, identitätsbezogene Fähigkeiten im Sinne des Mitleidenkönnens und der Solidarität, historische Kompetenzen im Hinblick auf das Verständnis der Gegenwart als Schnittpunkt von Vergangenheit und Zukunft entwickeln können. Der Zuschnitt dieses Negtschen Kompetenzspektrums zeigt, dass er eine Gegenwelt zum verwertungszentrierten und digitalisierten Kompetenzdiskurs der Ökonomie schaffen und in ihr neuen Raum für exemplarisches Lernen und soziologische Phantasie ermöglichen will. Wenn man sich die Bildungsaktivitäten neuer sozialer Bewegungen anschaut, dann sieht man Negts Verknüpfung von Exemplaritäts- und Kompetenzperspektive tendenziell verwirklicht, wobei der Erfahrungsraum eher durch Aktion als durch Bildung aufgeschlossen wird und die exemplarischen Lernprozesse sich aus den Aktionserfahrungen heraus entfalten. Im pädagogischen Alltag hingegen gibt es immer weniger solche Zonen freier und politisch zündender Exemplarität, weshalb viele wieder darauf spekulieren, diesen neuen Erfahrungsraum im Umkreis von sozialen Kampagnen und Bürgerinitiativen zu finden und sich dort zu positionieren.

Was vom Negtschen Ansatz bleibt, ist genug, um auch dem heutigen Bildungsdiskurs angesichts der Dynamik der neuen Ökonomie Impulse zu geben: Da ist die Erkenntnis, dass der Formungsprozess der Persönlichkeit zum politisch mündigen Subjekt sich nicht – wie in der deutschen Bildungstradition – aus sich heraus, begrenzt durch den individuellen Bildungshorizont entwickeln kann, sondern in sozialer Kommunikation erst geformt und seinem

politischen Bezug zugeführt werden muss. Ferner ist für uns gerade heute wieder Negts implizite Aufforderung wichtig, dass subjektive Ohnmachtsgefühle und Zukunftsunsicherheiten nicht den Mechanismen der Abspaltung, Rationalisierung bis hin zur Gewalt überlassen werden dürfen, sondern sozial darstellbar sein müssen. Politische Bildung hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, diese Darstellbarkeit zu inszenieren, in der erlebnishaltigen Kommunikation mit anderen spürbar zu machen. Hier können wir auch an die politische Psychologie Arno Gruens (1992) anknüpfen: Innere Hilflosigkeit muss nicht abgespalten werden, muss sich nicht gegen sich selbst oder gegen andere richten, wenn es gelingt, eine soziale Umgebung zu schaffen, in der Hilflosigkeit anerkannt ist und in der Perspektive des Aufeinander-Angewiesenseins positiv übersetzt werden kann.

Der historische Bogen der Entwicklung und Wandlung des Entfremdungsbegriffs von Marx über Ford, Fromm, Marcuse bis hin zu Negt zeigt uns, dass sich die Dialektik von Entfremdung und Gestaltung in den Konstellationen entfalten konnte, in denen der Kapitalismus um seiner Modernisierung willen auf das Humankapital angewiesen war und dessen *allseitige* Erweiterung hinnehmen musste. Mit dem später einsetzenden zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit, das in der gegenwärtigen Epoche der Globalisierung eine problematische Zuspitzung erfahren hat, ist auch die dialektische Spannung aus dem Entfremdungsdiskurs gewichen. Der Entfremdungsbegriff wird individualisiert: Mit der steigenden Entkoppelung von systemischen und lebensweltlichen Bezügen bei Verselbstständigung systemischer Machtkonstellationen wird Entfremdung zur individuellen, nicht mehr kollektiven Erlebnissituation der Machtlosigkeit und Ohnmacht gegenüber politischen Prozessen und Entscheidungen. Gleichzeitig wird der Begriff segmentiert: Entfremdung wird zur politischen Diskrepanzerfahrung, die, dem Muster des Ausgleichs kognitiver Dissonanz folgend, in anderen, eben den konsumtiven Sphären kompensiert wird. In einer erfolgskulturell ideologisierten und von konsumtiven Erreichbarkeiten gezeichneten Gesellschaft werden politische Diskrepanzerfahrungen von vielen nicht mehr als Bedrohung der Handlungsfähigkeit empfunden, sondern als abspaltbares Befindlichkeitsmodul erlebt, das durch die warenästhetisch zugerichteten interaktiven Module der Konsumsphäre ersetzt werden kann.

Insofern haben wir in den letzten 100 Jahren einen Formenwandel im Verhältnis von Mensch, Arbeit und Gesellschaft erlebt, in dem zwar weiterhin Hilflosigkeit, Ohnmacht und soziales Leiden präsent, wenn auch oft verdeckt sind, dieses Leiden aber individualisiert und biografisiert ist und deshalb nicht in einer kollektiv gerichteten Entfremdungsdynamik aktiviert werden kann. Wenn die Menschen hilflos sind, können sie diese Hilflosigkeit nicht sozial transportieren, weil sie von einer gesellschaftlichen Kultur umgeben sind, in der Hilflosigkeit als Störung und Unterhöhlung des gesellschaftlichen Fort-

schritts angesehen wird. An die Stelle der Kategorie Entfremdung ist die Kategorie des Scheiterns getreten: Wer in dieser ökonomisch-technologisch hegemonialisierten Gesellschaft individuelle Diskrepanzerfahrungen sozial verlängern und damit gesellschaftlich begründen will, der macht in den Augen der anderen nur öffentlich, dass er nicht in der Lage ist, mitzuhalten. Er bestätigt damit unfreiwillig ein ökonomisches Wachstumsprinzip, in dem soziale Ungleichheit wieder zur »Produktivkraft« geworden ist. Diejenigen, die heute individuelle Diskrepanzerfahrungen als Entfremdungserscheinungen ins Soziale hinein transportieren wollen, werden deshalb auch schnell mit dem Etikett des Sozialneids belegt.

Es ist aber nicht nur das Verhältnis von Kapital und Arbeit, das sich im Verlaufe neokapitalistischer Modernisierung und Globalisierung grundlegend gewandelt hat. Auch die Beziehungen der Menschen zur Arbeit sind anders geworden. Arbeit ist im Verlauf der fordistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung hin zur Konsumgesellschaft zum Mittel geworden. Der Sinn des Lebens liegt für viele heute nicht in der Arbeit, sondern in der Erreichbarkeit von Lebensstilen als Erfüllungshorizont einer modernen Biografie: Du erfüllst dich nicht in der Arbeit, sondern in dir selbst. Mit der Subjektivierung der Arbeit (s.o.) wird die Entfremdungsdimension ausgehebelt. Wer entlassen wird, soll dies nicht als Akt ohnmächtigen Ausgeliefertseins begreifen, sondern als erfolgsbiografischen Anstoß, »sein« Lebensprojekt neu zu organisieren.

Aber auch dadurch, dass der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft dazu geführt hat, dass Massen von Menschen aus der Arbeitsgesellschaft ausgegrenzt sind, ergibt der traditionelle Entfremdungsbegriff kaum noch Sinn. Menschen, die erwerbsgesellschaftlich gesehen überflüssig sind, können sich weder gesellschaftlich noch subjektiv als entfremdet begreifen, da sie vom Sinnzusammenhang der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Ihr Teilhabehorizont ist meist durch die Sphäre des privaten Konsums und die Biografie des Durchkommens begrenzt. So können sie auch keinen Sinn in öffentlicher Teilhabe sehen: Die niedrigen Wahlbeteiligungen in hoch segregierten Gesellschaften belegen das immer wieder. Die soziale Welt ist in Teilhabende und Versorgte gespalten bzw. segmentiert: Auf der einen Seite produziert die abstrakte Ökonomie ihr eigenes Menschenbild, das einen ganzheitlichen Zuschnitt hat. Der »*abstract worker*« geht in seiner Arbeit auf, »job enrichment«, anspruchsvoller Konsum und libidinöse Einbindung in die Grenzenlosigkeit technischer Machbarkeit schaffen Erfüllungsbiografien, die scheinbar keiner kritischen Reflexivität mehr bedürfen. Entfremdung ist der *Sorge*, nicht mithalten zu können, gewichen, die man aber nicht mit den anderen, sondern mit den Seinen teilt. So schwingt beim »*abstract worker*«, der sich seines sozialen Halts ja *außerhalb* der Arbeit versichern muss, das Bedürfnis nach Sicherheit und familialer Geborgenheit gleichzeitig mit der Sorge mit, dass dieses ge-

fährdet sein könnte. Deshalb ist er auch höchst empfänglich für die Angebote, die im Kontext der Kapitalisierung der Sorge als private Versicherungs- und Vorsorgepakete an ihn herangetragen werden. Zugleich übt er – wenn auch oft nicht intentional – Druck auf seine soziale Nahwelt aus, ihm einen konfliktfreien und verlässlichen sozialen Halt zu gewähren. Nicht von ungefähr wird in den Industriegesellschaften eine steigende Entsprechung zwischen der sozialen Entbettung der Arbeit und dem Umsichgreifen einer Ideologie der heilen Familie (»*family first*«) beobachtet.

Die ökonomisch Überflüssigen in den äußeren Peripherien der segmentierten Gesellschaft wiederum haben erst recht den Bezug zur Arbeit verloren, aus dem heraus sich Entfremdungserfahrungen entwickeln könnten. Für viele von ihnen gilt, dass sie gezwungen sind, ihre soziale Hilflosigkeit abzuspalten, um einigermaßen in der Selbstwertbalance bleiben zu können. Da – außer über die Konsumgesellschaft – der Faden zur neuen Arbeitsgesellschaft gerissen ist, bleiben nur Neid und Abwertung als psychologische Konstrukte der Abwehr von Angst. Dies wiederum spielt den neuen Eliten in die Hände, öffnet willkommene Gelegenheiten der Umweglegitimation sozialer Ungleichheit. Die sozial Benachteiligten werden so zu individuell Zurückgebliebenen, die nicht mithalten können, den Wettbewerb scheuen und sich im Kokon des Neides einpuppen oder in rassistischer Abwehr Fremder und Schwächerer ihren bedrohten Selbstwert zu halten suchen. So kann die paradoxe Situation entstehen, dass ausgerechnet die neokapitalistische Lobby nach politischer Bildung für diese Gruppen ruft. Rassismen sind für eine Standortkultur wenig förderlich und Neidströmungen drohen die ohnehin fragile soziale Legitimationsbasis des neuen Kapitalismus zu unterspülen. Gleichzeitig wird ein eigenes neokapitalistisches Bildungsideal im Legitimationsrahmen einer »Ethik des Erfolgs« (Henkel 2004) aufgebaut, aus dem heraus die »alte« sozialökonomische Konfliktformel »Entfremdung und Gestaltung« durch die neue ökonomistische Harmonieformel »Erfüllung im Erfolg durch Innovation und Machbarkeit« abgelöst werden soll. In dieser neokapitalistischen Legitimationsoffensive soll – in der Fortsetzung und Zuspitzung der fordschen Formel von der Produktion als Dienstleistung – der Warencharakter der industriekapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsweise vom Stigma der Entfremdung befreit werden. Während der Marxsche Entfremdungsbegriff aus der Grundthese des Widerspruchs von Arbeit und Kapital in dem Sinne hergeleitet wurde, dass die Arbeit und damit der Mensch, der nur über sie seine Humanität und Sozialität entwickeln kann, nach kapitalistischer Logik *Ware* ist und bleiben wird, erleben wir heute geradezu eine Verkehrung: Der moderne Mensch erfüllt sich demnach in der Ware, die nun, indem sich in ihr »nicht nur der Erfindergeist des Herstellers, sondern eben auch die Bedürfnisse der Kunden widerspiegeln«, zu einem »Zusammenspiel aus menschlichem Schöpfergeist und nicht weniger menschlicher Genuss- und Erlebnisfreude«

(Henkel 2004: 90f.) geworden ist. Aber nicht nur der Konsum bringe Erfüllung, sondern auch eine von sozialen Hindernissen wie Geschlecht, Rasse und Klasse befreite, in diesem Sinne sozial entbettete abstrakte Arbeit biete eine gestaltbare Welt, in der der qualifizierte Mensch aufgehen könne:

»Als Marx das Wort von der ›entfremdeten Arbeit‹ prägte, traf dies auf die industrielle Produktion in den ›sweat shops‹ zu. Heute, zwei Jahrhunderte später, gibt es in den modernen Industrieländern keinen Grund mehr, den Menschen und die von ihm erbrachte Leistung auseinander zu dividieren, als handele es sich bei der Arbeit um eine Zumutung. Die Arbeit als Selbstverwirklichung ist kein bloßes Schlagwort, sondern tägliche Realität. Nicht monotone Selbstausbeutung ist in den modernen Betrieben gefragt, sondern beständige Innovation und Anpassungsfähigkeit an die veränderten Bedingungen des Marktes und der Technik. Das Wort ›Kreativität‹, ein Schlüsselwort der neuen Wirtschaft, hat es zu Marx Zeiten noch nicht gegeben.« (Henkel 2004: 89f.)

So wird der Marxsche Entfremdungsbegriff in das Inventar der »alten« Industriegesellschaft verwiesen. Wo er heute dennoch thematisiert wird, gilt er im neokapitalistischen Verständnis als Indiz für fehlende Innovation und rückständige Arbeitsorganisation. Dabei wird allerdings unterschlagen, dass sich dieser postfordistische Diskurs der doppelten Erfüllung in Arbeit und Konsum nur auf ein soziales Segment der Gesellschaft bezieht. Der Masse der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen bleibt nur der Konsum, den sie aber – so die neokapitalistische These – selbst gestalten und in dem sie sich selbst erfüllen könnten.

Dass sich der Mensch in der Ware erfüllen, sie nicht nur – wie bei Ford – mitproduzieren, sondern nun auch »mitgestalten« könne, liegt – nach dieser Argumentation – in dem Zusammenwirken von neuem kundenorientierten Wettbewerbsdruck und interaktiver Technologie. Der heutige Konsum ist nicht mehr nur durch die Maxime des funktionellen Gebrauchs begrenzt. Gekauft wird vielmehr, was gefällt, also das, mit dem ich immer wieder neu meine persönlich-biografische Erfüllungsperspektive in Bewegung halten kann. Die interaktiven Technologien erlauben es, sich so einzubringen, dass sich eine subjektive Erfahrung der Aneignung entwickeln kann: Ich werde nicht mehr – fremdgesteuert – an das Produkt gebunden, sondern ich kann das Produkt an mich binden; es ist – so die entsprechende Suggestion der Werbung – von vornherein für mich produziert. Ich kaufe also mit dem Produkt auch das Segment Mitbestimmung, das es enthält. In diesem Bezugsrahmen ist erst zu verstehen, wie die Wirtschaft darauf insistiert, dass ökonomisch-technologische Innovationen *Fortschritt für den Menschen* bedeuten sollen.

Entwicklungen werden nicht mehr nur dann als innovativ bezeichnet, wenn sie technische Neuerungen beinhalten, sondern vor allem auch, wenn sie Konsumnähe und Kundenbindung verbessern und damit einen Marktvor-

sprung erzeugen können. So ist es – in der Werbesprache offenkundig – der Kunde, der die Innovationen antreibt und sich entsprechend im Produkt wiederfindet. Damit ist die *Kommunikation* zu einer wichtigen Produktivkraft geworden. Der Kunde wird nicht mehr »überredet«, sondern es ist das Produkt selbst, das mit dem Kunden kommuniziert. Neuere Entfremdungserscheinungen, die sich darin äußern, dass die Menschen besorgt sind, dass mit ihnen etwas geschieht, was sie weder kognitiv verstehen, noch mental begreifen oder gar kontrollieren können, werden deshalb gern als »Kommunikationsdefizite« klassifiziert. Die Politik geht davon aus, dass die Menschen soziale Einschnitte annehmen und akzeptieren, wenn sie ihnen besser »vermittelt« werden, die Wirtschaft beklagt die Kommunikationslücke zwischen dem ökonomisch-technologischen Vertrauen in die Machbarkeit und dem Unbehagen der Menschen angesichts dieser Machbarkeitsideologie. Dass dieses Unbehagen nicht in der Unwissenheit oder dem stereotypen Halbwissen der Masse der Bevölkerung begründet ist, sondern in der *Ohnmacht* der Menschen, wird in diesen Vertrauensbilanzen nicht thematisiert.

Damit kommen wir zu den Macht- und Herrschaftsproblemen, die in diesem Diskurs unterschlagen oder übergangen, oftmals auch personalisiert werden. Das Entfremdungsparadigma war und ist ja nicht nur auf das Binnenverhältnis von Mensch und Arbeit beschränkt, sondern vor allem auch auf die Vergesellschaftungsdynamik dieses Verhältnisses gerichtet: Was geschieht mit dem, was ich erarbeite, wie verselbstständigt sich der Produktionsprozess gegenüber dem Menschen, welche Macht- und Herrschaftsstrukturen bilden sich mit in dieser Verselbstständigung? Man kann dies am Beispiel des unternehmerischen Gewinns als Ausdruck der Profitlogik der industriekapitalistischen Wirtschaftsweise darstellen.

In der marxistischen Interpretation ist mit dem Gewinn nicht so sehr der persönliche Profit gemeint, sondern die Möglichkeit, sich eine von den sozialen Beziehungen der Menschen in der Gesellschaft unabhängige ökonomische Basis für nichtkontrollierbare und legitimationsunabhängige Machtausübung zu schaffen. Die neokapitalistische Ideologie versucht in ökonomistischer Argumentation diese Dimension der Verselbstständigung der Macht wiederum dadurch zu verschleiern, dass sie den Gewinn dienstleistungstheoretisch »einbettet«:

»Der Gewinn [ist] nur Gradmesser der Effizienz. Ein Manager, der das Profitstreben mit Unternehmenskultur verwechselt, wird schnell Schiffbruch erleiden. Bevor er überhaupt an Gewinne denkt, muss er sich über die genaue Position klar werden, die er im Markt einnimmt. Vereinfacht gesagt findet sich jede wirtschaftliche Unternehmung zwischen zwei Polen: Der eine besteht aus den Kunden. Sie sind die Adressaten der Waren oder Dienstleistungen, und wenn der Werbeslogan behauptet, der Kunde sei König, so gilt

dies selbst in dem radikalen Sinne, dass er über jedes Unternehmen durch simple Kaufverweigerung das Todesurteil sprechen kann.« (Henkel 2004, S. 88)

Zugleich machen aber die Menschen alltäglich die Erfahrung, dass die Steigerung der Gewinne in Unternehmen in der Regel mit Rationalisierungsmaßnahmen verbunden ist, die zwar die Produkte wettbewerbsfähiger und damit kundennäher machen, gleichzeitig aber Arbeitsplätze freisetzen und Arbeitslosigkeit erzeugen. Diese Dissonanz – der Mensch wird gleichzeitig als Kunde hofiert und als Arbeiter vor die Tür gesetzt – macht die heutige mentale Hilflosigkeit vieler Menschen gegenüber der neuen Wirtschaftsgesellschaft aus. Sie ist aber politisch schwer thematisierbar und in Spannung zu setzen, weil die Menschen Konsumenten und Arbeiter in einem sind und man sich schlecht gegen sich selbst ausspielen kann. Die Erfahrung, dass man als Arbeiter überflüssig werden kann, wird täglich durch das Erlebnis konterkariert, als (bei Arbeitslosigkeit sozialstaatlich alimentierter) Konsument gefragt zu sein. Damit sind wir wieder bei der Negtschen Version der Entfremdungsthematik angelangt, die auch in einer gewandelten Arbeitsgesellschaft weiter gilt: Die konsumtiv verdeckte Ahnung von der ökonomischen Überflüssigkeit des Menschen als politische Bedrohung kann nicht in und am Einzelnen thematisiert werden, sondern braucht einen aktivierenden wie sozial sichernden Rahmen des sozialen Netzwerkes. Erst so können die neuen Entfremdungsprobleme jenseits der postfordistischen Ästhetisierung von Arbeit und Konsum erkennbar und erfahrbar werden. Die soziale Idee ist eine kollektive Idee und ist deshalb auf entsprechende Infrastrukturen der Bildung und Ermutigung angewiesen. Auf soziale Erfahrungsräume also, in denen das Exemplarische herstellbar ist.

Angst als Bewegungsmoment der sozialen Idee

In Negts Konzept des exemplarischen Lernens geht es vor allem auch darum, psychosoziale Ohnmachtsgefühle und Ängste aus den Zonen der Verdrängung und Abspaltung herauszuholen und sozial einzubringen. Eduard Heimann sah in der Erfahrung von der »dem Kapitalismus eigentümlichen Erniedrigung des Arbeiters« eine Quelle der Entwicklung der sozialen Idee (Heimannn 1929: 111). Diese Erfahrung war mit Hoffnungen, aber auch mit Ängsten verbunden. Dass Angst eine politische Substanz haben und in ihrer Bewusstheit die soziale Idee beleben kann, hat Theodor W. Adorno (1971) in seinen Thesen zum Verhältnis von Angst und Mündigkeit aufgezeigt. Mündigkeit beschreibt demnach die Fähigkeit und den Mut zur freien und selbstbewussten politischen Entscheidung. Hier trifft sich das Prinzip Mündigkeit mit Heimanns Freiheitsprinzip der sozialen Idee.

Mündigkeit steht nach Adorno in einer dialektischen Spannung zur Autorität. Diese Spannung entwickelt sich im Prozess der Sozialisation, wenn es im Jugendalter darum geht, die identitätsbildende kindliche Identifikation im Ablösungskonflikt von der elterlichen (vor allem der väterlichen) Autorität durch Erlangen von Eigenständigkeit zu überwinden. »Das Moment der Autorität ist [...] als ein genetisches Moment dem Prozeß der Mündigwerdung vorausgesetzt.« (Ebd.: 141) Die gesellschaftliche und mithin pädagogisch-politische Perspektive der Mündigkeit ist aber nach Adorno nicht nur als Autonomieverhältnis zur gesellschaftlichen Umwelt geformt, sondern damit untrennbar verbunden in der Auseinandersetzung mit dieser und darin mit sich selbst. Der Mensch ist demnach eingepasst in das soziale Rollengefüge als dem in der Gesellschaft wirkenden »Mechanismus zur Unmündigkeit« (ebd.: 142) und kann erst mündig werden, wenn er sich dieses Gefangenseins und der darin gespürten Ohnmacht bewusst wird. »Wer ändern will, kann es überhaupt nur, indem er diese Ohnmacht selber und seine eigene Ohnmacht zu einem Moment dessen macht, was er denkt und vielleicht auch, was er tut.« (Ebd.: 147) Hier spricht Adorno die tiefenpsychische Dimension von Mündigkeit an und – ähnlich Negt – die Fähigkeit, sie sozial zu thematisieren. Schon an früherer Stelle, in seiner Skizze zum Verhältnis von Soziologie und Psychoanalyse (1956) hat er erkannt, dass sich gesellschaftliche Konflikte nicht einfach innerpersonal abbilden, sondern tiefendynamisch umgeformt und in Angstzuständen abgespalten werden. Aber »wenn Angst nicht verdrängt wird, wenn man sich gestattet, real so viel Angst zu haben, wie diese Realität Angst verdient, dann wird gerade dadurch wahrscheinlich doch manches von dem zerstörerischen Effekt der unbewussten und verschobenen Angst verschwinden.« (Adorno 1971: 97)

Allerdings bedarf dieses »Sich-Angst-gestatten-Können« einer gesellschaftlichen Hintergrundsicherheit, die es erlaubt, ohne eigenes psychosoziales Risiko ökonomisch und politisch induzierte Ängste nicht nur auszusprechen, sondern auch zum Impuls sozialen Handelns zu machen. Diese Hintergrundsicherheit und die aus ihr resultierenden Spielräume waren im experimentierenden Sozialstaatsmodell der 1970er bis 1980er Jahre leidlich gegeben, die von Adorno geforderte »Erfahrensfähigkeit« ist – ähnlich bei Negt – über Konfliktfähigkeit vermittelt. Aber es ist nicht nur die Erosion dieser sozialstaatlichen Hintergrundsicherheit und die Denunziation von Angst als »Unfähigkeit zum Mithalten«, die mit der Ökonomisierung der Gesellschaft inzwischen Platz gegriffen hat.

Weitreichender noch für die Aushöhlung des Mündigkeitsbegriffs ist die Tendenz, mit der der neue Kapitalismus den *Gehalt* des Mündigkeitsbegriffs für sich vereinnahmt. Aus der *Möglichkeit zur Mündigkeit*, die die damaligen Verhältnisse freisetzen konnten, ist heute die Chance wie der *Zwang zur Selbstorganisation* geworden, so wie er aus den neokapitalistischen Arbeitsverhältnissen hervortritt. Während Adorno noch die in der US-amerikanischen Kultur verbreitete Wechselbeziehung von Individualismus und Anpassung (ebd: 139)

als Blockierung von Mündigkeit sah, wird individuell gestaltete Anpassung an wechselnde technologisch-ökonomische Gegebenheiten heute geradezu als neue Mündigkeit proklamiert.

Der selbstbewusste »Arbeitskraftunternehmer« betreibt selbstorganisierte flexible Anpassung, die zu jener verwertungsorientierten Kompetenz geworden ist, in der das Subjekt aufgehen soll. Es geht nur noch um drinnen oder draußen, Inklusion oder Exklusion, wobei *beides* in der Reichweite des je biografischen Risikos liegt. Es scheint keine Spannungszustände mehr zu geben, denn alles ist in einer mehrdimensionalen Kapitalisierung aufeinander bezogen: Erweiterte Handlungsfähigkeit wird für technologisch-ökonomische Innovationen gebraucht, darauf bezogenen Sorgen und Ängsten wird mit konsumtiven Erfüllungs- und Versicherungspaketen begegnet.

So erscheint der Mündigkeitsbegriff der 1960er und 1970er Jahre längst als antiquiert, als Signum des Zurückbleibens und der Innovationsfeindlichkeit, vor allem wenn weiter auf dem Konflikt zwischen Mensch und Ökonomie/Technologie insistiert wird, wo dieser doch in der Entgrenzungsdynamik des neuen Kapitalismus aufgehoben sein will. Deshalb scheinen es auf den ersten Blick nur die gegenwärtigen neuen sozialen Bewegungen zu sein, welche die inzwischen überformte und verdeckte Spannung von Mensch und Technologie/Ökonomie wieder freilegen und – im Sinne Adornos – entsprechende Grundängste nicht als technologische Rationalitäts- und Kommunikationsdefizite, sondern als menschliche Lebensäußerungen von verwehrter Mündigkeit anerkennen und gesellschaftlich thematisieren wollen. Kollektive Ängste (Adorno) sind – sozial thematisiert – Antriebskräfte der sozialen Idee, die sich dagegen wehrt, dass der technologisch fortgeschrittene Kapitalismus den Menschen weiter als Ware und als technologischen Störfaktor betrachtet.

Der Verlust der Utopie

In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Übergangsphase sind Szenarien zu einer eigenen politischen Größe geworden. Wenn man fragt, durch welche Matrix sie gekennzeichnet sind, so kann man unzweifelhaft die Dominanz des Ökonomischen ausmachen. Die Kraft des Gesellschaftlichen wird in solchen Szenarien als sehr gering angesehen. Hingegen spielt die lineare ökonomisch-technologische Entwicklungsperspektive eine entscheidende Rolle. So gibt es Szenarien zur zukünftigen Entwicklung Europas als Wirtschaftsraum, zu den Erträgen und Folgekosten der Globalisierung, zu den Integrationskosten von Migrationsbewegungen oder zur Frage des Gleichgewichts von sozialer und ökonomischer Entwicklung. Aber auch bei Letzterer steht weniger eine alternative sozialpolitische Perspektive des Erreichens einer gerechten Gesellschaft im Vordergrund, als vielmehr die Frage, welche Wachstumsverluste angesichts

der größer werdenden Schere zwischen Armut und Reichtum in Zukunft zu befürchten sind.

Auch die Betrachtung von Geschichte scheint sich heute grundlegend gewandelt zu haben. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert konnte man noch die Suche nach Lösungen in der Perspektive einer historischen Finalität aufheben, musste nicht von der gegenwartsbiografischen Ungeduld des Herbeisehnens rascher Lösungen getrieben sein. Es sind nicht mehr die unterschiedlichen historischen Erzählungen mit entsprechend emanzipatorischen Interessen, die miteinander konkurrieren. Sie sind abgelöst von den ökonomischen Erzählungen, die im Begriff sind, Geschichte zu konstituieren. Ein typisches Beispiel für eine ökonomisierte Geschichtsschreibung finden wir in den medialen Diskussionen um die Zukunft Ostdeutschlands: Es wird seit Jahren nur noch darüber geredet, welche Unternehmensstrategien sich hier als erfolgreich erwiesen haben und erweisen könnten. Die Vergangenheit und Zukunft Ostdeutschlands wird so unter der Hand zu einer Geschichte gelungener oder misslungener Investitionen. Ökonomische Erfolgsgeschichten und nicht Geschichten von der schwierigen Emanzipation der Menschen werden hier seit den 1990er Jahren erzählt.

Das Szenario-Denken hat das Denken in Geschichte verdrängt. Machbarkeit und Regulierbarkeit stehen nun im Vordergrund. Das auf Zukunft gerichtete Denken in Geschichte war dagegen an Utopien ausgerichtet: Aus historischen Entwicklungen und ihrer Substanz wurde so ein Möglichkeitsraum als »utopisches Potenzial« aufgeschlossen und gestaltungsorientiert auf die Zukunft bezogen. Konnten sich die Bürger in den utopischen Diskursen noch als Gesellschaftsmitglieder empfinden, die in der Geschichte leben und diese entsprechend verkörpern, sodass sie darüber am utopischen Diskurs teilhaben, so grenzt der Szenarien-Diskurs die Bürger aus, verlagert das geschichtliche Denken in Kommissionen und Enquete-Berichte. Es geht jetzt um Zukunftsfähigkeit als Machbarkeit; entsprechend ist das Szenarien-Denken ein *modularisiertes* Denken. Steht z. B. die Wettbewerbsfähigkeit eines räumlichen Standortes zur Debatte, dann wird dieser in Standortmodule zerlegt, diese werden dann in Schritten aufeinander bezogen und »optimiert«. Das utopische Denken im klassisch-politischen Sinne operierte dagegen immer mit ganzheitlichen Entwürfen, in die der Mensch in seinen Gesamtbezügen gedacht wurde.

»Eine andere Welt ist möglich« – so lässt sich die Kernaussage utopischer Entwürfe wie der utopischen Gehalte sozialer Bewegungen bis heute ausdrücken. Dabei sind es immer zwei Spannungsmomente, die Utopisches konstituieren. Zum einen die fundamentale Kritik an der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und zum anderen – daraus gleichsam hervortretend – die Vorstellung von einem alternativen Gemeinwesen als einer Gesellschaft der Gleichen. Während in der vorindustriellen Zeit das utopische Denken eher parasoziale Gesellschaftsbilder hervorbrachte – jenseits der sozialen Wirklichkeit

beschrieben, aber aus ihr heraus erhofft –, wurden die Zukunftsentwürfe der industriellen Moderne in die nun herrschende Ideologie des Fortschritts und der Planbarkeit integriert. Solchermaßen verdinglicht und immer wieder zu Legitimationskontexten für praktische Politik genutzt, verloren sie ihre utopische Spannung. Insofern trifft die neuere Rede vom »Ende der Utopien«, wie sie seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Mode ist, nicht das utopische Prinzip, sondern seine Verdinglichung. Angesichts der Eindimensionalität der neokapitalistischen Systementwicklung heute beginnt sich aber – etwa über die neuen sozialen Bewegungen – weltweit eine politische Gegenkultur zu entwickeln, in der sich wieder eine utopische Spannung aufbaut, in der die soziale Idee sich gegenüber dem neokapitalistischen Vereinnahmungsdruck behaupten und durchsetzen soll. Somit steht sie in einer Tradition praxiszugewandten sozialutopischen Denkens, das auf die Belebung des demokratisch-sozialpolitischen Konflikts und nicht auf Planmodelle ausgerichtet ist.

Im heutigen Technologieentwurf ist »Entwicklung« – ein klassischer pädagogischer Begriff – längst zum Begriff der Technologie geworden. Auch die Partizipationsperspektive vom Sozialen hat sich zum Technologischen hin verschoben. Diese ist interaktiv, ergebnisoffen und präsentiert sich deshalb dem »beteiligten« Nutzer als erreichbare Gestaltungsaufforderung. Auch der soziale Konflikt als Antrieb sozialpolitischer Entwicklung lebte bisher von der gesellschaftlichen Thematisierung des Spannungsverhältnisses zwischen Mensch, Ökonomie und Natur. Dieses Spannungsverhältnis ist im Zuge ökonomisch-technologischer Transformation der Gesellschaft brüchig geworden. Für Ralf Dahrendorf (1972) war der Konflikt ein sozialanthropologisches Grundmuster, die Voraussetzung für die Entwicklung des Menschen zum sozialen Wesen. Eine Auflösung oder Leugnung des sozialen Konflikts kommt deshalb einer Dehumanisierung gleich. Ford versuchte den gesellschaftlich produktiven Konflikt zwischen Arbeit und Kapital aufzulösen, indem er den Arbeiter in der Figur des Konsumenten aufgehen ließ und ihn damit gleichzeitig zum Produzenten der von ihm zu konsumierenden Produkte erklärte. In der neoliberalen Figur des souveränen Arbeitskraftunternehmers ist diese Idee weiterentwickelt. Wie kann sich der Mensch in dieser spannungslosen Beziehung noch als Mensch erkennen?

Die Zukunft – so wurde bisher angenommen – sollte sich aus der Substanz der Geschichte entwickeln. Diese Substanz war der soziale Konflikt, die Spannung zwischen Mensch und Ökonomie vor dem Hintergrund der jeweiligen technologischen Entwicklung. Dem heutigen Szenarien-Denken geht diese Spannung ab, es bleibt nur die ökonomische Perspektive. Aus der ganzheitlichen Vorstellung einer geschichtsbewegten Utopie sind projektierte Bilder von modularisierten Ablauflogiken geworden. In der in diesem Buch begründeten Zuversicht, dass das Sozialpolitische Prinzip auch unter den ökonomisch-ge-

sellschaftlichen Bedingungen des 21. Jahrhunderts seine eigene Kraft weiter entfalten wird, sehen wir dagegen eine sozialpolitische Zukunftsperspektive, die in der Geschichte verbleibt und doch weiter trägt als die dauernde Beschwörung der Kritik des herrschenden neoliberalen Diskurses. In diesem Zusammenhang wird es auch Aufgabe gerade der Sozialwissenschaften sein, Modelle der gegenseitigen Angewiesenheit im Spannungsfeld von Ökonomie – Mensch – Natur weiter zu entwickeln und sozialpolitisch zu übersetzen.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1956): Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie. In: Sociologica, Bd. 1: Taurus

Adorno, Theodor W. (1971): Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Altmeyer, Martin (2004): Narzißmus und Objekt. Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1998): Grenzen der Globalisierung. Münster: Westfälisches Dampfboot

Amman, Anton (1994): Offene Altenhilfe, S. 319-347 in: H. Reimann und H. Reimann (Hg.): Das Alter. Stuttgart: Enke

Amman, Anton (2000): Sozialpolitik und Lebenslagen älterer Menschen. S. 53-74 in: G. Backes und W. Clemens (Hg.): Lebenslagen im Alter. Wiesbaden: Springer

Backes, Gertrud (2007): Geschlechter – Lebenslagen – Altern, S. 151-184 in: U. Pasero et al. (Hg.): Altern in Gesellschaft. Wiesbaden: VS

Backes, Gertrud/Clemens, Wolfgang (2000): Lebensphase Alter. Weinheim und München: Juventa

Badura, Bernhard/Gross, Peter (1976): Sozialpolitische Perspektiven. München: Piper

Badura, Bernhard (1980): Heimanns demokratischer Sozialismus, eine Provokation moderner Sozialpolitik (Vorwort), S. 9-11 in: E. Heimann: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Beck, Ulrich (1999): Schöne neue Arbeitswelt. Frankfurt/New York; Campus

Boes, Andreas et al. (2012): Druck, Belastungen und Burnout bei Fachkräften in der IT-Industrie. S. 127-146 in: H. Prömper et al. (Hg.): Männer unter Druck. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich

Böhnisch, Lothar (2013): Männliche Sozialisation. Weinheim und München: Weinheim Basel: Beltz Juventa

Böhnisch, Lothar (2016): Lebensbewältigung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2012): Sozialpolitik und Soziale Arbeit. Weinheim und München: Beltz Juventa

Boltanski, Luc/Chiaipello, Eve (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK

Bommes, Michael (1999): Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Opladen: Westdeutscher Verlag

Boos-Nünning, Ursula/Karakasoglu, Yasemin (2005): Viele Welten leben. Münster u.a.: Waxmann

Boyle, Tom C. (1995): América. München: dtv

Braun, Helga/Jung, Dörte (1997): Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats. Hamburg: Konkret Literatur

Brennsell, Ariane/Habermann, Friederike (2001): Von Keksen und Kapitalismus, S. 241-264 in: M. Candelas und F. Deppe (Hg.): Ein neuer Kapitalismus. Hamburg: VSA

Brentano, Luigi (1895): Entwicklung und Geist der englischen Arbeiterorganisation. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 8

Breuer, Siegfried (1995): Die Gesellschaft des Verschwindens. Hamburg: Rotbuch

Bröckling, Ulrich et al. (Hg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Brown, Philip (2004): Gibt es eine Globalisierung positionalen Wettbewerbs, S. 233-256 in: J. Mackert (Hg.): Die Theorie sozialer Schließung. Wiesbaden: VS

Brückner, Margit (2001): Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Liebe, Fürsorge und Gewalt, S. 119-178 in: M. Brückner und L. Böhnisch (Hg.): Geschlechterverhältnisse. Weinheim und München: Juventa

Brückner, Margit (2011): Zwischenmenschliche Interdependenz – Sich sorgen als familiale, soziale und staatliche Aufgabe, S. 105-122 in: K. Böllert und C. Heite (Hg.): Sozialpolitik als Geschlechterpolitik – Geschlechterpolitik als Sozialpolitik. Wiesbaden: VS

Brunkhorst, Hauke/Kettner, Matthias (Hg.)(2000): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Bude, Heinz (2000): Was kommt nach der Arbeitsgesellschaft? S. 121-134 in: U. Beck (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Bude, Heinz (Hg.) (2008): Die Überflüssigen als transversale Kategorie, S. 195-212 in: P. Imbusch und W. Heitmeyer (Hg.): Integration – Desintegration: Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften. Wiesbaden: VS

Butterwege, Christoph (2014): Krise und Zukunft des Sozialstaats. Wiesbaden: VS

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der Sozialen Frage. Konstanz: UVK

Chassé, Karl-August et al. (2007): Meine Familie ist arm. Opladen: Barbara Budrich

Connell, Raewyn (2010): Im Innern des gläsernen Turms. In: Feministische Studien Heft 1, S. 8-24

Connell, Rawyn (1987): Gender and Power. Stanford: Stanford University Press

Cyrus, Norbert (1999): Im menschenrechtlichen Niemandsland: Illegalisierte Zuwanderung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen individueller Rechtlosigkeit und transnationalen Bürgerrechten, S. 205-231 in: K. Dominik et al. (Hg.): Angeworben, eingewandert, abgeschoben. Münster: Westfälisches Dampfboot

Czada, R. (2008): Irrwege und Umwege in die neue Wohlfahrtswelt, S. 166-207 in: A. Evers und R. G. Heinze (Hg.): Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden. VS

Dahrendorf, Ralf (1972): Konflikt und Freiheit. München/Zürich: Piper

Deutschmann, Christoph (2002): Money makes the world go round: Die Rolle der Wirtschaft, S. 51-67 in: U. Volkmann und U. Schimank (Hg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen II. Opladen: Leske & Budrich

Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2008): Wohlfahrtsmessung in Deutschland: ein Vorschlag für den neuen Wohlfahrtsindex. Heidelberg:

Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. München: Oekom

Dörre, Klaus et al. (2008): Prekariat. Wiesbaden: VS

Dübgen, Franziska (2014): Was ist gerecht? Kennzeichen einer transnationalen solidarischen Politik. Frankfurt/New York: Campus

Durkheim, Émile (1988/1893): Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt a.M.: Luchterhand

Eberhart, Cathy (1995): Jane Addams (1860-1935). Rheinfelden/Berlin: Schauble Verlag

Eder, Klaus (1998): Warum ist Migration ein soziales Problem? S. 58-74 in: M. Bommes und J. Halfmann (Hg.): Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Osnabrück: IMIS

Eder, Klaus (2000): Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Frankfurt a.M./New York: Campus

Ehrenberg, Alain (2004): Das erschöpfte Selbst. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Ehrenreich, Barbara (2001): Arbeit poor. München. Kunstmann

Eichenhofer, Eberhard (2015): Wohlfahrtsstaat und Migration. In: IMIS-Beiträge. H. 47

Eley, Geoff (1991): Die deutsche Geschichte und die Widersprüche der Moderne. Das Beispiel des Kaiserreiches, S. 17-65 in: F. Bajohr et al.: Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Hamburg: Christians Verlag

Elias, Nobert (1969): Über den Prozess der Zivilisation. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Elsen, Susanne (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung. Weinheim und München: Juventa

Elsen, Susanne (2015): Gemeinwesen, Gemeingüter und öko-soziale Wende, S. 175-190 in: S. Elsen et al. (Hg.): Die Kunst des Wandels. München: Oekom Verlag

Enders-Dragässer, Uta/Sellach, Brigitte (1999): Der Lebenslagen-Ansatz aus der Perspektive der Frauenforschung, S. 56-66 in: Zeitschrift für Frauenforschung Nr. 4

Enquete-Kommission (2002): »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Berlin

Etzioni, Amitai (1995): New Communitarian Thinking. Charlottevilles and London: University of Virginia Press

Evers, Adalbert (2008): Investiv und aktivierend oder ökonomisch und bevormundend? Zur Auseinandersetzung mit einer neuen Generation von Sozialpolitiken, S. 228-249 in: A. Evers und R. G. Heinze (Hg.): Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS

Evers, Adalbert (2008): Sozialpolitik: Gefahren der Ökonomisierung und Chancen der Entgrenzung, S. 9-27 in: A. Evers und R. G. Heinze (Hg.): Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS

Evers, Adalbert/Nowotny, Helga (1987): Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Faltermaier, Toni (2014): Entwicklungspsychologie des Erwachsenenalters. Stuttgart: Kohlhammer

Fehl, G. (1995): Welcher Fordismus eigentlich? Eine einleitende Warnung vor dem leichtfertigen Gebrauch des Begriffs, S. 18-37 in: Stiftung Bauhaus Dessau/Rheinisch-Westfälische TH Aachen (Hg.): Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit. Dessau: Stiftung Bauhaus

Flusser, Vilém (1992): Ins Universum der technischen Bilder. Göttingen: European Photography

Ford, Henry (1923): Mein Leben und Werk. Leipzig: Paul List

Ford, Henry (1926): Das große Heute und das größere Morgen. Leipzig: Paul List

Foucault, Michel (1998): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt a.M.: Fischer

Fraser, Nancy (1996): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem, S. 469-493 in: H. Nagel-Docekal und H. Pauer-Studer (Hg.): Politische Theorie, Differenz und Lebensqualität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Frevert, Ute (1999): Renaissance der Bürgerlichkeit? S. 147-160 in: F. W. Graf et al. (Hg.): Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft. Stuttgart, Berlin, Köln

Fromm, Erich (1960): Der moderne Mensch und seine Zukunft. Frankfurt a.M.

Fürstenberg, Friedrich (2011): Die Bürgergesellschaft im Strukturwandel. Münster: LIT Verlag

Garland, David (2001): The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Chicago: University of Chicago Press

Gaußmann, Heiner (2001): Soziale Sicherheit und Kapitalmobilität, S. 47-64 in: E. Appelt und A. Weiss (Hg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Hamburg: Argument Verlag

Giddens, Anthony (1997): Jenseits von rechts und links. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Gosewinkel, Dieter et al. (2003): Zivilgesellschaft. National und transnational. WZB Jahrbuch 2003. Berlin

Gruen, Arno (1992): Der Verrat am Selbst. München: dtv

Habermann, Friderike (2006): Hegemonie und Gegenhegemonie im globalen Kapitalismus, S. 115-130 in: U. Degener und B. Rosenzweig (Hg.): Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Hamburger, Franz (1999): Modernisierung, Migration und Ethnisierung. In: M. Gemende et al. (Hg.): Zwischen den Kulturen. Weinheim und München: Juventa

Haug, Fritz W. (2001): Warenästhetik im Zeitalter des digitalisierten Scheins, S. 180-206 in: M. Candelas und F. Deppe (Hg.). Ein neuer Kapitalismus. Hamburg: VSA

Havighurst, R. J. (1963): Dominant concerns in the life, in: L. Schenk-Danziger und H. Thomae (Hg.): Gegenwartsprobleme der Entwicklungspsychologie. Göttingen: Hogrefe

Heimann, Eduard (1929/1980): Soziale Theorie des Kapitalismus. Tübingen: Mohr Siebeck/Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Henkel, Hans Olaf (2004): Die Ethik des Erfolgs. Berlin: Ullstein

Henningsen, Manfred (2000): Das Erbe des Westens. S. 968-979 in: Europa oder Amerika? Zur Zukunft des Westens. Sonderheft Merkur 54

Herkenrath, Marc (2011): Die Globalisierung der sozialen Bewegungen. Wiesbaden: VS

Herkner, Heinrich (1892): Die Reform der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung. S. 279-322 in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 5

Hess, Henner (2007): David Garlands »Culture of control« und die deutsche kritische Kriminologie. S. 6-24 in: H. Hess et al. (Hg.): Kontrollkulturen. Kriminologisches Journal. Beiheft 9

Hirsch, Joachim et al. (2013): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hamburg: VSA
Hobsbawm, Eric (1987): The Age of Empire 1875-1914. London: Weidenfeld & Nicolson
Hof, Christiane (2013): Übergänge und lebenslanges Lernen. S. 394-414 in: W. Schröer et al. (Hg.): Handbuch Übergänge. Weinheim und Basel: Beltz Juventa
Höhne, Thomas (2003): Pädagogik der Wissensgesellschaft. Bielefeld: transcript
Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
Hübinger, Gangolf (1994): Kulturprotestantismus und Politik. Tübingen: Mohr
Hurrelmann, Klaus/Albrecht, Erik (2014): Die heimlichen Revolutionäre. Weinheim Basel: Beltz
Jaeggi, Rahel (2005): Entfremdung. Frankfurt a. M./New York: Campus
Jonas, Hans (1979): Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
Jordan, Bill (2006): Public services and the Sevice economy. In: Journal of Social Policy 1, S. 143-162
Jugend 2015. 17. Shell-Jugendstudie. Frankfurt a. M.: Fischer
Kahlert, Heike (2006): Soziale Gerechtigkeit, Konturen einer »guten« Gesellschaft und radikalpolitische Kritik. Zum utopischen Realismus von Anthony Giddens, S. 79-95 in: U. Degener und B. Rosenzweig (Hg.): Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Wiesbaden
Kaufmann, Franz Xaver (2003): Sozialpolitisches Denken. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
Keane, John (1988): Civil Society and the State. Londen: Verso
Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Wiesbaden: VS
Kessl, Fabian (2001): Zivilgesellschaft, S. 2006-2016 in: H.U. Otto und H. Thiersch (Hg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. Neuwied Kriftel: Luchterhand
Keupp, Heinrich (2003): Von der fürsorglichen Belagerung zum Empowerment, S. 67-99 in: SPI Schriftenreihe Bd. 7. München: Eigenverlag
Kjellén, Rudolf (1924): Der Staat als Lebensform. Leipzig: S. Hirzel
Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Opladen: Leske & Budrich
Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung. Kapitalismus versus Klima. Frankfurt a.M., Zürich, Wien: Büchergilde Gutenberg
Klein, Uta (2009): Geschlechterverhältnisse, Sozialstaat und die Europäische Union. S. 281-303 in: A. Gawrich et al. (Hg.): Sozialer Staat – Soziale Gesellschaft: Wiesbaden: VS
Kocka, Jürgen (2002): Das Bürgertum als Träger von Zivilgesellschaft – Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven, S. 15-22 in: Enquete-Kommis-

sion »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske & Budrich

Kohli, Martin (2007): Von der Gesellschaftsgeschichte zur Familie. Was leistet das Konzept der Generationen? S. 47-68 in: F. Lettke und K. Lange (Hg.): Generationen und Familien. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Koselleck, Reinhart/Schreiner, Klaus (1994): Einleitung. Von der alteuropäischen zur neuzeitlichen Bürgerschaft. S. 11-39 in: Bürgerschaft, S. 118-132 in: R. Koselleck, R. und Schreiner, K. (Hg.): Bürgerschaft. Stuttgart: Klett-Cotta

Krebs, Angelika (2002): Arbeit und Liebe. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Kusczinsky, Jürgen (1981): Das Alltagsleben des deutschen Volkes. Bd.2 Berlin: Akademie Verlag

Lauder, Hugh et al. (Hg.) (2006): Education, Globalisation and Social Change. New York: Oxford University Press

Leggewie, Claus (2003): Die Globalisierung und ihre Gegner. München: C.H. Beck

Leibfried, Stephan (Hg.) (2002): Welfare State Futures. Cambridge: Cambridge University Press

Lenhardt, Gero (2001): Bildung, in: H. Joas (Hg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt/New York: Campus

Lenz, Karl und Adler, Marina (2010): Geschlechterverhältnisse. Weinheim und München: Juventa

Lenz, Karl und Adler, Marina (2011): Geschlechterbeziehungen. Weinheim und München: Juventa

Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen: der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript

Leßmann, Ortfried (2007): Konzeption und Erfassung von Armut. Berlin: Duncker & Humblot

Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur »Zwei Erwerbstätigen«-Familie, S. 62-84 in: S. Leitner et al. (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Wiesbaden: VS

Liebel, Manfred et al. (Hg.) (1999): Was Kinder können – Handlungsperspektiven von und mit arbeitenden Kindern. Frankfurt a.M.: IKO-Verlag

Littek, Wolfgang et al. (1983): Einführung in die Arbeits- und Industriesoziologie. Frankfurt/NewYork: Campus

Luhmann, Niklas (2000): Politik der Gesellschaft. Frankfurt a.M.

Luhmann, Niklas/Schorr, Karl E. (1982): Zwischen Technologie und Selbstreferenz. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Mannheim, Karl (1935): Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbau. Leiden: Sijthoff

Mannheim, Karl (1965/1928): Das Problem der Generationen, S. 23-48 in: L. v. Friedeburg (Hg.): Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln/Berlin: Kiepenheuer und Witsch

Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a.M./New York: Campus

Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. München: Kunstmann

Messner, Heinz (2003): Der soziale Konflikt. Wiesbaden: VS

Meuser, Michael (2010): Geschlecht und Männlichkeit. Wiesbaden: VS

Miyoshi, M. (1997): Eine Welt ohne Grenzen? In: Pol(e)itics. Das Buch zur Dokumenta X. Ostfildern: Schwaben

Mogge-Grotjahn, Hildegard (2008): Geschlecht. Wege in die und aus der Armut, S. 397-410 in: E.-U. Huster et al. (Hg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS

Moldaschl, Manfred/Voss, Günther(Hg.) (2003): Subjektivierung von Arbeit. München

Münch, Richard (1998): Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Munsch, Chantal (2005): Die Effektivitätsfalle. Baltmannsweiler: Schneider

Musil, Robert (1952): Der Mann ohne Eigenschaften. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt

Nahnsen, Ingeborg (1975): Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes, S. 145-166 in: M. Osterland (Hg.): Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. Frankfurt a.M.: EVA

Nass, Elmar (2006): Der humangerechte Sozialstaat. Tübingen: Mohr Siebeck

Nassehi, Armin (1997): Das stahlharte Gehäuse der Zugehörigkeit, S. 177-208 in A. Nassehi (Hg.): Nation, Ethnie, Minderheit. Köln: Böhlau Verlag

Naumann, Friedrich (1907): Vom Industrieuntertan zum Industriebürger. S. 183-191 in: G. Brakelmann und T. Jähnichen (Hg.): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Gütersloh 1994: Bertelsmann

Neckel, Sighard/Körber, Karen (1997): Last exit ethnicity? Zur politischen Konstruktion von Ethnizität in den USA und Deutschland. In: R. Hettlage et al. (Hg.): Kollektive Identität in Krisen. Opladen: Leske & Budrich

Nefiodow, Leo A. (2006): Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. St. Augustin: Rhein-Sieg

Negt, Oskar (1968/1978): Soziologische Phantasie und Exemplarisches Lernen. Frankfurt a.M.: EVA

Negt, Oskar (1989): Die Herausforderung der Gewerkschaften. Plädoyers für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats. Frankfurt a.M./New York: Campus

Nielsen, Birger S. (1999): Exemplarisches Lernen. S. 474-481 in: W. Lenk et al. (Hg.): Kritische Theorie und politischer Eingriff. Hannover: Offizin

Nussbaum, Martha (1999): Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Opielka, Michael (2015): Was ist und wozu nützt Soziale Nachhaltigkeit? Internetbeitrag izt.de

Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (Hg.) (2007): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden: VS

Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2014): Critical Social Policy and the Capability Approach. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich

Pelizzari, Alessandro (2004): Prekarisierte Lebenswelten. Arbeitsmarktliche Polarisierung und veränderte Sozialstaatlichkeit, S. 266-288 in: J. Beerhorst et al. (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Platter, Julius (1888): Die geplante Alters- und Invalidenversicherung im Deutschen Reich. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 1

Pries, Ludger (2001): Migration und Integration in Zeiten der Transnationalisierung oder: Warum braucht Deutschland eine ›Kulturrevolution‹? S. 14-19 in: migration und soziale arbeit. Heft 1

Pries, Ludger (2015): Teilhabe in der Migrationsgesellschaft. S. 7-36 in: IMIS-Beiträge. Heft 47

Raschke, Joachim (1999): Machtwechsel und soziale Bewegungen, S. 64-90 in: A. Klein et al. (Hg.): Neue Soziale Bewegungen. Opladen: Leske & Budrich

Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M: Suhrkamp

Rehbein, Boike (2012): Globale Politik aus der Perspektive einer kaleidoskopischen Dialektik, S. 93-118 in: H.-J. Burchardt et al. (Hg.): Sozialpolitik in globaler Perspektive. Frankfurt a.M./New York: Campus

Reich, Robert (2002): The Future of Success. Wie wir morgen arbeiten werden. München. Zürich: Piper

Rifkin, Jeremy (2000): Access das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt a.M./New York: Campus

Rifkin, Jeremy (2011): Die dritte industrielle Revolution. Frankfurt a.M./New York: Campus

Rifkin, Jeremy (1998): Das biotechnische Zeitalter. Die Geschäfte mit der Gentechnik. München: Bertelsmann

Rose, Nicolas (2006): The Politics of Life Itself. Princeton: Princeton University Press

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt a.M./New York: Campus

Rüb, Friedrich, W. (2012): Sozialpolitik in einer globalisierten Welt, S. 39-68 in: H.-J. Burchardt et al. (Hg.): Sozialpolitik in globaler Perspektive. Frankfurt a.M./New York: Campus

Salomon, Alice (1931): Der soziale Frauenberuf, S. 309-316 in: A. Schmidt-Beil (Hg.): Die Kultur der Frau. Berlin-Frohnau: Verlag für Kultur und Wissenschaft

Sassen, Saskia (1996): Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Frankfurt a. M.: Fischer

Sauer, Birgit (2001): »Feminisierung« eines männlichen Projekts? Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung, S. 67-83 in: E. Appelt und A. Weiss (Hg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Argument Sonderband. Hamburg/Berlin

Schirp, Heinz (1993): Die Schule als lebenswerter Arbeitsplatz für SchülerInnen und LehrerInnen, S. 154-176 in: B. Priebe et al. (Hg.): Gesunde Schule. Weinheim und Basel: Beltz

Schmals, Klaus, M./Heinelt, Hubert (1997)(Hg.): Zivile Gesellschaft. Opladen: Leske & Budrich

Schöffmann, Dieter (Hg.) (2001): Wenn alle gewinnen. Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Hamburg: Edition Körber-Stiftung

Scholz, Sylka (2008): Männer und Erwerbsarbeit bei ostdeutschen Männern. S. 105-121 in: N. Baur und J. Lüdtke (Hg.): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich

Schröter, Klaus, R. (2008): Verwirklichungen des Alterns, S. 235-273 in: A. Amann und F. Kollland (Hg.): Das erzwungene Paradies des Alters? Wiesbaden: VS

Schwengel, Hermann (2008): Society matters, S. 321-337 in: A. Evers und R. G. Heinze (Hg.): Sozialpolitik, Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS

Sellach, Brigitte (2011): Armut, S. 45-47 in: G. Ehlert et al. (Hg.): Wörterbuch Soziale Arbeit und Geschlecht. Weinheim/München: Juventa

Sen, Amartya (1999): Development as Freedom. New York: Oxford University Press

Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München: Hanser

Sennett, Robert (1985): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Berlin: Berlin Verlag

Sennett, Robert (1998): Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag

Shaw, Martin (1998): Die Repräsentation ferner Konflikte und die globale Zivilgesellschaft, S. 221-255 in: U. Beck (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Siegrist, Johannes/Marmot, Michael (2008): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Bern: Verlag Hans Huber

Simmel, Georg (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Leipzig: Duncker und Humblot

Simmel, Georg (2004): Philosophie des Geldes. Leipzig: Duncker und Humblot

Sinus (2016): Wie ticken Jugendliche? Berlin: Springer

Sombart, Werner (1897): Ideale der Sozialpolitik. S. 1-48 in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Jg. 10

Sombart, Werner (1902): Der moderne Kapitalismus. Leipzig: Duncker und Humblot

Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.) (1995): Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit. Siedlung, Stadt, Raum. Dessau

Theising, Kurt (1926): Vorwort, S. I-IX in H. Ford: Das große Heute – Das größere Morgen. Leipzig: Paul List

Thieme, Frank (2008): Alter(n) in der alternden Gesellschaft. Wiesbaden: VS

Thürer, Daniel (2000): »Citizenship« und Demokratieprinzip: »Föderative« Ausgestaltungen im innerstaatlichen, europäischen und globalen Rechtskreis, S. 177-207 in: H. Brunkhorst und M. Kettner (Hg.): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Trampusch, Christine (2008): Status quo vadis? Die Pluralisierung und Liberalisierung der »Social-Politik«, S. 157-165 in: A. Evers und R. G. Heinze (Hg.) : Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS

Treichler, Andreas (2001): Transnationale Migration als Herausforderung einer europäischen Politik des Sozialen. In: IZA. Migration und soziale Arbeit, Heft 1, S. 20-27

Tully, Claus J. (2003): Mensch, Maschine, Megabyte. Opladen: Leske & Budrich

Ullrich, Carsten G. (2005): Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a.M./New York: Campus

Ulrich, Peter (2008): Integrative Wirtschaftsethik. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt

Vobruba, Georg (1989): Arbeiten und Essen. Politik an den Grenzen der Gesellschaft. Wien: Passagen Verlag

Voges, Wolfgang (2002): Perspektiven des Lebenslagenkonzepts. S. 262-268 in: Zeitschrift für Sozialreform. Heft 3

Volkert, Jürgen (Hg.)(2005): Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen. Wiesbaden: VS

Volz, Rainer/Zulehner, Paul (2009): Männer in Bewegung. Baden-Baden: Nomos

Wasner, Barbara (2008): Wirtschaftspolitik »schlägt« Sozialpolitik, S. 99-114 in: A. Evers und R. G. Heinze (Hg.): Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS

Webb, Sidney/Webb, Beatrice (1895): Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus (übersetzt von Eduard Bernstein). Stuttgart: Dietz

Webb, Sidney/Webb, Beatrice (1897): Die englischen Gewerkvereine nach ihrem volkswirtschaftlichen Wert. S. 316-330 in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 11

Weinbach, Christine/Stichweh, Rudolf (2001): Geschlechterdifferenz in der funktional- differenzierten Gesellschaft. S. 9-30 in: B. Heintz (Hg.): Geschlechtersoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 41

Weisser, Gerhard (1956): Wirtschaft, S. 970-1101 in: W. Ziegenfuß (Hg.): Handbuch der Soziologie. Stuttgart: Enke

Weisser, Gerhard (Hg.) (1978): Beiträge zur Gesellschaftspolitik. Göttingen: Schwartz

Wendt, Wolf Rainer (1984): Lebenslagen und Not. S. 107-110 in: Blätter der Wohlfahrtspflege. Heft 5

Wenzel, Uta (2013): Neue Formen psychischer Krisen. S. 79-87 in: neue praxis Heft 1

Werckmeister, Otto (1990): Zitadellenkultur. München/Wien: Hanser

Young, Brigitte (2007): Globalisierung aus gleichstellungspolitischer Sicht, S. 47-68 in: C. Linzbach et al. (Hg.): Globalisierung und Europäisches Sozialmodell. Baden-Baden: Nomos

Ziegler, Holger (2002): Drei Mann in einem Boot. Warum sich die soziale mit der sicheren Stadt und beide mit dem ›aktivierenden‹ Sozialstaat so gut verstehen. S. 25-38 in: Widersprüche. Heft 82

Gesellschaft der Unterschiede



Projektgruppe »Neue Mitleidsökonomie« (Hg.)
Die neue Mitleidsökonomie
Armutsbekämpfung jenseits
des Wohlfahrtsstaats?

November 2016, ca. 250 Seiten, kart., ca. 24,99 €,
ISBN 978-3-8376-3158-6



Bettina-Johanna Krings
Strategien der Individualisierung
Neue Konzepte und Befunde
zur soziologischen Individualisierungsthese

August 2016, 304 Seiten, kart., 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-3347-4



Daniela Neumann
Das Ehrenamt nutzen
Zur Entstehung einer staatlichen
Engagementpolitik in Deutschland

Februar 2016, 508 Seiten, kart., 39,99 €,
ISBN 978-3-8376-3278-1

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Gesellschaft der Unterschiede



Ilka Sommer
Die Gewalt des kollektiven Besserwissens
Kämpfe um die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Deutschland

2015, 412 Seiten, kart., 39,99 €,
ISBN 978-3-8376-3292-7



Verena Rothe, Gabriele Kreutzner, Reimer Gronemeyer
Im Leben bleiben
Unterwegs zu Demenzfreundlichen Kommunen

2015, 288 Seiten, kart., 24,99 €,
ISBN 978-3-8376-2996-5



Tina Denninger, Silke van Dyk, Stephan Lessenich, Anna Richter
Leben im Ruhestand
Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft

2014, 464 Seiten, kart., 29,99 €,
ISBN 978-3-8376-2277-5

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Gesellschaft der Unterschiede

Johanna Muckenhuber, Josef Hödl, Martin Griesbacher (Hg.)
Normalarbeit
Nur Vergangenheit oder auch Zukunft?
Dezember 2016, ca. 300 Seiten, kart., 29,99 €,
ISBN 978-3-8376-3462-4

Carolin Freier
Soziale Aktivierung von Arbeitslosen?
Praktiken und Deutungen eines neuen Arbeitsmarktinstruments
November 2016, ca. 260 Seiten, kart., ca. 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-3548-5

Claudia Stöckl, Karin Kicker-Frisinghelli, Susanna Finker (Hg.)
Die Gesellschaft des langen Lebens
Soziale und individuelle Herausforderungen
November 2016, 284 Seiten, kart., ca. 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-3426-6

Sandra Meusel
Freiwilliges Engagement und soziale Benachteiligung
Eine biografieanalytische Studie mit Akteuren in schwierigen Lebenslagen
April 2016, 264 Seiten, kart., 32,99 €,
ISBN 978-3-8376-3401-3

Laura Glauser
Das Projekt des unternehmerischen Selbst
Eine Feldforschung in der Coachingzone
März 2016, 266 Seiten, kart., 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-3421-1

Therese Garstenauer, Thomas Hübel, Klara Löffler (Hg.)
Arbeit im Lebenslauf
Verhandlungen von (erwerbs-)biographischer Normalität
März 2016, 212 Seiten, kart., 29,99 €,
ISBN 978-3-8376-3373-3

Leiv Eirik Voigtländer
Armut und Engagement
Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen
2015, 322 Seiten, kart., 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-3135-7

Monika Windisch
Behinderung – Geschlecht – Soziale Ungleichheit
Intersektionelle Perspektiven
2014, 232 Seiten, kart., zahlr. Abb., 29,99 €,
ISBN 978-3-8376-2663-6

Hannes Krämer
Die Praxis der Kreativität
Eine Ethnografie kreativer Arbeit
2014, 422 Seiten, kart., 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-2696-4

Franz Schultheis, Berthold Vogel, Kristina Mau (Hg.)
Im öffentlichen Dienst
Kontrastive Stimmen aus einer Arbeitswelt im Wandel
2014, 296 Seiten, kart., 29,99 €,
ISBN 978-3-8376-2770-1